



BANK
GESELLSCHAFT
BERLIN

Inhalt

1	Aktionärsbrief
5	Unternehmensprofil
6	Unsere Aktie
8	Wirtschaftliches Umfeld
10	Performance in den Strategischen Geschäftsfeldern
15	Private Kunden
20	Firmenkunden
23	Öffentliche Hand
25	Großkunden/Ausland
27	Kapitalmarktgeschäft
30	Immobilienfinanzierungen
33	Zinsmanagement
35	Corporate Center
37	Immobiliendienstleistungen
41	Fördergeschäft
44	Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
46	Lagebericht
46	Das Geschäftsjahr 2001 im Überblick
54	Ertragsentwicklung
60	Volumenentwicklung
65	Bankgesellschaft Berlin AG
67	Risikobericht
98	Ausblick
100	Jahresabschluss AG und Konzern
100	Bilanz der Bankgesellschaft Berlin AG
104	GuV der Bankgesellschaft Berlin AG
106	Konzernbilanz
110	Konzern GuV
112	Anhang
121	Erläuterungen zur Bilanz und GuV
183	Bestätigungsvermerk
187	Bericht des Aufsichtsrats
193	Organe der Bankgesellschaft Berlin AG
195	Konzernbanken und ausgewählte Beteiligungen des Konzerns

Konzern Bankgesellschaft Berlin im Überblick

Eigenkapital	2001	2000	1999	1998	1997
Ausgewiesenes Eigenkapital	Mio. € 4.525	Mio. € 2.611	Mio. € 4.366	Mio. € 4.199	Mio. € 4.280
Kernkapitalquote nach KWG	5,7 %	3,3 % ¹⁾	5,7%	5,5%	5,7%
Gesamtkennziffer nach KWG	9,4 %	5,1 % ¹⁾	10,1%	8,5%	8,1%
Anzahl der dividendenberechtigten Aktien	999.327.870	218.077.870	218.077.870	218.077.870	218.077.870
GuV-Rechnung	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Zinsüberschuss	1.876	1.642	2.048	2.007	1.887
Provisionsüberschuss	386	462	420	447	422
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	- 106	139	105	559	70
Personalaufwand	984	973	965	968	934
Andere Verwaltungsaufwendungen	696	572	583	670	562
Normalabschreibungen	148	129	136	134	136
Verwaltungsaufwand	1.828	1.674	1.684	1.772	1.632
Saldo der sonstigen Erträge und Aufwendungen	- 197	- 755	175	94	125
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	131	- 186	1.064	1.335	872
Risikovorsorge (ohne § 340f-HGB-Reserve)	763	1.564	368	851	379
Betriebsergebnis (ohne § 340f-HGB-Reserve)	- 632	- 1.750	696	484	493
Bewertung § 340f-HGB-Reserve („-“ = Auflösung)	2	- 366	229	- 218	151
Betriebsergebnis	- 634	- 1.384	467	702	342
Saldo der übrigen Erträge und Aufwendungen	575	- 175	- 28	- 472	- 26
Ergebnis vor Steuern	- 59	- 1.559	439	230	316
Ertragsteuern ²⁾	53	89	282	195	165
Ergebnis nach Steuern	- 112	- 1.648	157	35	151
nachrichtlich: Risikovorsorge	765	1.198	597	633	530
Dividende je Aktie	- ³⁾	-	€ 0,60	-	€ 0,56
Bilanz	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Bilanzsumme	189.163	204.808	193.786	188.739	181.438
Kundenkreditvolumen	99.259	103.268	101.482	101.644	98.299
davon:					
Hypothekendarlehen	34.580	34.652	35.415	33.660	32.351
Kommunaldarlehen	28.141	30.886	31.980	32.955	32.695
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	62.276	62.728	62.513	65.667	62.796
Verbriefte Verbindlichkeiten	47.086	57.985	56.368	54.324	49.080
Off-balance-Sheet					
Nominalvolumen	888.300	1.009.404	860.770	851.413	706.974
Kreditäquivalent (KWG)	1.492	1.912	1.936	4.115	2.829

1) Nach Kapitalerhöhung in 2001 wurden die aufsichtsrechtlichen Mindestquoten wieder überschritten.

2) 2000: Steuern, d. h. einschließlich sonstiger Steuern

3) Vorschlag an die Hauptversammlung

Ratingübersicht

1. Moody's (Stand: 5.11.2001)	Long-term Deposit Rating	Short-term Deposit Rating	Financial Strength Rating	Öffentliche Pfandbriefe
Bankgesellschaft Berlin	A2	P-1	E+	
Landesbank Berlin	Aa3	P-1	D	Aaa
EMTN-Programm der Bankgesellschaft Berlin BGB Finance (Ireland) plc.	Aa3			

2. Fitch (Stand: 18.12.2001)	Long-term Rating	Short-term Rating	Individual Rating	Öffentliche Pfandbriefe
Bankgesellschaft Berlin	A*	F1	D/E	
Landesbank Berlin	AAA	F1+		AAA
EMTN-Programm der Bankgesellschaft Berlin BGB Finance (Ireland) plc.	AAA			

* On rating watch negative

2. Standard & Poor's (Stand: 29.6.2001)	Öffentliche Pfandbriefe
Berlin Hyp	AAA



**Sehr geehrte Aktionärin,
sehr geehrter Aktionär,**

die Bankgesellschaft Berlin sah sich im vergangenen Geschäftsjahr mit den größten Herausforderungen seit ihrer Bildung im Jahre 1994 konfrontiert. Sie alle haben die öffentliche Diskussion um die Situation der Bank verfolgt. Auch wenn zwischenzeitlich von Eigentümern und Mitarbeitern maßgebliche Beiträge für eine Wende zum Besseren geleistet wurden, blicken wir auf ein sehr schwieriges Geschäftsjahr zurück.

Das erste Halbjahr 2001 stand im Zeichen der Offenlegung erheblicher Risiken im Konzern, vor allem im Immobilienfondsgeschäft. Die dafür getroffene umfangreiche Risikovorsorge führte zu einem dramatischen Konzernjahresfehlbetrag für das Jahr 2000. Die Bankgesellschaft Berlin befand sich zeitweilig in einer existenzgefährdeten Lage. Damit verbunden war die schmerzliche, aber unumgängliche Erkenntnis, dass der Konzern die an ihn gestellten Erwartungen in seiner komplexen Struktur und mit seiner bisherigen Geschäftspolitik nicht erfüllen kann.

Das zweite Halbjahr 2001 und die ersten Monate des laufenden Jahres standen im Zeichen entschlossener Maßnahmen, den Konzern zu stabilisieren und ein zukunftsweisendes Restrukturierungskonzept umzusetzen.

Der neue Vorstand hat ein klares Ziel: Die Bankgesellschaft Berlin wird sich auf ihren regionalen Markt besinnen und sich als starke und effizient strukturierte Bank für die Region Berlin-Brandenburg ausrichten. Als Kerngeschäfte wurden das Retailbanking sowie ausgewählte Großkunden-, Immobilien- und Kapitalmarktaktivitäten definiert. Für das Erreichen dieser Ziele gibt es einen straffen Zeitplan: Das im Dezember 2001 beschlossene Sanierungsprogramm sieht vor, die Bankgesellschaft Berlin innerhalb von drei bis vier Jahren zu einem profitablen und voll wettbewerbsfähigen Regionalinstitut umzubauen.

Auf diesem Weg, der für alle Beteiligten ein Kraftakt ist, haben wir in den vergangenen Monaten wichtige Meilensteine erreicht:

- Durch die Anfang Oktober 2001 mit Hilfe des Landes Berlin erfolgreich abgeschlossene Kapitalerhöhung um rund 2 Mrd. € wurden die aufsichtsrechtlichen Anforderungen erfüllt, um das Bankgeschäft fortzuführen.
- Das im Dezember 2001 verabschiedete Sanierungsprogramm enthält die wesentlichen Schritte zur Gesundung des Konzerns. Dazu gehört eine Vereinbarung mit dem Land Berlin, die Bankgesellschaft Berlin von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft abzuschirmen. Dazu gehört ferner ein weitreichendes Kostensenkungsprogramm, das Einsparungen von 450 Mio. € bis zum Jahr 2005 vorsieht. Das sind gut ein Viertel des gesamten Verwaltungsaufwands. Vom Gesamtvolumen werden 300

Mio. € auf Personalkosten und 150 Mio. € auf Sachkosten entfallen. Die unvermeidbare Senkung des Kostensockels des Konzerns schließt den Abbau von etwa 4.000 Arbeitsplätzen ein, der so sozialverträglich wie irgend möglich verlaufen soll.

- Ende Januar 2002 hat die Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Kommission in Brüssel den Antrag eingereicht, die Sanierungsbeiträge des Landes Berlin – Kapitalzufuhr und Abschirmung des Konzerns von den wesentlichen Risiken aus Immobiliendienstleistungen – als Umstrukturierungsbeihilfe zu genehmigen. Teil des Antrags ist auch das im vergangenen Dezember verabschiedete Sanierungsprogramm für den Konzern Bankgesellschaft Berlin. Die EU-Kommission hat am 9. April 2002 ein förmliches Prüfverfahren eingeleitet. Die Kapitalzufuhr durch das Land Berlin war bereits im Juli 2001 befristet genehmigt worden.

Die Maßnahmen zur Stabilisierung und Sanierung haben sich spürbar im Jahresabschluss 2001 niedergeschlagen: Vor allem durch die erfolgte Abschirmung von Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft wurde der Fehlbetrag im Konzern auf 112 Mio. € begrenzt, und dies trotz weiterhin signifikanter Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Ohne diesen Sanierungsbeitrag des Landes hätte die Bankgesellschaft Berlin wie im Vorjahr einen Konzernverlust in Milliardenhöhe ausweisen müssen. Der Abschluss 2001 enthält weitere Sonderfaktoren, die die Gewinn- und Verlustrechnung positiv wie negativ prägten. Diese Sondereffekte standen zumeist in direktem Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Sanierung und Neuausrichtung.

Auch im laufenden Jahr wird die Bank noch keinen Gewinn ausweisen. In den folgenden Jahren wird angesichts der jüngsten Verlustausweise die Stärkung der Rücklagen Vorrang vor der Wiederaufnahme der Dividendenzahlung haben. Zudem ist zu berücksichtigen, dass das Land Berlin als Gegenleistung für seine erheblichen finanziellen Beiträge zur Stabilisierung und Gesundung der Bankgesellschaft Berlin eine vertraglich vereinbarte Vorab-Ausschüttung erhält. Diese wird gezahlt sobald der Konzern einen Gewinn ausweist und sofern bestimmte Eigenkapitalquoten überschritten werden. Darüber hinaus ist an das Land eine Avalprovision in Höhe von 15 Mio. € pro Jahr für die übernommenen Risiken aus Immobiliengeschäften zu zahlen.

Sehr geehrte Aktionärin, sehr geehrter Aktionär,

nach der Umsetzung des Sanierungskonzepts wird unsere Bank ein anderes Gesicht und ein anderes Selbstverständnis haben:

- Wir wollen die Komplexität des Konzerns deutlich verringern und dessen Steuerbarkeit erleichtern: Deshalb sind zum Beispiel die Vorstände von Bankgesellschaft Berlin und Landesbank Berlin inzwischen weitgehend personenidentisch besetzt. Zentrale Einheiten wie Risikocontrolling, Finanzen, Controlling sowie

Organisation IT/Operations sind mittlerweile durchgängig für beide Institute verantwortlich. Zuständigkeiten im Konzern werden dadurch klarer. Die Entscheidungsfindung wird homogener, die Transparenz nimmt deutlich zu.

- Wir wollen den Geschäftsumfang des Konzerns neu ausrichten. Kern der neuen Ausrichtung wird der Marktauftritt als starke Regionalbank sein. Im Retailgeschäft sollen die beiden Marken Berliner Sparkasse und Berliner Bank unter dem Dach der Landesbank Berlin im Markt tätig sein. Die Zweimarkenstrategie mit der Berliner Sparkasse und der Berliner Bank wird dazu führen, die gute Marktposition im regionalen Retailgeschäft weiter zu stärken. Die Verbindung beider Marken in einer Rechtsform soll per 1. Januar 2003 realisiert werden. Die Marke Berliner Bank soll insbesondere im anspruchsvollen Beratungsgeschäft weiter profiliert werden; die Marke Berliner Sparkasse wird konsistent als leistungsstarker Marktführer mit umfassendem Leistungsangebot und herausragender lokaler Präsenz im Retailgeschäft positioniert.

Das Immobiliengeschäft soll über den regionalen Markt hinaus bundesweit aufgestellt sein, um das Risiko besser streuen zu können. Das Wholesalesgeschäft wird sich mit Kapitalmarktprodukten stärker auf Retailkunden fokussieren und im Ausland auf Osteuropa konzentrieren. Diese strategischen Eckpfeiler werden zur Folge haben, dass sich die Bankgesellschaft Berlin in den kommenden Jahren von einer Reihe von Aktivitäten trennen oder sie nur noch in reduziertem Umfang fortführen wird. Die Bilanzsumme des Konzerns wird deshalb bis 2005 signifikant sinken.

Zur Neuausrichtung des Konzerns gehört auch die Aufarbeitung der Vergangenheit. Vorstand, Aufsichtsrat und das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen haben im Jahr 2001 zahlreiche Sonderprüfungen veranlasst, um Versäumnisse der vergangenen Jahre aufzuklären. Soweit Erkenntnisse aus diesen Sonderprüfungen persönliches Fehlverhalten zu Tage förderten, führte dies zur fristlosen Kündigung der Verantwortlichen und zur Prüfung von Regressansprüchen. Das betraf auch Vorstandsmitglieder und ehemalige Vorstandsmitglieder der Bankgesellschaft Berlin AG und der Landesbank Berlin.

Die Staatsanwaltschaft hat Ermittlungen zu verschiedenen Sachverhalten eingeleitet. Der Untersuchungsausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses befasste sich bisher vor allem mit der Immobiliengesellschaft Aubis und mit dem Immobilienfondsgeschäft. Seien Sie versichert, dass der Vorstand die Bemühungen zur Aufklärung von Versäumnissen mit allem Nachdruck unterstützen wird. Nur durch einen ehrlichen Umgang mit der Vergangenheit wird die Neuausrichtung der Bank gelingen.

Die Bankgesellschaft Berlin steht nicht nur im operativen Geschäft vor Veränderungen, sondern auch im Gesellschafterkreis. Das Land Berlin hat als Hauptaktionär mit 81 % Kapitalanteil Verhandlungen mit Interessenten aufgenommen, um seine Beteiligung an der Bank ganz oder in Teilen zu veräußern. Der Verkauf ist an bestimmte Bedingungen geknüpft, die die wichtige Funktion der Bankgesellschaft Berlin als Finanzier der heimischen Wirtschaft und als einer der großen Arbeitgeber der Region sichern sollen. Eine Entscheidung zur Veräußerung der Landesbeteiligung soll nach dem Willen des Senats noch im Jahr 2002 erfolgen.

Unabhängig von möglichen Veränderungen auf der Eigentümerseite stellt sich für den Vorstand die vordringliche Aufgabe, den Konzern schnellstmöglich in die Rentabilität zurückzuführen. Niemand sollte sich dabei Illusionen machen: Die Bankgesellschaft Berlin befindet sich noch mitten in der Sanierung. Wir haben einen weiterhin schwierigen Weg vor uns. Richtig ist aber auch: In den vergangenen Monaten sind entscheidende Weichenstellungen für die Gesundung des Unternehmens erfolgt.

Unser Dank gilt dem Land Berlin und den anderen Aktionären, die die Bankgesellschaft Berlin in diesen schwierigen Zeiten begleiten. Ebenso danken wir unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren Einsatz. Ihnen ist in den vergangenen Monaten viel abverlangt worden. Nicht zuletzt sprechen wir den Kunden und Geschäftspartnern Dank für das uns unverändert entgegen gebrachte Vertrauen aus. Die Bankgesellschaft Berlin wird alle Anstrengungen unternehmen, um sich zu einer starken und rentablen Regionalbank für Berlin-Brandenburg zu entwickeln.

Der Vorstand



Hans-Jörg Vetter



Serge Demolière



Dr. Johannes Evers



Norbert Pawlowski



Hubert Piel



Auf dem Weg zu einer starken Regionalbank

Die Bankgesellschaft Berlin versteht sich nach einem grundlegenden Strategiewechsel als starke Regionalbank im Raum Berlin.

Mit den Marken Berliner Sparkasse, Berliner Bank, Berlin Hyp, Landesbank Berlin und Bankgesellschaft Berlin wird die Bank in der Region Berlin in drei Marktsegmenten tätig sein:

Retailgeschäft • Die Mehrzahl der Privat- und Firmenkunden im Raum Berlin setzt auf die Betreuung durch die Berliner Sparkasse oder die Berliner Bank. Unseren hohen Marktanteil bei den Hauptbankverbindungen wollen wir bei dieser großen Kundengruppe in Zukunft auch im Wertpapiergeschäft und im privaten Immobiliengeschäft optimal nutzen.

Wholesalegeschäft • Wir sind ein starker Partner für Kapitalmarktprodukte wie Aktien/Aktienderivate/Aktienresearch sowie Fixed-Income-Produkte und ein erfahrener Handels- und Exportfinanzierer in Zentral- und Osteuropa. Das Wholesalegeschäft bildet eine der tragenden Säulen zur Ertragssicherung und Liquiditätsversorgung der Bank. Durch eine enge Verzahnung mit dem Retail-Bereich werden die Aktivitäten auch gezielt auf das Privat- und Firmenkundengeschäft in der Region Berlin ausgerichtet.

Gewerbliches Immobilien-Finanzierungsgeschäft • Bei der gewerblichen Immobilienfinanzierung sind wir eine führende Bankengruppe in der Region. Der Fokus unserer Expertise liegt im Geschäft mit gewerblichen Investoren und der Betreuung von Wohnungsbau- und Entwicklungsgesellschaften. Dabei werden wir uns künftig auf Aktivitäten in Berlin und Westdeutschland konzentrieren.

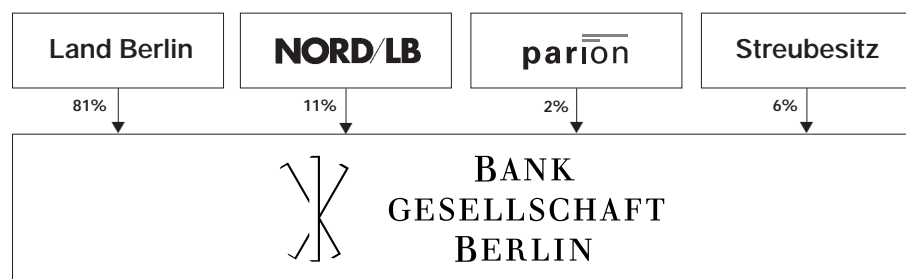


Kursentwicklung im Jahr 2001

Aufgrund der Vorgänge in der Bankgesellschaft Berlin hat sich der Aktienkursverlauf im Jahr 2001 von der Entwicklung des Vergleichsindex CDax abgekoppelt. Der Kurs war nahezu ausschließlich durch die im Spätsommer beschlossene Kapitalerhöhung geprägt. Seit dem 4. Oktober 2001 beträgt das Grundkapital 2,55 Mrd. €. Die Anzahl der Aktien erhöhte sich durch die Kapitalerhöhung um 781.250.000 Stück auf 999.327.870 Stück. Der Ausgabepreis betrug 2,56 € je Anteilsschein.

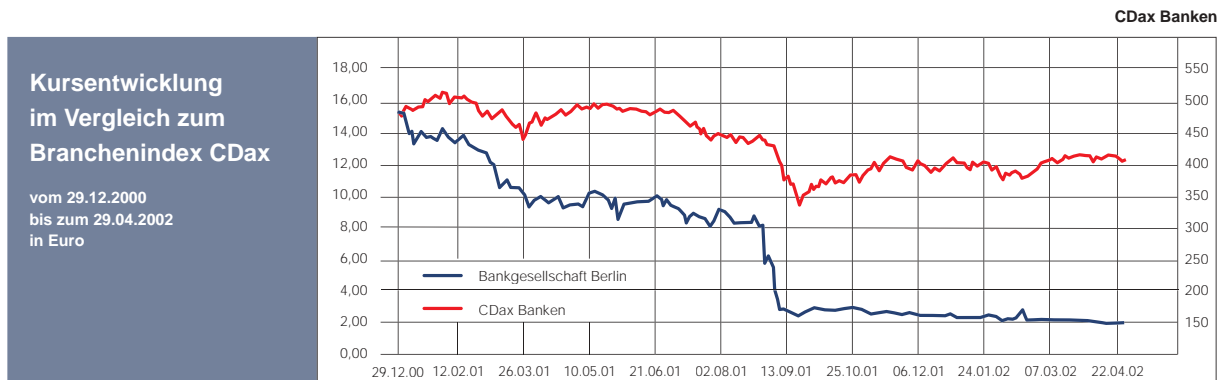
Bis zur Hauptversammlung notierte die Aktie der Bankgesellschaft für mehrere Monate zwischen 10 und 8 €. Nachdem die Modalitäten der Kapitalmaßnahmen beschlossen waren, näherte sich der Kurs rasch dem Ausgabepreis der jungen Aktien von 2,56 € an und notierte Ende April 2002 sogar darunter bei knapp 2 €. Diese Entwicklung war verbunden mit deutlich sinkenden Umsätzen in der Aktie.

Das Land Berlin hält nunmehr etwa 81% des Aktienkapitals der Bankgesellschaft Berlin. Im Streubesitz in Höhe von rund 6% sind auch eigene Aktien enthalten, die die Bank durch Ermächtigung durch die Hauptversammlung erworben hat. Die neuen Besitzverhältnisse an der Bankgesellschaft Berlin stellen sich folgendermaßen dar:



Die Deutsche Börse hat am 7. November 2001 mitgeteilt, dass die Bankgesellschaft Berlin das Gewichtungskriterium Streubesitz des MDax nicht mehr in ausreichender Höhe erfüllt, da der Free Float kleiner als 20% ist. Daher gehört die Aktie seit dem 27. Dezember 2001 dem Index nicht mehr an.

Unsere Aktie ist nach wie vor im Amtlichen Handel an den bekannten Börsenplätzen notiert. Durch die Fragen zur Zukunft der Bank ist die Bereitschaft, in die Aktie zu investieren, derzeit verhalten. Unsere Hauptaufgabe wird es sein, das Vertrauen der Anleger in den nächsten Jahren zurückzugewinnen.



Wie die Mehrzahl der börsennotierten Unternehmen werden auch wir dazu übergehen, eine Kurzfassung des Jahresberichts in gedruckter Form allen Aktionären zuzusenden und auf die Versendung von Quartalsberichten zu verzichten. Dadurch können wir einen spürbaren Beitrag zur Senkung der Sachkosten im Konzern leisten. Im Internet sind die Quartalszahlen weiterhin unter www.bankgesellschaft.de abrufbar.



Die Konjunktur hat sich im Jahr 2001 weltweit abgeschwächt. Das wirtschaftliche Umfeld hatte sich innerhalb weniger Monate dramatisch verschlechtert. In der Folge kam das zuvor noch kräftige Wachstum der Weltwirtschaft im Laufe des Jahres fast zum Stillstand. Insgesamt legte die globale Produktion nur noch um durchschnittlich 2,4% (in den Industrieländern 1,1%) zu. Dies ist das schwächste Wirtschaftswachstum seit 1982.

Die europäische Konjunktur konnte sich der weltweiten Wachstumsabschwächung nicht entziehen. Erwartungen, Euroland könne sich aufgrund der Größe seines Binnenmarkts möglicherweise von der Weltkonjunktur abkoppeln, wurden damit enttäuscht.

Im Jahresverlauf 2001 hat die Europäische Zentralbank (EZB) die Geldpolitik deutlich gelockert. In vier Schritten senkte sie die Leitzinsen um insgesamt 150 Basispunkte von 4,75% auf 3,25%. Der damit verbundene Rückgang der Geldmarktzinsen – der 3-Monats-Euribor fiel von 4,81% zum Jahresanfang auf 3,29% im Dezember – übertrug sich nur unvollständig auf das lange Ende des Kapitalmarkts. Die Rendite 10-jähriger Bundesanleihen notierte Ende Dezember mit etwa 4,8% gegenüber dem Jahresbeginn nahezu unverändert. Alles in allem hat sich der deutsche Rentenmarkt auch im vergangenen Jahr wieder im Schlepptau des amerikanischen Kapitalmarkts bewegt, auch wenn der Zinsvorsprung von Treasury-Bonds gegenüber Bundesanleihen im Jahresverlauf weitgehend aufgezehrt und vorübergehend sogar ins Gegenteil verkehrt worden ist. Obwohl die US-Notenbank die Leitzinsen im Jahresverlauf 2001 weit aggressiver gesenkt hat als die EZB, ging auch das Zinsniveau am langen Ende des amerikanischen Kapitalmarkts von Januar bis Dezember kaum zurück.

Der Euro bewegt sich gegenüber dem US-Dollar seit dem Sommer 2000 in einer Bandbreite von +/- 6 US-Cent um ein Niveau von 90 US-Cent praktisch seitwärts. Die – bei aller kurzfristigen Volatilität – bemerkenswerte Stabilität des Euro-/Dollar-Kurses ist wenig verwunderlich, da sich die monetären und realwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den USA und Euroland bzw. Deutschland inzwischen weitgehend genähert haben.

Innerhalb Eurolands weist Deutschland nach wie vor das mit Abstand schwächste Wachstum auf. Dies ist zum einen das Ergebnis struktureller Faktoren. So hat allein die fortgesetzte Anpassungsrezession in der Bauwirtschaft (Bauinvestitionen $-5,7\%$), das Wirtschaftswachstum um etwa 0,7 Prozentpunkte gebremst. Auch sind die Verflechtungen deutscher Unternehmen mit der US-Wirtschaft intensiver als in anderen europäischen Ländern, so dass hier die Rückwirkungen der Abschwächung in Übersee stärker zu spüren waren.

Zum anderen waren einige Bremsfaktoren in Deutschland besonders stark ausgeprägt. Insbesondere die inländische Nachfrage entwickelte sich deutlich schlechter als im übrigen Euroraum. Die Ausrüstungsinvestitionen wurden im Jahresdurchschnitt um $3,4\%$ reduziert. Der private Konsum, der ohnehin schon seit längerem deutlich hinter der Dynamik anderer Euroländer zurückbleibt, konnte den Nachfragerückgang der Wirtschaft nicht kompensieren.

In Berlin hat sich die Wirtschaftsleistung im Jahr 2001 schwächer entwickelt als erwartet. Das reale Bruttoinlandsprodukt Berlins verharrte auf dem Vorjahresstand und konnte nicht an die leicht positive Entwicklung des Jahres 2000 ($+0,4\%$) anknüpfen. Allerdings hat sich die Konjunktur in der deutschen Hauptstadt im vergangenen Jahr weniger stark abgekühlt als im Bundesgebiet, wo sich das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts auf $0,6\%$ verlangsamte (2000: $+3,0\%$).

Ausschlaggebend für die Wachstumsabschwächung war vor allem die anhaltend schlechte Lage der Berliner Bauwirtschaft, die vom bundesweiten Einbruch des Baugewerbes besonders hart getroffen wurde. Zusätzlich beeinflussten Einsparungen der öffentlichen Hand die Entwicklung. Zwar gab es in anderen Wirtschaftsbereichen einige positive Tendenzen, diese fielen aber zu gering aus, um insgesamt noch eine Steigerung des Bruttoinlandsprodukts zu bewirken.

Zu den Wachstumsträgern zählte insbesondere der Dienstleistungsbereich. Vor allem die Branchen Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen steigerten ihre Leistungen überdurchschnittlich. Dagegen mussten Handel und Gastgewerbe Rückgänge hinnehmen. Gleichzeitig verringerte sich die Zahl der Erwerbstätigen um 6.000 Personen ($-0,4\%$), so dass sich auch hier die positive Entwicklung des Jahres 2000 ($+1,7\%$) nicht fortsetzte.

Die Volkswirte der Bankgesellschaft Berlin gehen davon aus, dass Berlin im Jahr 2002 vor dem Hintergrund der allgemein erwarteten konjunkturellen Erholung mit einer leichten Belebung der Wirtschaftstätigkeit rechnen kann. Die Wirtschaft wird sich vor allem durch überregionale Impulse erholen. Die Industrie könnte sich dabei zu einem stabilisierenden Faktor entwickeln.



Performance in den Strategischen Geschäftsfeldern

Die Anstrengungen um die Stabilisierung des Konzerns Bankgesellschaft Berlin und die Erarbeitung einer neuen, zukunftsweisenden Strategie prägten das Geschäftsjahr 2001.

Der Konzernvorstand gewährleistet im Rahmen der Strategischen Geschäftsfelder die einheitliche Konzernführung. Jedes Mitglied des Konzernvorstands ist teilstabübergreifend für Geschäftsfelder oder Stabs- und Servicebereiche zuständig. Die nach Kundengruppen geordneten Geschäftsfelder lauten Private Kunden (Summe der im Vorjahr getrennt ausgewiesenen Segmente Privatkunden und Private Vermögensanlagen), Firmenkunden, Öffentliche Hand, Großkunden/Ausland, Kapitalmarktgeschäft und Immobilienfinanzierungen.

Die Leitungen der Geschäftsfelder haben direkte Ergebnisverantwortung in den ihnen zugeordneten Konzernunternehmen und Marken.

Die erfolgsorientierte Steuerung der Strategischen Geschäftsfelder leitet sich aus den grundlegenden Messgrößen für den Erfolg des Konzerns ab (Ergebnis vor Steuern, Eigenkapitalrentabilität und Cost-Income-Ratio).

Eine Basis für die Steuerung der Geschäftsfelder und der ihnen zugeordneten Struktureinheiten als Profit-Center bildet die Allokation von Eigenkapital. Hierbei handelt es sich um ein intern definiertes ökonomisches Kapital, welches wir unter Berücksichtigung zweier Komponenten ermitteln. Zum einen bilden die dem Geschäftsfeld zugeordneten Risikopositionen gem. Grundsatz I zu § 10 KWG die Bezugsgröße der Kapitalbindung zur Absicherung der Markt- und Adressausfallrisiken; hierbei kommen zur Berechnung des allokierten Kapitals von 2001 an Durchschnittswerte zum Ansatz. Um darüber hinaus der Eigenkapitalunterlegung der operationalen Risiken Rechnung zu tragen, fließt als zweiter Faktor ein Prozentsatz des Verwaltungsaufwands in die Berechnung ein. Die Überleitung auf das bilanzielle Eigenkapital erfolgt in der Segmentergebnisrechnung unter „Konsolidierung“.

Die Steuerungskennziffer „Rentabilität des allokierten Kapitals“ setzt das Ergebnis vor Steuern des jeweiligen Geschäftsfelds in Relation zum ökonomischen Kapital. Die folgende Übersicht der Segmentergebnisrechnung entspricht in Gliederung und inhaltlicher Darstellung dem Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 3 (DRS 3) zur Segmentberichterstattung sowie Nr. 3-10 (DRS 3-10) zur Segmentberichterstattung für Kreditinstitute.

Eine sekundäre Segmentierung nach Regionen erfolgt nicht. Zur vollständigen Abbildung der bankgeschäftlichen Tätigkeit werden die operativen Geschäftsfelder um die Segmente Zinsmanagement und Corporate Center ergänzt. Darüber hinaus bilden im Rahmen der Überleitung auf das Konzernergebnis das Immobiliendienstleistungsgeschäft der IBAG, IBG und LPFV sowie das Fördergeschäft der IBB separate Segmente der Ergebnisrechnung 2001.

Die Segmenttabelle „Anteilige Ergebnisse der Strategischen Geschäftsfelder im Konzern“ zeigt, dass die kundenorientierten Geschäftsfelder des Konzerns im Jahr 2001 insgesamt einen Beitrag zum Konzernergebnis in Höhe von 84 Mio. € geleistet haben. In diesem Betrag sind außerordentliche Ergebniseffekte enthalten wie der Gewinn aus der Einbringung der Landesbausparkasse in die LBS Nord in Höhe von 40 Mio. € im Geschäftsfeld Private Kunden und außerordentliche Erträge aus der Auflösung von im Vorjahr gebildeten Rückstellungen in Höhe von 249 Mio. € im Geschäftsfeld Immobilienfinanzierungen. Ohne diese Ergebniseffekte erzielten die kundenorientierten Geschäftsfelder einen Verlust von rund 200 Mio. € und damit wie im Vorjahr ein negatives Ergebnis.

Ergebnisbelastend wirkten in den kundenorientierten Geschäftsfeldern gegenüber dem Vorjahr rückläufige Erträge (–282 Mio. €) in allen Ertragskomponenten und gestiegene Verwaltungsaufwendungen (+122 Mio. €).

Unter Berücksichtigung der obigen Sondereffekte leisteten nur die Geschäftsfelder Kapitalmarktgeschäft (48 Mio. €), Firmenkunden (14 Mio. €) und Öffentliche Hand (12 Mio. €) positive Ergebnisbeiträge.

Eine Rentabilitätsverbesserung gegenüber dem Vorjahr erzielten die Geschäftssegmente Firmenkunden, Öffentliche Hand und Immobilienfinanzierungen. Die Cost-Income-Ratio konnte nur vom Geschäftsfeld Großkunden/Ausland verbessert werden. Mit Ausnahme des Geschäftsfelds Firmenkunden verzeichneten alle Geschäftsfelder eine Ausweitung des gebundenen ökonomischen Kapitals, am stärksten das Geschäftsfeld Kapitalmarktgeschäft.

Das Geschäftsfeld **Private Kunden** erzielte wie im Vorjahr die höchsten Erträge aller Geschäftsfelder, band aber auch die meisten Ressourcen. Die gegenüber dem Vorjahr rückläufigen Erträge resultierten beim Zinsüberschuss aus Volumen- und Margenrückgängen im Einlagengeschäft im Jahresdurchschnitt. Beim Provisionsüberschuss wirkte sich die allgemeine Börsenschwäche negativ auf das Wertpapiergeschäft aus. Der Verwaltungsaufwand ist insbesondere durch

Anteilige Ergebnisse der Strategischen Geschäftsfelder im Konzern IST/IST

	in Mio. €	Private Kunden ¹⁾	Firmen- kunden	Öffentliche Hand	Groß- kunden/ Ausland	Kapital- markt- geschäft
Zinsüberschuss	2001 2000	678 733	208 224	19 18	134 135	215 231
Provisionsüberschuss	2001 2000	264 311	44 44	1 1	17 16	21 32
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	2001 2000	5 10	- 2 - 1		3 1	30 133
Saldo der sonstigen Erträge/Aufwendungen	2001 2000	2 13		1	2 1	17 11
Summe Erträge	2001 2000	949 1.067	250 267	20 20	156 153	283 407
Personalaufwand	2001 2000	336 316	88 86	5 5	33 24	80 77
Andere Verwaltungsaufwendungen	2001 2000	573 508	78 82	6 5	38 51	112 91
Normalabschreibungen	2001 2000	17 11			1 1	3
Verwaltungsaufwand	2001 2000	926 835	166 168	11 10	72 76	195 168
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	2001 2000	23 232	84 99	9 10	84 77	88 239
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	2001 2000	79 118	70 199	- 3 4	78 40	2 10
Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve	2001 2000	- 12 - 1			1 2	41 36
Veränderung der § 340f-HGB-Reserve	2001 2000					
Risikovorsorge	2001 2000	67 117	70 199	- 3 4	79 42	43 46
Betriebsergebnis nach Risikovorsorge	2001 2000	- 44 115	14 - 100	12 6	5 35	45 193
Ergebnis aus Finanzanlagen	2001 2000	40 8			- 3 - 7	3 1
Saldo der übrigen Positionen	2001 2000	- 15 - 17		- 1	- 12	
Ergebnis vor Steuern	2001 2000	- 19 106	14 - 97	12 5	- 10 28	48 194
Segmentvermögen	2001 2000	12.181 13.886	7.795 8.165	10.969 11.555	10.811 11.015	109.721 125.554
Segmentverbindlichkeiten	2001 2000	22.257 22.062	3.340 3.363	1.073 1.119	2.244 2.162	135.363 153.692
Risikopositionen	2001 2000	9.293 9.732	6.385 7.154	1.465 1.434	9.997 10.993	27.646 29.145
Allokiertes Kapital ⁴⁾	2001 2000	1.541 1.445	598 623	110 100	742 622	2.164 1.764
Mitarbeiterkapazitäten (Stichtag)	2001 2000	6.258 6.104	1.297 1.366	63 74	314 302	510 558
Rentabilität des allokierten Kapitals (bezogen auf das Ergebnis vor Steuern)	2001 2000	- 1,2% 7,3%	2,3% - 15,6%	10,9% 5,0%	- 1,3% 4,5%	2,2% 11,0%
Cost-Income-Ratio	2001 2000	97,6% 78,3%	66,4% 62,9%	55,0% 50,0%	46,2% 49,7%	68,9% 41,3%

1) 2001 inkl. Mitarbeiterkapazitäten (MAK) des DirektBankService (322) und anteilig der BG Polska (46) und exkl. LBS (2000: 122 MAK)

2) 2001 exkl. 322 MAK des DirektBankService, die im Segment Private Kunden ausgewiesen werden

3) IBAG, IBG und LPFV: Die anderen Verwaltungsaufwendungen und die Normalabschreibungen werden in den sonstigen Aufwendungen bzw. im Saldo sonstige Erträge/Aufwendungen ausgewiesen

4) Konzern: durchschnittliches bilanzielles Eigenkapital

Immobilienfinanzierung	Summe kundenorientierte SGFs	Zinsmanagement	Corporate Center ²⁾	Summe bankgesch. Tätigkeit	Immobilien-Dienstleistungen ³⁾	Fördergeschäft	Konsolidierung	Konzern
357	1.611	221		1.832	12	156	- 124	1.876
374	1.715	- 62		1.653	1	157	- 169	1.642
17	364	- 11		353		33		386
33	437	- 10		427		35		462
	36	- 146		- 110			4	- 106
	143	2		145			- 6	139
11	32	- 27	562	567	- 124	- 51	- 589	- 197
4	30		598	628	16	2	- 1.401	- 755
385	2.043	37	562	2.642	- 112	138	- 709	1.959
411	2.325	- 70	598	2.853	17	194	- 1.576	1.488
60	602		244	846	89	52	- 3	984
58	566		269	835	86	54	- 2	973
52	859		362	1.221		37	- 562	696
46	783		305	1.088		31	- 547	572
3	24		117	141		14	- 7	148
2	14		104	118		10	1	129
115	1.485		723	2.208	89	103	- 572	1.828
106	1.363		678	2.041	86	95	- 548	1.674
270	558	37	- 161	434	- 201	35	- 137	131
305	962	- 70	- 80	812	- 69	99	- 1.028	- 186
473	699	9		708		28	2	738
1.106	1.477	- 8		1.469		68		1.537
- 9	21	22		43		- 5	- 13	25
- 13	24			24			3	27
		2		2				2
- 82	- 82	- 241		- 323		- 43		- 366
464	720	33		753		23	- 11	765
1.011	1.419	- 249		1.170		25	3	1.198
- 194	- 162	4	- 161	- 319	- 201	12	- 126	- 634
- 706	- 457	179	- 80	- 358	- 69	74	- 1.031	- 1.384
- 2	38	- 38			- 356		357	1
10	16	- 262		- 246	- 319		580	15
235	208	- 273	- 250	- 315	656		233	574
- 279	- 298	- 142		- 440	- 583	- 1	834	- 190
39	84	- 307	- 411	- 634	99	12	464	- 59
- 975	- 739	- 225	- 80	- 1.044	- 971	73	383	- 1.559
54.712	206.189	23.403		229.592	3.181	20.056	- 63.666	189.163
55.594	225.769	15.618		241.387	1.958	20.742	- 59.279	204.808
44.899	209.176	20.416		229.592	3.181	20.056	- 63.666	189.163
46.354	228.752	12.635		241.387	1.958	20.742	- 59.279	204.808
23.003	77.789	7.236		85.025		4.508		89.533
22.649	81.107	6.243		87.350		3.957		91.307
1.588	6.743	418	151	7.312	89	370	- 3.574	4.197
1.452	6.006	469	130	6.605	86	350	- 2.779	4.262
728	9.170		3.467	12.637	1.559	780		14.976
745	9.149		3.948	13.097	1.700	767		15.564
2,5%	1,2%			- 8,5%		3,2%		- 1,4%
- 67,1%	- 12,3%			- 15,8%		20,9%		- 36,6%
29,9%	72,7%			83,6%	- 79,5%	74,6%		93,3%
25,8%	58,6%			71,5%	505,9%	49,0%		112,5%

erhöhte IT-Kosten gestiegen. In den Mitarbeiterkapazitäten wurden 2001 gegenüber 2000 auch 322 Mitarbeiter des DirektBankService ausgewiesen, der mit Wirkung vom 1. Januar 2002 in die Landesbank integriert wurde. Ohne Berücksichtigung des DirektBankService waren die Mitarbeiterkapazitäten rückläufig; der Personalaufwand blieb auf Vorjahresniveau.

Das Geschäftsfeld **Firmenkunden** erreichte nach einem Verlust im Vorjahr ein leicht positives Ergebnis. Rückgänge auf der Ertragsseite wurden durch eine deutlich niedrigere Risikovorsorge (– 129 Mio. €) überkompensiert.

Die Ergebnisentwicklung im Geschäftsfeld **Öffentliche Hand** wurde unter anderem durch Auflösungen in der Kreditrisikovorsorge beeinflusst.

Das Geschäftsfeld **Großkunden/Ausland** war 2001 trotz gestiegener Erträge und gesunkener Verwaltungsaufwendungen defizitär. Ergebnisbelastend wirkten die gegenüber dem Vorjahr höhere Risikovorsorge im Kreditgeschäft (+ 38 Mio. €) und ein Beteiligungsverlust (– 12 Mio. €).

Das Geschäftsfeld **Kapitalmarktgeschäft** musste 2001 einen signifikanten Ergebnismindernd zurückgang hinnehmen. Der Rückgang ist überwiegend auf sinkende Erträge (– 124 Mio. €) zurückzuführen. Den höchsten Anteil an diesem Rückgang hatte mit – 103 Mio. € das Nettoergebnis aus Finanzgeschäften und hierbei überwiegend der Handel mit Aktien und Aktienderivaten. Ergebnismindernd wirkte aufgrund gestiegener IT-Kosten der Verwaltungsaufwand (+ 27 Mio. €). Die Verbindung von rückläufigem Ergebnis und gestiegenem Aufwand führte zu dem starken Rückgang der Rentabilität.

Das positive Ergebnis des Geschäftsfelds **Immobilienfinanzierungen** konnte nur erzielt werden, da im Vorjahr gebildete Rückstellungen erfolgswirksam aufgelöst wurden. Der ergebniserhöhende Effekt hieraus betrug 249 Mio. €. Zusätzlich ergebnisverbessernd wirkte die gesunkene Kreditrisikovorsorge, die aber mit einem Anteil von 68% an der Summe der Kreditrisikovorsorge aller Geschäftsfelder wie im Vorjahr eine wesentliche Belastung sowohl für das Geschäftsfeld als auch für den Gesamtkonzern ist.

Zum Angebotsspektrum des Strategischen Geschäftsfelds Private Kunden gehören auf Basis des Filialvertriebs Kredite und Einlagen, Wertpapieranlagen und Versicherungen, Bausparen sowie Dienstleistungen rund um den Zahlungsverkehr inklusive Kreditkarten. Vermögende Privatkunden werden mit dem Ziel beraten, die anvertrauten Vermögenswerte optimal zu betreuen sowie private Immobilienfinanzierungen individuell bereitzustellen.

Die Bankgesellschaft Berlin ist im Geschäft mit privaten Kunden Marktführer in Berlin. Im Sinne unserer Kunden wurden im vergangenen Jahr weitere Serviceleistungen eingeführt und insbesondere die elektronischen Vertriebswege gestärkt.

Das Geschäftsfeld Private Kunden ist im Rahmen der Neustrukturierung aus der Zusammenlegung der Geschäftsfelder Privatkunden und Private Vermögensanlagen entstanden. Die Vergleichswerte aus dem Jahr 2000 basieren auf einer Addition der Werte dieser beiden Geschäftsfelder.

Private Kunden – Kredite

	31.12.2001 Mio. €	31.12.2000 Mio. €
Tages- und Termingelder	472	332
Kontokorrentkredite	898	1.069
Geldmarktnahe Kredite	158	154
Immobilienkredite	5.482	5.967
Andere Kredite (z.B. Konsumentenkredite)	3.030	2.870
Summe Forderungen an Kunden	10.040	10.392

Private Kunden – Einlagen

	31.12.2001 Mio. €	31.12.2000 Mio. €
Sichteinlagen	6.796	5.529
Tagesgelder	71	94
Termineinlagen	2.893	2.820
Spareinlagen	9.540	9.958
Sparbriefe und Ähnliches	480	616
Summe Kundeneinlagen	19.781	19.017

Filialgeschäft in der Region Berlin

Das Geschäft mit privaten Kunden wird im Raum Berlin mit den Marken Berliner Bank, Berliner Sparkasse, ALLBANK, Landesbank Berlin und Weberbank betrieben. Es stützt sich dabei auf ein flächendeckendes Filialnetz, ergänzt durch moderne Direktvertriebswege. Die begonnene Modernisierung der Standorte, die den Dialog mit den Kunden fördert, wird fortgesetzt.

Im Rahmen unserer individuellen Beratung in den Filialen nimmt die Altersvorsorge nicht zuletzt aufgrund der Neuerungen bei der staatlichen Förderung durch die „Riester-Rente“ einen großen Stellenwert ein. Entsprechende Informationen, Musterrechnungen und Produktangebote unserer Kooperationspartner sind in die umfassende Finanz- und Vermögensplanung aufgenommen worden. Weitere Schwerpunkte bildeten im abgelaufenen Jahr die Information der Kunden über den Euro, das Verfahren zur Euro-Bargeldeinführung und die Sicherheitsmerkmale der neuen Währung.

Elektronische Vertriebswege

Erwartungsgemäß nimmt die Nutzung unseres Internet- und Telefonbanking-Angebots weiterhin zu. So wird unser Call Center von 395.000 Kunden (Vorjahr 370.000) in Anspruch genommen. Die Zahl der Internetnutzer bei Berliner Bank und Berliner Sparkasse stieg im Jahr 2001 von 195.000 auf 270.000 an. Die Besuche der Websites verdoppelten sich im Jahresverlauf auf knapp eine halbe Million. Besonders die Steigerung im Internetbanking zeigt, dass sich diese Transaktionsart in allen Kundenkreisen weiter durchsetzt. Spätestens im Jahr 2003 dürfte damit die Zahl der Internetnutzer die der Call-Center-Nutzer erstmals übersteigen.

Das Spektrum unseres Onlineangebots ist 2001 nochmals erweitert worden. Ein wesentlicher Meilenstein wurde mit der Freischaltung des Onlinebrokerage erreicht. Damit haben unsere Kunden unabhängig von ihrem Aufenthaltsort jederzeit Zugriff auf ihr Wertpapierdepot. Im laufenden Jahr sollen unsere Kunden mit der Einführung der WebFiliale eine moderne, virtuelle Geschäftsstelle erhalten. Die bekannten Transaktionsmöglichkeiten werden in der WebFiliale stärker miteinander verknüpft und um Informations- und Servicedienstleistungen ergänzt. Damit wird unsere Multikanalstrategie komplettiert.

Einlagengeschäft

Das Einlagenvolumen von Privaten Kunden hat sich mit einer Steigerung um 4% auf 19,8 Mrd. € positiv entwickelt. Insbesondere die Sichteinlagen weisen ein überdurchschnittliches Wachstum auf. Dies ist auf das weiterhin gute Wachstum bzw. eine Produktneueinführung bei höherverzinslichen Anlagen zurückzuführen sowie stichtagsbezogen auch auf Zuflüsse von DM-Barmitteln im Zusammenhang mit der Euro-Bargeldeinführung.

Kreditgeschäft

Das Kreditgeschäft mit Privaten Kunden war in 2001 um rund 3,5% rückläufig. Die positive Entwicklung bei Konsumentenkrediten konnte dabei zusammen mit einer in der zweiten Jahreshälfte spürbaren Belebung des Neugeschäfts in der Privaten Immobilienfinanzierung die Volumenaufflüsse aufgrund von Ablösungen/Tilgungen in der Immobilienfinanzierung sowie bei den Kontokorrentkrediten nicht kompensieren.

Bei der Gestaltung des Leistungsangebots als auch bei den Bearbeitungsabläufen von Privaten Immobilienfinanzierungen wurden weitere Fortschritte erzielt, die wieder zu einer besseren Positionierung im Wettbewerb führen werden. Die Vermittlung von Immobilien durch unsere Tochtergesellschaften konzentrierte sich stärker auf hochwertige Wohnimmobilien in einem insgesamt sehr zurückhaltenden Markt.

Wertpapiergeschäft

Das Wertpapiergeschäft war im Wesentlichen durch weltweit rückläufige Kursnotierungen an den Kapitalmärkten gekennzeichnet. Insbesondere die Branchen Telekommunikation, Medien und Technologie sorgten für deutliche Ernüchterung. Im Zuge dieser Entwicklungen war auch das Wertpapierprovisionsergebnis rückläufig.

In der Kundenberatung wurde die im Vorjahr eingeführte beratungsunterstützende Software in vielen Bereichen erweitert und optimiert, so dass die Betreuer nunmehr ganzheitlich das Kundenportfolio anleger- und anlagegerecht mit vorgegebenen Depotstrukturen abgleichen sowie Kauf- und Verkaufsempfehlungen umsetzen können.

Die im vergangenen Jahr neu aufgelegten Index- und Aktienzertifikate waren in ihrer Ausgestaltung dem volatilen Börsenumfeld angepasst. So konnten Anleger in diesen Produkten oftmals durch die in den Produkten eingearbeiteten Absicherungsstrategien mögliche Kursverluste im Vorfeld begrenzen.

Auch im Investmentfondsgeschäft wurde im Jahr 2001 das Ziel Vermögenstrukturoptimierung weiter verfolgt. Dabei standen weiterhin die Produkte aus der Dachfondsfamilie BerolinaCapital sowie der fondsgebundenen Vermögensverwaltung im Vordergrund. Darüber hinaus rundeten situationsreagible Einzelprodukte das Angebotsportfolio ab.

In der Depotverwaltung für private Kunden befanden sich Ende 2001 einschließlich Fondsanteilen insgesamt Wertpapiere im Volumen von rund 12,3 Mrd. €.

Kreditkartengeschäft

Die Zahl der herausgegebenen Kreditkarten hat sich im Konzern Bankgesellschaft Berlin auf 1,3 Millionen erhöht. Der Konzern festigt damit seine Stellung als größter Kreditkartenemittent in Deutschland.

Das im Jahr 2000 begonnene Co-Branding-Programm mit der Firma webmiles hat sich im Berichtsjahr sehr gut entwickelt. Das Kreditkartenangebot in Zusammenarbeit mit dem ADAC ist neu aufgestellt und mit Bonifizierungselementen versehen worden, ebenso das Angebot im Zuge der Neueinführung der BB Magic-Girokonten der Berliner Bank.

Im Vorfeld der Einführung des Euro-Bargelds wurden die Kreditkarten auf die neue Währung umgestellt. Innerhalb der EU ist in diesem Zusammenhang das Auslandseinsatzentgelt weggefallen und außerhalb der EU reduziert worden.

Mit Einführung des Kreditkarten-Bankings sind unsere Kunden in der Lage, ihre Kreditkartenabrechnung online abzurufen.

Vermittlung von Versicherungen

Bei der Vermittlung von Versicherungen unseres Kooperationspartners Gothaer Versicherungen konnte das Vorjahresergebnis spürbar gesteigert werden. Eine hohe Bedeutung wurde in allen Kundensegmenten der Vorsorgeberatung beigemessen, was sich besonders in den Vermittlungen von Rentenversicherungen widerspiegelte. Der Absatz fondsgebundener Versicherungsprodukte war unverändert hoch und stellte rund ein Drittel des Vertriebsergebnisses dar.

Steuereffiziente Anlagen

Der Absatz steuereffizienter Anlagen bei vermögenden Privatkunden gestaltete sich bedingt durch die Schwierigkeiten im Immobilienfondsgeschäft nicht einfach. Die bereits im Vorjahr eingeleitete Trendwende von den steuerlich induzierten zu den ertragsorientierten Fondsprodukten hat sich weiter verstärkt. Diese Tendenz lässt sich auch in unserer Absatzstruktur nachvollziehen.

Ausblick

Die nächsten Jahre werden maßgeblich durch die Redimensionierung des filialgestützten Vertriebsnetzes gekennzeichnet sein. Die Fokussierung der Aktivitäten auf den Kernmarkt Berlin führt zur Aufgabe der bundesdeutschen Niederlassungen und zur Bündelung von Beratungskompetenzen.

Das Retailgeschäft des Konzerns Bankgesellschaft Berlin soll ab 2003 unter dem Dach der Landesbank Berlin zusammengeführt werden. Im Privatkundengeschäft konzentrieren wir uns zukünftig mit den Marken Berliner Bank und Berliner Sparkasse auf die Region Berlin.

Weitreichende Prozessoptimierungen sollen zu einer beträchtlichen Verringerung der Sach- und Personalkosten führen. Sämtliche Vertriebsstandorte werden überprüft. Hierbei wird es zu einer Reduzierung der Anzahl kommen. Während die flächendeckende Versorgung unserer Kunden weiterhin Priorität hat, wird die Anzahl der Standorte insgesamt reduziert werden. Innerhalb der Filialen werden wir insbesondere das Kassengeschäft neu organisieren und die Verwaltungskapazitäten deutlich reduzieren.

Wir gehen davon aus, dass die kostensenkenden Maßnahmen und eine leichte Verbesserung der Ertragslage im Privatkundengeschäft die Grundlage für eine solide Geschäftsentwicklung in der Zukunft sein werden.



Im Geschäftsjahr 2001 konnte der Konzern seine Marktführerschaft im regionalen Firmenkundengeschäft in Berlin-Brandenburg behaupten. So werden rund 85.000 Firmenkunden entlang ihrer Wertschöpfungskette von der Existenzgründung bis zum Börsengang betreut. Die Marktanteile bei inländischen Unternehmen erreichen je nach Produktgruppe des Aktiv- und Passiv-Geschäfts unverändert deutlich über 40%. Durch Projekte zur Prozessoptimierung im Kreditgeschäft und zur Konzentration der Vertriebsstandorte wurden Qualitätssteigerungs- und Kostensenkungsmaßnahmen vorbereitet. Diese werden im Jahr 2002 als Teil der Sanierung des Konzerns umgesetzt.

Firmenkunden – Kredite

	31.12.2001	31.12.2000
	Mio. €	Mio. €
Tages- und Termingelder	439	430
Kontokorrentkredite	1.059	1.260
Geldmarktnahe Kredite	0	0
Grundpfandrechtl. gesicherte Kredite	2.421	2.479
Andere Kredite	3.631	3.799
Summe Forderungen an Kunden	7.550	7.968

Firmenkunden – Einlagen

	31.12.2001	31.12.2000
	Mio. €	Mio. €
Sichteinlagen	1.719	1.418
Tagesgelder	96	81
Termineinlagen	810	956
Spareinlagen	141	145
Sparbriefe und Ähnliches	7	12
Summe Kundeneinlagen	2.773	2.612

Fokus auf der Region
Berlin-Brandenburg

Das Firmenkundengeschäft der Bankgesellschaft Berlin ist auf die Region Berlin-Brandenburg mit ihren kleinen, mittleren und großen Unternehmen fokussiert. Finanzdienstleistungen für Unternehmen werden entlang ihrer Wertschöpfungskette angeboten. Das Produktangebot reicht von der Beratung und der Finanzierung mit Fördermitteleinsatz für Existenzgründer über das Kredit- und Anlagegeschäft bis zu ausgewählten Corporate-

Finance-Leistungen. Die Bankgesellschaft Berlin tritt dabei im Markt im Wesentlichen mit ihren Marken Berliner Sparkasse/Landesbank Berlin und Berliner Bank auf.

Risiken im Firmenkundengeschäft

Die Risikokosten im Firmenkundengeschäft konnten 2001 gegenüber dem Vorjahr deutlich reduziert werden. Die im Vergleich zu anderen deutschen Ballungsräumen anhaltend schwache wirtschaftliche Entwicklung und die hohe Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Berlin-Brandenburg stellen an das Risikomanagement im Firmenkundengeschäft besondere Anforderungen. Durch den hohen Marktanteil in der Region beeinflusste die wirtschaftliche Lage im Heimatmarkt das wirtschaftliche Ergebnis des Geschäftsfelds Firmenkunden stark.

Während im Bestandsportefeuille alle Möglichkeiten einer Umschichtung zu Gunsten guter Bonitäten genutzt wurden, verfolgte die Bank im Neugeschäft auch 2001 eine konservative Kreditpolitik.

Entwicklung des Passiv- und Provisionsgeschäfts

Im Passivgeschäft konnten die Planziele für 2001 hinsichtlich des Volumens und der Marge nicht erreicht werden. Bei einer leichten Erhöhung des Passivvolumens war im Kundengeschäft ein Margenrückgang zu verzeichnen.

Im Geschäftsjahr 2001 wurden die Produkte Mittelstands-Cap zur Minimierung der Zinsänderungsrisiken und Factoring in das Produktangebot aufgenommen. Das Leasinggeschäft mit Firmenkunden entwickelte sich in Kooperation mit der LGS Leasing Gesellschaft der Sparkasse GmbH, einer 100%igen Tochter der Deutschen Leasing AG, erfreulich und bietet gute Aussichten für das Geschäftsjahr 2002. Insgesamt blieb der Provisionsüberschuss daher mit 44 Mio. € trotz der ungünstigen Börsensituation konstant.

Restrukturierung

Das Jahr 2001 war auch im Geschäftsfeld Firmenkunden von der Restrukturierung des Gesamtkonzerns gekennzeichnet. Die Konzentration von Vertriebsstandorten im Segment „Kleine Firmenkunden“ in der Berliner Sparkasse/Landesbank Berlin wurde fortgesetzt. Für die Marke Berliner Bank wurden die konzeptionellen Vorarbeiten für eine Verdichtung der Vertriebsstandorte abgeschlossen, so dass 2002 deren Umsetzung erfolgen kann.

Die Prozesse im Kreditgeschäft bildeten 2001 einen Schwerpunkt der internen Aktivitäten zur Qualitätssteigerung und Kostensenkung. Die Optimierung des kleinteiligen Firmenkundengeschäfts wurde unter anderem mit der Entwicklung eines Scoringsystems zur Unterstützung der Kreditentscheidung abgeschlossen. Gleichmaßen wurde die Produktpalette mit dem Ziel der Standardisierung überarbeitet. Als Resultat zeigt sich bereits 2001 eine Stabilisierung des Verwaltungsaufwands und eine Reduzierung des eingesetzten Personals.

Verbesserte Marktbetreuung

Im Jahr 2001 wurde im Firmenkundengeschäft ein Customer-Relationship-Management-Tool (CRM) eingesetzt. Der Konzern ist damit unter den ersten Banken in Deutschland, die ein modernes CRM-System im Firmenkundengeschäft zum Einsatz bringen. Damit bieten wir eine intelligente Infrastruktur für ein optimiertes Produkt- und Leistungsspektrum im Rahmen der individuellen Kundenbetreuung.

Ausblick

Im Firmenkundengeschäft wird die Fokussierung auf die Region Berlin-Brandenburg fortgesetzt. Die Zahl der Vertriebsstandorte unserer Marken wird 2002 weiter optimiert. Zudem werden wir das Aufgabenprofil der Filialen weiter schärfen. Kriterien sind die Erhöhung der Dienstleistungsqualität für unsere Kunden, die Abstimmung mit den Vertriebswegen Internet und Call Center und die Verbesserung unserer Kostenstruktur.

Im Jahr 2002 planen wir den Aufbau eines regionalen B2B-Angebots für mittelständische Unternehmen in Berlin-Brandenburg. Dieses Portalangebot soll neben Finanzprodukten Angebote wie E-Procurement und Leistungen im Rahmen von Application Service Providing in den Mittelpunkt stellen, die sich auf die Bedarfslage der kleinen und mittleren Unternehmen in der Region ausrichten und sowohl deren Beschaffungs- als auch Prozesskosten reduzieren helfen.

Die Erträge sollen vor allem im Provisionsgeschäft erhöht werden, während die Kostenstruktur deutlich verbessert wird. Mittelfristig wird die dauerhafte Reduzierung der Risikokosten durch erhöhtes Risikobewusstsein im Neugeschäft und professionelles Abwicklungsmanagement eine wesentliche Aufgabe sein.

Der Marktanteil des Strategischen Geschäftsfelds Öffentliche Hand konnte in einem schwierigen Wettbewerbsumfeld aufrecht erhalten werden. Aufgrund der Konzentration des Konzerns auf die Kernregion Berlin-Brandenburg wird das Geschäftsfeld demnächst umstrukturiert und innerhalb des Geschäftsfelds Firmenkunden partiell fortgeführt werden.

Öffentliche Hand – Kredite

	31.12.2001 Mio. €	31.12.2000 Mio. €
Tages- und Termingelder	909	862
Kontokorrentkredite	35	36
Geldmarktnahe Kredite	0	0
Immobilienkredite	233	159
Andere Kredite (insbes. Kommunalkredite)	9.018	9.593
Summe Forderungen an Kunden	10.195	10.650
Forderungen an Banken ab 1 Jahr	773	904
Summe	10.968	11.554

Öffentliche Hand – Einlagen

	31.12.2001 Mio. €	31.12.2000 Mio. €
Sichteinlagen	342	493
Tagesgelder	0	0
Termineinlagen	195	111
Spareinlagen	6	7
Sparbriefe und Ähnliches	1	1
Summe Kundeneinlagen	544	612
Bankverbindlichkeiten ab 1 Jahr	513	501
Summe	1.057	1.113

In unserer Kernregion und mehreren anderen Bundesländern haben wir uns bei einer Reihe von Kunden mit anspruchsvollen Produkten gegenüber der Konkurrenz behauptet. Dazu zählen Finanzdienstleistungen für Kommunen und ihre Unternehmen im Ver- und Entsorgungsbereich, im Bereich des öffentlichen Personen-Nahverkehrs sowie im Gesundheitssektor. Durch die Suche nach geeigneten Lösungen im Aktiv-, Passiv- sowie Dienstleistungsgeschäft konnte bei konsequenter Ertragsorientierung und einem straffen Controllingsystem auch bei

einem schwierigen Marktumfeld das Geschäft auf dem erreichten Niveau fortgeführt werden. Das Kommunalkreditgeschäft wurde etwa im Umfang des letzten Geschäftsjahres weitergeführt, vor allem durch Gewährung von Kassenkrediten.

Insgesamt konnte bei massivem Margendruck und stringenter Kreditrisikobeachtung erneut ein positiver Beitrag zum Konzernergebnis erzielt werden. Das Neugeschäft entwickelte sich – insbesondere bei der Kreditvergabe – verhalten.

Ausblick

Die Einsatzmöglichkeiten des Geschäftsfelds Öffentliche Hand rings um Infrastrukturfinanzierungen werden sich in der Kernregion künftig nicht in dem Ausmaß entwickeln, das eine eigene Geschäftsfeldorganisation erforderlich macht. Daher werden diese Aktivitäten auf firmenkundentypische Finanzdienstleistungen fokussiert; das Geschäftsfeld Öffentliche Hand wird im laufenden Jahr mit dem Geschäftsfeld Firmenkunden zusammengeführt.

Das Strategische Geschäftsfeld Großkunden/Ausland hat sich bisher auf international tätige Unternehmen, europäische Versicherungen sowie ausländische Banken und Mandate für Strukturierte Finanzierungen konzentriert. Mit diesem Geschäftsfeld positionierte sich die Bank als Spezialist für strukturierte Kapitalmarkt- und Auslandsprodukte im kundenorientierten Geschäft, ohne jedoch eine ausreichende Markttiefe und -breite für eine erfolgreiche Weiterentwicklung des Geschäftsfelds erreicht zu haben.

Großkunden/Ausland – Kredite

	31.12.2001 Mio. €	31.12.2000 Mio. €
Summe Forderungen an Kunden	7.962	8.005
Kredite an Banken ab 1 Jahr	1.251	1.350
Summe	9.213	9.355

Großkunden/Ausland – Einlagen

	31.12.2001 Mio. €	31.12.2000 Mio. €
Summe Kundeneinlagen	843	1.133
Bankverbindlichkeiten ab 1 Jahr	322	500
Summe	1.165	1.633

Im Jahr 2001 konzentrierte sich das Geschäftsfeld auf die weitere Verbesserung der Portfolioqualität und die Stabilisierung der bestehenden Kundenverbindungen unter den besonderen Umständen der Kreditmärkte und des Konzerns. Dies war mit einer sehr starken Zurückhaltung beim Neugeschäft verbunden. Der geringere Provisionsbeitrag im Vergleich zu 2000 spiegelt diese Entwicklung wider. Aufgrund der rezessionsbedingt verschlechterten Kreditqualität musste für Altengagements erneut eine überdurchschnittliche Risikovorsorge von 79 Mio. € gebildet werden.

Der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit im Bereich Internationales Geschäft liegt in der Begleitung von kurzfristigen Handels- und Exportgeschäften unserer Kunden. Unsere gute Position vor allem in Zentral- und Osteuropa sowie im Nahen und Mittleren Osten konnten wir erfolgreich behaupten und an die bisherigen Erfolge als führender Arrangeur anknüpfen. Den im Jahr 2001 begonnenen Ausbau unserer Commodity-Trade-Finance-Aktivitäten wollen wir 2002 verstärkt fortsetzen.

Der Bereich Strukturierte Finanzierungen umfasst die Produktfelder Flugzeug- und Schiffsfinanzierungen, Steuer- und Spezialfinanzierungen sowie Projektfinanzierungen. Dieses Geschäftsfeld wird laufzeitengerecht abgebaut, das Neugeschäft ist mit der Abgabe der EU-Notifizierung eingestellt worden. Der Bereich Strukturierte Finanzierungen stellt für die Bank keinen strategischen Fokus für die Zukunft dar.

Der Bereich Corporate Banking, der die Zusammenarbeit mit unseren industriellen Großkunden bündelt, wird als eigenständige Plattform aufgegeben. In den vergangenen Jahren konnte in diesem Bereich nicht die Markttiefe und -diversifizierung erreicht werden, die unter Beachtung eines vertretbaren Risikoprofils erforderlich gewesen wäre.

Ausblick

Aufgrund der veränderten Anforderungen der Märkte und der Fokussierung des Konzerns auf seine Aufgaben als Regionalbank ziehen wir uns aus bestimmten Aktivitäten des Geschäftsfelds Großkunden/Ausland zurück. Die verbleibenden Aufgabengebiete werden gemeinsam mit dem Kapitalmarktgeschäft neu strukturiert und im Wesentlichen produktorientiert organisiert sein.



Trotz des ungünstigen Börsenumfelds und der schwierigen Situation des Konzerns Bankgesellschaft Berlin ist im Kapitalmarktgeschäft mit einem Gewinn vor Steuern in Höhe von 48 Mio. € ein positives Ergebnis erzielt worden.

Kapitalmarktgeschäft – Kredite

	31.12.2001 Mio. €	31.12.2000 Mio. €
Summe Forderungen an Kunden	3.108	5.707
Kredite an Banken ab 1 Jahr	10.026	19.051
Summe	13.134	24.758

Kapitalmarktgeschäft – Einlagen

	31.12.2001 Mio. €	31.12.2000 Mio. €
Summe Kundeneinlagen	16.426	16.852
Bankverbindlichkeiten ab 1 Jahr	10.365	11.145
Summe	26.791	27.997

Aktien/Aktienderivate

Die ungünstige Entwicklung in den Aktienmärkten wirkte sich auf das Ergebnis des Geschäftsfelds Aktien/Aktienderivate spürbar aus.

Dennoch konnte ein zwar deutlich rückläufiges, aber noch positives Ergebnis erzielt werden.

Im Eigenhandel konnte das Strategieportfolio weiter ausgebaut werden. Nach Abschluss der Aufbauphase trug nun auch der Standort London positiv zum operativen Ergebnis bei.

Im Börsenhandel haben wir unsere Marktposition als bedeutender Anbieter von strukturierten Produkten behauptet. Eine konsequent betriebene Produktpolitik sowie aktive Kommunikation mit privaten und professionellen Anlegern trugen dazu bei, an die Erfolge des Vorjahres anzuknüpfen.

Equity Research & Sales

Im Geschäftsfeld Equity Research & Sales sind die aktienmarkt-orientierten Analysekapazitäten und die Aktien-Brokerageeinheit gebündelt. Marktbedingt war das Provisionsergebnis gegenüber dem Vorjahr rückläufig.

Die Bank ist als deutscher Partner Mitglied im ESN European Securities Network, einem europäischen Research- und Sales-Verbund mit ca. 130 Unternehmensanalysten und Strategen, deren Kapazitäten wechselseitig voll genutzt werden können. Darüber hinaus schafft diese Vereinigung, bestehend aus insgesamt zehn Banken- und Brokerhäusern, auf der Distributionsseite Zugang zu vielen institutionellen Investoren.

Risk Management Derivative

Die gestiegene Volatilität an den Kapitalmärkten stellte hohe Anforderungen an das Risikomanagement mit derivativen Zinsinstrumenten für den Eigenhandel. In einzelnen Geschäftsaktivitäten des Portfolios RMD wurden positive Ergebnisbeiträge erzielt, jedoch entsprach der Beitrag zum Gesamtergebnis leider nicht den Erwartungen.

Geldhandel/Devisenhandel/ Rentenhandel

Im Geldhandel wurde ein Ergebnis erzielt, das die Erwartungen deutlich übertraf.

Der Devisenhandel konnte seine Marktposition im Kunden- und Eigenhandel behaupten.

Im Rentenhandel konzentrierten sich wie im Vorjahr die Aktivitäten auf den Handel mit Credits, Jumbo-Pfandbriefen und Government Bonds. Ein weiterer Schwerpunkt war die Befriedigung der Retail-Nachfrage nach höherverzinslichen Corporate Bonds.

Credit Derivatives

Das Kreditderivategeschäft konnte an die Erfolge des Vorjahres anknüpfen und erzielte wiederum ein positives Ergebnis.

Debt Finance

Ohne Abstriche an der Kreditqualität (weiterhin im Durchschnitt AA-) hinzunehmen, konnte die Profitabilität 2001 weiter gesteigert werden. Dazu trugen die Bereiche Securitisation, Syndicated Lending, High Grade Investments und Fixed Income Primary Markets gleichermaßen bei.

Erhebliche Fortschritte wurden in der Optimierung des Portfolio-Mixes zur weiteren Reduktion des Kapitaleinsatzes erzielt, insbesondere durch das Arrangieren von Kreditderivate-Portfoliotransaktionen mit Dritten. Durch entsprechende Verbriefungsprogramme konnte ein Volumen von 5 Mrd. € bei gleichzeitiger Performanceverbesserung des Portfolios ausplatziert werden.

Ausblick

Wie die übrigen Strategischen Geschäftsfelder muss auch das Kapitalmarktgeschäft einen wesentlichen Beitrag zur Restrukturierung des Konzerns leisten. Einige Geschäftszweige werden im Zuge der notwendigen Anpassungen aufgegeben, andere in ihrem Umfang reduziert, um das gebundene Kapital deutlich zurückzuführen.

Das Kapitalmarktgeschäft bleibt ein wesentlicher Eckpfeiler des Konzerns. In einer neuen organisatorischen Aufstellung wird neben dem weiter zu fokussierenden Eigenhandel in Zukunft insbesondere das Kundengeschäft mit Zins-, Aktien-, und Kreditprodukten inklusive dazugehöriger Derivate eine erheblich stärkere Rolle spielen. Außerdem wird das Kapitalmarktgeschäft mit den fortzuführenden Aktivitäten des aufzugebenden Geschäftsfelds Großkunden/Ausland verbunden werden.

Nach dem schwierigen Geschäftsjahr 2000 stand das Strategische Geschäftsfeld Immobilienfinanzierungen im vergangenen Jahr ganz im Zeichen der Neuordnung und Neuausrichtung. Dabei wurden aus vorhergehenden Fehleinschätzungen und Mängeln in der Kreditbearbeitung einschneidende Konsequenzen gezogen. Den in der Abschlussprüfung 2000 gewonnenen Erkenntnissen trug die Bank durch neue Entscheidungsstrukturen, die Verbesserung der Datenqualität sowie weitere Anstrengungen zur Diversifizierung und Konsolidierung des Kreditportfolios Rechnung. Dementsprechend wurde das Neugeschäft unter verschärften Risikogesichtspunkten äußerst zurückhaltend betrieben.

Immobilienfinanzierungen – Kredite

	31.12.2001 Mio. €	31.12.2000 Mio. €
Tages- und Termingelder	3.287	2.653
Kontokorrentkredite	1.494	1.198
Geldmarktnahe Kredite	178	0
Immobilienkredite	24.095	24.013
Andere Kredite (insbes. Kommunalkredite)	17.009	18.497
Summe Forderungen an Kunden	46.063	46.361
Forderungen an Banken ab 1 Jahr	4.018	4.578
Summe	50.081	50.939

Immobilienfinanzierungen – Einlagen

	31.12.2001 Mio. €	31.12.2000 Mio. €
Sichteinlagen	836	812
Tagesgelder	869	34
Termineinlagen	9.053	10.106
Spareinlagen	2	2
Sparbriefe und Ähnliches	0	0
Summe Kundeneinlagen	10.760	10.954
Bankenverbindlichkeiten ab 1 Jahr	2.176	2.685
Summe Kundeneinlagen	12.936	13.639

Klare Entscheidungsstrukturen

Nachdem teilbankübergreifend einheitliche Richtlinien für die Kreditbearbeitung und Risikobewertung eingeführt worden sind, stellen sich nunmehr die Ablauf- und Entscheidungsstrukturen innerhalb des Geschäftsfelds deutlich straffer dar. Die konzernweit einheitlichen Richtlinien werden in einem Management Board Immobilien festgelegt und von ihm überwacht. Dieses setzt sich zusammen aus den für das Immobilien-Finanzierungsgeschäft verantwortlichen Vorständen und Bereichsleitern des Konzerns und der Teilbanken. Seine Aufgabe kann das Board auf der Basis einer verbesserten Datenqualität wahrnehmen. Dies gilt sowohl für die Vertriebssteuerung als auch für die Kreditbearbeitung und für das Risikocontrolling.

Diversifizierung des Kreditportfolios

Der Bestand an Kundenkrediten betrug Ende des Jahres 2001 46,1 Mrd. €. Davon waren in der Position Andere Kredite 14,9 Mrd. € Kommunalkredite der Berlin Hyp enthalten. Im Neugeschäft, das unter Risikogesichtspunkten zurück genommen wurde, erhöhte sich der Anteil der internationalen Aktivitäten und wirkte der bisherigen Konzentration auf die Kernregion Berlin-Brandenburg entgegen. Um die eingeleitete Diversifizierung des Kreditportfolios fortzusetzen, bleibt das Geschäftsfeld Immobilienfinanzierungen mit den Marken Bankgesellschaft Berlin und Berlin Hyp überregional aufgestellt und strebt einen adäquaten Mix von Kundensegmenten und Objektarten an.

Ergebnisentwicklung und Risikovorsorge

Die Fokussierung auf risikoärmere Engagements im Neugeschäft, die stärkere regionale Risikodiversifizierung sowie die Auflagen der Bankenaufsicht zur veränderten Positionierung der Berlin Hyp beim Zinsänderungsrisiko führten im Berichtsjahr zu einer deutlichen Verringerung der Erträge im gesamten Geschäftsfeld. Wegen der Projekte und Maßnahmen im Zusammenhang mit der Restrukturierung des Geschäftsfelds stiegen die Verwaltungsaufwendungen. Die anhaltend schwierige Lage auf dem Immobilienmarkt, insbesondere in den Neuen Bundesländern, sowie die weitere Prüfung des Darlehensbestands unter strengen Bewertungskriterien machten eine Kreditrisikovorsorge von 473 Mio. € notwendig.

Die Ergebnisentwicklung war zudem wesentlich geprägt von Effekten aufgrund der Vereinbarung mit dem Land Berlin zur Abschirmung wesentlicher Risiken des Immobiliendienstleistungsgeschäfts des Konzerns. Innerhalb des Kreditvolumens des Geschäftsfelds Immobilienfinanzierungen entfällt ein nennenswerter Teil (9,6 Mrd. €) auf Finanzierungen im Zusammenhang mit Immobiliendienstleistungen im Konzern. Im Zusammenhang mit der Abschirmung der wesentlichen Risiken dieses Geschäfts durch das Land Berlin konnte eine ansonsten erforderliche weitere Risikovorsorge für dieses Kreditvolumen entfallen. Zugleich konnte die im Vorjahr gebildete Rückstellung in Höhe von 249 Mio. € für Vorratsimmobilien im Immobiliendienstleistungsgeschäft ergebniswirksam aufgelöst werden. Beide Effekte – Entfallen weiterer Vorsorgen und Auflösung von Rückstellungen – sind für das positive Ergebnis des Geschäftsfelds in Höhe von 39 Mio. € mitentscheidend. Die Enthftung von den Kreditrisiken im Immobiliendienstleistungsgeschäft bewirkt zudem eine deutliche Entlastung bei der Eigenkapitalbindung des Geschäftsfelds. Da Kredite an die abgeschirmten Immobiliendienstleistungen nun wie öffentlich verbürgte Kredite behandelt werden, werden die Ertragskennzahlen des Geschäftsfelds bezogen auf das gebundene Eigenkapital künftig sichtbar besser ausfallen.

Ausblick

Auch wenn sich auf dem deutschen Immobilienmarkt vorerst keine grundsätzliche Trendwende abzeichnet, streben wir insbesondere durch die Verbesserung der Kostensituation und eine verringerte Risikovorsorge im Jahr 2002 ein in etwa ausgeglichenes Ergebnis an. Weitere Maßnahmen zur Verbesserung des Risikomanagements sollen dazu führen, dass das Geschäftsfeld mittelfristig wieder einen wesentlichen Beitrag zum Ergebnis des Konzerns leisten kann.

Im **Segment Zinsmanagement** werden Ergebnisbeiträge ausgewiesen, die nicht den kundenorientierten Geschäftsfeldern zuzuordnen sind. Primär erfolgt dies im Zinsüberschuss; es ist aber auch ein Ausweis in den Positionen Provisionsüberschuss, Nettoergebnis aus Finanzgeschäften, Risikovorsorge und anderen Ergebniskomponenten möglich. In Abgrenzung hierzu werden die Verwaltungsaufwendungen der Corporate Center und sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen aus der Geschäftstätigkeit der Servicegesellschaften im Segment Corporate Center gezeigt.

Zinsüberschuss: Der im Segment Zinsmanagement ausgewiesene Zinsüberschuss enthält im Wesentlichen drei Komponenten:

- **Strukturbeiträge**, die im Kundengeschäft, im Kapitalmarktgeschäft oder im Ergebnis von dispositiven Maßnahmen des Bilanzstrukturmanagements entstehen
- **Zinskonditionenbeiträge** aus den unverzinslichen Aktiva und Passiva der Teilbanken des Konzerns, insbesondere aus der Eigenkapitalanlage
- **Gewinnausschüttungen** von Gesellschaften des Konsolidierungskreises

Unter Einbeziehung der primär aus der Anlage des Eigenkapitals erzielten Zinskonditionenbeiträge und der dem Zinsmanagement zugerechneten Ausschüttungen errechnet sich ein Zinsüberschuss im Zinsmanagement von 221 Mio. € (2000 – 62 Mio. €). Im Vorjahr wurde der positive Ergebnisbeitrag aus der Anlage des Eigenkapitals durch negative Strukturbeiträge und in Folge der fehlenden Gewinnausschüttungen der Teilbanken überkompensiert, so dass sich ein Zinsverlust im Zinsmanagement ergab.

Provisionsüberschuss: Im Provisionsüberschuss wurde ein marginaler Ergebnisbeitrag in Höhe von – 11 Mio. € abgebildet.

Nettoergebnis aus Finanzgeschäften: Beim Handelsergebnis des Konzerns wurde im Jahr 2001 ein Verlust von – 106 Mio. € ausgewiesen. Während die kundenorientierten Geschäftsfelder ein positives Handelsergebnis erwirtschafteten, wird

im Zinsmanagement auch ein Verlust von –146 Mio. € abgebildet, der fast vollständig in Kursverlusten der eigenen Aktien begründet ist.

Saldo der sonstigen Erträge und Aufwendungen: Hier werden neu in 2001 ertragsunabhängige Steuern und diverse Schadenserstattungen ausgewiesen.

Risikovorsorge: Im Segment Zinsmanagement werden in 2001 insbesondere erfolgte Verlustrealisierungen von Bewertungsergebnissen aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve gezeigt. Im Vorjahr wurde hier primär die Auflösung von §340f-HGB-Reserven ausgewiesen.

Ergebnis aus Finanzanlagen: Abschreibungen auf diverse Gesellschaften, die keinem Geschäftsfeld zuzuordnen sind, bedingen die ausgewiesenen Verluste.

Saldo der übrigen Positionen: Verlustübernahmen aus IBAG und IBG sowie aus verschiedenen Grundstücksgesellschaften sind hier die wesentlichen Komponenten; für IBAG und IBG werden diese allerdings im Konzern wieder konsolidiert.

In der Segmentergebnisrechnung des Konzerns werden im Segment Corporate Center die zentralen Steuerungs- und Servicebereiche sowie die allen Banken des Konzerns als zentrale Dienstleister zur Verfügung stehenden Servicegesellschaften erfasst. Letztere sind die BB-DATA, BG-SYS, der BANKENSERVICE und die Bauprojekt- und Facilitymanagement GmbH, im Unterschied zum Vorjahr jedoch nicht mehr der DirektBankService.

Der DirektBankService wurde mit Wirkung vom 1. Januar 2002 als Unternehmensbereich in die Landesbank Berlin integriert. Bereits in 2001 wird er dem Strategischen Geschäftsfeld Private Kunden zugeordnet.

Der in der Ergebnisrechnung ausgewiesene Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge/Aufwendungen in Höhe von 562 Mio. € umfasst vor allem die Umsatzerlöse der Servicegesellschaften. Die Reduzierung gegenüber dem Jahr 2000 ist ausschließlich auf den hier nicht mehr abgebildeten DirektBankService zurückzuführen.

In der Segmentergebnisrechnung erfolgt ein Bruttoausweis von Umsatzerlösen und Verwaltungsaufwendungen der Servicegesellschaften, so dass der negative Saldo in Höhe von 161 Mio. € (Betriebsergebnis vor/nach Risiko) die tatsächliche Kostensituation der Corporate Center darstellt. Diese hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 81 Mio. € verschlechtert, wobei hier insbesondere auch Sonderfaktoren aufgrund der Sanierungserfordernisse des Konzerns zum Tragen kommen. Aufwandserhöhend wirkten sich im Jahr 2001 in besonderem Maße durch externe Berater begleitete Projekte und Maßnahmen zur Erarbeitung des Sanierungs- und Restrukturierungskonzepts des Konzerns aus.

Darüber hinaus führten einzelne Projekte sowie Investitionen in die Vereinheitlichung bisher heterogener Anwendungslandschaften zu gestiegenen IT-Aufwendungen. Sonderabschreibungen aufgrund von Bewertungserfordernissen für bankeigene Immobilien führten zu einer Steigerung der Normalabschreibungen.

Wegen rückläufiger Mitarbeiterkapazitäten haben sich die Personalaufwendungen der Corporate Center weiter verringert. Der Personalabbau umfasst nach Korrektur um die Beschäftigten des DirektBankService 189 Mitarbeiterkapazitäten.

Die Maßnahmen zur Neuordnung und Sanierung des Konzerns erforderten die Bildung von Restrukturierungsrückstellungen in den Banken des Konzerns, die sich als außerordentlicher Aufwand im Umfang von 250 Mio. € im Segment Corporate Center niederschlagen. Die Rückstellungsbildung für die Restrukturierung der IBAG ist im Segment Immobiliendienstleistungen enthalten.

Im Rahmen der Umsetzung des Sanierungskonzepts der Bankgesellschaft Berlin wird es auch im Segment Corporate Center zu einer signifikanten Senkung der Personal- und Sachaufwendungen kommen. Dazu werden unter anderem die angestrebte Verringerung der Konzernkomplexität, Outsourcing-Maßnahmen sowie die Anpassung an die Bedürfnisse einer Regionalbank beitragen..



Die IBAG Immobilien und Beteiligungen AG Berlin konzentrierte sich im Rahmen ihrer Neuausrichtung im Geschäftsjahr 2001 zunehmend auf zwei Tätigkeitsfelder: Innovative Kapitalanlageprodukte (Fondsgeschäft) und die Entwicklung ertragsstarker Premium-Immobilien. Im Absatz geschlossener Immobilienfonds wurde bei einem insgesamt rückläufigen Markt Zurückhaltung geübt. Der schon im Jahr 2000 im Vertrieb befindliche IBV Fonds Deutschland 3 konnte vollständig platziert werden. Der Direktverkauf von Wohneigentum an Kapitalanleger und Eigennutzer stieg leicht an.

Vertrieb geschlossene Immobilienfonds

	31.12.2001*	31.12.2000
Im Vertrieb befindliche Fonds	3	5
Investitionsvolumen in Mio. €	351,6	1.324,8
Zeichnungskapital in Mio. €	167,2	514,3
Zeichnungen insgesamt	78.077	82.100

Vertrieb Wohneigentum

	31.12.2001	31.12.2000
Verkaufte Einheiten	705	636
Umsatz in Mio. €	120,6	114,9

* Bereinigt um den rückabgewickelten IBV Fonds Universal 1

Fondsgeschäft der IBV

Das Fondsgeschäft wird maßgebend durch die Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaft der IBAG-Gruppe mbH (IBV) repräsentiert. Im Jahr 2001 konnte der IBV Fonds Deutschland 3 vollständig und der IBV Fonds International 2 zu 74% platziert werden. Für den IBV Fonds Deutschland 4 „Shopping Select“, einen Fonds der neuen Linie mit deutlich geringerem Investitionsvolumen und marktüblichen Garantien, startete im Dezember 2001 der Vertrieb. Bisher wurden 75% des Vorzugskapitals und 2% des Basiskapitals platziert (Stand 20. Februar 2002).

Aufgrund zwischenzeitlich veränderter Marktbedingungen wurde der im Jahr 2000 aufgelegte IBV Fonds Universal 1 seit November 2001 nicht mehr vertrieben. Das Konzept des Fonds sah mittelfristig den Börsengang vor. Mit Nachlassen des

Aktienmarkts – eine Entwicklung, die Analysten für reine Immobilienunternehmen als dauerhaft bezeichnen – konnte die prognostizierte Aktienkursentwicklung und damit das Konzept des Fonds nicht mehr als gesichert angesehen werden. Den Zeichnern dieses Fonds wurde das Beteiligungskapital zzgl. Verzinsung ausgezahlt bzw. die Wiederanlage des Zeichnungskapitals in anderen Fonds der IBV angeboten. Rund 77% der Zeichner machten von der Wiederanlage Gebrauch.

Das Investitionsvolumen der IBV Fonds belief sich 2001 auf 351,6 Mio. € (2000: 1.324,8 Mio. €); das akquirierte Eigenkapital lag bei 167,2 Mio. € (2000: 514,3 Mio. €). 34% des Vertriebsvolumens (2000: 23%) wurden durch Unternehmen des Konzerns Bankgesellschaft Berlin geleistet, der verbleibende Vertriebsanteil erfolgte durch ca. 700 externe Vertriebspartner der IBV, einschließlich Banken, Sparkassen und freier Finanzdienstleister.

Bavaria

In der Bavaria Objekt- und Baubetreuung GmbH sind die Projektentwicklungs-Aktivitäten der IBAG-Gruppe konzentriert. Neben Wohnimmobilien für den Vertrieb an Kapitalanleger und Eigennutzer umfasst das Aufgabenspektrum auch die Entwicklung gewerblicher Immobilien. Im Jahr 2001 wurden von der Bavaria und ihren Schwestergesellschaften insgesamt rund 40.000 m² Wohnfläche (2000: 90.000 m²) und rund 132.000 m² Grundfläche gewerblicher Objekte (2000: 127.000 m²) fertiggestellt.

Im Vergleich zum Vorjahr konnte der Vertrieb von Wohneigentum 2001 um knapp 11% gesteigert werden. 705 Einheiten mit einem Gesamtvolumen von rund 120 Mio. € wurden verkauft (2000: 636 Einheiten/rund 115 Mio. €). Dabei setzte sich der Trend fort, dass zunehmend Immobilien zur Eigennutzung erworben werden und die Einzelimmobilie als Kapitalanlage erst an zweiter Stelle rangiert.

ARWOBAU

Das Immobilienmanagement der IBAG wurde im Jahr 2001 in der Tochtergesellschaft ARWOBAU Apartment- und Wohnungsbaugesellschaft mbH durchgeführt. Diese Gesellschaft betreut derzeit rund 116.000 Rechtsverhältnisse (2000: 118.000).

Im Zuge der Aufspaltung zwischen IBG und IBAG Ende des Jahres 2000 verblieb bei der IBG die Garanten- und Stillhalterfunktion gegenüber diversen Fondsgesellschaften. Die hieraus resultierenden Verpflichtungen und Risiken wurden im Innenverhältnis von der LPFV übernommen. Bei der IBG wurden ferner einige Betreibergesellschaften, die kurzfristig veräußert werden sollen, angesiedelt.

Die Geschäftstätigkeit der IBG beschränkt sich auf das Management der Garanten- und Stillhalterfunktion sowie die Bereinigung des Beteiligungsportefeuilles. Die Aufnahme neuer Aktivitäten ist nicht vorgesehen.

Die LPFV ist eine hundertprozentige Tochter der Bankgesellschaft Berlin AG und übernahm im Rahmen der Umstellung des Immobiliengeschäfts die folgenden Risiken:

- Originäre Verpflichtung der LPFV, finanzielle Mittel zur Sicherstellung der Ausschüttungen der Fonds bzw. bei Objektgarantien zur Sicherstellung von Miet- und Nebenkosteneingängen zur Verfügung zu stellen
- Originäre Verpflichtungen der IBG wie Generalmiet- und Mietgarantieverträge, Vereinbarung über die Gewährung von Annuitätenzuschüssen, Ausschüttungssicherstellung von zwei Fonds, Freistellungszusage von Inanspruchnahmen auf Rückzahlung von Aufwendungszuschüssen, Bedienung von Anteilsandienungsrechten
- Freistellungsverträge mit der IBV, der ARWOBAU und der Bavaria

Die Freistellung bezieht sich auf solche Risiken, die aus der Geschäftstätigkeit der genannten Gesellschaften bis zum 31. Dezember 2000 entstanden sind.

Zur Bearbeitung dieser übernommenen Risiken wurde im Risikocontrolling das Mietgarantiemodell der IBG übernommen und verfeinert. Ein weiteres Modell für die Berechnung der Risiken aus Ausschüttungsgarantien wurde weiterentwickelt. Das Risikomanagement bearbeitet schwerpunktmäßig Leistungsstörungen und Leerstände, nicht fertig gestellte und zu revitalisierende Einzelobjekte. Weiter bündelt es Objektmaßnahmen regional und sorgt für spezialisierte Vermarktungen sowie effizientes externes Center-Management im Bereich der Einkaufs- und Fachmarktzentren. Ein weiterer Aktivitätenschwerpunkt ist das Debitorenmanagement.

Die IBAG-Gruppe wird in diesem Jahr ihren Sanierungskurs fortsetzen und sich auf zwei Kerngeschäftsfelder (renditestarke und qualitativ hochwertige Kapitalanlageprodukte sowie Projektentwicklungen im Premiumbereich) konzentrieren. Nicht mehr zum Kerngeschäft gehörende Aktivitäten der IBAG-Gruppe werden kurz- bis mittelfristig veräußert; ebenso wird das Wohnungsbauträgergeschäft im Wesentlichen aufgegeben.

Bei der IBV wird die Optimierung der Fondsstruktur bei gleichzeitiger Reduzierung des Fondsvolumens vorangetrieben. Kleine bis mittelgroße Immobilienfonds im renditestarken Premiumsegment ohne die früher üblichen umfassenden Garantiepakete, aber auch neue Engagements wie Institutionelle Fonds und Altersvorsorgefonds stehen im Fokus der IBV.

Mit der Neugründung der IBI Real Estate – Immobilien und Beteiligungen International GmbH am 1. Januar 2002, die das Auslandsgeschäft der Bavaria vollständig übernommen hat, haben wir einen weiteren Schritt zu einer transparenten Neuausrichtung der IBAG-Gruppe eingeleitet. Die IBI Real Estate übernimmt Bestandsimmobilien im Wert von ca. 550 Mio. €; Kernländer sind derzeit USA, England und Frankreich.

Die Firmen Bavaria Projektentwicklung, Public Consult und die Bautrako Bauträger- und Koordinierungsgesellschaft mbH wurden geschlossen bzw. befinden sich in Liquidation. Verhandlungen über weitere Beteiligungsverkäufe stehen kurz vor dem Abschluss.

Die Investitionsbank Berlin (IBB) ist eine organisatorisch und wirtschaftlich selbstständige, nicht rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts, die als wettbewerbsneutrale Abteilung der Landesbank Berlin geführt wird. Das Vermögen der IBB wird als Sondervermögen getrennt von den sonstigen Vermögenswerten der Bank verwaltet. Ein Weisungsrecht der Bankgesellschaft Berlin besteht gegenüber der IBB nicht. Die Tätigkeit der IBB ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet.

Die IBB ist die zentrale Förderbank des Landes Berlin und soll nach Beschluss des Berliner Abgeordnetenhauses zur Landesstrukturbank ausgebaut werden.

IBB-Fördervolumen

in Mio. €	Zuschüsse (Auszahlungen)		Darlehen (Neubewilligungen)		Beteiligungen	
	31.12.01	31.12.00	31.12.01	31.12.00	31.12.01	31.12.00
	Wirtschaftsförderung	173,2	224,9	12,3	15,6	10,0
Immobilienförderung	1.119,2	1.096,9	334,3	506,5	-	-
Summe	1.292,4	1.321,8	346,6	522,1	10,0	16,9

	31.12.2001 Mio. €	31.12.2000 Mio. €
Bilanzsumme	20.056	20.742
davon Kredite an Kunden	15.161	15.213
Jahresüberschuss	12,4	73,1

Der Überschuss des Jahres 2001 in Höhe von 12,4 Mio. € wurde der Zweckrücklage zugeführt, die sich damit auf 1.342 Mio. € erhöht. Die Zweckrücklage, die vorrangig den förderpolitischen Zielsetzungen der IBB vorbehalten bleibt, wird für die Berechnung der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalquoten der Landesbank Berlin bzw. des Konzerns als Eigenkapital berücksichtigt. Die Risikoaktiva der IBB werden in den entsprechenden Größen der Landesbank Berlin bzw. des Konzerns als Bestandteil der Gesamtsummen erfasst.

Aufgabenspektrum der Investitionsbank Berlin

Unter dem Dach der Investitionsbank Berlin sind die wichtigsten Wirtschafts- und Immobilienförderprogramme des Landes Berlin vereint. Die IBB fördert mit zinsgünstigen Darlehen, nicht rückzahlbaren Zuschüssen, Bürgschaften, Beteiligungen und kostenlosen Beratungen. Als Landesstrukturbank darf die IBB eigene Förderprogramme auflegen und kann sich an Gesellschaften beteiligen, die für Berlin Wirtschaftsansiedlung, Standortmarketing sowie die Entwicklung und Unterhaltung landeseigener Grundstücke betreiben oder vergleichbare strukturpolitische Aufgaben wahrnehmen. Im Jahr 2001 ermöglichte die IBB die Schul- und Sportstättenanierung im Land Berlin. Mit IBB-Zuschüssen von rund 51 Mio. € aus eigenen Mitteln wurden bauliche Mängel an Berliner Schul- und Sportstätten beseitigt.

Wirtschaftsförderung

In der Wirtschaftsförderung unterstützt die Investitionsbank Berlin mit ihren Programmen und Maßnahmen den Strukturwandel der Berliner Wirtschaft. Sie fördert junge, innovative Unternehmen in den Zukunftsbranchen und unterstützt Existenzgründer in allen Phasen des Gründungsvorgangs. Neben monetären Hilfen steht das Beratungsangebot im Mittelpunkt: Spezielle Innovationsberater helfen, die Kontakte der IBB zu Gründern und Unternehmen der Zukunftsbranchen aufzubauen, zu halten und zu intensivieren. Außerdem analysieren sie, wo speziell Förderbedarf besteht und wo Beratung und Programme am besten einzusetzen sind.

Immobilienförderung

Die Investitionsbank Berlin ist in der Immobilienförderung mit den Segmenten Wohneigentumsförderung, Mietwohnungsbau sowie Modernisierung und Instandsetzung des Wohnungsbestands vertreten. Nach Jahren der intensiven Neubauförderung unterstützt die IBB mit ihren Programmen vorrangig den Bestandserwerb und -erhalt von Wohnraum. Im Mittelpunkt der Wohneigentumsförderung steht der Erwerb von Eigentumswohnungen aus dem Berliner Wohnungsbestand und die Aus- sowie Neugründung eigentumsorientierter Wohnungsgenossenschaften. Die Mittel zur Modernisierung und Instandsetzung werden vorrangig im Ostteil Berlins eingesetzt, weil der Sanierungsbedarf dort nach wie vor hoch ist.

Strukturbankbeteiligungen

Neben der Durchführung von Landesförderprogrammen ist es Aufgabe der IBB, im Landesinteresse strategische Beteiligungen zu übernehmen und zu optimieren. Nachdem die IBB im Juli 2000 vom Land Berlin den Geschäftsbetrieb der Königlichen Porzellan-Manufaktur (KPM) erwarb, übernahm die IBB Ende 2001 mit der Gewerbesiedlungs-Gesellschaft (GSG) ihre zweite Strukturbankbeteiligung. Gegenstand der GSG ist die Entwicklung und der Betrieb von Gewerbehöfen in Berlin. Die Flächen werden überwiegend kleinen und mittleren Unternehmen kostengünstig zur Verfügung gestellt. Mit ihren 650.000 m² Gewerbeflächen an 48 Berliner Standorten erweitert die GSG erheblich das Angebots- und Leistungsspektrum der IBB.

Zusammenarbeit mit Hochschulen

Zusammen mit der Humboldt-Universität (HU), der Technischen Universität (TU), der Freien Universität (FU) und Technischen Fachhochschule (TFH) sowie der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft (FHTW) gründete die IBB 2001 die Patentverwertungsagentur ipal. Ziel der Agentur ist es, wirtschaftlich relevante Forschungsergebnisse über eine Patentanmeldung zu schützen und zu verwerten.



Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Im Konzern Bankgesellschaft Berlin AG waren im Jahresdurchschnitt 16.181 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Zusätzlich bildeten wir 526 Berufsanfänger aus.

Die im Herbst gefassten Beschlüsse zur Sanierung und Restrukturierung des Konzerns hatten erhebliche Auswirkungen auf die gesamte Personalentwicklung. In den nächsten Jahren müssen bis zum Jahr 2005 die Personalkosten in erheblichem Umfang reduziert werden.

Die zur Sanierung benötigte Einsparung von 300 Mio. € werden wir durch den Abbau von rund 4.000 Mitarbeiterkapazitäten und weitere erhebliche Sanierungsbeiträge der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erzielen. Dazu zählen Gehaltseinbußen und -verzichte, die Einstellung freiwilliger Sonderzahlungen für Führungskräfte, AT-Angestellte und Tarifmitarbeiter und die Kürzung laufender Gehaltsbezüge. Grundlage dafür ist eine Sanierungsvereinbarung zwischen der Bankgesellschaft Berlin AG und den Arbeitnehmervertretungen. Die bestehende Rahmenvereinbarung für strukturierte Personalabbaumaßnahmen haben wir den Sanierungsnotwendigkeiten angepasst.

Unsere Maßnahmen der Qualifizierung und Personalentwicklung werden konsequent auf die neue strategische Ausrichtung des Konzerns mit dem Schwerpunkt Retailgeschäft sowie ausgewählten Feldern des Großkunden-, Kapitalmarkt- und Immobiliengeschäfts ausgerichtet.

Maßnahmen zur Stärkung der Verkaufskraft der Vertriebseinheiten sind, sowohl in der Berufsausbildung als auch in der Weiterbildung, Schwerpunkt in den Retailgeschäftsfeldern. Der schnellen Entwicklung im Bereich Telekommunikations- und Informationstechnologie wird der Konzern gerecht, indem junge Leute zum Fachberater integrierte Systeme, zum Fachinformatiker oder zum Informatik- bzw. IT-Systemkaufmann ausgebildet werden bzw. an der Berufsakademie Informatik studieren.

Die im Konzern bestehenden Systeme zur Auswahl und Entwicklung von Führungspotenzialen haben wir den aktuellen Anforderungen angepasst. Sie bewährten sich auch bei der Auswahl der Führungskräfte im Zusammenhang mit der Sanierung der Bank.

Wir danken ausdrücklich unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich mit besonderem Engagement den gestellten Herausforderungen angenommen haben und sich mit ganzer Kraft, unter schwierigsten Bedingungen in ihrem jeweiligen Aufgabengebiet für unseren Konzern eingesetzt haben.

Allen unseren Arbeitnehmervertretungen danken wir für die verständnisvolle, konstruktive Zusammenarbeit, vor allem bei der Erarbeitung der Vereinbarungen zur Personalkostensenkung.

Den im Jahr 2001 verstorbenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Pensionären werden wir ein ehrendes Gedenken bewahren.

1. Das Geschäftsjahr 2001 im Überblick

Das Geschäftsjahr 2001 war insbesondere geprägt durch die strategische Neuausrichtung der Bank, durch weitere Bereinigungen in den Kreditportfolios sowie durch die Abarbeitung der Probleme des Immobiliendienstleistungsgeschäfts. Um die Bankgesellschaft Berlin AG nachhaltig in die Rentabilität zurückzuführen, wurden die Strukturen des Konzerns in rechtlicher, betriebswirtschaftlicher und strategischer Hinsicht überarbeitet und ein tiefgreifendes Restrukturierungskonzept entwickelt.

Restrukturierung und Neuausrichtung • Zur Unterlegung der am 4. Oktober 2001 durchgeführten Kapitalerhöhung hat der Vorstand im Sommer des Geschäftsjahrs einen Restrukturierungsplan erarbeitet. Dieser Plan stellte die Voraussetzung für die positive Entscheidung der Aufsichtsgremien zu einer Kapitalerhöhung um bis zu 2 Mrd. € und die Anmeldung einer Rettungsbeihilfe bei den zuständigen EU-Behörden dar. Eckpunkte dieser Planung waren eine deutliche Restrukturierung der Geschäftsaktivitäten im Immobilienfinanzierungsgeschäft und eine Rückführung des Großkunden- und Auslandsgeschäfts. Ferner wurde die Restrukturierung und Redimensionierung des Immobiliendienstleistungsgeschäfts beschlossen. Darüber hinaus wurde geplant, das regionale Kerngeschäft des Konzerns im Sinne „einer Bank“ zusammenzuführen.

Auf dieser Basis wurden weiterführende Analysen des Marktumfelds und der finanziellen Stärke der Bank durchgeführt. Im November des Geschäftsjahrs wurde eine Überarbeitung und Konkretisierung des Sanierungs- und Restrukturierungskonzepts vorgelegt. Hieraus wurde ein Geschäftsmodell für die künftige Ausrichtung der Bank entwickelt. Das Gesamtkonzept wurde am 30. November 2001 im Aufsichtsrat der Bank einstimmig beschlossen.

Die Neuausrichtung der Bank zielt auf eine Positionierung als starke Regionalbank im Großraum Berlin ab. Damit verbunden ist eine deutliche Beschränkung sowohl der Aktivitäten im international orientierten Geschäft als auch im überregionalen inländischen Auftritt. Deutlich geringere Risikoaktiva, ein erheblich verbessertes Risikoprofil und die nachhaltige Rückführung der Verwaltungskosten sollen die operative Ertragskraft des Konzerns sichern. Diese stützt sich in der Zukunft auf das Privat- und Firmenkundengeschäft im Großraum Berlin, dessen Effizienzverbesserung nachdrücklich vorangetrieben wird.

Das Geschäft mit regionalen Privat- und Firmenkunden, das bislang in verschiedenen Rechtseinheiten betrieben wurde (Berliner Sparkasse/Landesbank Berlin – Berliner Bank/Bankgesellschaft Berlin AG) soll in der Landesbank Berlin unter Beibehaltung der Marken Berliner Bank und Berliner Sparkasse zusammengeführt werden. Mit dieser Zweimarkenstrategie strebt die Bank an, die gute Marktposition im regionalen Retailgeschäft zu festigen und die Geschäftsergebnisse deutlich zu steigern. Die Verbindung beider Marken in einer Rechtsform (als Abteilungen in der Landesbank Berlin) soll per 1. Januar 2003 realisiert werden. Eine einheitliche Abwicklungsorganisation für beide Marken soll eine effizientere Steuerung des Retailgeschäfts und eine systematische Ausnutzung der Marktpotenziale unterstützen. Die Marke Berliner Bank soll insbesondere im anspruchsvollen Beratungsgeschäft weiter profiliert werden; die Marke Berliner Sparkasse wird konsistent als leistungsstarker Marktführer mit umfassendem Leistungsangebot und herausragender lokaler Präsenz im Retailgeschäft positioniert. Für die anderen Beteiligungen des Konzerns mit Aktivitäten schwerpunktmäßig im Retailgeschäft wird die Möglichkeit eines Verkaufs geprüft.

Im Immobilienfinanzierungs- und Kapitalmarktgeschäft stehen sowohl die Qualität der Portfolios als auch eine der Bank angemessene Risikotragfähigkeit im Vordergrund. Gewerbliche Immobilienfinanzierungen werden auf regional- und objektbezogen ausgewählte Engagements beschränkt, wobei aus Gründen der Risikostreuung dieses Geschäft auch überregional betrieben wird. Die Berlin Hyp wird als spezialisiertes Kreditinstitut weiterhin in diesem Segment tätig sein. Die Redimensionierung des Kapitalmarktgeschäfts zielt vor allem auf die Entlastung des gebundenen Kapitals und auf eine Fokussierung auf ertragsstarke Geschäftsfelder.

Diese Neuausrichtung und Redimensionierung der Bank wird zu deutlich schlankeren und übersichtlicheren Organisations- und Prozess-Strukturen sowie zur Reduktion der Beschäftigtenzahl und zur Aufgabe von Flächen im Zusammenhang mit Standortkonzentrationen führen. Die damit einhergehenden Aufwendungen erforderten eine weitere Dotierung der Restrukturierungsrückstellungen um 318 Mio. € (davon: Bankgesellschaft Berlin, LBB und Berlin Hyp insgesamt 250 Mio. €, IBAG 59 Mio. €). Andererseits wird sich der Verwaltungsaufwand nach erfolgreicher Umsetzung des Konzepts bis zum Jahr 2005 um 450 Mio. € (150 Mio. € Sachaufwand, 300 Mio. € Personalaufwand) reduzieren. Wichtiger Bestandteil des Konzepts ist eine entsprechende Rahmenvereinbarung mit den Arbeitnehmervertretungen im Konzern.

Abschirmung der Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft • Ein weiterer Schwerpunkt im Geschäftsjahr 2001 war die Aufdeckung und Abarbeitung von Problemen im Immobilienfinanzierungs- und Immobiliendienst-

leistungsgeschäft. Eine kritische Überprüfung des Risikoportfolios verzögerte die Aufstellung des Jahresabschlusses 2000 bis in den Sommer. Sonderprüfungen des Bundesaufsichtsamts für das Kreditwesen, vertiefte Jahresabschlussprüfungen der einzelnen Konzerngesellschaften, Sonderprüfungen veranlasst durch Aufsichtsräte und den Konzernvorstand sowie eine Vielzahl von internen Revisionsprüfungen zeigten bei den Teilbanken und in der alten IBG Schwachstellen sowohl in der Beurteilung des Immobilien- und Immobiliendienstleistungsgeschäfts als auch in der Bewertung und Bearbeitung von Immobilienrisiken, die unter Marktgesichtspunkten aktualisiert wurden und zu veränderten Abläufen und zu entsprechend hohen Wertberichtigungen führten. Dieser Prozess setzte sich in der zweiten Jahreshälfte fort. Dies bedeutet u. a. für die IBAG (Fonds-Neugeschäft) eine Abkehr von großen Teilen ihrer Wertschöpfungskette und die beabsichtigte Hinwendung zu Premium-Immobilien und neuen Fondskonzeptionen mit nur noch auf das branchenübliche Maß reduzierten Garantiehafungen und geringeren Absatzvolumina.

Darüber hinaus ergaben sich auch aufgrund der rückläufigen Immobilienmärkte in Berlin und überregional weitere Bewertungsanpassungen für das Immobiliendienstleistungsgeschäft (Garantien aus dem Altgeschäft, Vorratsimmobilien).

Vor diesem Hintergrund gelang es, mit dem Ziel der dauerhaften Existenzsicherung des Konzerns vom Land Berlin eine Abschirmung von den wesentlichen Risiken des Immobiliendienstleistungsgeschäfts zu erhalten. Dank dieser Vereinbarung konnte in den Bilanzen der von der Vereinbarung erfassten Gesellschaften auf die sonst notwendige Neubewertung für die im Zusammenhang mit dem Immobiliendienstleistungsgeschäft stehenden Kreditengagements, Garantien und Patronate verzichtet werden.

Detailvereinbarung mit dem Land Berlin • Die Vereinbarung zwischen der Bankgesellschaft Berlin AG und den Tochtergesellschaften mit dem Land Berlin, die in einer ersten Grundsatzvereinbarung im Dezember 2001 und in einer diese ersetzenden Detailvereinbarung am 16. April 2002 getroffen wurde, schirmt den Konzern von den wesentlichen Risiken in diesem Geschäft ab, die bis zum 31. Dezember 2001 entstanden sind. Nicht erfasst sind dabei Risiken aus dem danach begründeten Neugeschäft sowie aus der Auflage von Immobilienfonds nach dem 31. Dezember 2000.

Mit Ausnahme von Einzelengagements mit benannten Kreditnehmern umfassen die Garantien Kredite bzw. Kreditzusagen an die in der Vereinbarung genannten Gesellschaften der IBG/IBAG-Gruppe sowie bestimmte Objekt- und Fondsgesellschaften, die die Bankgesellschaft Berlin, die LBB oder die Berlin Hyp ausgereicht bzw. garantiert haben.

Des Weiteren sind die wesentlichen Bilanzaktiva der Gesellschaften der IBAG-Gruppe bzw. der IBG-Gruppe einbezogen inklusive bestimmter Rückstellungen und die Freistellung von Eventualverbindlichkeiten und Haftungsverhältnissen. Ansprüche aus der Buchwertgarantie entstehen bis zu einer spätestens per 31. Dezember 2031 vorzunehmenden Schlussabrechnung nur im Fall der Veräußerung bzw. Liquidation garantierter Bilanzaktiva bzw. der endgültigen Realisierung eines von der Freistellung erfassten Risikos. Dabei sind Veräußerungsverluste vom Land zu erstatten, Veräußerungsgewinne an das Land abzuführen. Ausgenommen von dieser Garantie sind u. a. Buchwerte an Beteiligungen der IBAG, in denen diese Gesellschaft ihr Neugeschäft betreibt.

Das Land hat zudem die auf die Verwaltung der Fondsgarantie spezialisierte Tochtergesellschaft der Bank, LPFV, von ihren Haftungsrisiken freigestellt, soweit diese einen Selbstbehalt in Höhe von 100 Mio. € überschreiten. Mit Ausnahme von bestimmten einzelnen Fonds bewirkt dies eine Abschirmung des Konzerns gegen die wesentlichen Haftungsrisiken aus den abgegebenen Fondsgarantien. Überdies hat das Land den Konzern von einer Inanspruchnahme aus den bis zum 31. Dezember 1998 bestehenden Patronaten für IBG, IBV und Bavaria weitgehend freigestellt.

Dem Land sind Prüfungsrechte nach dem Haushaltsgrundsätzegesetz bei den beteiligten Gesellschaften im Konzern sowie weitere Informations- und Kontrollrechte gewährt worden. So werden bestimmte Maßnahmen nur dann von der Garantie bzw. Freistellung erfasst, wenn das Land den betreffenden Maßnahmen zuvor zugestimmt hat.

Für die Verpflichtungen der Parteien aus der Detailvereinbarung ist eine gesamtschuldnerische Haftung verschiedener Gesellschaften, u. a. auch der Bankgesellschaft Berlin AG, festgelegt worden. Die Haftungsverteilung im Innenverhältnis des Konzerns ist noch vorzunehmen.

Für die Übernahme der verschiedenen Garantien erhält das Land künftig vom Konzern bis mindestens einschließlich 2011 eine Avalprovision von 15 Mio. € im Jahr. Über die konzerninterne Aufteilung dieser Kosten wird noch eine endgültige Regelung getroffen. Daneben hat das Land Berlin einen an bestimmte Bedingungen geknüpften Besserungsschein erhalten.

Die Vereinbarung steht insgesamt unter dem Vorbehalt der Beschlussfassung durch das Abgeordnetenhaus von Berlin, die am 9. April 2002 erfolgt ist, und dem Vorbehalt der beihilferechtlichen Genehmigung durch die Europäische Kommission.

Zusammen mit der Beschlussfassung über das Gesetz zur Abschirmungsvereinbarung hat das Berliner Abgeordnetenhaus beschlossen, dass die Anteile des Landes Berlin an der Bankgesellschaft Berlin AG schnellstmöglich zu für das Land Berlin vertretbaren Bedingungen zu veräußern sind. Im Zusammenhang mit einer derartigen Neuordnung der Eigentümerstruktur an der Bankgesellschaft Berlin ist die Investitionsbank Berlin (IBB) als eigenständige öffentlich-rechtliche Strukturbank aus der Bankgesellschaft Berlin herauszulösen.

Kapitalerhöhung • Der Verlust im Geschäftsjahr 2000 führte zu einer Unterschreitung der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalquoten und machte eine Kapitalerhöhung um 2 Mrd. € im Oktober 2001 erforderlich. Aufgrund der Entwicklung der Bank im Jahresverlauf, des Bezugspreises von 2,56 € sowie der noch offenen Fragen insbesondere zur Eigentümerstruktur bewegte sich der Börsenkurs unserer Aktie für den Rest des abgelaufenen Geschäftsjahrs auf dem Bezugspreisniveau. Mit einem Stichtagskurs von 2,56 € bleibt der Börsenwert der in Umlauf befindlichen Aktien der Bank ca. 30% unter dem ausgewiesenen bilanziellen Eigenkapital.

Der Vorstand ist der Auffassung, dass mit der Kapitalzuführung in Höhe von 2 Mrd. €, der Übernahme der Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft durch das Land Berlin zum 31. Dezember 2001 und der Ausrichtung des Konzerns auf eine starke Regionalbank im Großraum Berlin – vorbehaltlich der Genehmigung durch die EU-Kommission – die Basis für eine positive zukunftsorientierte Entwicklung gelegt wurde. Flankiert wird dies durch eine Vereinbarung mit den Arbeitnehmervertretungen zur Senkung der Sach- und Personalkosten.

Die Übernahme des Großteils der Kapitalerhöhung bei der Bankgesellschaft Berlin vom 29. August 2001 sowie die Enthftung aus den Risiken des Immobiliendienstleistungsgeschäfts durch das Land Berlin sind Bestandteil des Antrags an die EU-Kommission zur Genehmigung der Restrukturierungsbeihilfe.

Die Kapitalzufuhr durch das Land Berlin entsprechend der in der Hauptversammlung der Bankgesellschaft Berlin AG vom 29. August 2001 beschlossenen Kapitalerhöhung beruht auf der befristeten Genehmigung als Rettungsbeihilfe durch die Europäische Kommission vom 25. Juli 2001. Damit die Beihilfe der Bankgesellschaft Berlin AG langfristig zur Verfügung stehen kann, ist eine zusätzliche Genehmigung als Umstrukturierungsbeihilfe erforderlich.

EU-Beihilfverfahren betreffend die Kapitalerhöhung und Risikoabschirmung •

Die Bundesrepublik Deutschland hat unter dem 28. Januar 2002 den Antrag auf Genehmigung einer Umstrukturierungsbeihilfe betreffend die Bankgesellschaft Berlin AG bei der Europäischen Kommission eingereicht. Der Antrag auf Genehmigung der Umstrukturierungsbeihilfe umfasst sowohl die Kapitalzufuhr des Landes Berlin an die Bankgesellschaft Berlin AG in Höhe von ca. 1,7 Mrd. € in Umsetzung des Kapitalerhöhungsbeschlusses vom 29. August 2001 als auch die Vereinbarung zwischen dem Land Berlin einerseits und der Bankgesellschaft Berlin AG und einzelner Unternehmen des Konzerns Bankgesellschaft Berlin, namentlich der Landesbank Berlin – Girozentrale –, der Berlin-Hannoverschen Hypothekenbank AG, der LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs-GmbH, der IBAG Immobilien und Beteiligungen AG und der Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH, andererseits über die Abschirmung von wesentlichen bis zum 31. Dezember 2001 angelegten Risiken des Immobiliendienstleistungsgeschäfts der Bankgesellschaft Berlin AG und einzelner Unternehmen des Konzerns Bankgesellschaft Berlin.

Mit Beschluss vom 9. April 2002 hat die Europäische Kommission ein förmliches Prüfverfahren eingeleitet, um die vom Land Berlin gewährten Umstrukturierungsbeihilfen für die Bankgesellschaft Berlin AG eingehend zu prüfen. Die Europäische Kommission ist aufgrund einer vorläufigen Prüfung des von der Bundesregierung eingereichten Antrags auf Genehmigung der Umstrukturierungsbeihilfe zu dem Ergebnis gelangt, dass auf der Grundlage der bisher verfügbaren Informationen gegenwärtig ernste Bedenken gegen die Vereinbarkeit der Beihilfen mit dem gemeinsamen Markt bestehen. Die Eröffnung des förmlichen Prüfverfahrens ist ein Verfahrensschritt, der lediglich den vorläufigen Standpunkt der Europäischen Kommission zum Ausdruck bringt, nicht jedoch das endgültige Ergebnis des Prüfverfahrens vorwegnimmt. Die von der Europäischen Kommission bei Einleitung des Verfahrens geäußerten ernsthaften Zweifel an der Genehmigungsfähigkeit haben daher keine präjudizierende Wirkung auf den Ausgang des Verfahrens.

Die Bankgesellschaft Berlin AG ist nach dem bisherigen Verlauf des Verfahrens sehr zuversichtlich, dass die Europäische Kommission den durch die Bundesregierung am 28. Januar 2002 eingereichten Antrag auf Genehmigung der Umstrukturierungsbeihilfe genehmigen wird. Auf Grundlage des Beschlusses der Europäischen Kommission vom 9. April 2002 über die Einleitung des förmlichen Prüfverfahrens wird die Kommission die Genehmigung der Umstrukturierungsbeihilfe an weitere, im Restrukturierungsplan bisher nicht vorgesehene, teilweise einschneidende strukturelle Maßnahmen der Bankgesellschaft knüpfen, wie etwa den Abbau weiterer Geschäftsfelder einschließlich der Veräußerung weiterer Konzerngesellschaften. Auch kann nicht ausgeschlossen werden, dass die

Europäische Kommission zusätzliche Abstriche an der Höhe der beantragten Beihilfe verlangen wird. Auf Grundlage des Eröffnungsbeschlusses der Europäischen Kommission vom 9. April 2002 ist des Weiteren davon auszugehen, dass die Kommission die Genehmigung der Umstrukturierungsbeihilfe mit einer Lösung der mit der Überführung der Wohnungsbau-Kredit-Anstalt (jetzt: IBB) auf die LBB verbundenen beihilferechtlichen Problematik verknüpfen wird. Vor diesem Hintergrund ist damit zu rechnen, dass die Europäische Kommission die Genehmigung der Umstrukturierungsbeihilfe mit der Verpflichtung zu einer zeitnahen Privatisierung der Bankgesellschaft verknüpfen wird.

Eine ausführliche Darstellung der mit dem EU-Genehmigungsverfahren verbundenen Risiken finden Sie im Risikobericht.

Allgemeiner Geschäftsverlauf • Vor dem Hintergrund der schwachen Inlandskonjunktur, der weiter rückläufigen Immobilienmärkte in Ostdeutschland und Berlin sowie des schwierigen Kapitalmarktumfelds konnte im Konzern nur aufgrund der Abschirmung der Immobiliendienstleistungsrisiken im Geschäftsjahr 2001 der Jahresfehlbetrag auf – 112 Mio. € begrenzt werden.

Die Ergebnisse der einzelnen Komponenten des operativen Geschäfts entwickelten sich dabei wie folgt:

- Der Zinsüberschuss stieg um + 234 Mio. € oder + 14,3% auf 1.876 Mio. €. Der im operativen Kundengeschäft zu verzeichnende Rückgang konnte durch Maßnahmen des strategischen Zinsmanagements überkompensiert werden.
- Der Provisionsüberschuss blieb mit 386 Mio. € um – 76 Mio. € oder – 16,5% unter dem Vorjahreswert. Wichtigster Einzelfaktor in diesem Zusammenhang ist das deutlich schwächere Ergebnis aus Wertpapiergeschäften aufgrund des anhaltend ungünstigen Börsenklimas.
- Das Handelsergebnis (Nettoergebnis aus Finanzgeschäften) beträgt – 106 Mio. € (Vorjahr: + 139 Mio. €). Darin ist ein Belastungseffekt in Höhe von 143 Mio. € aus eigenen Aktien enthalten. Ergebnisbestandteile, die nach internationalen Gepflogenheiten ins Handelsergebnis einfließen, sind aufgrund der deutschen Grundsätze der Rechnungslegung für Kreditinstitute im Zins- und Provisionsergebnis abgebildet.
- Die Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich um + 154 Mio. € oder + 9,2% auf 1.828 Mio. € (Vorjahr: 1.674 Mio. €) vor allem wegen Aufwendungen im Zusammenhang mit den Restrukturierungsmaßnahmen sowie Maßnahmen zur Weiterentwicklung der EDV-Landschaft im Konzern.

- Für die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wurden insgesamt 738 Mio. € eingestellt. Ohne die Abschirmung wesentlicher Risiken des Immobiliendienstleistungsgeschäfts durch das Land Berlin wäre eine erheblich höhere Dotierung in 2001 erforderlich gewesen.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die Vorsorgeaufwendungen im Konzern insgesamt:

in Mio. €	Konzern		AG		LBB		Berlin Hyp		Immobiliendienstleistungsgeschäft ¹⁾		Übrige Konzerngesellschaften ²⁾	
	2001	2000	2001	2000	2001	2000	2001	2000	2001	2000	2001	2000
Risikovorsorge im Kreditgeschäft (netto)	738	1.537	227	284	224	572	253	640	0	0	34	41
Abschreibungen auf Beteiligungen	54	20	398	398	14	84	0	106	0	3	-358	-571
Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve	25	27	44	26	10	17	-9	-13	0	0	-20	-3
Verlustübernahmen aus Beteiligungen	49	71	264	27	18	35	7	8	1	0	-241	1
Sanierungszuschuss aus Beteiligungen	0	0	0	146	0	98	0	83	0	0	0	-327
Rückstellungen für das Immobilienfondsgeschäft	102	972	0	116	0	117	0	16	102	723	0	0
Auflösungen	-965	0	-116	0	-117	0	-16	0	-716	0	0	0
Vorsorgeaufwendungen insgesamt	3	2.627	817	997	149	923	235	840	-613	726	-585	-859

1) Im Vorjahr: Fondsgeschäft

2) Abzüglich Konsolidierungseffekte

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft betrifft im Wesentlichen die Bereiche Immobilienfinanzierung (473 Mio. €), Private Kunden (79 Mio. €), Großkunden/Ausland (78 Mio. €) und Firmenkunden (70 Mio. €).

Im Geschäftsjahr 2001 haben wir den nachfolgend aufgeführten Aktivitäten höchste Priorität eingeräumt.

Das konzernweite Risikomanagement stand 2001 im Zentrum der Aufmerksamkeit. Als eine wesentliche Maßnahme zur Verbesserung der strukturellen und organisatorischen Rahmenbedingungen erfolgte die Gründung eines „Risk-Review-Komitee“. Zielsetzung ist die Implementierung einer ganzheitlichen Risiko-Management-Funktion. Darüber hinaus verabschiedete der Vorstand ein Konzern-Risikohandbuch. Es fasst die Grundsätze des Risikocontrollings konzerneinheitlich zusammen.

Die Arbeiten an den Projekten ARMADA (Kontrolle und Steuerung der Marktpreisrisiken durch eine dezentrale Risikoarchitektur) und KOLIBRI (Konzeption für ein Obligo- und Limitmanagementsystem, das die Grundlage für ein einheitliches Kreditrisikomanagementsystem schaffen soll) wurden planmäßig fortgesetzt.

Mit der Implementierung von SAP für die Verwaltungsaufwendungen in der Bankgesellschaft Berlin AG und bestimmten Servicegesellschaften kommt der Konzern dem Ziel einer vereinheitlichten EDV-Plattform näher.

Unter Federführung des Stabsbereichs Kreditrisiko und Portfoliosteuerung wurden die Arbeiten zur Vorbereitung auf die neuen Anforderungen des Baseler Akkords (Basel II) in Angriff genommen. Eine Vorstudie, die den Handlungsbedarf für den Konzern ermittelte und Handlungsempfehlungen formulierte, wurde erfolgreich abgeschlossen und bildet die Grundlage für ein im Jahr 2002 zu startendes Projekt.

Die Bank optimiert ihre Kapazitäts- und Kostenstrukturen. Das geschieht vor allem durch einen Leistungs- und Ausstattungsverzicht in der Verwaltung, die Verschlankung zahlreicher Bearbeitungsprozesse und Investitionen in zukunfts-trächtige Projekte.

Nach der von der Hauptversammlung im August 2001 beschlossenen Kapitalerhöhung bestehen folgende Anteilsverhältnisse an der Bankgesellschaft Berlin (gerundet): Land Berlin 81 % (vorher: 57%), NORD/LB 11 % (vorher: 20%), Parion Finanzholding 2 % (vorher: 7%) und Streubesitz 6 % (vorher: 16%). Zum 31. Dezember 2001 befanden sich davon 2,75 % im Eigenbestand der Bank.

2. Ertragsentwicklung

Der Konzern Bankgesellschaft Berlin konnte dank der Abschirmung der Immobiliendienstleistungsrisiken und positiver Sonderfaktoren im Geschäftsjahr 2001 ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von –59 Mio. € (Vorjahr: –1.559 Mio. €) ausweisen. Der Jahresfehlbetrag beträgt –112 Mio. € (Vorjahr: Jahresfehlbetrag von –1.648 Mio. €).

Zinsüberschuss • Der Zinsüberschuss stieg um +234 Mio. € bzw. +14,3% auf 1.876 Mio. €. Durch Maßnahmen des strategischen Zinsmanagements konnte der Rückgang im operativen Kundengeschäft überkompensiert werden. Insgesamt beträgt die Zinsspanne 0,94% (Vorjahr: 0,81%) ohne Maßnahmen des strategischen Zinsmanagements 0,74% (Vorjahr: 0,81%).

Die Teilbanken des Konzerns sind, abhängig von ihrer Bilanzstruktur, in unterschiedlichem Maße an dieser Entwicklung beteiligt. Die Bankgesellschaft Berlin AG und die LBB erbrachten einen wesentlichen Anteil der Erträge aus dem strategischen Zinsmanagement.

Die Zinserträge aus dem Kredit- und Geldmarktgeschäft und aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen gingen um –311 Mio. € oder

–3,0% auf 10.228 Mio. € zurück. Der noch deutlichere Rückgang der Zinsaufwendungen um –627 Mio. € oder –6,8% auf 8.639 Mio. € überkompensierte diese Entwicklung.

Die laufenden Erträge sanken um –82 Mio. € oder –22,7% auf 280 Mio. €. Diese Entwicklung war vor allem geprägt durch den Rückgang der Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren um –78 Mio. € oder –22,1% auf 275 Mio. € infolge rückläufiger Ausschüttungen von Aktiengesellschaften und des gezielten Abbaus der Handelsbestände.

Provisionsüberschuss • Der Provisionsüberschuss blieb mit 386 Mio. € um –76 Mio. € oder –16,5% unter dem hohen Vorjahreswert.

Wichtigster Einzelfaktor ist das deutlich schwächere Ergebnis im Wertpapier- und Emissionsgeschäft infolge des anhaltend schwachen Börsenumfelds.

Die weitere wesentliche Säule im Provisionsgeschäft, Zahlungsverkehr/Kontoführung, steuerte ein Ergebnis etwa auf Vorjahresniveau bei. Die Provisionen für das Kreditgeschäft dagegen sind angesichts der bewussten Zurückhaltung bei den Kreditzusagen im Immobiliengeschäft in einem regional schwierigen Markt deutlich zurückgegangen. Unsere Position als größter Kreditkartenemittent auf dem deutschen Markt haben wir in Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern erfolgreich verteidigt. Das Ergebnis aus dem Kreditkartengeschäft von 47 Mio. € liegt über dem des Vorjahrs (44 Mio. €).

Nettoergebnis aus Finanzgeschäften • Das Handelsergebnis (Nettoergebnis aus Finanzgeschäften) beträgt –106 Mio. € (Vorjahr: +139 Mio. €). Ohne den Belastungseffekt aus eigenen Aktien beträgt das Handelsergebnis +37 Mio. €.

Das zinsbezogene Geschäft belastete das Handelsergebnis mit –42 Mio. € (Vorjahr: –54 Mio. €). Hierbei ist hervorzuheben, dass wesentliche Ergebniskomponenten aus dem zinsorientierten Handelsgeschäft nach den deutschen Rechnungslegungsgrundsätzen im Zinsüberschuss abgebildet sind.

Der Handel mit Aktien und Aktienderivaten erzielte ein Ergebnis in Höhe von 58 Mio. € gegenüber 147 Mio. € im Vorjahr. Hier spiegelt sich das schwache Börsenumfeld wider.

Das sonstige Handelsgeschäft erwirtschaftete überwiegend durch den Handel mit Devisen 21 Mio. € (Vorjahr: 47 Mio. €).

Verwaltungsaufwand • Der Verwaltungsaufwand im Konzern stieg um + 154 Mio. € oder +9,2% auf 1.828 Mio. € (Vorjahr: 1.674 Mio. €). Diese Entwicklung geht im Wesentlichen zurück auf einen moderaten Anstieg der Personalaufwendungen (+1,1%) und einen deutlichen Anstieg der anderen Verwaltungsaufwendungen (+21,7%).

Der **Personalaufwand** betrug 984 Mio. € nach 973 Mio. € im Vorjahr (+1,1%). Belastend wirkte sich insbesondere die Tarifierhöhung im Jahr 2001 aus.

Im Sinne der Restrukturierung des Konzerns wurden im Geschäftsjahr erheblich geringere Rückstellungen für Tantiemезahlungen sowie sonstige freiwillige Leistungen eingestellt.

Die Entlastung des Personalaufwands im Konzern (ohne Teilkonzern IBAG) aufgrund des eingeleiteten Mitarbeiterabbaus in 2001 von rund 600 Beschäftigten wirkt sich noch nicht entscheidend im Geschäftsjahr aus. Darüber hinaus sind in 2001 weitere rund 400 Personalvereinbarungen, wie u. a. Vorruhestandsregelungen und Altersteilzeitverträge, abgeschlossen worden, die erst künftig den Personalaufwand mindern werden.

Die **anderen Verwaltungsaufwendungen** erhöhten sich um +124 Mio. € oder +21,7 % auf 696 Mio. €.

Die Ursachen sind vor allem Aufwendungen für die Verbesserung des Risikomanagements und Risikocontrollings sowie für die Weiterentwicklung der EDV-Landschaft im Konzern. Unter anderem wurde das Projekt ARMADA (Abschluss 2. Quartal 2002) zur Kontrolle und Steuerung der Marktpreisrisiken fortgeführt. Weiterhin wurde das Projekt KOLIBRI (Abschluss Ende 2003), das die datentechnische Grundlage für ein umfassendes Kreditrisikomanagement schaffen soll, planmäßig weiterentwickelt.

In der Landesbank Berlin wurden für das bankaufsichtsrechtliche Meldewesen die Standardanwendung SAMBA eingeführt und die Vorarbeiten zur Implementierung von SAP R/3 abgeschlossen. Mit SAP R/3 sollen ab 2002 die Verwaltungsaufwendungen erfasst werden, ein Schritt, der für die Bankgesellschaft Berlin AG und bestimmte Servicegesellschaften bereits 2001 vollzogen wurde. Damit kommt der Konzern dem Ziel einer vereinheitlichten EDV-Plattform näher. Betriebswirtschaftliche Kostenrechnungsverfahren können fortan auf einer einheitlichen Basis durchgeführt werden.

Das Projekt Euro II zur Euro-Bargeld-Einführung (u. a. Geldbearbeitung und -transporte, Umstellung der Geldautomaten) wurde im Jahr 2001 fortgeführt und inzwischen planmäßig abgeschlossen.

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen in Höhe von 148 Mio. € (Vorjahr: 129 Mio. €) resultieren aus Abschreibungen von Bankgebäuden, EDV-Hardware sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Saldo der übrigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen • Der Saldo der übrigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen beträgt –197 Mio. €. Er setzt sich zusammen aus dem Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen (–186 Mio. €) und den sonstigen Steuern (–11 Mio. €).

Der Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen ist maßgeblich geprägt durch das Geschäft der Konzerngesellschaften IBAG, IBG und LPFV.

Der Ergebnisbeitrag der IBAG in Höhe von –37 Mio. € spiegelt den geringen Absatz von Fondsanteilen und die notwendige Risikovorsorge im Fondsgeschäft wider. Die IBG und die LPFV belasteten das Ergebnis mit –84 Mio. €.

Aufgrund der Risikoabschirmung durch das Land Berlin konnten die im Jahr 2000 in der LPFV über den Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen gebildeten Rückstellungen für Risiken aus Garantien des Fondsgeschäfts (723 Mio. €) im Geschäftsjahr 2001 weitgehend aufgelöst werden. Die Auflösung ist im außerordentlichen Ergebnis abgebildet.

Im Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen enthalten sind auch die Aufwendungen der Investitionsbank Berlin im Rahmen des öffentlichen Förderauftrags (51 Mio. €).

Risikovorsorge • Der Saldo der Risikovorsorge in Höhe von 765 Mio. € verteilt sich auf folgende Komponenten:

Für die **Risikovorsorge im Kreditgeschäft** wurden insgesamt 738 Mio. € (Vorjahr: 1.537 Mio. €) eingestellt, davon 227 Mio. € bei der Bankgesellschaft, 224 Mio. € bei der Landesbank Berlin (einschließlich der Investitionsbank Berlin) und 253 Mio. € bei der Berlin Hyp.

Der überwiegende Teil (473 Mio. €) entfällt auf das Immobilienfinanzierungsgeschäft, welches damit deutlich unter dem Vorjahreswert (1.106 Mio. €) liegt.

Das Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve beläuft sich per Saldo auf –25 Mio. € (Vorjahr: –27 Mio. €).

Die Risikovorsorge setzt sich im Einzelnen wie folgt zusammen:

in Mio. €	Konzern		AG	
	2001	2000	2001	2000
Risikovorsorge im Kreditgeschäft				
zu Lasten der GuV gebildete Wertberichtigungen	1.020	1.787	291	368
Direktabschreibungen	38	29	26	14
zu Gunsten der GuV aufgelöste Wertberichtigungen	311	254	86	93
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	9	25	4	5
Vorsorgeaufwand – netto	738	1.537	227	284
Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve				
Ertragskomponenten	95	65	35	4
Aufwandskomponenten	120	92	79	30
Wertpapierergebnis – netto	– 25	– 27	– 44	– 26
Summe vor Veränderung der § 340f-HGB-Reserve	763	1.564	271	310
Veränderung der § 340f-HGB-Reserve	2	– 366	–	– 242
Risikovorsorge gesamt	765	1.198	271	68

Ergebnis aus Finanzanlagen • Das Ergebnis aus Finanzanlagen (Beteiligungen, Wertpapiere des Anlagevermögens) im Konzern beläuft sich auf 1 Mio. € (Vorjahr: 15 Mio. €).

Hierin enthalten ist der Ertrag aus der Einbringung der Landesbausparkasse Berlin (40 Mio. €) in die LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover sowie der Erlös aus dem Verkauf der Anteile an der Deutschen Börse AG von 15 Mio. €.

Saldo der übrigen Positionen • Dieser Sammelposten enthält im Wesentlichen die Aufwendungen aus Verlustübernahmen sowie die Positionen außerordentliche Aufwendungen und außerordentliche Erträge.

Die außerordentlichen Aufwendungen und Erträge sind maßgeblich geprägt durch die Restrukturierung und die damit im Zusammenhang stehende Neuausrichtung des Konzerns.

Für die im Konzern beschlossenen und eingeleiteten Restrukturierungsmaßnahmen wurden unter Berücksichtigung der bereits im Vorjahr gebildeten Rückstellungen insgesamt zusätzlich 318 Mio. € aufgewendet. Abgedeckt werden die im Rahmen des Restrukturierungskonzepts identifizierten Kosten des Personal- und Sachaufwands sowie Kosten des Flächenmanagements.

Die außerordentlichen Erträge enthalten u.a. auch die Auflösung von im Vorjahr gebildeten Rückstellungen für die Risiken aus Garantien in der LPFV (716 Mio. €) sowie weitere Risiken des Immobilienfondsgeschäfts in Konzernbanken (249 Mio. €).

Ertragsteuern • Der Ertragsteueraufwand im Konzern beläuft sich auf 53 Mio. € (Vorjahr: 80 Mio. €). Hierin enthalten ist der Ertrag aus der Auflösung von Steuerrückstellungen in Höhe von 65 Mio. € aufgrund der Beilegung des Rechtsstreits mit der Stadt Hannover um die Anerkennung der Teilorganschaft zwischen der Bankgesellschaft und der Berlin Hyp. Die ausländischen Einheiten belasten das Ergebnis mit 47 Mio. €.

Ergebnisrechnung

in Mio. €	Konzern			AG		
	2001	2000	Veränd.	2001	2000	Veränd.
Zinsüberschuss	1.876	1.642	234	582	342	240
Provisionsüberschuss	386	462	- 76	142	169	- 27
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	- 106	139	- 245	- 105	158	- 263
Verwaltungsaufwand	1.828	1.674	154	777	705	72
Personalaufwand	984	973	11	314	307	7
Andere Verwaltungsaufwendungen	696	572	124	451	385	66
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	148	129	19	12	13	- 1
Saldo übriger betrieblicher Erträge und Aufwendungen	- 197	- 755	558	42	62	- 20
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	131	- 186	317	- 116	26	- 142
Risikovorsorge (ohne Reserve nach § 340f HGB)	763	1.564	- 801	271	310	- 39
Betriebsergebnis (ohne Reserve nach § 340f HGB)	- 632	- 1.750	1.118	- 387	- 284	- 103
§ 340f-HGB-Reserve	2	- 366	368	0	- 242	242
Betriebsergebnis	- 634	- 1.384	750	- 387	- 42	- 345
Ergebnis aus Finanzanlagen	1	15	- 14	- 383	- 381	- 2
Saldo der übrigen Positionen	574	- 190	764	437	- 492	929
Ergebnis vor Steuern	- 59	- 1.559	1.500	- 333	- 915	582
Ertragsteuern ¹⁾	53	89	- 36	33	83	- 50
Ergebnis nach Steuern	- 112	- 1.648	1.536	- 366	- 998	632

1) 2000: Steuern, d.h. einschließlich sonstiger Steuern

3. Volumenentwicklung

Die Bilanzsumme des Konzerns zum 31. Dezember 2001 reduzierte sich um – 15,6 Mrd. € oder – 7,6% auf 189,2 Mrd. € (31. Dezember 2000: 204,8 Mrd. €). Der Rückgang beruht im Wesentlichen auf der planmäßigen Rückführung sowohl der Forderungen an Kreditinstitute als auch der Forderungen an Kunden durch den Verzicht auf risikoreiches bzw. margenarmes Geschäft.

Das Nominalvolumen der derivativen Geschäfte belief sich zum Bilanzstichtag auf 888,3 Mrd. €. Das entspricht einer Anrechnung im Sinne des KWG-Grundsatzes I (Adressenausfallrisiken) in Höhe von 1,5 Mrd. €.

Die Bilanzsumme verteilt sich wie folgt auf unsere wesentlichen Konzerngesellschaften:

	31.12.2001 %	31.12.2000 %
Bankgesellschaft Berlin AG	33,4	32,4
Landesbank Berlin	35,6	36,3
darunter:		
Investitionsbank Berlin	(8,2)	(7,8)
Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG	17,5	17,1
Bankgesellschaft Berlin International S.A.	2,5	3,3
Weberbank Privatbankiers KGaA	2,2	2,3
	91,2	91,4
Andere Kreditinstitute	3,9	3,7
Andere Konzerngesellschaften	4,9	4,9
	100,0	100,0

Das Kreditvolumen im Konzern erreichte 117,3 Mrd. €, das sind –5,4% oder –6,7 Mrd. € weniger als im Vorjahr.

Das Kreditvolumen gliedert sich im Einzelnen wie folgt:

Kreditvolumen im Konzern

	31.12.2001 Mio. €	31.12.2000 Mio. €	Veränderung Mio. €	%
Wechselkredite (soweit nicht unter Forderungen ausgewiesen)	92	44	48	109,1
Kredite an Kreditinstitute	17.935	20.726	- 2.791	- 13,5
Forderungen an Kunden ¹⁾	99.259	103.239	- 3.980	- 3,9
darunter:				
Hypothekendarlehen der Hypothekenbank	19.039	19.077	- 38	- 0,2
Kommunalkredite	28.141	30.886	- 2.745	- 8,9
Andere durch Grund- pfandrechte gesicherte Forderungen	15.541	15.575	- 34	- 0,2
Übrige Kundenforderungen	36.538	37.701	- 1.163	- 3,1
Kreditvolumen	117.286	124.009	- 6.723	- 5,4

1) Ohne Reverse Repos und Forderungen aus Wertpapierleihegeschäften

Aktiva • Der erhöhte Bestand der Barreserve ist zurückzuführen auf einen Anstieg der Guthaben der Bankgesellschaft und der LBB bei der Deutschen Bundesbank auf Basis stichtagsbezogener Dispositionen.

Die Forderungen an Kreditinstitute sanken um -4,7 Mrd. € oder -12,2% auf 33,6 Mrd. €. Der Grund liegt im Wesentlichen im Rückgang sowohl des langfristigen Kreditgeschäfts als auch des kurzfristigen Geldmarktgeschäfts.

Der Rückgang der Forderungen an Kunden um -4,0 Mrd. € oder -3,8% auf 99,3 Mrd. € hat seine Ursache im Wesentlichen in der deutlichen Reduzierung der Kommunaldarlehen im langfristigen Bereich.

Der Bestand an Risikovorsorge im Kreditgeschäft beträgt 5.181 Mio. € (Vorjahr: 4.832 Mio. €). Bezogen auf das gesamte Kreditvolumen ergibt sich daraus ein Anstieg der Quote von 3,9% auf 4,4%.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere wurden um 807 Mio. € auf 40,2 Mrd. € aufgestockt. Die Erhöhung steht im Wesentlichen im Zusammenhang mit der Absicherung von Refinanzierungsgeschäften.

Der deutliche Rückgang der Position Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere um -4,5 Mrd. € oder -47,7% auf 4,9 Mrd. € ist darauf zurückzuführen, dass die bislang maßgeblichen Aktien-Index-Strategien im Umfang gezielt reduziert wurden.

Die Position Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen wuchs vornehmlich aufgrund der nicht konsolidierten Tochtergesellschaften und Beteiligungen der IBAG. Der IBAG-Konzern setzt sich aus den Tochterunternehmen zusammen, die zum 31. Dezember 2000 von der IBG mit dem Ziel der Weiterveräußerung verkauft worden sind. Die beabsichtigte Veräußerung an Dritte wurde mit Wirkung zum 2. Januar 2001 zurückgenommen. Unter dem Dach der IBAG werden die wesentlichen Tochterunternehmen wieder in die Konsolidierung des Konzerns Bankgesellschaft einbezogen. Die Hauptversammlung der Bankgesellschaft hat am 29. August 2001 einen Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag mit der IBAG ab Januar 2001 beschlossen.

Der Bestand an Ausgleichsforderungen reduzierte sich um –470 Mio. € oder –38,7% auf 744 Mio. € aufgrund von Fälligkeiten insbesondere aus der Geschäftstätigkeit des Konzerns in Luxemburg.

Der Rückgang in den übrigen Aktiva resultiert fast ausschließlich aus den im Vorjahr in dieser Position enthaltenen zur Rückzahlung anstehenden Ausgleichsforderungen.

Konzern-Aktiva

	31.12.2001 Mio. €	31.12.2000 Mio. €	Veränderung	
			Mio. €	%
Barreserve	1.361	796	565	71,0
Öffentliche Schuldtitel/Wechsel	92	44	48	> 100
Forderungen an Kreditinstitute	33.604	38.261	– 4.657	– 12,2
Forderungen an Kunden	99.305	103.268	– 3.963	– 3,8
Schuldverschreibungen	40.184	39.377	807	2,0
Aktien	4.938	9.437	– 4.499	– 47,7
Beteiligungen, Anteile an assoziierten und verbundenen Unternehmen	854	425	429	> 100
Treuhandvermögen	274	336	– 62	– 18,5
Ausgleichsforderungen	744	1.214	– 470	– 38,7
Sachanlagen	624	534	90	16,9
Übrige Aktiva	7.183	11.116	– 3.933	– 35,4
Summe Aktiva	189.163	204.808	– 15.645	– 7,6

Passiva • Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ermäßigten sich im Einklang mit reduzierten Geldhandelsaktivitäten und Kreditgeschäften um –4,9 Mrd. € oder –7,2% auf 63,9 Mrd. €.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden verminderten sich um –452 Mio. € oder –0,7% auf 62,3 Mrd. €. Maßgeblich beteiligt war hieran die Ausgliederung der Landesbausparkasse Berlin.

Für den Rückgang bei den verbrieften Verbindlichkeiten um –10,9 Mrd. € oder –18,8% auf 47,1 Mrd. € waren insbesondere fällige Emissionen ausschlaggebend, die nicht durch Neuemissionen kompensiert wurden. Diese Entwicklung hat ihre Ursache im verzögerten Jahresabschluss 2000 und der Unsicherheit bezüglich der Eigentümerstruktur, die zu einem erschwerten Zugang zu den Kapitalmärkten führten. Das Marktumfeld für die Emission verbrieftter Verbindlichkeiten im Konzern war außerdem geprägt durch den anstehenden Wegfall von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung für die öffentlichen Banken ab Juli 2005, was zu einer Verteuerung der mittel- bis langfristigen Refinanzierung führte.

Rückstellungen werden in einer Gesamthöhe von 2.930 Mio. € (31. Dezember 2000: 3.380 Mio. €) ausgewiesen. Die rückläufige Entwicklung beinhaltet gegenläufige Effekte insbesondere in den anderen Rückstellungen. Die Rückstellungen für Restrukturierungsmaßnahmen haben sich um 300 Mio. € auf 506 Mio. € erhöht, die Rückstellungen für Portfolios, Wertpapier- und Devisengeschäfte um 147 Mio. € auf 409 Mio. €. Die in der LPFV bilanzierten Rückstellungen für das Fondsgeschäft sowie die in den Konzernbanken für Vorratsimmobilien im Vorjahr gebildeten Rückstellungen wurden in Höhe von 965 Mio. € aufgelöst.

Der Rückgang um –0,7 Mrd. € bei den übrigen Passiva geht im Wesentlichen auf die Entkonsolidierung und anschließende Wiedereingliederung der Gesellschaften des Immobiliendienstleistungsgeschäfts zurück.

Im Konzern-Eigenkapital spiegelt sich die Eigenkapitalerhöhung in Höhe von 2,0 Mrd. € in der Bankgesellschaft Berlin AG vom Oktober 2001.

Konzern-Passiva

	31.12.2001 Mio. €	31.12.2000 Mio. €	Veränderung Mio. €	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	63.868	68.790	- 4.922	- 7,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	62.276	62.728	- 452	- 0,7
darunter:				
Spareinlagen einschl. Bauspareinlagen	9.684	10.088	- 404	- 4,0
täglich fällige andere Verbindlichkeiten	14.139	11.428	2.711	23,7
befristete andere Verbindlichkeiten	38.453	41.212	- 2.759	- 6,7
Verbriefte Verbindlichkeiten	47.086	57.985	- 10.899	- 18,8
darunter:				
Hypothekendarlehen und öffentliche Darlehen	34.667	37.743	- 3.076	- 8,1
Sonstige Schuldverschreibungen	12.053	19.815	- 7.762	- 39,2
Andere verbiefte Verbindlichkeiten	366	427	- 61	- 14,3
Treuhandverbindlichkeiten	274	336	- 62	- 18,5
Rückstellungen	2.930	3.380	- 450	- 13,3
Nachrangkapital	3.016	3.054	- 38	- 1,2
Eigenkapital	4.525	2.611	1.914	73,3
davon:				
Gezeichnetes Kapital	2.555	558	1.997	> 100
Rücklagen ¹⁾	1.970	2.053	- 83	- 4,0
Übrige Passiva	5.188	5.924	- 736	- 12,4
Summe Passiva	189.163	204.808	- 15.645	- 7,6

1) Einschließlich Bilanzgewinn/-verlust i. H. v. -1.553 Mio. € (Vorjahr: -1.471 Mio. €) und Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter i. H. v. 81 Mio. € (Vorjahr: 29 Mio. €).

Kapitalquoten • Die bankaufsichtsrechtlichen Eigenmittel des Konzerns gemäß KWG zum 31. Dezember 2001 betragen insgesamt 7,7 Mrd. €. Bezogen auf die Risikopositionen in Höhe von 82,7 Mrd. € ergeben sich danach eine Gesamtkennziffer gemäß KWG-Grundsatz von 9,4% und eine Kernkapitalquote von 5,7% (nach Feststellung des Jahresabschlusses sowie unter Berücksichtigung der Abschirmung von wesentlichen Risiken des Immobiliendienstleistungsgeschäfts durch das Land Berlin). Die Gesamtkennziffer für die AG beträgt 11,5% und die Kernkapitalquote 7,0%.

4. Bankgesellschaft Berlin AG

Die Bilanzsumme der Bankgesellschaft Berlin AG reduzierte sich im Berichtsjahr von 85,5 Mrd. € auf 81,7 Mrd. €, d. h. um –4,4%. Dem Zuwachs an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren in Höhe von 1,4 Mrd. € steht ein Rückgang des Aktienbestands um –3,4 Mrd. € als Folge der geänderten Handelsstrategie gegenüber. Auf der Refinanzierungsseite verringerten sich aufgrund von Fälligkeiten die verbrieften Verbindlichkeiten um –7,1 Mrd. €. Dieses hat die Bank im notwendigen Umfang durch Geldaufnahmen bei Kreditinstituten ersetzt.

AG-Aktiva

	31.12.2001	31.12.2000	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	%
Barreserve	504	187	317	> 100
Forderungen an Kreditinstitute	21.023	23.153	– 2.130	– 9,2
Forderungen an Kunden	19.261	18.795	466	2,5
Schuldverschreibungen	29.742	28.352	1.390	4,9
Aktien	3.496	6.910	– 3.414	– 49,4
Beteiligungen	140	140	0	0,0
Anteile an verbundenen Unternehmen	2.659	2.092	567	27,1
Ausgleichsforderungen	334	122	212	> 100
Sachanlagen	97	92	5	5,4
Übrige Aktiva	4.445	5.652	– 1.207	– 21,4
Summe Aktiva	81.701	85.495	– 3.794	– 4,4

Die Forderungen bzw. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beinhalten auch konzerninterne Geschäfte.

Die Position Anteile an verbundenen Unternehmen stieg um 567 Mio. € auf 2.659 Mio. €. Der Anstieg beruht im Wesentlichen auf dem Rückerwerb der Anteile der IBAG und der Teilnahme an der Kapitalerhöhung der Berlin Hyp.

Die Erhöhung der Position Ausgleichsforderungen geht zurück auf Transaktionen mit der Zivnostenska banka.

AG-Passiva

	31.12.2001 Mio. €	31.12.2000 Mio. €	Veränderung Mio. €	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	48.091	45.918	2.173	4,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	13.472	13.453	19	0,1
Verbriefte Verbindlichkeiten	10.132	17.209	- 7.077	- 41,1
Rückstellungen	1.359	1.386	- 27	- 1,9
Nachrangkapital	2.577	2.588	- 11	- 0,4
Eigenkapital	3.419	1.786	1.633	91,4
davon:				
Gezeichnetes Kapital	2.555	558	1.997	> 100
Rücklagen ¹⁾	864	1.228	- 364	- 29,6
Übrige Passiva	2.651	3.155	- 504	- 16,0
Summe Passiva	81.701	85.495	- 3.794	- 4,4

1) Einschließlich Bilanzgewinn/-verlust i. H. v. - 1.341 Mio. € (Vorjahr: - 975 Mio. €).

Verbundene Unternehmen • Gemäß § 312 Aktiengesetz hat der Vorstand der Bankgesellschaft Berlin AG einen Bericht über die geschäftlichen Beziehungen zu verbundenen Unternehmen für das Geschäftsjahr 2001 abgegeben. Die Schlussklärung dieses Berichts lautet:

Der Vorstand der Bankgesellschaft Berlin AG erklärt, dass die Unternehmen des Konzerns Bankgesellschaft Berlin AG bei allen Rechtsgeschäften und sonstigen Maßnahmen mit dem Land Berlin und den mit diesem verbundenen Unternehmen eine nach den im Zeitpunkt des jeweiligen Geschäftsabschlusses bekannten Umständen angemessene Gegenleistung erhalten haben und durch die getroffenen Maßnahmen nicht benachteiligt wurden.

5. Risikobericht

Insbesondere seit der Verabschiedung der Grundsätze zur einheitlichen Leitung des Konzerns Bankgesellschaft Berlin 1999 wurde ein qualifiziertes Risikomanagement als wesentliches Element der Konzernsteuerung festgelegt. Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses 2000 und den vielfältigen Prüfungen im Jahre 2001 wurden Schwachstellen in Teilbanken und Töchtern aufgezeigt, u. a. bei der Umsetzung von Organisations- und Arbeitsprozessvorhaben sowie bei der Anwendung von konzernweit gestellten Bewertungsmaßstäben. Deren Beseitigung wurde durch die Fortführung laufender und den Start neuer Projekte – insbesondere zur Reorganisation des Kredit- und Work-Out-Geschäfts – angegangen.

Mit der Einrichtung eines Risk-Review-Komitees und dem Aufbau des Bereichs „Konzernrisiko-Evidenz“ sowie der Einführung eines Konzernrisikohandbuchs konnten weitere strukturelle und organisatorische Verbesserungen erzielt werden.

Der Problembereich der Freistellungserklärungen und die dadurch im Geschäftsjahr entstandenen Konsequenzen bezüglich §§ 13a bis 14 KWG und dem Grundsatz I konnten aufsichtsrechtlich weitgehend gelöst werden.

Die weiter schwierige Situation des Immobilienmarkts insbesondere in der Kernregion Berlin/Brandenburg machte es erneut erforderlich, die Risikovorsorge in dieser Sparte nennenswert zu dotieren.

Die ungünstige Entwicklung am Immobilienmarkt machte zudem eine Anpassung der bereits im Vorjahr vorgenommenen Bewertung von Immobilien erforderlich, die die IBG vormals für die Auflage weiterer Fonds erworben hatte. Dementsprechend sind hiervon überwiegend die so genannten „Vorratsimmobilien“ betroffen. Unabhängig hiervon wurde im Bereich der IBAG-Gruppe ein umfangreiches Restrukturierungskonzept erarbeitet und mit dessen Umsetzung begonnen. In der für die Überwachung der Fondsrisiken gegründeten Tochtergesellschaft LPFV wurden zugleich die Risikomodelle überarbeitet, verfeinert und weitere Risikoanalysen durchgeführt, woraus sich weitere Rückstellungserfordernisse für Fondsgarantien ergeben hätten.

Vor diesem Hintergrund gelang es, mit dem Land Berlin eine Grundsatzvereinbarung und eine diese ersetzende Detailvereinbarung zur Abschirmung der bis Ende 2000 bzw. Ende 2001 eingegangenen wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft abzuschließen. Diese Vereinbarungen standen unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Abgeordnetenhauses von Berlin, die am 9. April 2002 durch Beschluss eines entsprechenden Gesetzes

erfolgte, und stehen unter dem Vorbehalt der beihilferechtlichen Genehmigung durch die Europäische Kommission. Durch die entsprechende Vereinbarung, die am 19. Dezember 2001 bzw. im April 2002 getroffen wurde, konnten die in den Vorjahren im Konzern gebildeten Rückstellungen für das Immobiliendienstleistungsgeschäft in großen Teilen aufgelöst werden.

5.1. Gesamtsystem zur Planung, Steuerung und Kontrolle von Risiken

Seit mehreren Jahren ist im Konzern Bankgesellschaft Berlin die Funktionstrennung zwischen den risikoüberwachenden Einheiten und den risikonehmenden Geschäftsbereichen realisiert. Die Identifizierung, Messung, Kontrolle und Steuerung der Risiken ist den verschiedenen zentralen Bereichen der Bank übertragen worden, die bis auf wenige Ausnahmen innerhalb des Vorstandsressorts „Risikosteuerung und Controlling“ angesiedelt sind. Das Ressort setzt sich aus den Stabseinheiten Kreditrisiko und Portfoliosteuerung, Risk & Performance für das Kapitalmarktgeschäft, Aktiv-/Passiv-Management, Controlling, Finanzen, Compliance und der im Jahr 2001 eingerichteten Stabseinheit Konzernrisiko-Evidenz zusammen. Außerhalb dieses Vorstandsressorts nimmt der Bereich Treasury das Risikomanagement des Liquiditätsrisikos wahr. Im Geschäftsjahr wurde ein Risk-Review-Komitee eingerichtet, das aus Vorständen der Bankgesellschaft Berlin AG, der Landesbank Berlin und der Berlin Hyp sowie sämtlichen Leitern der für die verschiedenen Risikokategorien zuständigen Fachbereiche besteht. Das Gremium tagt monatlich, erörtert sowohl die methodischen Risikomanagementverfahren als auch die aktuelle Risikosituation und soll Steuerungsvorschläge für die Vorstandsgremien im Konzern erarbeiten. Unter anderem wurden im Geschäftsjahr die allgemeinen risikopolitischen Grundsätze und deren konkrete Umsetzung überarbeitet und in einem konzernweiten Risikohandbuch dokumentiert. Die Revision überwacht die Einhaltung der Kriterien und die Abläufe zur Risikosteuerung durch eigene Prüfungen.

Inhaltlich werden im Konzern unverändert folgende Risikokategorien unterschieden:

- Adressausfallrisiken
 - Kreditrisiko
 - Kontrahentenrisiko
 - Länderrisiko
 - Anteilseignerrisiko
- Liquiditätsrisiken
- Marktpreisrisiken
- Operationelle Risiken
 - Systemrisiken
 - Personalrisiken

- Sonstige Risiken
 - Geschäftspolitische und strategische Entscheidungen
 - Haftungsfreistellungserklärungen
 - Risiken des Immobilien- und Fondsgeschäfts des IBAG-Konzerns
 - Risiken aus dem Fördergeschäft
 - Rechtsrisiken.

Sonderprüfungen • Im Auftrag des Bundesaufsichtsamts für das Kreditwesen (BAKred) fanden im Geschäftsjahr 2001 mehrere Sonderprüfungen nach § 44 KWG bei der Bankgesellschaft Berlin AG, der Landesbank Berlin, der Berlin-Hannoverschen Hypothekenbank AG sowie der IBAG, IBG und LPFV statt.

Gegenstand dieser Prüfungen waren insbesondere das Kreditgeschäft (Werthaltigkeit der Forderungen, Angemessenheit der Risikovorsorge, Beachtung des §18 KWG, Ordnungsmäßigkeit der Kreditbearbeitung).

Weiterhin haben die interne Revision sowie außenstehende Prüfer im Auftrag des Vorstands bzw. des Aufsichtsrats verschiedene Sonderprüfungen, die sich insbesondere auf das Immobiliengeschäft konzentrierten, durchgeführt.

Soweit die nur zum Teil vorliegenden Ergebnisse dieser Prüfungen Handlungsbedarf aufgezeigt haben, wurden die notwendigen Maßnahmen eingeleitet. Der im Rahmen der Prüfungen des Kreditgeschäfts aufgezeigte erhöhte Risikovorsorgebedarf wurde – soweit bereits bekannt – schon im Jahresabschluss 2000 berücksichtigt, nachfolgende Erkenntnisse wurden im Jahresabschluss 2001 berücksichtigt.

5.2. Adressausfallrisiken

5.2.1. Kreditrisiko

Bei der Steuerung der Kreditrisiken ist es das übergeordnete Ziel, die Risikopotenziale des Konzerns zu messen, zu überwachen und gezielt zu reduzieren. Dazu ist es notwendig,

- die Risiken des Neugeschäfts zu erkennen und abzuwägen
- die Risiken des vorhandenen Portfolios zu identifizieren und zu messen und
- die Struktur des Kreditportfolios zu diversifizieren und damit die Risikopotenziale zu reduzieren.

Um diese Ziele nachhaltig zu erreichen, ist eine zuverlässige Datenbasis Voraussetzung; diese ist noch nicht vollständig gegeben. Der Konzern führte die Risikomanagementprojekte aus dem Jahr 2000 planmäßig fort. Insbesondere

werden die EDV-technischen Grundlagen für ein umfangreiches Kreditrisikomanagement und -controlling im Konzern geschaffen. Die Ziele werden in mehreren Modulen realisiert, die aufeinander aufbauen:

- **Aufbau einer Kreditevidenzdatenbank:** Diese Datenbank soll die risikorelevanten Daten aller Produkte („klassische Kredite“ ebenso wie Derivate des Kapitalmarktgeschäfts) von allen Teilbanken und allen Kunden zentral erfassen und konsolidieren.
- **Implementierung eines Limitmanagementsystems:** Durch die Einführung eines Limitmanagementsystems werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, Portfolios zu definieren und in ihrem Risikogehalt zu messen und zu beschränken.
- **Etablierung statistischer Risikomessverfahren (Credit-Value-at-Risk):** Auf Basis der Kreditevidenzdatenbank sowie nach der Implementierung moderner Ratingverfahren wird der konzernweite Einsatz derartiger Risikomessverfahren möglich sein.
- **Neuentwicklung der Ratingmethoden:** In zwei Projekten werden die Methoden für Retail- und Wholesale-Geschäfte grundlegend neu entwickelt. Die Projekte werden gemeinsam mit dem DSGV bzw. den deutschen Landesbanken und mit Begleitung der Beratungsfirma Oliver, Wyman & Company durchgeführt. Die Landesbank Berlin hat in einigen Modulen eine leitende Rolle übernommen.

Im Gegensatz zu den bisher eingesetzten Methoden – es handelt sich um regelbasierte qualifizierte Expertenbeurteilungen – basiert das neue Rating auf statistischen Prognoseverfahren. Dadurch ist sichergestellt, dass

- der Risikogehalt der Kreditengagements besser identifiziert werden kann
- die Prognosegüte der erwarteten Kreditrisiken deutlich zunimmt und somit
- die Risikopotenziale früher ermittelt werden können.

Die Projekte haben zum Ziel, dass die neuen Ratingmethoden die Anforderungen des Baseler Akkords (Basel II) erfüllen und von den Aufsichtsbehörden als so genanntes „Internes Rating“ anerkannt werden.

Im Berichtsjahr wurde eine Vorstudie zu den Anforderungen vom 2. Baseler Akkord durchgeführt. Es wurde ein vielfältiger Handlungsbedarf aufgezeigt, der im Jahr 2002 zu einem Basel II-Projekt führen wird. Insbesondere wird es notwendig sein, ein neues Sicherheiten-System zu etablieren. Die laufenden Ratingprojekte sind als Teil des Basel II-Projekts zu betrachten.

Aktueller Projektstand und weiterer Projektverlauf • Mit Beginn des zweiten Quartals 2001 wurde plangemäß die erste Version der neuen Kreditevidenzdatenbank eingeführt. Damit ist es nunmehr möglich, für alle Kreditnehmer, die in einer der drei Banken Berlin Hyp, in der Landesbank Berlin oder in der Bankgesellschaft Berlin/Berliner Bank mindestens eine Inanspruchnahme in Höhe von 1,5 Mio. € aufweisen, die aktuelle Inanspruchnahme, die Höhe der zugesagten Linien und die Summe der Sicherheiten sowie die Bonitäts- und Risikoklasse tagesaktuell abzufragen. An der Verbesserung der Datenqualität wird laufend gearbeitet.

Auf Basis dieser Daten wurde ein neuer Kreditrisikoreport für Vorstand und Aufsichtsrat erstellt.

Mit dem Ziel, Abhängigkeiten von Kreditnehmern untereinander zu erfassen und die Voraussetzungen für die Anwendung der statistischen Risikoberechnungen (Credit-Value-at-Risk) auf Portfolioebene zu schaffen, wird die zweite Version der Evidenzdatenbank 2002 fertig gestellt werden. Sie ermöglicht es, die Daten der Kreditnehmer bis zur Kontoebene zu selektieren und auszuwerten. Weiterhin können die Zahlungsströme der Kreditgeschäfte konzernweit abgebildet werden.

Für das **Limitmanagement** wurde im vierten Quartal 2000 das Softwareprodukt RICOS der Firma Algorithmics ausgewählt. Nach einer positiv verlaufenen Testphase im ersten Halbjahr 2001 wird die Software im Jahr 2002 konzernweit implementiert.

Das Ratingverfahren für Firmenkunden und Gewerbekunden wurde Ende 2001 erfolgreich getestet und befindet sich im Jahr 2002 in der Einführungsphase. Nach den neuen Methoden werden voraussichtlich zunächst die Firmen- und Gewerbekunden im zweiten Quartal 2002 flächendeckend nach den neuen Methoden geratet; weitere Segmente folgen sukzessive im Laufe des Jahres.

Risikoorientierte Portfoliosteuerung • Mit der ersten Version der neuen Kreditevidenzdatenbank soll es künftig möglich sein, die Risiken des Kreditgeschäfts auf Portfolioebene zielorientiert zu steuern. Deshalb wurde im Geschäftsjahr eine risikoorientierte Portfoliosteuerung beschlossen, die sukzessive umgesetzt wird. Der Kerngedanke ist, den Risikogehalt der Kreditportfolios durch eine gezielte Limitierung schrittweise zu reduzieren. Hierfür erhält der Vertrieb künftig u. a. folgende Vorgaben:

- Maximallinien je Kreditnehmer, abgestuft nach Rating
- Maximale Konzentrationen bestimmter Portfolios (z. B. hinsichtlich Größenklassen, Kreditnehmerrating, Branchenrating)
- Maximallaufzeiten in Abhängigkeit von der Geschäftsart und vom Rating
- Anforderungen an gewerbliche Immobilienfinanzierungen (u. a. Rating, Besicherung, Mindesttilgungssätze)
- Negativbranchen
- Länderlimite.

Kreditprozess in der Bankgesellschaft • Die Kreditbearbeitung ist organisatorisch weitgehend unverändert geblieben, d. h. die Engagements werden von zentralen Bereichen betreut. Jeder Bereich bearbeitet und votiert die Engagements eines oder mehrerer strategischer Geschäftsfelder für alle betroffenen Teilbanken:

- Banken, Versicherungen („Financial Institutions“) und internationale Konzerne
- Private Kunden, Vermögensanlage- und Firmenkunden
- Immobilienengagements
- Öffentliche Hand und Projektfinanzierungen
- Immobilienfinanzierungen der IBAG.

Der letzt genannte Bereich ist im Geschäftsjahr neu etabliert worden, um die Kreditengagements des Immobiliendienstleistungsgeschäfts aus einer Hand bearbeiten zu können.

Problembehaftete Kreditengagements (grundsätzlich ab Rating E und schlechter) werden von zwei Risikobetreuungsbereichen (Firmenkunden und Immobilien) betreut und bearbeitet. Dabei nehmen diese Bereiche i. d. R. sowohl die Markt- als auch die Kreditfunktion wahr.

Die Kompetenzordnung der Bankgesellschaft Berlin AG blieb im Vergleich zum Vorjahr unverändert, d. h. die Kompetenzen sind über alle Kreditbereiche hinweg einheitlich und berücksichtigen explizit den Risikogehalt der Engagements, der in Form der Risikoklasse gemessen wird. Je schlechter die Risikoklasse ist, desto geringer fällt die Kompetenz für den jeweiligen Entscheidungsträger aus. Im

kreditrisikotragenden Geschäft (d. h. > 250 T€ Engagementvolumen) besitzen die Marktbereiche keine Einzelkompetenz; ein Kreditabschluss muss von den jeweiligen kreditbearbeitenden Bereichen positiv votiert werden. Die Kompetenzordnung soll demnächst an die Ansätze der risikoorientierten Portfoliosteuerung angepasst werden.

Um bei der Wertschätzung von Immobilien in Zukunft einheitliche Standards im Konzern zu gewährleisten, wurde mit dem Aufbau einer zentralen Gutachterstelle für Wertschätzungen begonnen. Darüber hinaus wurden im Jahr 2001 konzernweit einheitliche Richtlinien zur Beleihung von Immobilien verabschiedet, die eine marktnahe Bewertung zum Ziel haben und die die aufsichtsrechtlich geforderte Funktionstrennung zwischen Kreditbearbeitung und Wertschätzung gewährleisten.

Struktur des Kreditportfolios des Konzerns • Die Hälfte der Kreditvorgänge im Konzern betrafen Kredite, die innerhalb Berlins vergeben wurden; allerdings wurde das umfangreichste Kreditvolumen, nämlich 42% des Gesamtkreditvolumens, innerhalb der Alten Bundesländer (Großkunden, Immobilienfinanzierungen, Kapitalmarktgeschäft) in Anspruch genommen. Kredite in die Neuen Bundesländer spielten vom Volumen her eine sehr untergeordnete Rolle. Nicht einmal jeder 20. Kredit wurde in das Ausland vergeben; allerdings werden bei diesen Kreditvorgängen in der Regel so überdurchschnittliche Kreditgrößen vergeben, dass diese Kredite 1/3 des Gesamtkreditvolumens (Auslands- und Kapitalmarktgeschäft) ausmachen.

Regionale Verteilung des Kreditportfolios des Konzerns

Region	Volumen in %	Anzahl in %
Ausland	33,3	4,3
Alte Bundesländer	42,3	30,3
Berlin	20,1	49,9
Neue Bundesländer	4,3	15,5

Entwicklung im Geschäftsjahr • Im Geschäftsjahr wurde die Eigenkapitalbasis durch den Verlust im Jahresabschluss 2000 zeitweise deutlich verringert. Erst durch die Kapitalerhöhung im Oktober 2001 wurde die ursprüngliche Eigenkapitalbasis wieder hergestellt. Um dennoch während der Phase des knappen Eigenkapitals alle aufsichtsrechtlichen Anforderungen zu erfüllen und um eine risikoorientierte und eigenkapitalschonende Geschäftspolitik zu gewährleisten, wurde das Kreditneugeschäft in bestimmten Segmenten nur unter sehr restriktiven Bedingungen eingegangen. Dies hatte einen merklichen Rückgang des Kreditgeschäfts zur Folge; im Wholesale- und Kapitalmarkt-Geschäft wurden im Wesentlichen nur Prolongationen sowie Engagements mit einer geringen Grundsatz-I-Belastung eingegangen. Das Retailgeschäft war – vor dem Hintergrund der strategischen Bedeutung – von diesen Maßnahmen nicht betroffen; auch ist das Risikovolumen des Retail-Geschäfts im Verhältnis zu den gesamten Konzern-Risikoaktiva sehr gering.

Per 31. Dezember 2001 stellte sich die Kreditrisikovorsorgesituation wie folgt dar:

Übersicht Kreditrisikovorsorge nach Geschäftssegmenten

	Risiko- vorsorge Bedarf 2001	Risiko- vorsorge Bedarf 2000	Wertberich- tigungs- bestand (ohne § 340f- HGB-Reserve) 31.12.2001	Kredit- volumen (brutto) unkonsoli- diert 31.12.2001	Wert- berich- tigungs- quote**)
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	%
Private Kunden	79	119	557	11.746	4,74
Firmenkunden	70	199	1.395	9.691	14,39
Öffentliche Hand	- 3	4	2	10.983	0,02
Großkunden/Ausland	78	40	413	12.307	3,35
Kapitalmarktgeschäft	2	10	61	56.384	0,11
Gewerbliche Immobilienfinanzierungen*)	473	1.106	2.518	31.377	8,02
Fördergeschäft (IBB)	28	68	215	19.252	1,12
Zinsmanagement und Sonstige	11	- 9	20	10.684	0,18
Summe	738	1.537	5.181	162.424	3,19

*) Das ausgewiesene Kreditvolumen enthält nicht die Kommunalkredite der Berlin Hyp und nicht die Finanzierungen im Zusammenhang mit dem Fondsgeschäft der IBAG-Gruppe; Vorsorgebedarf, der i. V. m. letzteren Risikopotenzialen, die nicht Kreditrisiken darstellen, bestand, ist über Rückstellungsbildungen abgedeckt worden. Kreditvergaben an landeseigene Wohnungsbaugesellschaften sind im Kreditvolumen enthalten.

***) Das Kreditvolumen ist ausdrücklich – brutto unkonsolidiert – ausgewiesen, somit bezieht sich auch die angegebene Wertberichtigungsquote auf diese Angabe.

Die Risikovorsorge im Geschäft mit Privaten Kunden liegt trotz der schwierigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung auf vergleichsweise niedrigem Niveau und zeigt eine Wertberichtigungsquote von 4,74 %.

Im **Firmenkundengeschäft** konnte der Risikogehalt des Portfolios durch die fortgesetzte Konzentration der geschäftlichen Ausrichtung auf den Heimatmarkt Berlin/Brandenburg und den damit verbundenen Abbau überregionaler Adressen weiter reduziert werden. Kritische Einzelfälle sowie bestimmte Branchen unterliegen einer intensiven Beobachtung. Die notwendige Risikovorsorge konnte entsprechend gegenüber dem Vorjahr gesenkt werden.

Im **Großkunden- und Auslandsgeschäft** sowie bei Projektfinanzierungen hat sich der Konzern im Neugeschäft auf Kunden mit hoher Bonität konzentriert. Insgesamt wurde das Neugeschäft in 2001 in einem sehr geringen Umfang betrieben. Die in 2000 gewählte Portfoliostruktur hat sich auch unter den verschlechterten Bedingungen im zweiten Halbjahr 2001 als vergleichsweise robust erwiesen. Allerdings musste die Vorsorge für Altengagements wiederum aufgestockt werden.

Das **gewerbliche Immobiliengeschäft** stellte traditionell einen Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit dar; durch die Veränderung der Ausrichtung im Neugeschäft wird eine deutliche Risikoverringering angestrebt. Die allgemeine Lage auf dem gewerblichen Immobilienmarkt in Deutschland und die oft schwache Eigenkapitalbasis der Immobilienkunden führte zu einer weiteren Verschlechterung der Bedienungsfähigkeit der beliebten Objekte. Zudem erhöhen sich die latenten Risiken aus der Beleihung öffentlich geförderter Wohnobjekte, da der planmäßige Tilgungsverlauf dieser Darlehen sinkende Förderbarwerte und ungünstige Mietentwicklungen nicht kompensieren kann. Die Folge ist eine vergrößerte Deckungslücke zwischen Sicherheitenwerten und Kreditinanspruchnahme. Eine positive Entscheidung für eine Anschlussförderung des öffentlich geförderten Wohnungsbaus in Berlin könnte jedoch erheblich dazu beitragen, den künftigen Bewertungsbedarf für das Kreditgeschäft zu entlasten. Aus diesem Grund mussten auch im Jahr 2001 im Immobiliengeschäft Wertberichtigungen in erheblichem Umfang gebildet werden.

5.2.2. Kontrahentenrisiko

Die Bankgesellschaft handelt überwiegend mit Adressen guter und sehr guter Bonität. Darüber hinaus wird das Risiko weiter reduziert, indem mit den bedeutendsten Handelspartnern so genannte Netting-Vereinbarungen getroffen wurden. Diese ermöglichen es den beiden Kontrahenten, Forderungen und Verbindlichkeiten gegeneinander aufzurechnen, so dass lediglich das Netto-Volumen im Risiko liegt. Darüber hinaus wird mit den wichtigsten Kontrahenten die Stellung von Sicherheiten (Collaterals) vereinbart.

5.2.3. Länderrisiko

Steuerung des Länderrisikos • Bei der Steuerung des Länderrisikos wird der Vorstand durch ein Länderkomitee beraten. Dieses erarbeitet insbesondere Vorschläge zur Risikoeinschätzung der Länder und zur Festlegung der entsprechenden Limithöhen. Das Länderkomitee ist ein konzernübergreifendes Gremium, das sich aus den Leitern des Bereichs Internationales Geschäft, des entsprechenden Kreditbereichs und des Konzernstabs Kreditrisiko und Portfoliosteuerung zusammensetzt.

Die Länder werden in Abhängigkeit vom Transferrisiko in sechs Länderrisikogruppen eingeteilt. Diese laufen von Gruppe 1 (Länder ohne Risiko) bis zur Gruppe 6 (Länder mit akutem Risiko). Die Einstufung unterliegt einem gemeinsamen, formellen Prozess der Konzernstäbe Volkswirtschaft, Kreditrisiko und Portfoliosteuerung sowie des Bereichs Internationales Geschäft. Die Beurteilung stützt sich insbesondere auf volkswirtschaftliche Kennzahlen (z. B. Kapazität zum Erwirtschaften von Devisen, Verschuldungsniveau, wirtschaftliches Wachstum) und auf die Einschätzung der politischen und administrativen Risiken.

Länderlimite • Zur Begrenzung des Transferrisikos richtet die Bank auf Konzernebene Länderlimite ein. Zur Berechnung der Auslastung eines Länderlimits werden von der Summe der Inanspruchnahmen und der externen Zusagen im jeweiligen Land die erstklassigen Sicherheiten (u. a. Barsicherheiten aus Drittländern, Hermes-Bürgschaften) abgezogen. Daraus ergibt sich eine Netto-Inanspruchnahme je Land. Die Tabelle zeigt einen Überblick über die Auslastung der Länderlimite per Ultimo 2001. Als Ergebnis ist festzuhalten, dass insbesondere Geschäfte mit der Gruppe 1 getätigt werden. In den Gruppen 4 bis 6 überwiegen Geschäfte im Kundenauftrag, die vorrangig durch Sicherheiten abgesichert sind und auf die Adresse des Kunden abstellen.

Länderlimite und -inanspruchnahmen pro Risikogruppe

Länderrisikogruppe	Konzern Bankgesellschaft Berlin 31.12.2001	
	Länderlimit	Inanspruchnahme (brutto)
	Mio. €	Mio. €
Länder ohne Rating/Internationale Organisationen	–	253
1 Länder ohne Risiko ¹⁾	–	58.624
2 Länder mit geringem Risiko	11.166	3.119
3 Länder mit überschaubarem Risiko	1.729	447
4 Länder mit erhöhtem Risiko	1.098	459
5 Gefährdete Länder	1.101	1.121 ²⁾
6 Länder mit akutem Risiko	352	230
Summe	15.446	64.253

1) Aufgrund des geringen Transferrisikos werden für Länder der Risikogruppe 1 keine Länderlimite vergeben.

2) Keine Überschreitung, da Sicherheiten vorhanden

5.2.4. Anteilseignerrisiko

Alle Beteiligungen des Konzerns sind Strategischen Geschäftsfeldern zugeordnet worden. Das für das jeweilige Segment verantwortliche Management ist auch zuständig dafür, die operativen und strategischen Zielsetzungen für ihre Beteiligungen als Voraussetzung für eine abzuleitende operative Planung und Steuerung festzulegen und nachzuhalten. Die gesamtheitliche konzernweite Sicht auf den Anteilsbesitz erfolgt durch die Konzernstäbe Controlling und Beteiligungsmanagement. Im Jahr 2002 ist ein Projekt aufgesetzt worden, um das Controlling des Anteilseignerrisikos neu zu konzipieren.

Außerhalb des Konsolidierungskreises halten die Konzernbanken unmittelbar 125 Beteiligungen. Der Konzern weist Beteiligungen mit einem Buchwert von 427 Mio. €, Anteile an assoziierten Unternehmen i.H.v. 48 Mio. € und Anteile an verbundenen Unternehmen i.H.v. 382 Mio. € aus. Die Verlustübernahmen von 49 Mio. € betreffen 14 Gesellschaften.

Im Berichtsjahr blieb die Anzahl der Beteiligungen unverändert: Die Konzernbanken beteiligten sich an neun Gesellschaften neu, gleichzeitig wurden neun Beteiligungen aufgegeben.

Der Konsolidierungskreis Bankgesellschaft besteht aus 20 Konzerngesellschaften, in dem die IBAG mit neun Tochtergesellschaften als eine Konzerngesellschaft (Teilkonzern) berücksichtigt wird.

5.3. Liquiditätsrisiko

§ 11 KWG regelt, dass Kreditinstitute ihre Mittel so anlegen müssen, dass jederzeit eine ausreichende Zahlungsbereitschaft gewährleistet ist. Das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen beurteilt nach dem Grundsatz II für den Regelfall, ob die Liquidität eines Instituts ausreichend ist. Die Einhaltung des Grundsatzes II steuert das Geschäftsfeld Treasury. Diese Steuerung basiert auf einer taggenauen Cash-Flow-Prognose sowie täglichen alternativen Szenarioberechnungen und beinhaltet ggf. Grundsatz II-entlastende Maßnahmen im Vorfeld einer möglichen Unterschreitung der Kennziffer.

Liquiditätskennzahlen

Institut	Liquiditätskennziffer 31.12.2001
Bankgesellschaft Berlin AG	1,34
Landesbank Berlin	1,83
Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG	1,53
Allgemeine Privatkundenbank AG	1,18
Weberbank Privatbankiers KGaA	1,96

Zur Erfassung und Steuerung von Risikoaspekten, die der Grundsatz II nicht oder zu allgemein beinhaltet, wird eine erweiterte Liquiditätsanalyse erstellt. Diese umfasst im Wesentlichen:

- Konsolidierte Gesamtkonzerndarstellung
- Ermittlung des Konzentrationsrisikos für die Quellen der Refinanzierung
- Szenarioabhängiger Stresstest mit Annahmen über Abflüsse kurzfristiger Einlagen und Ziehungen zugesagter Kreditlinien
- Klassifizierung des Wertpapierportfolios nach Liquidierbarkeit.

Im Jahr 2001 führten die Ertragsentwicklung, der verzögerte Jahresabschluss 2000 und die Unsicherheit bezüglich der Eigentümerstruktur zu einem erschwerten Zugang zu den Kapitalmärkten. Dies konnte jedoch weitestgehend durch einen Ausbau des Geldmarktgeschäfts kompensiert werden.

5.4. Marktpreisrisiko

Im Konzern werden Marktpreisrisiken in Form von Zins-, Währungs-, Aktien- und sonstigem Preisrisiko in den Geschäftsfeldern des Kapitalmarktgeschäfts (Handelsbuch) sowie im Aktiv-/Passiv-Management (Bankbuch) eingegangen.

Marktpreisrisiken bei Handelsbuchaktivitäten • Die Handelsbuchaktivitäten sind Teil des strategischen Geschäftsfelds Kapitalmarktgeschäft. Sie sind in die schriftlich fixierten Einzelstrategien der jeweiligen Geschäftsfelder des Kapitalmarktgeschäfts eingebunden. In den Strategien ist der Rahmen für den Geschäftsauftrag nach Art und Umfang der Geschäfte, der dafür genehmigten Instrumente und des unter Gesamtbankaspekten vertraglichen Risikoniveaus formuliert. Über die Jahresplanung wird der strategische Rahmen in konkrete Jahresziele (Ertragsziele, Stop-Loss-Limite, Capital-at-Risk-Limite, kurz: CAR-Limite) transformiert und durch den Vorstand auf Basis eines Tragfähigkeitskonzepts verabschiedet. Die Ermittlung und das Reporting der barwertigen Ertragsentwicklung und der Risikolimitauslastung erfolgt täglich.

Marktpreisrisiken bei Bankbuchaktivitäten • Ausgehend von den Zielsetzungen für das strategische Bilanzstrukturmanagement legt der Gesamtvorstand für die einzelnen Konzerninstitute jährlich ein CAR-Limit für die Marktrisiken des gesamten Bankbuchs fest. Der Bereich Risk and Performance (RaP) errechnet auf Basis der vom Aktiv-/Passiv-Management (APM) ermittelten Cash-Flow-Profile täglich die Marktpreisrisiken. Die zusätzlichen Auswertungen von APM bezüglich des Zinsänderungsrisikos umfassen Analysen der ökonomischen Ertragseffekte (Substanzwertveränderungen) und ermöglichen somit die Steuerung unter Barwert- und Laufzeitgesichtspunkten. Darüber hinaus werden auch Analysen hinsichtlich des laufenden Ertrags, insbesondere des Zinsüberschusses, erstellt, wodurch die Aspekte der Steuerung der Gewinn- und Verlustrechnung Berücksichtigung finden. Hierzu werden u. a. Monte-Carlo-Simulationen eingesetzt. Das Risikomanagement wird nach Risikosteuerung und Risikokontrolle getrennt.

**Capital-at-Risk-Limite und -Inanspruchnahmen im Jahr 2001 im Konzern
nach Handels- und Bankbuchaktivitäten**

in Mio. €	CAR-Limite	CAR-Inanspruchnahme		
		Durchschnitt	Minimum	Maximum
<i>Handelsbuchaktivitäten</i>	146,6	37,3	20,8	71,7
Risk-Management-Derivative	40,0	14,7	6,4	40,7*)
Aktien/Aktienderivate	53,0	19,9	11,8	51,9
Credit Derivatives	3,5	0,4	0,1	2,0
Geldhandel	30,0	12,1	4,6	26,9
Rentenhandel (inkl. Fixed Income Primary Markets)	15,5	3,2	1,1	7,2
Devisenhandel	4,6	1,2	0,2	2,8
<i>Bankbuchaktivitäten</i>	945,6	297,5	188,0	540,1
Summe Konzern	1.092,2	323,6	201,5	593,2

*) Überschreitung an einem Arbeitstag nach sprunghaft gestiegenen Volatilitäten

nach Risikokategorien

in Mio. €	CAR-Inanspruchnahme		
	Durchschnitt	Minimum	Maximum
Zinsrisiko	287,1	210,4	433,9
Währungsrisiko	8,2	1,4	60,6
Aktienrisiko	141,5	26,3	198,3
Summe Konzern	323,6	201,5	593,2

Risikosteuerung der Marktpreisrisiken • Die Risikosteuerung für die Handelsbuchaktivitäten erfolgt durch die Front-Office-Bereiche auf der Grundlage der CAR-Limite pro Geschäftsfeld und pro Handelstisch bzw. Händler. Sie wird ergänzt durch Stop-Loss-Limite und weitere, je nach Geschäftsfeld unterschiedliche, auf den jeweiligen Geschäftstypus zugeschnittene Verfahren (z.B. Szenario-Matrix-, Shift-Sensitivitäten-, Base-Point-Value-, Duration-Limite, Vega-Limite etc.).

Die Risikosteuerung für die Bankbücher erfolgt täglich. Mindestens 14-tägig wird über eine geschäftspolitische Neubewertung und gegebenenfalls Neuausrichtung des eingegangenen Zinsänderungs- und Kursrisikos im Dispositionsausschuss des Vorstands beraten und entschieden.

Kontrolle der Marktpreisrisiken • Die Risikokontrolle für die Handels- und Bankbuchaktivitäten erfolgt gemäß den Mindestanforderungen an das Betreiben von Handelsgeschäften unabhängig durch den Bereich Risk and Performance für das Kapitalmarktgeschäft. Die mit Eigenkapital zu unterlegenden Marktrisiken werden nach den im KWG vorgeschriebenen Standardverfahren ermittelt und den Aufsichtsbehörden gemeldet. Für die interne Überwachung der Marktrisiken

wird das Capital-at-Risk-Konzept zugrunde gelegt. Hierbei werden sowohl die Positionen der Handelsbücher als auch die der Bankbücher unabhängig täglich bewertet und das entstehende Marktpreisrisiko (CAR) ermittelt.

Methodik der Risikomessung bei Marktpreisrisiken • Methodisch basieren die angewendeten Verfahren zur Risikomessung (CAR-Auslastung) auf einem Delta-Gamma-Ansatz unter Einbeziehung von Volatilitätsrisiken auf Basis einer Haltedauer von zehn Tagen und einem Konfidenzniveau von 99%. Mit diesem Ansatz nicht erfassbare Risiken werden durch Add-ons dem analytisch ermittelten Risiko zugeschlagen. Für komplexe und hochstrukturierte Portfolios wird das konservative Szenario-Matrix-Verfahren genutzt.

Bei Aktien-Risiken wird eine Aufteilung in das allgemeine und das spezielle Kursrisiko vorgenommen. Dies erfolgt mit Hilfe des Single-Index-Modells. Die Korrelationen der Risikofaktoren werden je Geschäftsfeld und für den Gesamtbankausweis vollständig berücksichtigt.

Die Ergebnisse der CAR- und der Gewinn- und Verlust (P&L)-Analysen werden dem für das Risiko-Controlling sowie dem für das Kapitalmarktgeschäft zuständigen Vorstandsmitglied zur Kenntnis gegeben. Eingebettet in diese Analyse ist ein System von risiko- und verlustbegrenzenden Limitierungen und damit zusammenhängenden Verfahrensregelungen. Grundlage dafür sind neben den CAR-Limiten pro Geschäftsfeld dynamische, u. a. von dem einmal erreichten P&L-Niveau abhängige Stop-Loss-Limite. Beide werden täglich überwacht. Durch die Einführung von 80%igen Vorwarnstufen werden Überwachungsprozesse ausgelöst, die dem Vorstand erweiterte Informationen zur Verfügung stellen.

Über die genannten Regelungen hinaus wird der Risikogehalt der Positionen mittels Stresstests in einer Vielzahl unterschiedlicher Szenarien monatlich untersucht. Darüber hinaus wird die Prognosegüte der Modelle mittels Backtesting ermittelt.

Für die Kontrolle und Steuerung von Marktrisiken im Kapitalmarktgeschäft ist darüber hinaus ein Marktrisiko-Komitee eingerichtet. Dieses tagt monatlich unter Leitung des Konzernstabs Risk and Performance. Beteiligt sind die Leiter der Geschäftsfelder im Kapitalmarktgeschäft sowie der Leiter Aktiv-/Passiv-Management. Hier werden Besonderheiten der aktuellen Marktentwicklung beraten und eventuell erforderliche Maßnahmen abgestimmt.

Regelmäßig und bei Bedarf tritt zudem das New Product Committee zusammen, um Risiken und organisatorische Auswirkungen aus neuen, bisher nicht im Produktkatalog aufgeführten Geschäftstypen zu beurteilen und die erforderlichen Schritte bis zu deren Einführung zu überwachen. Die endgültige Genehmigung eines neuen Produkts erfolgt durch den Vorstand auf einvernehmlichen Vorschlag des New Product Committees hin.

Mit dem Projekt ARMADA wird die Methodik der Risikomessung systematisch weiter verbessert (integrative Behandlung der Gamma- und Vega-Risiken anstelle von Add-ons, Historische Simulation als ein weiteres Kontrollverfahren, Clean Backtesting, Intraday-Darstellung der Risiken, Grundsatz-I-Anlieferung etc.) und in eine neue IT-Architektur überführt. Das Projekt erfasst sämtliche MaH-pflichtigen Geschäfte und wurde plangemäß am 31. März 2002 abgeschlossen.

Reporting der Marktpreisrisiken • Der Konzern hat ein umfassendes und differenziertes Risikoreporting bei Marktpreisrisiken eingerichtet:

- Täglicher Bericht gemäß Mindestanforderungen an das Betreiben von Handelsgeschäften an die zuständigen Fach-Vorstandsmitglieder
- 14-tägiger Aktiv-/Passiv-Report für die Beratungen im Dispositionsausschuss
- Monatlicher Bericht gemäß Mindestanforderungen an das Betreiben von Handelsgeschäften an den Konzernvorstand.

Die in der Bankgesellschaft eingesetzten Risikokontrollverfahren haben sich in allen Marktsituationen des abgelaufenen Jahres bewährt. Risiken werden zeitnah erkannt, berichtet und von den Entscheidungsträgern gemanagt. Die CAR-orientierten Kalkulationen wie auch die darauf aufbauenden Entscheidungsprozesse werden mittels der in der Praxis gesammelten Erfahrungen und entsprechender Projekte permanent weiterentwickelt. Ziel ist es weiterhin, die gesamten internen Berechnungsverfahren so einzurichten, dass sie zukünftig als alleiniges Verfahren (internes Modell) auch für die Meldung der Marktrisiken nach Grundsatz I des Kreditwesengesetzes (KWG) eingesetzt werden können.

5.5. Operationelle Risiken

Die Thematik „Operationelle Risiken“ war Bestandteil der Vorstudie zu den Umsetzungsnotwendigkeiten für Basel II. Zielsetzung war die Auswahl eines geeigneten Eigenkapitalansatzes sowie die Ermittlung der erforderlichen Aktivitäten und deren zeitliche Abfolge zur Erfüllung der Zulassungsvoraussetzungen für den Standardansatz und den internen Bemessungsansatz.

Für das operationelle Risiko wurde im vergangenen Jahr der Risikomanagementprozess definiert, der die Funktionstrennung in Risikomanagement und -controlling festlegt. Den Unternehmensbereichen obliegt im Rahmen ihrer Ergebnisverantwortung das Risikomanagement, während das Risikocontrolling für die Einführung des Risikomanagementprozesses, für die Entwicklung von qualitativen und quantitativen Messmethoden und für die Datenevidenz verantwortlich ist. Nach Abschluss der vorbereitenden Projekte im Jahr 2000 wurde im ersten Quartal des Berichtsjahres eine zentrale Abteilung „Operationelle Risiken“ etabliert und dem ebenfalls im Jahr 2001 gebildeten Bereich „Konzernrisiko-Evidenz“ zugeordnet.

Zur Bewertung operationeller Risiken wurde eine Schadensfalldatenbank konzeptionell entwickelt, die interne Verlustdaten und deren Verteilung auf Risikokategorien, Geschäftsfelder und Produkte beinhaltet. Diese Anwendung befindet sich zurzeit in der technischen Umsetzung und soll im Jahr 2002 zum Praxiseinsatz kommen. Daneben wurde konzernweit die Neuauflage der im Jahr 2000 erstmalig durchgeführten Risikoinventur – Selbsteinschätzung von Eintrittswahrscheinlichkeit und Verlustpotenzial im Rahmen eines Scorings – begonnen.

Die Terroranschläge in den USA vom September 2001 hatten wegen der geographischen Geschäftsschwerpunkte der Bank keine nennenswerten Auswirkungen auf den Konzern. Gleichwohl wurden als Konsequenz aus den Vorfällen die Sicherheitsvorkehrungen bei der Gebäudebewachung und den Zugangskontrollen verschärft sowie die Vorkehrungen für den Katastrophenfall im IT-Bereich getestet bzw. überprüft.

Im Fokus des laufenden Jahres wird neben der Praxiseinführung der Schadensfalldatenbank die Entwicklung und Implementierung eines Kennzahlensystems stehen, das als Frühwarnindikator zeitnah Veränderungen der Risikosituation signalisieren soll.

5.5.1. Systemrisiken

Die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen aus der konzernweiten IT-Strategie wurde in 2001 fortgeführt. Damit wurde der Notwendigkeit des Ausbaus zu einem homogenen und stabilen Systemumfeld entsprochen.

Die Vereinheitlichung und damit Reduzierung der verschiedenen System- und Anwendungsplattformen wird dies – in Hinblick auf Betrieb, Wartung und Weiterentwicklung – implizit gewährleisten. Als Beispiele seien hier die in 2001 weitgehend abgeschlossene Konsolidierung auf ein Host-Betriebssystem (MVS), ein Kasse-System (dvg-Kasse), die Vereinheitlichung auf eine Desktop-Plattform

(Citrix, Windows2000, Microsoft Office) und eine Messaging- und Calendering-Plattform (Microsoft Exchange) oder auch die Einführung eines konzernweiten Konfigurationsmanagements genannt.

Darüber hinaus zielt das laufende Kooperationsprojekt mit der dvg (Rechenzentrum-Produktion) und das bereits abgeschlossene Vorhaben mit der Siemens Business Services (IT-Service und Netz) u. a. auf eine Verminderung der Systemkomplexität und damit auch auf eine weitergehende Risikominimierung ab (z. B. Serverkonsolidierung und Service Level Fixierung).

Die Einführung neuer Technologien (z. B. Internet Banking und Brokerage) und notwendige Systemanpassungen bzw. -erweiterungen (z. B. EURO-Projekt, Umstellung Buchgeld) werden ausschließlich durch bzw. in Abstimmung mit den Kooperationspartnern im dvg-Verbund vorgenommen; die resultierenden Systeme durchlaufen dabei definierte Qualitätssicherungsmaßnahmen (Integration & Test der dvg, Pilotierung in ausgewählten Instituten), bevor ein produktiver Einsatz erfolgt.

Aufgrund dieser Ausrichtung sind keine systemischen Risiken erkennbar. Mit der Neustrukturierung des Konzerns ist auch die IT-Struktur den strategischen Zielen anzupassen.

5.5.2. Personalrisiken

Nach wie vor sind die Grundlagen der Personalarbeit die auf die Geschäftssegmente ausgerichteten Personalbetreuungseinheiten. Sie gewährleisten die planmäßige Entwicklung und Reduzierung des für den Geschäftsbetrieb benötigten Personalbestands.

Das in 2000 begonnene „Programm zur strategischen Ergebnisverbesserung“ mit einem definierten Einsparpotenzial von 1.600 Mitarbeiter-Kapazitäten konnte zu einem großen Teil umgesetzt werden und wird im Rahmen der Sanierung der Bank übergeleitet in das Sanierungskonzept für die Bankgesellschaft Berlin. Seit dem Start des „Programms zur strategischen Ergebnisverbesserung“ wurde der Personalbestand um rund 600 Mitarbeiter-Kapazitäten im Bankgeschäft reduziert. Darüber hinaus sind mit ca. 400 Beschäftigten Ausscheidungsvereinbarungen abgeschlossen worden (Vorruhestand, Altersteilzeit u. a.). Die grundlegenden Planungen für das neue Sanierungskonzept sind noch in 2001 getroffen, die entsprechende Rahmenvereinbarung zum Kosten- und Kapazitätsabbau ebenfalls in 2001 mit den relevanten Arbeitnehmervertretungen im Konzern geschlossen worden.

Der geplante Personalkostenabbau folgt den neuen Anforderungen des redimensionierten Geschäftsbetriebs sowie dessen Kontroll- und Steuerungsnotwendigkeiten; den entstehenden Risiken des Qualitäts- und Wissensverlusts durch den Personalabbau sowie durch die permanenten Anforderungsveränderungen an die Belegschaft wird die Bank durch geeignete Maßnahmen Rechnung tragen. Die Detaillierungen wurden im April 2002 vertraglich festgelegt. Konkret wurde die Streichung des 14. Monatsgehalts (Abschlussvergütung, Weihnachtsgeld) für alle Mitarbeiter beschlossen, dazu der weitestgehende Abbau übertariflicher Leistungen. Bei außertariflichen Mitarbeitern werden die Bezüge analog gekürzt.

5.6. Sonstige Risiken

5.6.1. Geschäftspolitische und strategische Entscheidungen

Zur Unterlegung der am 4. Oktober 2001 durchgeführten Kapitalerhöhung hat der Vorstand einen Restrukturierungsplan erarbeitet. Dieser Plan stellte die Voraussetzung für die positive Entscheidung der Aufsichtsgremien zu einer Kapitalmaßnahme dar. Eckpunkte dieser Planung waren eine deutliche Rückführung der Geschäftsaktivitäten im Immobilienfinanzierungs- sowie im Kapitalmarkt-, Großkunden- und Auslandsgeschäft.

Die auf dieser Basis weitergeführten Analysen des Marktumfelds und der finanziellen Stärke der Bank führten im November des Geschäftsjahres zu einer Überarbeitung und Konkretisierung des Sanierungs- und Restrukturierungskonzepts. Hieraus wurde ein Geschäftsmodell für die künftige Ausrichtung der Bank entwickelt. Das Gesamtkonzept wurde am 30. November 2001 im Aufsichtsrat der Bank einstimmig beschlossen.

Danach wird sich der Bankkonzern auf die Geschäftstätigkeit einer großen Regionalbank im Raum Berlin zurückziehen. Hiermit verbunden ist die Aufgabe von Geschäftsaktivitäten sowie die Umstrukturierung des Kapitalmarktgeschäfts. Beteiligungen, die diesem Geschäftsmodell nicht entsprechen, werden aufgegeben. Des Weiteren wird das Immobiliendienstleistungsgeschäft der IBAG restrukturiert und redimensioniert.

Das Geschäft mit regionalen Privat- und Firmenkunden, das bislang in verschiedenen Rechtseinheiten betrieben wurde (Berliner Sparkasse/Landesbank Berlin – Berliner Bank/Bankgesellschaft Berlin AG), wird unter Beibehaltung des Markenauftritts Berliner Sparkasse und Berliner Bank in der Landesbank Berlin zusammengeführt.

Gewerbliche Immobilienfinanzierungen werden auf regional- und objektbezogen ausgewählte Engagements beschränkt, wobei aus Gründen der Risikostreuung dieses Geschäft auch überregional betrieben wird. Die Berlin Hyp wird als spezialisiertes Kreditinstitut weiterhin in diesem Segment tätig sein.

Das in der IBAG konzentrierte Immobiliendienstleistungsgeschäft, insbesondere das Immobilienfondsgeschäft, wurde erheblich zurückgeführt und für die Zukunft auf spezielle Fondsprodukte ausgerichtet. Die Risiken aus dem Altgeschäft, d.h. für die bis Ende 2001 aufgelegten Fonds, wurden vom Land Berlin durch die Grundsatz- bzw. Detailvereinbarung abgeschirmt. Die Verwaltung und Abrechnung des Altgeschäfts erfolgt unter der Kontrolle des Landes Berlin und auf Basis hierzu geschlossener Verträge durch die IBAG bzw. ihre Tochtergesellschaften.

Mit einer Restrukturierung in diesem Ausmaß gehen verschiedene Risiken einher. Aus dem Abbau von Portfolios im Großkunden- und Auslandsgeschäft sowie der Redimensionierung des Kapitalmarktgeschäfts könnten je nach Marktgegebenheit Wertverluste entstehen. Auch die Aufgabe von Beteiligungen könnte zu Veräußerungsverlusten führen. Außerdem sind damit Transaktionskosten verbunden. Für die Realisierung der Maßnahmen ist deshalb ein längerer Zeitraum von bis zu fünf Jahren vorgesehen. Dadurch wird die Gefahr überproportionaler Verlustrealisierungen vermindert.

Die geplante deutliche Reduzierung der Personal- und Sachkosten soll zu einem Teil durch Leistungs- und Ausstattungsverzicht erreicht werden. Ein anderer Teil muss im Gleichklang mit der Geschwindigkeit des Geschäftsabbaus erfolgen. Die Risiken des Personal- und Sachkostenabbaus liegen u. a. darin, dass die Kontroll- und Abwicklungserfordernisse des Geschäfts- und Abbauprozesses nicht mit der Leistungsreduzierung einhergehen. Um den aus den Outsourcing-Maßnahmen entstehenden Risiken zu begegnen, wird neben der finanziellen Kontrolle der Restrukturierungsziele ein qualitatives/strategisches Controlling des Umsetzungsprozesses etabliert.

5.6.2. Haftungsfreistellungserklärungen der Landesbank Berlin (LBB) und der Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH (IBG alt) für Komplementäre einzelner Kommanditgesellschaften

Anfang des Jahres 2001 teilte der Vorstand der LBB dem Aufsichtsrat mit, dass zwei seiner damaligen Mitglieder und ein ehemaliges Mitglied des Vorstands in den Jahren 1994 bis 1997 natürlichen Personen, die als Vollhafter in diversen Immobilienfonds Komplementärfunktionen übernommen hatten, Freistellungserklärungen erteilt hatten. Diesen Erklärungen zur Folge werden die Kom-

plementäre von ihrer unbeschränkten Komplementärhaftung gegenüber Dritten durch die Landesbank freigestellt.

Im Zusammenhang mit den Freistellungserklärungen der LBB sind auch diverse, von der damaligen Geschäftsleitung der IBG in Umlauf gebrachte Freistellungserklärungen bekannt geworden, die ebenfalls natürlichen Personen in Komplementärfunktionen von Immobilienfonds zur Verfügung gestellt worden sind. Der Inhalt der von der IBG erteilten Freistellungserklärungen entspricht vom Ergebnis her im Wesentlichen denen der LBB.

Die Freistellung von natürlichen Personen in Komplementärfunktionen bei Immobilienfonds wurde Gegenstand einer bankaufsichtsrechtlichen Prüfung durch das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen (BAKred). Nach Auffassung des BAKred handelt es sich bei den Freistellungserklärungen um Verpflichtungen, die im Sinne des Kreditwesengesetzes (KWG) als Garantiegeschäfte einzustufen sind. Wegen ihres zeitlich und inhaltlich unbeschränkten Charakters erstreckte sich – so die Auffassung des BAKred – die Haftung der LBB bzw. der IBG aus den jeweiligen Freistellungserklärungen auf alle tatsächlichen und eventuellen Verbindlichkeiten der Fondsgesellschaften. Dies müsse bei den Groß- und Millionenkreditmeldungen gemäß den §§ 13a – 14 KWG und bei der Grundsatz-I-Meldung für die LBB, die Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, die Bankgesellschaft AG und die Institutsgruppe des Bankgesellschafts-Konzerns berücksichtigt werden. Damit würden sich aber Überschreitungen der Anlage- und Gesamtbuch-Großkrediteinzelobergrenzen für bestimmte Kreditnehmereinheiten ergeben.

Durch Einholung diverser externer Rechtsgutachten wurde dargelegt, dass die von der LBB und der IBG erteilten Freistellungserklärungen – soweit sie nicht bereits von den begünstigten Komplementären zurückgegeben worden sind – nichtig seien. Dieser Auffassung hat sich das BAKred mit einer Ausnahme angeschlossen und festgestellt, dass die Freistellungserklärungen handels- und aufsichtsrechtlich irrelevant seien.

5.6.3. Haftungsfreistellungserklärungen der Landesbank Berlin (LBB) gegenüber persönlich haftenden Gesellschaftern der Weberbank Privatbankiers KGaA (Weberbank)

Darüber hinaus hat die Landesbank Berlin im Jahre 1994 mit den persönlich haftenden Gesellschaftern der Weberbank Privatbankiers KGaA im Innenverhältnis eine Obergrenze für deren persönliche Haftung vereinbart. Oberhalb dieser Grenze soll die Landesbank Berlin die persönlich haftenden Gesellschafter von der gesetzlichen Haftung als persönlich haftende Gesellschafter der Weberbank Privatbankiers KGaA freigestellt haben. Die Freistellungserklärungen

gegenüber den persönlich haftenden Gesellschaftern der Weberbank Privatbankiers KGaA wurden im Rahmen einer Prüfung der internen Revision im Januar 2002 bekannt. Der Vorstand der Landesbank Berlin hat das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen unverzüglich hiervon in Kenntnis gesetzt. Er vertritt die Auffassung, dass diese Freistellungserklärungen zivilrechtlich unwirksam sind beziehungsweise eine Leistungspflicht der Landesbank Berlin dauerhaft ausgeschlossen werden kann und stützt sich bei seiner Würdigung auf externe Rechtsgutachter. Dementsprechend wurden die Freistellungserklärungen handelsrechtlich und aufsichtsrechtlich wie in den Vorjahren nicht berücksichtigt.

5.6.4. Risiken des Immobilien- und Fondsgeschäfts des IBAG-Konzerns, der IBG mbH und der LPFV GmbH

Risiken des Immobilien- und Fondsgeschäfts des IBAG-Konzerns • Zu den sonstigen Risiken des Konzerns Bankgesellschaft Berlin gehören u. a. die Risiken aus der Immobilien- und Beteiligungen Aktiengesellschaft (IBAG), in die die wesentliche operative Geschäftstätigkeit der IBG eingebracht worden ist. Mit der IBAG als 100%igem Tochterunternehmen wurde am 19. Juli 2001 für die kommenden fünf Jahre ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag abgeschlossen.

Die derzeitigen geschäftlichen Risiken der IBAG-Gruppe resultieren einerseits aus den bei der IBAG verbliebenen Risiken des Immobilienaltgeschäfts der IBG, darunter der noch vorhandene Bestand von fertig gestellten und von im Bau befindlichen Wohnimmobilien. Andererseits werden aus dem zukünftigen Neugeschäft auf der Grundlage der strategischen Neuausrichtung der Gruppe ggf. Risiken evident, für die dann zeitgerecht Vorsorge zu treffen sein wird.

Eine wesentliche Ursache für die erheblichen Risiken des Immobilienaltgeschäfts ist das durch die IBG in der Vergangenheit praktizierte Konzept, alle Dienstleistungen entlang der Wertschöpfungskette einer Immobilie aus einer Hand anzubieten und in der Regel über Fonds zu vermarkten. Hierzu gehörten Fondskonzeption/Vertrieb, Bauträgergeschäft, Projektentwicklung und die damit verbundenen Hilfs- und Nebengeschäfte im weitesten Sinne. Die Risiken aus diesen Geschäften werden durch die mit dem Land Berlin abgeschlossene „Vereinbarung zur Abschirmung wesentlicher Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft“ erfasst. Dies gilt analog für aus diesen Geschäften resultierende Haftungsverhältnisse. Von der Garantie ausgeschlossen sind immaterielle Vermögensgegenstände, Wertpapiere des Umlaufvermögens, der Kassenbestand, Bankguthaben sowie die Rechnungsabgrenzungsposten. Im Ergebnis ist im Zuge des Jahresabschlusses 2001 zu den von der Abschirmung erfassten Positionen

keine Risikovorsorge vorzunehmen, da eventuelle Ausfälle bei Realisierung durch das Land übernommen werden.

Auf Basis der Vereinbarung zwischen dem Konzern Bankgesellschaft Berlin und dem Land Berlin werden nur solche Geschäfte der IBAG-Gruppe erfasst, die bis zum 31. Dezember 2001 entweder vorhanden oder begründet sind. Durch geeignete Maßnahmen ist hierbei sicherzustellen, dass Neugeschäfte der IBAG, die ab dem 1. Januar 2002 begründet werden, von den Altgeschäften, die bis zum 31. Dezember 2001 begründet wurden, buchhaltungstechnisch separiert werden. In diesem Zusammenhang wurde eine Inventur der entsprechenden Aktiva und Passiva per 31. Dezember 2001 durchgeführt, die als Grundlage für die Ermittlung des jeweiligen Garantiumfanges gemäß der Vereinbarung heranzuziehen ist. Durch einen einheitlichen und vom Neugeschäft getrennten Buchungskreis wird sichergestellt, dass Wertverbesserungen auf den Vermögensaltbestand ausschließlich Wertverschlechterungen des Vermögensaltbestands an anderer Stelle kompensieren können.

Die Ergebnissituation der IBAG des Jahres 2001 resultiert aus Umsatz- und Roh-ertragseinbrüchen im Kerngeschäft (Fondsvertrieb, Projektentwicklungen) und im Bauträgergeschäft bei unverändert hohen Kostenstrukturen in der Unternehmensgruppe und einer unbefriedigenden Abwicklung der Geschäftsprozesse in den ersten acht Monaten des abgelaufenen Geschäftsjahrs. Vor diesem Hintergrund wurde ab Sommer 2001 ein Konzept zur Restrukturierung und strategischen Neuausrichtung der IBAG-Gruppe entwickelt, beschlossen und mit seiner Umsetzung noch im Berichtsjahr begonnen. Zu den Eckpunkten des Konzepts gehört die Konzentration auf lediglich zwei wesentliche Kernkompetenzen im Immobilienneugeschäft: Die IBAG-Gruppe wird sich im Geschäftsfeld Projektentwicklung sowie im Fondsgeschäft jeweils im Premium-Segment bei gegenüber der Vergangenheit deutlicher Reduktion der Projekt- bzw. Fondsvolumina positionieren. Damit verbunden ist eine erhebliche Risikoverringung. Im Fondsgeschäft wird zukünftig auf die bisher üblichen weitreichenden Garantien verzichtet; die Vermarktung kleinerer Fonds mit Qualitätsimmobilien wird im ausgewählten Einzelfall durch marktgerechte Garantien unterstützt.

Entsprechend dieser Ausrichtung wurden u. a. die folgenden strukturellen Maßnahmen beschlossen und bereits in Teilen realisiert:

- Die IBAG Holding agiert als strategisches Steuerungs- und Kontrollorgan und betreibt das konzernweite Risikomanagement mit entsprechenden Durchgriffsrechten

- Kostenstrukturen werden durch Rückzug aus der Fläche, Senkung der Mitarbeiterzahl sowie Senkung der Sach- und Verwaltungskosten an das verringerte Geschäftsvolumen angepasst
- Beteiligungen, die nicht die zukünftigen Kerngeschäfte der IBAG-Gruppe betreffen, werden veräußert oder liquidiert.

Begleitet wird dieser in 2001 begonnene Prozess durch den Ausbau bzw. die Weiterentwicklung adäquater Risikosteuerungs-, Controlling- und Rechnungswesensysteme, insbesondere unter dem Aspekt einer verbesserten Transparenz. Als weitere wesentliche Maßnahmen sind u. a. zu nennen:

- Etablierung eigenständiger administrativer Funktionen in den Tochterunternehmen anstelle der bisherigen Wahrnehmung dieser Funktionen, z.B. Finanzierung, in der Holding
- Durchbuchen der Liquidität von der Holding zu den Tochterunternehmen, teilweise bis auf Projektebene
- Weiterentwicklung eines internen Kontrollsystems mit klar definierter Verantwortung und delegierten Kompetenzen, sowohl die strategische Konzernführung betreffend als auch die operative Verantwortung einzelner Einheiten
- Entwicklung eines neuen Management-Information-Systems (MIS); mit dessen unternehmensweiter Einführung wurde zu Beginn des Jahres 2002 begonnen.

Im Zuge der Umstrukturierung der IBAG-Gruppe wurden auch das Projektmanagement sowie die Kommunikation und Zusammenarbeit innerhalb der Gruppe bzw. des Konzerns verbessert, um im Unternehmen Risiken zukünftig frühzeitig zu erkennen.

Die im vierten Quartal 2001 erzielten deutlichen Vertriebsfolge von IBV und Bavaria zeigen auf, dass es zudem gelang, diese Gesellschaften am Markt erneut zu positionieren. Damit sollte es auch der IBAG-Gruppe insgesamt gelingen, sich mit qualitativ hochwertigen Produkten am Markt zu behaupten.

Risiken der IBG mbH (Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH) • Im Rahmen der Neuausrichtung der Immobilienaktivitäten im Konzern Bankgesellschaft Ende 2000 wurden wesentliche Teile der Geschäftsaktivitäten der IBG auf die IBAG übertragen. Bei der IBG verblieben die recht-

lichen Verpflichtungen der IBG (Stillhalter- und Garantenfunktion) und einige Beteiligungen.

Bestimmte Wertrisiken und Haftungsverhältnisse aus dieser Gesellschaft werden durch die mit dem Land Berlin abgeschlossene „Vereinbarung zur Abschirmung wesentlicher Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft“ erfasst.

Nachdem die IBG von den Verpflichtungen aus den Garantien, die bis zum 31. Dezember 2000 herausgelegt wurden, durch die LPFV befreit worden ist, stellen die operativen Verluste einiger ihrer Beteiligungen die größte Ergebnisbelastung dar. Hier sind in erster Linie die Lausitzring-Gesellschaften zu nennen.

Die Geschäftsführung wird – in Übereinstimmung mit den Vorgaben des Aufsichtsrats der IBG und der Detailvereinbarung mit dem Land Berlin – die Beteiligungen der IBG in einem geordneten Verfahren verwerten: Das Sanierungskonzept des Konzerns sieht vor, dass die Aktivitäten der IBG und ihrer Tochter- und Beteiligungsgesellschaften nicht zum Kerngeschäft des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin gehören. Es ist daher beabsichtigt, sich von den in der IBG-Gruppe vorhandenen Objekten und Beteiligungen in den nächsten Jahren in geordneter Weise zu trennen. Hierbei ist nicht auszuschließen, dass Aufwendungen entstehen, die nicht durch die Detailvereinbarung mit dem Land Berlin gedeckt sind und finanzielle Anforderungen an den Konzern gestellt werden.

Die Geschäftsführung der IBG hat den Jahresabschluss unter der Going-Concern-Prämisse aufgestellt.

Risiken der LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs GmbH aus den Freistellungen bzgl. des Immobilien- und Fondsgeschäfts • Die LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs GmbH ist eine 100%ige Tochter der Bankgesellschaft Berlin AG. Von der IBG bzw. deren damaligen Tochtergesellschaften wurden im Jahr 2000 mit schuldrechtlicher Wirkung, ohne das Außenverhältnis zu berühren, folgende Risiken übernommen:

Generalmiet- und Mietgarantieverträge nebst den sich daraus ergebenden Nebenverpflichtungen, Finanzierungskonditionengarantien, Höchstpreisgarantien, Wertpapierertragsgarantien, Erstvermietungsgarantien, Vereinbarungen über die Gewährung von Annuitätenzuschüssen, Ausschüttungssicherstellung von Fonds, Freistellungszusage von Inanspruchnahmen auf Rückzahlung von Aufwendungszuschüssen, Bedienung von Anteilsandienungsrechten, Prospekthaftung, Geschäftsführerhaftung von Fondsgesellschaften, Sanierungsaufwand für bestimmte Objekte, sonstige mit dem Vertrieb von Immobilien und Fonds

zusammenhängende Risiken u. a. Ferner hat sich die LPFV verpflichtet, finanzielle Mittel zur Sicherstellung der Garantieleistungen zur Verfügung zu stellen.

Neben der Prüfung der Garantieinanspruchnahmen wurde zur Bearbeitung dieser übernommenen Risiken im Risikocontrolling das Mietgarantiemodell der IBG verbessert und zugleich der weiter nach unten gerichteten Immobilienmarktlage angepasst. Ein weiteres Modell für die Berechnung der Risiken aus Ausschüttungsgarantien wurde 2001 begonnen und ist Anfang 2002 fertig entwickelt. Das Risikomanagement klärt grundlegende, mit den übernommenen Garantien und Verpflichtungen zusammenhängende Fragestellungen. Im Sinne einer Task-Force werden schwerpunktmäßig Leistungsstörungen und gravierende Leerstände, nicht fertig gestellte und zu revitalisierende Einzelobjekte aufgearbeitet. Ein weiteres Betätigungsfeld ist das Debitorenmanagement mit dem Schwerpunkt Gewerbemietforderungen.

Von den vorstehenden Verpflichtungen ist die LPFV bis auf einen Selbstbehalt von 100 Mio. € durch die „Vereinbarung zur Abschirmung wesentlicher Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft“ mit dem Land Berlin freigestellt. Ausgenommen sind insbesondere Fonds mit ausschließlich von der Bankgesellschaft selbst genutzten Immobilien. Die Freistellung schließt ferner solche Risiken aus, die durch die Auflage neuer Fonds nach dem 31. Dezember 2000 begründet wurden. Hierbei handelt es sich um den im Dezember 2001 aufgelegten IBV Fonds Deutschland 4.

5.6.5. Risiken aus dem Fördergeschäft der Investitionsbank Berlin

Das Fördergeschäft ist gekennzeichnet durch den fortgesetzten Preisverfall am Berliner Immobilienmarkt sowie die schwache Bonität der Kreditnehmer. Im Bereich der Wirtschaftsförderung wirkt sich die schwache konjunkturelle Entwicklung nachteilig auf die Unternehmen aus. Insgesamt hat die Investitionsbank Berlin dieser Situation durch die Installation von Frühwarnindikatoren, der Entwicklung eines auf das Fördergeschäft spezialisierten Ratingverfahrens und Risikobetrachtungen bei der vereinbarten Förderung sowie durch eine adäquate Risikovorsorge Rechnung getragen.

Die Investitionsbank hat im Rahmen der öffentlichen Wohnungsbauförderung auf der Grundlage der Richtlinie über die Förderung des Miet- und Genossenschaftswohnungsbaus in Berlin vom 3. April 1992 (2. Förderweg Berlin) Wohnimmobilien finanziert. Die hierin enthaltenen Ausfallrisiken wurden gesondert untersucht und entsprechend Vorsorge getroffen. Weitere Risiken bestehen in der Wohn-

eigentumsförderung, die ebenfalls durch entsprechende Wertberichtigungen abgesichert sind.

Bei der Beurteilung der Risiken im Kreditgeschäft der Investitionsbank ist insbesondere zu berücksichtigen, dass die Investitionsbank hinsichtlich möglicher Zins- und Kapitalausfälle aufgrund des Grundvertrags sowie einer zugesagten Rahmenbürgschaft des Landes Berlin nach wie vor für den größten Teil des Darlehensbestands kein Risiko trägt.

Zur Förderung der Region Berlin und im Rahmen des Umbaus der IBB zur Landesstrukturbank hat die IBB eine Industrie- und eine Immobilienbeteiligungsgesellschaft gegründet, in der die jeweiligen Beteiligungsaktivitäten der IBB gebündelt werden sollen. Im Geschäftsjahr 2001 wurde die Gewerbesiedlungsgesellschaft mbH als Beteiligung der Immobilienbeteiligungsgesellschaft mbH vom Land Berlin erworben. Die Anschaffungskosten basieren auf einer Unternehmensplanung und soweit erforderlich auch auf einer Veräußerung nicht betriebsnotwendigen Vermögens zum Substanzwert. Ferner führt die Landesstrukturbank die KPM-Betriebsgesellschaft in der Industriebeteiligungsgesellschaft mbH. Eine Steuerungseinheit für die Beteiligungsrisiken befindet sich im Aufbau.

5.6.6. Rechtsrisiken

Genehmigung der Umstrukturierungsbeihilfe durch die EU • Die Kapitalzufuhr durch das Land Berlin entsprechend der in der Hauptversammlung der Bankgesellschaft Berlin AG vom 29. August 2001 beschlossenen Kapitalerhöhung beruht auf der befristeten Genehmigung als Rettungsbeihilfe durch die Europäische Kommission vom 25. Juli 2001. Damit diese Beihilfe der Bankgesellschaft Berlin AG langfristig zur Verfügung stehen kann, ist eine zusätzliche Genehmigung als Umstrukturierungsbeihilfe erforderlich.

Des Weiteren hat das Land Berlin im Dezember 2001 eine Grundsatzvereinbarung mit der Bankgesellschaft Berlin AG und einzelnen Unternehmen des Konzerns Bankgesellschaft Berlin, namentlich der Landesbank Berlin – Girozentrale –, der Berlin-Hannoverschen Hypothekenbank AG, der LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs-GmbH, der IBAG Immobilien und Beteiligungen AG und der Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH, über die Abschirmung von bestimmten bis zum 31. Dezember 2001 angelegten Risiken des Immobiliendienstleistungsgeschäfts der Bankgesellschaft Berlin AG und einzelner Unternehmen des Konzerns Bankgesellschaft Berlin durch das Land Berlin geschlossen. Zur Umsetzung der Grundsatzvereinbarung wurde eine Detailvereinbarung mit dem Land Berlin geschlossen, die die Grundsatzvereinbarung ersetzen soll. Diese Vereinbarung zur Risikoabschirmung stand unter

dem Vorbehalt der Zustimmung des Abgeordnetenhauses von Berlin, die am 9. April 2002 erfolgt ist und steht weiterhin unter dem Vorbehalt der beihilferechtlichen Genehmigung durch die Europäische Kommission. Sie können erst dann wirksam werden, wenn die beihilferechtliche Genehmigung der Europäischen Kommission erfolgt ist. Bankaufsichtsrechtlich wird die Risikoabschirmung von der Bankgesellschaft bei ihrer laufenden Geschäftstätigkeit bereits uneingeschränkt mit einbezogen. Die Detailvereinbarung soll durch eine Klarstellungs- und Auslegungsübereinkunft ergänzt werden.

Am 28. Januar 2002 hat die Bundesregierung bei der Europäischen Kommission den Antrag eingereicht, die beiden vorgenannten Maßnahmen – die Kapitalzufuhr und die Risikoabschirmung – als Umstrukturierungsbeihilfe zu genehmigen. Teil dieses Antrags ist ein umfassender Restrukturierungsplan für den Konzern Bankgesellschaft Berlin. Die Europäische Kommission hat durch Beschluss vom 9. April 2002 ein förmliches Prüfverfahren eingeleitet. Während der Dauer dieses Verfahrens ist die Kapitalzufuhr als Rettungsbeihilfe genehmigt.

Der Vorstand der Bankgesellschaft Berlin ist sehr zuversichtlich, dass die Europäische Kommission den durch die Bundesregierung eingereichten Antrag auf Genehmigung der Umstrukturierungsbeihilfe genehmigen wird.

Auf Grundlage des Beschlusses der Europäischen Kommission vom 9. April 2002 über die Einleitung des förmlichen Prüfverfahrens wird die Kommission die Genehmigung der Umstrukturierungsbeihilfe an weitere, im Restrukturierungsplan bisher nicht vorgesehene teilweise einschneidende strukturelle Maßnahmen der Bankgesellschaft knüpfen. Hervorzuheben sind hierbei:

- der Abbau weiterer Geschäftsfelder einschließlich der Veräußerung weiterer Konzerngesellschaften
- die Herauslösung des Immobilienbereichs
- Maßnahmen zur Ertragssteigerung.

Auch kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Europäische Kommission zusätzliche Abstriche an der Höhe der beantragten Beihilfe verlangen wird. Auf Grundlage des Eröffnungsbeschlusses der Europäischen Kommission vom 9. April 2002 ist des Weiteren mit hoher Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass die Kommission die Genehmigung der Umstrukturierungsbeihilfe mit einer Lösung der mit der Überführung der Wohnungsbau-Kredit-Anstalt (jetzt: IBB) auf die LBB verbundenen beihilferechtlichen Problematik verknüpfen wird. Vor diesem Hintergrund ist damit zu rechnen, dass die Europäische Kommission die Genehmigung der Umstrukturierungsbeihilfe mit der Verpflichtung zu einer zeitnahen Privatisierung der Bankgesellschaft verknüpfen wird.

Die Bankgesellschaft Berlin AG ist bei der Aufstellung des vorliegenden Jahresabschlusses von einer Genehmigung der Umstrukturierungsbeihilfe ausgegangen. Dementsprechend wurde keine Rückzahlungsverpflichtung für die aus der Kapitalerhöhung erhaltenen Mittel und keine Wertberichtigungen oder Rückstellungen für die Risiken aus Immobiliendienstleistungsgeschäften, die Gegenstand der Risikoabschirmung sind, gebildet. Im Jahresabschluss wurde bei der Bewertung gemäß § 252 Abs. 1 Ziffer 2 HGB von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit ausgegangen.

Die Bankgesellschaft ist grundsätzlich bereit, weitergehende Forderungen nach bisher nicht vorgesehenen strukturellen Maßnahmen, die die Europäische Kommission im weiteren Verlauf des Verfahrens gegebenenfalls zur Voraussetzung einer Genehmigung der Umstrukturierungsbeihilfe macht, zu erfüllen und erwartet, dass auch das Land Berlin und die Bundesregierung bereit sind, diese Maßnahmen mitzutragen. Für diesen Fall geht die Bankgesellschaft davon aus, dass die Europäische Kommission die Umstrukturierungsbeihilfe genehmigen wird.

Für den nicht auszuschließenden Fall einer teilweisen oder vollständigen Nichtgenehmigung der Kapitalzufuhr müsste für die Rückzahlung der Mittel aus der Kapitalerhöhung ein Betrag inklusive Zinsen eingebucht werden. Für den gleichfalls nicht auszuschließenden Fall, dass die Europäische Kommission die Abschirmung der Risiken des Immobiliendienstleistungsgeschäfts der Bankgesellschaft Berlin AG und einzelner Unternehmen des Konzerns Bankgesellschaft Berlin nicht oder nur teilweise genehmigen sollte, wäre die Risikoabschirmung ganz oder möglicherweise nur hinsichtlich eines von der Europäischen Kommission nicht genehmigten Teils unwirksam. In diesem Fall müssten für die Risiken aus Immobiliendienstleistungs-Altgeschäften Wertberichtigungen und Rückstellungen eingebucht werden. Ein unverzügliches Ergreifen von Maßnahmen nach den Bestimmungen der §§ 45 ff KWG durch das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen und die Einstellung des Geschäftsbetriebs der Bankgesellschaft und der Mehrzahl ihrer Konzerngesellschaften würde die Folge sein. In einem neu aufzustellenden Jahresabschluss würden die Bilanz- und Wertansätze nach den Grundsätzen einer Liquidationsbilanz anzusetzen sein. Etwas anderes würde dann gelten, wenn ein neuer Eigenkapitalgeber neues Eigenkapital im erforderlichen Umfang zur Verfügung stellt.

Auch bei weniger gravierenden Folgen einer teilweise abschlägigen beihilferechtlichen Beurteilung durch die Europäische Kommission, die aufsichtsrechtlich nicht zur Einstellung des Geschäftsbetriebs führen würden, könnte sich die Verminderung des Eigenkapitals und/oder die Beschränkung der Abschirmung von Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft sehr nachteilig

auf die Ertrags-, Finanz- und/oder Vermögenslage der Bankgesellschaft Berlin AG und anderer Unternehmen des Konzerns Bankgesellschaft Berlin auswirken und den Erfolg der Sanierung der Bankgesellschaft Berlin AG und anderer Unternehmen des Konzerns Bankgesellschaft Berlin gefährden.

Beihilferelevanz der Teilnahme der Norddeutschen Landesbank an der Kapitalerhöhung • An der Kapitalzuführung für die Bankgesellschaft Berlin AG entsprechend der in der Hauptversammlung am 29. August 2001 beschlossenen Kapitalerhöhung hat neben dem Land Berlin unter anderen auch die Norddeutsche Landesbank – Girozentrale – mit einem Betrag von ca. € 166 Mio. teilgenommen. In dem Beschluss zur Eröffnung des förmlichen Prüfverfahrens vom 9. April 2002 stellt die Europäische Kommission fest, dass möglicherweise auch diese Kapitalzufuhr eine genehmigungspflichtige staatliche Beihilfe darstellen könnte.

Die Bankgesellschaft erwartet, dass sich diese vorläufige Beurteilung der Europäischen Kommission im weiteren Verlauf des Verfahrens nicht bestätigen wird. Sollte die Europäische Kommission gleichwohl zu dem Ergebnis kommen, dass die Kapitalzufuhr durch die Norddeutsche Landesbank – Girozentrale – ganz oder teilweise eine Beihilfe darstellt, geht die Bankgesellschaft davon aus, dass die Europäische Kommission ein diesbezügliches Beihilfeelement im Rahmen des anhängigen Verfahrens berücksichtigen und hierüber einheitlich entscheiden wird (siehe oben).

EU-Beihilfverfahren Landesbank Berlin/Investitionsbank Berlin • Im Juli 1999 hat die Europäische Kommission den Kapitaltransfer eines Bundeslandes zugunsten einer Landesbank für beihilferechtlich unzulässig erklärt, für die Zukunft Anpassungsmaßnahmen angeordnet und eine entsprechende Rückforderungsanordnung erlassen. Gegen diese Entscheidung wurde insbesondere von der Bundesregierung vor dem Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaft Klage erhoben. Das Verfahren ist noch nicht abgeschlossen. Im Mittelpunkt steht die Höhe der Vergütung, die die Landesbank für den fraglichen Kapitaltransfer hätte erbringen müssen und künftig erbringen muss. Die Europäische Kommission geht von einem Satz von 12 % nach Steuern aus. Sie hat sich ausdrücklich vorbehalten, gegen vergleichbare Kapitalzuführungen zugunsten anderer Landesbanken vorzugehen. In diesem Zusammenhang hat die Europäische Kommission im September 1999 ein Informationsbegehren an die Bundesrepublik Deutschland gerichtet, das den Kapitaltransfer bei mehreren Landesbanken zum Inhalt hat. Für das Land Berlin betrifft dies die Überführung der ehemaligen Wohnungsbaukreditanstalt Berlin (nunmehr: Investitionsbank Berlin oder „IBB“) auf die

Landesbank Berlin – Girozentrale – im Jahr 1992. Im Oktober 2000 hat die Europäische Kommission ein ergänzendes Auskunftsersuchen an die Bundesrepublik Deutschland auch im Hinblick auf IBB gerichtet.

Auf Grundlage des Eröffnungsbeschlusses der Europäischen Kommission vom 9. April 2002 ist davon auszugehen, dass die Europäische Kommission in dieser Angelegenheit ein separates förmliches Prüfverfahren einleiten und die in diesem Verfahren gewonnenen Erkenntnisse im Rahmen des Verfahrens zur Prüfung der Umstrukturierungsbeihilfe (siehe oben) berücksichtigen wird. Die Europäische Kommission hat die Bundesrepublik Deutschland im Beschluss zur Eröffnung des förmlichen Prüfverfahrens betreffend die Umstrukturierungsbeihilfe vom 9. April 2002 aufgefordert, eine Lösung im Hinblick auf die IBB zu finden, die den Restrukturierungsplan nicht gefährdet und im Einklang mit den europäischen Beihilferegeln steht. Die Bankgesellschaft erwartet, dass der Europäischen Kommission ein solcher Lösungsvorschlag, der den Anforderungen der Kommission genügt, unterbreitet wird. Unabhängig davon, welche Lösung die Europäische Kommission im Endergebnis präferiert, wird die Kommission die Lösung der IBB-Problematik und die Genehmigung der Umstrukturierungsbeihilfe mit hoher Wahrscheinlichkeit an eine Privatisierung der Bankgesellschaft knüpfen.

EU-Beihilfeverfahren betreffend Gewährträgerhaftung und Anstaltslast bei Landesbanken • Gewährträgerhaftung und Anstaltslast des Landes Berlin zugunsten der Landesbank Berlin bestehen trotz der stillen Beteiligung der Bankgesellschaft Berlin AG an der Landesbank Berlin – Girozentrale – fort. Im Mai des Jahres 2001 hat die Europäische Kommission der Bundesrepublik Deutschland einen Vorschlag zweckdienlicher Maßnahmen unterbreitet, in dem sie die Haftungsinstitute der Gewährträgerhaftung und Anstaltslast als bestehende Beihilfen wertet und die Bundesregierung auffordert, diese nach einer Übergangszeit abzuschaffen.

Im Juli 2001 hat sich die Bundesregierung mit der Europäischen Kommission im Wesentlichen darauf verständigt, die Anstaltslast spätestens mit Wirkung zum Juli 2005 abzuschaffen und die Bestimmungen über die Gewährträgerhaftung so zu ändern, dass die Verbindlichkeiten, die nach dem 18. Juli 2005 entstehen, nicht unter die Gewährträgerhaftung fallen, und Verbindlichkeiten, die in der Zeit zwischen dem 18. Juli 2001 und dem 18. Juli 2005 entstehen, nur dann unter die Gewährträgerhaftung fallen, wenn ihr Fälligkeitstermin nicht über den 31. Dezember 2005 hinausgeht. Ende Februar 2002 haben sich die Bundesregierung und die Europäische Kommission auf die Maßnahmen verständigt, die im Wesentlichen ergriffen werden müssen, um die Verständigung vom Juli 2001 praktisch umzusetzen.

Der Konzern Bankgesellschaft Berlin geht davon aus, dass er sich für die zukünftige Geschäftstätigkeit der Landesbank Berlin – Girozentrale – ausreichend auf den Wegfall von Gewährträgerhaftung und Anstaltslast eingestellt hat. Es kann jedoch nicht gewährleistet werden, dass die vorgesehenen Maßnahmen vollständig umgesetzt werden können und die Veränderungen der Refinanzierungsmöglichkeiten durch den Wegfall der besagten Haftungsinstitute keine negativen Auswirkungen auf die Ertrags-, Finanz- und/oder Vermögenslage der einzelnen Unternehmen des Konzerns Bankgesellschaft Berlin haben werden.

6. Ausblick

Die erfolgreiche Ergebnisstabilisierung und Neupositionierung der Bankgesellschaft Berlin AG und des Konzerns hängen entscheidend davon ab, ob es gelingt, das überarbeitete und beschlossene Restrukturierungskonzept in seinen wesentlichen Teilen zeitnah umzusetzen. Hierfür sind wichtige Vorleistungen bereits erbracht worden. Der Antrag zur Genehmigung einer Umstrukturierungsbeihilfe bei den EU-Behörden ist termingerecht erfolgt, mit den Arbeitnehmervertretungen wurde eine Rahmenvereinbarung über die Beiträge der Arbeitnehmer zur Sanierung der Bank abgeschlossen, und nicht zuletzt hat das Land Berlin als Mehrheitseigentümer der Bank durch entsprechende Verträge die Bank von den Risiken abgesichert, die daraus resultieren, dass vor dem 1. Januar 2001 Immobilienfonds aufgelegt wurden, und von den Risiken, die aus vor dem 1. Januar 2002 vorgenommenen sonstigen Neugeschäften im Immobiliendienstleistungsbereich resultieren.

Die Grundlagen für eine erfolgreiche Neupositionierung als starke Regionalbank sind geschaffen worden. Mit diesen Maßnahmen sind Voraussetzungen gegeben, um das Vertrauen der Geschäftspartner in die Zukunftsfähigkeit der Bank wieder zu gewinnen und ihre Akzeptanz an den Kapitalmärkten wieder herstellen zu können.

Der Konzern ist der Überzeugung, dass es mit dem begonnenen tiefgreifenden Sanierungskonzept und den begleitenden Maßnahmen gelingen wird, die Bank innerhalb eines Zeitraums von zwei Jahren in die Profitabilität zurückzuführen. Falls das angemeldete Sanierungskonzept von den EU-Behörden nicht genehmigt werden sollte, hätte dies für die Bank – auch in der geplanten redimensionierten Struktur – schwerwiegende Konsequenzen.

Im Geschäftsjahr 2002 werden der Abbau von Portfolios und die Aufgabe von Geschäftsfeldern rückläufige Erträge mit sich bringen. Es ist deshalb unverzichtbar, dass der Ertragsrückgang durch sinkende Verwaltungskosten, Leistungs- und Ausstattungsverzicht kompensiert wird.

Die Unsicherheiten an den Finanzmärkten und die noch nicht überwundenen konjunkturellen Schwächen, insbesondere in der Hauptgeschäftsregion, werden im Jahr 2002 dazu beitragen, dass die Geschäfts- und Ertragsentwicklung der Bank verhalten eingeschätzt wird. Für das Geschäftsjahr 2002 kann voraussichtlich noch kein positives Geschäftsergebnis erzielt werden.

Die Verhandlungen zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite sowie der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di über den konkreten Beitrag der Arbeitnehmer zur Sanierung sind abgeschlossen. Eine entsprechende Vereinbarung haben die Vertragsparteien am 27. März 2002 paraphiert. Am 9. April 2002, nach der Entscheidung des Abgeordnetenhauses zur Übernahme von Risiken durch das Land Berlin, tritt die Vereinbarung mit Unterschrift der Vertragsparteien in Kraft. Das Land Berlin hat die Bank durch den Abschluss der Detailvereinbarung am 16. April 2002 von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft abgesichert.

Bilanz der Bankgesellschaft Berlin AG

zum 31. Dezember 2001

Aktivseite

	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	Vorjahr TEUR
Barreserve						
a) Kassenbestand				46.472		84.775
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken				457.947		102.338
darunter:						
bei der Deutschen Bundesbank		454.122				(96.465)
					504.419	187.113
Schuldtitle öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind						
	10					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitle öffentlicher Stellen				0		0
darunter:						
bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar		0				(0)
b) Wechsel				3.477		5.741
darunter:					3.477	5.741
bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar		3.477				(5.741)
Forderungen an Kreditinstitute						
	1,3,4,5					
a) täglich fällig				4.841.787		10.500.722
b) andere Forderungen				16.181.252		12.651.882
					21.023.039	23.152.604
Forderungen an Kunden						
	1,3,4,5,10				19.261.373	18.795.025
darunter:						
durch Grundpfandrechte gesichert		778.995				(775.310)
Kommunalkredite		1.373.136				(1.472.753)
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere						
	2,3,4,5, 6.1,8.1,10					
a) Geldmarktpapiere						
aa) von öffentlichen Emittenten				0		0
darunter:						
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		0				(0)
ab) von anderen Emittenten			0	0		50.202
darunter:						
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		0				(50.202)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen						
ba) von öffentlichen Emittenten			1.921.923			2.966.355
darunter:						
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		1.084.726				(1.374.794)
bb) von anderen Emittenten			27.477.219	29.399.142		25.236.260
darunter:						
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		13.978.808				(9.371.159)
c) eigene Schuldverschreibungen				343.112		99.293
Nennbetrag		426.847				(102.774)
					29.742.254	28.352.110
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere						
	3,4,5, 6.1,8.1				3.496.421	6.910.024
Übertrag					74.030.983	77.402.617

Passivseite

	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	TEUR	Vorjahr TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1,3,4				
a) täglich fällig			7.731.809		7.060.558
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			<u>40.358.691</u>		<u>38.856.943</u>
				48.090.500	45.917.501
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1,3,4				
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		1.274.909			1.320.724
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		<u>76.284</u>			<u>94.002</u>
b) andere Verbindlichkeiten			1.351.193		
ba) täglich fällig		7.495.167			5.620.849
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>4.626.139</u>			<u>6.417.536</u>
			12.121.306	13.472.499	13.453.111
Verbriefte Verbindlichkeiten	1,2,3,4				
a) begebene Schuldverschreibungen			10.045.772		16.445.000
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			<u>86.516</u>		<u>764.294</u>
				10.132.288	17.209.294
darunter:					
Geldmarktpapiere			0		(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf			0		(18.598)
Treuhandverbindlichkeiten	7			16.258	14.427
darunter:					
Treuhandkredite			16.258		(14.427)
Sonstige Verbindlichkeiten	15			2.569.362	3.077.295
Rechnungsabgrenzungsposten	16			65.231	62.675
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		31.701			(35.621)
b) andere		33.530			(27.054)
Rückstellungen	17,18				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			219.489		193.927
b) Steuerrückstellungen			149.642		148.593
c) andere Rückstellungen			<u>989.620</u>		<u>1.043.880</u>
				1.358.751	1.386.400
Sonderposten mit Rücklageanteil				0	0
Nachrangige Verbindlichkeiten	3,4,19.1			2.576.932	2.588.498
Genussrechtskapital	20			0	0
darunter:					
vor Ablauf von zwei Jahren fällig			0		(0)
Fonds für allgemeine Bankrisiken				0	0
Übertrag				78.281.821	83.709.201

Bilanz der Bankgesellschaft Berlin AG

zum 31. Dezember 2001

Aktivseite

	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	Vorjahr TEUR
Übertrag					74.030.983	77.402.617
Beteiligungen	6.1,8,1				140.199	139.920
darunter:						
an Kreditinstituten		3.689				(4.005)
an Finanzdienstleistungsinstituten		257				(257)
Anteile an verbundenen Unternehmen	6.1,8,1				2.659.008	2.091.576
darunter:						
an Kreditinstituten		2.487.328				(2.057.511)
an Finanzdienstleistungsinstituten		0				(0)
Treuhandvermögen	7				16.258	14.427
darunter:						
Treuhandkredite		16.258				(14.427)
Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch	10,11				334.072	121.522
Immaterielle Anlagewerte					0	0
Sachanlagen	6.1,12				96.984	91.792
Eigene Aktien oder Anteile	21				70.940	53.273
rechnerischer Wert		70.390				(8.960)
Sonstige Vermögensgegenstände	13				4.192.111	5.449.178
Rechnungsabgrenzungsposten	14				160.491	130.522
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		140.980				(101.681)
b) andere		19.510				(28.841)
Summe der Aktiva					81.701.046	85.494.827

Passivseite

	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	TEUR	Vorjahr TEUR
Übertrag				78.281.821	83.709.201
Eigenkapital	21				
a) gezeichnetes Kapital			2.554.741		557.507
b) Kapitalrücklage			1.956.044		1.953.278
c) Gewinnrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		1.534			1.534
cb) Rücklage für eigene Anteile		70.940			53.273
cc) satzungsmäßige Rücklagen		0			0
cd) andere Gewinnrücklagen		177.437			195.104
			249.911		2.760.696
d) Bilanzgewinn/Bilanzverlust			- 1.341.471		- 975.070
				3.419.225	1.785.626
Summe der Passiva				81.701.046	85.494.827
Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln			0		0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und aus Gewährleistungsverträgen (im Übrigen siehe Anhang)			4.202.825		4.843.761
				4.202.825	4.843.761
Andere Verpflichtungen					
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			8.947.613		7.312.341
				8.947.613	7.312.341

Gewinn- und Verlustrechnung der Bankgesellschaft Berlin AG

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2001

Aufwendungen

	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	Vorjahr TEUR
Zinsaufwendungen	22				3.422.304	3.455.848
Provisionsaufwendungen	23				42.530	65.277
Nettoaufwand aus Finanzgeschäften					105.115	0
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	27.2					
a) Personalaufwand						
aa) Löhne und Gehälter			242.357			239.160
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung darunter: für Altersversorgung			<u>71.374</u>			68.305
		<u>34.559</u>				(30.320)
				313.731		307.465
b) andere Verwaltungsaufwendungen				<u>451.128</u>		385.670
					764.859	693.135
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	6.1				11.717	12.715
Sonstige betriebliche Aufwendungen					61.130	11.335
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft					271.233	67.800
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere					383.365	381.040
Aufwendungen aus Verlustübernahme					263.861	26.911
Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil					0	0
Außerordentliche Aufwendungen					213.861	465.169
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag					33.628	83.084
Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 6 ausgewiesen					2.297	21
Jahresüberschuss					0	0
Summe der Aufwendungen					5.575.900	5.262.335
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag					- 366.401	- 998.044
Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr					- 975.070	20.000
					- 1.341.471	- 978.044
Entnahmen aus Gewinnrücklagen						
b) aus der Rücklage für eigene Anteile					0	2.974
d) aus anderen Gewinnrücklagen					<u>17.667</u>	<u>53.273</u>
					17.667	56.247
Einstellungen in Gewinnrücklagen						
b) in die Rücklage für eigene Anteile					17.667	53.273
Bilanzverlust					- 1.341.471	- 975.070

Erträge

	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	Vorjahr TEUR
Zinserträge aus	22,26.1			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		2.420.681		2.179.583
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		1.344.210		1.320.114
			3.764.891	3.499.697
Laufende Erträge aus	22,26.1			
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		143.426		236.804
b) Beteiligungen		13.777		11.766
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		36.436		46.068
			193.639	294.638
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	22		45.674	3.800
Provisionserträge	23,26.1		184.897	234.540
Nettoertrag aus Finanzgeschäften	24,26.1		0	158.364
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auf- lösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			0	0
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			0	0
Sonstige betriebliche Erträge	26.1		105.361	73.252
Außerordentliche Erträge			915.037	0
Jahresfehlbetrag			366.401	998.044
Summe der Erträge			5.575.900	5.262.335

Bilanz des Konzerns Bankgesellschaft Berlin

zum 31. Dezember 2001

Aktivseite

	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	Vorjahr TEUR
Barreserve						
a) Kassenbestand				235.545		386.969
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken				1.125.277		408.807
darunter: bei der Deutschen Bundesbank		1.026.412				(273.214)
c) Guthaben bei Postgiroämtern				24		22
					1.360.846	795.798
Schuldtitle öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind						
	10					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitle öffentlicher Stellen				88.325		37.654
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar		0				(0)
b) Wechsel				3.575		6.154
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar		3.575				(6.154)
					91.900	43.808
Forderungen an Kreditinstitute						
	1,3,4,5					
a) täglich fällig				4.152.147		6.415.140
b) andere Forderungen				29.451.691		31.845.991
darunter:						
Hypothekendarlehen der Hypothekenbank		10.012				(24.815)
Kommunalkredite der Hypothekenbank		3.623.421				(4.148.425)
					33.603.838	38.261.131
Forderungen an Kunden						
	1,3,4,5,10				99.305.486	103.268.228
darunter:						
Hypothekendarlehen der Hypothekenbank		19.039.171				(19.076.915)
Andere durch						
Grundpfandrechte gesicherte Darlehen		15.540.769				(15.575.427)
Kommunalkredite		28.140.844				(30.885.611)
Baudarlehen der Bausparkasse		0				(312.841)
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere						
	2,3,4,5, 6,2,8,2,10					
a) Geldmarktpapiere						
aa) von öffentlichen Emittenten				22.159		626.855
darunter:						
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		0				(0)
ab) von anderen Emittenten				0		3.609.230
darunter:						
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		0				(550.052)
				22.159		4.236.085
b) Anleihen und Schuldverschreibungen						
ba) von öffentlichen Emittenten				5.133.986		5.851.277
darunter:						
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		2.994.470				(3.456.333)
bb) von anderen Emittenten				33.894.456		28.772.380
darunter:						
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		15.372.615				(10.981.351)
				39.028.442		34.623.657
c) eigene Schuldverschreibungen				1.133.097		517.084
Nennbetrag		1.184.420				(509.244)
					40.183.698	39.376.826
Übertrag					174.545.768	181.745.791

Passivseite

	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	Vorjahr TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1,3,4					
a) täglich fällig				4.447.513		6.708.009
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist				59.420.293		62.082.189
darunter:						
begebene Hypotheken-						
Namenspfandbriefe der Hypothekenbank		448.003				(567.469)
andere begebene						
Hypotheken-Namenspfandbriefe		1.816.571				(1.791.777)
begebene öffentliche						
Namenspfandbriefe der Hypothekenbank		389.964				(529.358)
andere begebene						
öffentliche Namenspfandbriefe		2.656.419				(2.645.030)
					63.867.806	68.790.198
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1,3,4					
a) Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist						
aa) von drei Monaten			9.340.339			9.216.443
ab) von mehr als drei Monaten			343.465			432.682
				9.683.804		9.649.125
b) Bauspareinlagen				0		438.472
c) andere Verbindlichkeiten						
ca) täglich fällig			14.138.865			11.427.915
cb) mit vereinbarter Kündigungsfrist oder Laufzeit			38.453.714			41.212.432
darunter:						
begebene Hypotheken-						
Namenspfandbriefe der Hypothekenbank		2.210.673				(2.564.353)
andere begebene						
Hypotheken-Namenspfandbriefe		1.903.117				(1.968.899)
begebene öffentliche						
Namenspfandbriefe der Hypothekenbank		1.819.443				(1.948.497)
andere begebene						
öffentliche Namenspfandbriefe		2.680.269				(2.584.265)
				52.592.579		52.640.347
					62.276.383	62.727.944
Verbriefte Verbindlichkeiten	1,2,3,4					
a) begebene Schuldverschreibungen						
aa) Hypothekenpfandbriefe der Hypothekenbank			6.089.577			7.067.417
ab) andere Hypothekenpfandbriefe			1.859.174			1.969.908
ac) öffentliche Pfandbriefe der Hypothekenbank			16.036.181			15.681.481
ad) andere öffentliche Pfandbriefe			10.681.964			13.024.413
ae) sonstige Schuldverschreibungen			12.052.699			19.814.557
				46.719.595		57.557.776
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten				365.990		426.834
darunter:						
Geldmarktpapiere		100.196				(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf		201.916				(367.485)
					47.085.585	57.984.610
Treuhandverbindlichkeiten	7				273.572	335.942
darunter: Treuhandkredite		232.040				(335.942)
Sonstige Verbindlichkeiten	15				3.927.626	4.460.872
Rechnungsabgrenzungsposten	16					
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft				1.145.169		1.346.873
b) andere				114.923		107.463
					1.260.092	1.454.336
Übertrag					178.691.064	195.753.902

Bilanz des Konzerns Bankgesellschaft Berlin

zum 31. Dezember 2001

Aktivseite

	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	Vorjahr TEUR
Übertrag					174.545.768	181.745.791
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	3,4,5, 6,2,8,2				4.938.279	9.436.528
Beteiligungen	6,2,8,2				425.203	239.943
darunter:						
an Kreditinstituten		121.565				(47.615)
an Finanzdienstleistungsinstituten		2.223				(12.888)
Anteile an assoziierten Unternehmen	6,2,8,2				47.518	44.108
darunter: an Kreditinstituten		5.816				(5.652)
Anteile an verbundenen Unternehmen	6,2,8,2				381.587	140.891
darunter:						
an Kreditinstituten		0				(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten		500				(470)
Treuhandvermögen	7				273.572	335.942
darunter: Treuhandkredite		235.318				(324.073)
Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschl. Schuldver- schreibungen aus deren Umtausch	10,11				744.026	1.213.592
Immaterielle Anlagewerte	6,2				26.782	79.677
Sachanlagen	6,2,12				624.207	533.661
Eigene Anteile					70.940	53.273
rechnerischer Wert (Vj.: Nennbetrag)		70.390				(8.960)
Sonstige Vermögensgegenstände	13				6.382.920	10.195.937
Rechnungsabgrenzungsposten	14					
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft				632.394		712.159
b) andere				69.305		76.460
					701.699	788.619
Summe der Aktiva					189.162.501	204.807.962

Passivseite

	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	Vorjahr TEUR
Übertrag					178.691.064	195.753.902
Rückstellungen						
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	17,18			634.873		570.959
b) Steuerrückstellungen				261.073		264.276
c) andere Rückstellungen	19			<u>2.034.337</u>		<u>2.544.969</u>
					2.930.283	3.380.204
Fonds zur baupartechnischen Absicherung						
					0	4.930
Sonderposten mit Rücklageanteil						
					89	4.293
Nachrangige Verbindlichkeiten						
	3,4,19.2				3.013.285	3.023.208
Genussrechtskapital						
	20				3.221	30.678
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig		3.221				(30.678)
Eigenkapital						
	21					
a) gezeichnetes Kapital				2.554.741		557.507
b) Kapitalrücklage				1.956.044		1.953.278
c) Gewinnrücklagen						
ca) gesetzliche Rücklage			3.272			3.272
cb) Rücklage für eigene Anteile			70.940			53.273
cc) Zweckrücklage der Investitionsbank Berlin			1.341.503			1.329.081
cd) andere Gewinnrücklagen			<u>69.875</u>			<u>155.873</u>
				1.485.590		1.541.499
d) Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter				81.087		29.403
e) Konzerngewinn/-verlust				<u>- 1.552.903</u>		<u>- 1.470.940</u>
					4.524.559	2.610.747
Summe der Passiva						
					189.162.501	204.807.962
Eventualverbindlichkeiten						
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und aus Gewährleistungsverträgen (im Übrigen siehe Konzernanhang)				5.138.837		6.110.828
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten				<u>183.494</u>		<u>75.990</u>
					5.322.331	6.186.818
Andere Verpflichtungen						
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen					14.874.139	14.715.160

Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns Bankgesellschaft Berlin

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2001

Aufwendungen

	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	Vorjahr TEUR
Zinsaufwendungen	22				8.638.638	9.266.079
Provisionsaufwendungen	23				71.412	92.860
Nettoaufwand aus Finanzgeschäften	24, 26.2				105.623	–
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	27.1					
a) Personalaufwand						
aa) Löhne und Gehälter			765.094			763.419
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung		91.420	219.380			209.213 (77.546)
				984.474		972.632
b) andere Verwaltungsaufwendungen				695.936		571.905
					1.680.410	1.544.537
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	6.2				153.452	137.400
Sonstige betriebliche Aufwendungen	28				746.154	1.536.407
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	25				764.638	1.198.088
Aufwendungen aus Verlustübernahme					49.125	70.995
Ergebnis aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	22				13.892	7.297
Außerordentliche Aufwendungen					464.805	388.742
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	29				53.071	79.607
Sonstige Steuern, soweit nicht unter „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ ausgewiesen					10.748	9.605
Summe der Aufwendungen					12.751.968	14.331.617
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag					– 111.942	– 1.648.350
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr					– 1.429.059	18.405
					– 1.541.001	– 1.629.945
Entnahmen aus Gewinnrücklagen						
e) aus anderen Gewinnrücklagen					17.667	207.629
					17.667	207.629
Einstellungen in Gewinnrücklagen						
b) in die Rücklage für eigene Anteile					17.667	50.299
d) in die Zweckerücklage der Investitionsbank Berlin					12.422	73.081
e) in anderen Gewinnrücklagen					0	568
					30.089	123.948
Anderen Gesellschaftern zustehender Gewinn/Verlust					– 520	– 75.324
Konzerngewinn/Konzernverlust					– 1.552.903	– 1.470.940

Erträge

	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	TEUR	Vorjahr TEUR
Zinserträge aus	22,26.2				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften			8.128.871		8.224.699
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen			<u>2.098.592</u>		<u>2.314.125</u>
				10.227.463	10.538.824
Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	22,26.2		274.907		352.869
b) Beteiligungen			16.966		14.239
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			<u>2.345</u>		<u>2.096</u>
				294.218	369.204
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	22			6.935	7.264
Provisionserträge	23,26.2			456.964	554.471
Nettoertrag aus Finanzgeschäften	24,26.2			–	139.400
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren				1.383	15.525
Sonstige betriebliche Erträge	26,2,28			560.023	781.628
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil				167	951
Erträge aus der Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken				0	276.000
Außerordentliche Erträge				1.092.873	0
Jahresfehlbetrag				111.942	1.648.350
Summe der Erträge				12.751.968	14.331.617

Anhang der AG und des Konzerns 2001

Vorbemerkung

Die Bankgesellschaft Berlin AG ist Muttergesellschaft (Holding) für den Konzern Bankgesellschaft Berlin. Sie erstellt gemäß § 291 HGB einen befreienden Konzernabschluss für die zu konsolidierenden Tochtergesellschaften. Der von der IBAG Immobilien und Beteiligungen AG, Berlin, erstellte Konzernabschluss wird als Teilkonzern in die Konsolidierung einbezogen.

Konsolidierungskreis

Der Konsolidierungskreis zum 31. Dezember 2001 umfasst neben der Bankgesellschaft Berlin AG 21 (i.V.: 11) inländische und 7 (i.V.: 7) ausländische Tochterunternehmen.

In den Konzernabschluss der Bankgesellschaft Berlin sind gegenüber dem Vorjahr unverändert einbezogen:

Allgemeine Privatkundenbank AG, Hannover
BANKENSERVICE GmbH, Berlin
Bankgesellschaft Berlin (Ireland) plc, Dublin
Bankgesellschaft Berlin (Polska) S.A., Warschau
Bankgesellschaft Berlin (UK) plc, London
Bankgesellschaft Berlin AG, Berlin
Bankgesellschaft Berlin International S.A., Luxemburg
Bauprojekt- und Facilitymanagement GmbH der Unternehmensgruppe
Bankgesellschaft Berlin, Berlin
BB-DATA Gesellschaft für Informations- und Kommunikationssysteme mbH,
Berlin
Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin und Hannover
BGB Finance (Ireland) plc, Dublin
BG-SYS Bankgesellschaft Berlin AG & Co. Systementwicklungsgesellschaft
beschränkt haftende oHG, Berlin
DirektBankService GmbH, Berlin
(vormals BCS BankCard Service GmbH, Berlin)
Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH, Berlin
Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin
LBB Landesbank Berlin Finance Curaçao N.V., Curaçao
LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs GmbH, Berlin
Weberbank Privatbankiers KGaA, Berlin
(vormals Weberbank Berliner Industriebank KGaA, Berlin)
Zivnostenska banka a.s., Prag

Neu bzw. wieder in den Konsolidierungskreis der Bankgesellschaft Berlin einbezogen wurden ab Mai 2001 mit Wirkung auf den 1. Januar 2001 folgende Unternehmen der IBAG-Gruppe:

IBAG Immobilien und Beteiligungen AG, Berlin

ARWOBAU Apartment- und Wohnungsbaugesellschaft mbH, Berlin

BAUTRAKO Bauträger- und Koordinierungsgesellschaft mbH, Lohfelden

Bavaria Objekt- und Baubetreuung GmbH, Nürnberg

Bavaria Projektentwicklung GmbH – Bau-, Sanierungs- und
Stadtentwicklungsprojekte, Nürnberg

DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH,
Frankfurt am Main

GEWOS Institut für Stadt-, Regional- und Wohnforschung GmbH, Hamburg

Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaft der IBAG-Gruppe mbH,
Berlin (vormals Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaft der
Bankgesellschaft Berlin mbH, Berlin)

LBB Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH,
Bau- und Projektentwicklungen, Berlin

S.T.E.R.N. Gesellschaft der behutsamen Stadterneuerung mbH, Berlin

Im Geschäftsjahr 2001 betragen die Umsatzerlöse der im Immobiliendienstleistungsgeschäft tätigen IBAG-Gruppe 312 Mio. €. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beläuft sich auf –68 Mio. €, der Jahresfehlbetrag auf –2 Mio. €. Die IBAG wurde zu einem Kaufpreis von 491 Mio. € erworben.

Aus dem Konsolidierungskreis ist im Jahr 2001 kein Unternehmen ausgeschieden. Die folgenden Unternehmen aus dem ehemaligen Teilkonzern IBG wurden wegen untergeordneter Bedeutung (§ 296 Abs. 2 HGB) nicht wieder aufgenommen:

Bavaria Immobilienconsult und Baurevision GmbH, Berlin

LBB Bauprojektgesellschaft mbH, Berlin.

Verzeichnis des Anteilsbesitzes

Die Angaben zum Anteilsbesitz gemäß §§ 285 Nr. 11 und 11a, 313 Abs. 2 und 340 a Abs. 4 Nr. 2 HGB sind in einer Aufstellung aufgeführt, die diesem Anhang als Anlage 1 beigelegt ist. In der Anlage 1 a wird der Anteilsbesitz des IBAG-Teilkonzerns dargestellt; die dort angegebenen Anteilsquoten beziehen sich auf den IBAG-Teilkonzern. Diese Angaben werden ergänzt durch ein Verzeichnis der Gesellschaften mit Ergebnisabführungsverträgen als Anlage 2.

Bilanzierung • Der Jahresabschluss und der Konzernabschluss der Bankgesellschaft Berlin wurden nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB), erweitert durch die Vorschriften der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV), aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns ist um zusätzliche Angaben für Realkreditinstitute erweitert. Aufgrund des Verkaufs der Landesbausparkasse mit Wirkung zum 2. Januar 2001 sind nur noch die Vorjahreswerte der Posten Bauspareinlagen und Fonds zur bauspartechnischen Absicherung ausgewiesen; die „Darunter“-Positionen wurden nicht mehr angegeben.

Der Anhang der Bankgesellschaft Berlin AG und der Konzernanhang wurden unter Ausnutzung des Wahlrechts des § 298 Abs. 3 HGB zusammengefasst.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden beibehalten. Der Jahresabschluss wurde auf der Grundlage einer Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufgestellt (§ 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB). Dabei wurde unterstellt, dass ein Antrag der Bundesrepublik Deutschland auf Gewährung einer Umstrukturierungsbeihilfe von der Europäischen Kommission genehmigt wird. Die mittels einer Notifizierung beantragte Umstrukturierungsbeihilfe umfasst zum einen die vom Land Berlin übernommene Kapitalerhöhung von € 1.754.949.340,16 und zum anderen die durch eine Grundsatzvereinbarung vom 20. Dezember 2001 und eine Detailvereinbarung vom 16. April 2002 vom Land Berlin übernommene Abschirmung der Bankgesellschaft gegen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft. Wenn die Europäische Kommission wider Erwarten die Umstrukturierungsbeihilfe nicht genehmigen sollte, müsste die Bankgesellschaft Berlin geeignete Maßnahmen ergreifen, die eine Rückzahlung des betreffenden Betrags an das Land Berlin ermöglichen. Dies gilt analog für den Anteil, mit dem die Norddeutsche Landesbank – Girozentrale – an der Kapitalerhöhung der Bankgesellschaft Berlin AG teilgenommen hat. Darüber hinaus müssten sämtliche Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft in der Bilanz durch Rückstellungen und Wertberichtigungen berücksichtigt werden. Außerdem müsste der Betrag der Kapitalerhöhung nebst Zinsen seit dem Tag der Kapitaleinzahlung, den das Land Berlin zur Rückzahlung einzufordern verpflichtet wäre, als Rückzahlungsverpflichtung passiviert werden. Dies könnte dazu führen, dass das Eigenkapital der Bank für eine Fortführung des Geschäfts im gegebenen Umfang nicht mehr die erforderliche Höhe hätte. Die Bank hätte entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, z. B. durch sofortige Anpassung ihres Geschäftsumfangs bzw. die Einstellung von bestimmten Geschäften oder die Bereitstellung von neuem haftenden Kapital durch einen neuen Eigenkapitalgeber. Soweit diese Maßnahmen nicht möglich sind bzw. nicht ausreichen und soweit die erforderliche Höhe des Eigenkapitals

nicht dargestellt werden kann, dürfte die Bilanzierung nicht mehr auf der Grundlage einer Fortführung der Unternehmenstätigkeit erfolgen.

Für den übertragenen Gewinn auf das neue Bürogebäude in Luxemburg besteht ein Sonderposten mit Rücklageanteil.

Konsolidierung • Die Abschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen sind auf den 31. Dezember 2001 aufgestellt. Den Abschluss der in Fremdwährung bilanzierenden Gesellschaft haben wir zum Stichtagskurs umgerechnet und währungsbedingte Wertänderungen des Eigenkapitals gegen die Gewinnrücklagen des Konzerns verrechnet.

Die Konsolidierung der im Geschäftsjahr wieder einbezogenen Tochtergesellschaften erfolgte nach der Buchwertmethode, daraus ergab sich kein auszuweisender Geschäfts- oder Firmenwert (i. V.: 11 Mio. €).

Die stille Beteiligung der Bankgesellschaft Berlin AG an der Landesbank Berlin in Höhe von nominal 844 Mio. € stellt 100% des gezeichneten Kapitals der Landesbank Berlin dar. Schuldrechtlich beschränkt sich die stille Beteiligung auf 75,01% des Vermögens und des Ertrags der Landesbank Berlin und klammert ferner deren Abteilung Investitionsbank Berlin aus. Die der Landesbank Berlin zustehenden, nicht unter den Beteiligungsvertrag fallenden Vermögensteile werden in gesonderten Rücklagen des Konzerns ausgewiesen.

Für die nicht im Konzernbesitz befindlichen Anteile am Eigenkapital und am Gewinn von Tochtergesellschaften, insbesondere der Berlin-Hannoverschen Hypothekbank AG und der Weberbank Privatbankiers KGaA, Berlin, sowie der Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH, ist in der Konzernbilanz ein „Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter“ bilanziert.

Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften wurden ebenso wie entsprechende Aufwendungen und Erträge konsolidiert. Aus konzerninternen Umsätzen des Geschäftsjahrs resultierende Zwischenerfolge sind ergebniswirksam eliminiert. Der aus dem Vorjahr vorgetragene Eliminierungsbetrag wurde, soweit er noch relevant war, mit den Gewinnrücklagen verrechnet. Für das Berichtsjahr vereinnahmte Beteiligungserträge konsolidierter Gesellschaften wurden aufgerechnet.

Wesentliche ausländische Konzerngesellschaften werden mit einem HGB-Abschluss in die Konsolidierung einbezogen. Die Abschlüsse der übrigen ausländischen Gesellschaften sind durch HBII-Maßnahmen an die Konzernbilanzierung angepasst worden.

Assoziierte Unternehmen (§ 311 HGB) • Von den insgesamt 11 (i.V.: 8) assoziierten Unternehmen haben wir 6 (i.V.: 6) Gesellschaften nach der Equity-Methode bilanziert. Die übrigen assoziierten Unternehmen bilanzieren wir mit den Anschaffungskosten.

Bei der Bewertung zum 31. Dezember 2001 des assoziierten Unternehmens Certa Immobilienverwaltung und Handelsgesellschaft mbH & Co. Liegenschaften OHG nach der Equity-Methode ergab sich nach Buchwertabschreibung in der Landesbank Berlin ein negativer Beteiligungsbuchwert von –14,8 Mio. €. Die Passivierung einer entsprechenden Verpflichtung wurde vorgenommen.

Bei der Alkmene Beteiligungsgesellschaft mbH handelte es sich bisher um ein nicht konsolidiertes Tochterunternehmen der Bankgesellschaft AG (100%ige Beteiligung). Gegenstand des Unternehmens ist die Geschäftsführung und Vertretung (ohne Einlage) der Kommanditgesellschaft mit der Firma „BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG“ (vormals: Alkmene GmbH & Co. KG) als persönlich haftende und geschäftsführende Gesellschafterin. Gesellschafter der Alkmene Beteiligungsgesellschaft mbH sind die Bankgesellschaft Berlin AG und die Gruner + Jahr AG & Co. KG mit je 50%. Das Unternehmen wurde gem. § 311 Abs. 1 HGB in den Kreis der assoziierten Unternehmen aufgenommen; aufgrund der untergeordneten Bedeutung dieser Beteiligung für den Konzern erfolgte jedoch keine Einbeziehung in die Equity-Bewertung.

Mit Verschmelzungsvertrag vom 21. Februar 2001 wurde die G+J BerlinOnline GmbH (Gesellschafter: Gruner + Jahr AG & Co. KG, Itzehoe: 100%) gegen die Gewährung von Anteilsrechten auf die Alkmene GmbH & Co. KG (Gesellschafter: BGB: 100% – bisher nicht konsolidiertes Tochterunternehmen der BGB) verschmolzen. Die Bankgesellschaft hält nunmehr noch 50% an der neuen Gesellschaft. Die Firma der übernommenen Gesellschaft wurde fortgeführt. Am 12. November 2001 firmierte die „G+J BerlinOnline GmbH & Co. KG“ um in „BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG“. Das Unternehmen wurde gem. § 311 Abs. 1 HGB in den Kreis der assoziierten Unternehmen aufgenommen und at equity bewertet.

Im Januar 2001 erfolgte eine Aufstockung der Beteiligung der Bankgesellschaft Berlin AG an der Inteligo Financial Services S.A. von 23,1 auf 48,95%. Das Unternehmen wurde gem. § 311 Abs. 1 HGB in den Kreis der assoziierten Unternehmen aufgenommen. Da die Beteiligung jedoch für den Konzern von untergeordneter Bedeutung ist, erfolgte keine Einbeziehung in die Equity-Bewertung. Zum 8. März 2002 hat die Bankgesellschaft Berlin AG ihren Anteil auf 100% erhöht.

Bei der CidS! Computer in die Schulen gemeinnützige Gesellschaft mbH handelte es sich bisher um ein nicht konsolidiertes Tochterunternehmen der Bankgesellschaft Berlin AG (100%ige Beteiligung). Mit Wirkung vom 18. Januar 2001 hat die Bankgesellschaft Berlin AG einen an der CidS! gehaltenen Geschäftsanteil im Nennbetrag von 25.600 € (50,0%) an die IHK Berlin abgetreten. Das Unternehmen wurde gem. § 311 Abs. 1 HGB in den Kreis der assoziierten Unternehmen aufgenommen. Aufgrund der untergeordneten Bedeutung der Beteiligung für den Konzern erfolgte keine Einbeziehung in die Equity-Bewertung.

Die Beteiligungsverwaltung für Immobilienwerte GbR, an der die Bankgesellschaft Berlin AG mit 1% beteiligt war, wurde im Geschäftsjahr liquidiert und schied damit aus dem Kreis der assoziierten Unternehmen aus.

Die assoziierten Unternehmen sind im Verzeichnis des Anteilsbesitzes (Anlage 1 zum Anhang) einzeln aufgeführt.

Die im Konzern vereinnahmten Beteiligungserträge wurden um die Beteiligungsbuchwertveränderungen bereinigt, die zur Anpassung an die quotalen Eigenkapitalien der assoziierten Unternehmen vorzunehmen waren (Buchwertmethode). Hieraus entstand per Saldo ein Ergebnis in Höhe von – 13,9 (i. V.: – 7,3) Mio. €, das in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns als „Ergebnis aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen“ ausgewiesen wird. Auf eine Anpassung abweichender Bewertungsmethoden wurde wegen Unwesentlichkeit verzichtet.

Bewertung • Die Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgte nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB in Verbindung mit den §§ 340 ff. HGB. Die Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) wurde beachtet.

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sind mit dem Nominalbetrag angesetzt. Agio- und Damnumbeträge werden in die aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und planmäßig aufgelöst. Abgezinste Verbindlichkeiten werden mit dem Zeitwert, andere Verbindlichkeiten mit dem Rückzahlungsbetrag bilanziert.

Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten bewertet. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden Abschreibungen gemäß dem strengen Niederstwertprinzip vorgenommen. Bei nur vorübergehender Wertminderung wird gemäß § 253 Abs. 2 HGB i.V.m. § 340e Abs.1 HGB der Wert beibehalten. Diese Handhabung steht im Einklang mit § 6 Abs. 1 Nr. 2 EStG; hierdurch werden Abweichungen zwischen Handels- und Steuerbilanz weitestgehend vermieden. Im

Finanzanlagevermögen des Konzerns befinden sich nicht nach dem Niederstwert bewertete Vermögensgegenstände in Höhe von 1.601 (i. V.: 1.648) Mio. €, davon in der AG 1.070 (i. V.: 1.613) Mio. €.

Die Wertpapiere des Handelsbestands sowie der Liquiditätsreserve werden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Bestände, die im Zusammenhang mit einem betrags-, währungs- und laufzeitkongruenten Zinsswapgeschäft verbunden wurden, werden dabei als Bewertungseinheit betrachtet.

Erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wurde durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen. Für allgemeine Bankrisiken sind bei kleineren Kreditinstituten und der Investitionsbank Berlin (IBB) Reserven nach § 340f HGB vorhanden.

Für Kredite des Fördergeschäfts im Konzern wurde wie bereits im Vorjahr eine Bewertung der Sicherheiten unter Einschluss eines barwertigen Ansatzes der zugesicherten Fördermittel zugrunde gelegt. Für dadurch erkennbare Risikopotenziale wurde in angemessener Höhe Vorsorge getroffen.

Bei Vermögensgegenständen, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden planmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Pensionsrückstellungen wurden in der vollen erforderlichen Höhe auf der Basis versicherungsmathematischer Gutachten angesetzt; der Rechnungszinsfuß beträgt 6%. Bei der Berechnung wurden die biometrischen Rechnungsgrundlagen (Richttafeln Prof. Heubeck von 1998) verwendet.

Vor dem Hintergrund der Grundsatzvereinbarung mit dem Land Berlin vom 20. Dezember 2001 zur Übernahme der im Konzern der Bankgesellschaft Berlin AG bestehenden wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft wurden per 31. Dezember 2001 keine Wertberichtigungen für die unter die Buchwertgarantie fallenden Vermögensgegenstände vorgenommen. Bei diesen Vermögensgegenständen wurde durchgehend der Buchwert per 31. Dezember 2000 zzgl. der bis zum 31. Dezember 2001 angefallenen Anschaffungs- und Herstellungskosten angesetzt. Das Land Berlin garantiert im Weiteren, dass die im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2000 ausgewiesenen sonstigen Rückstellungen im Sinne von § 266 Abs. 3 B. Nr. 3 HGB einschließlich der Rückstellungen für schwebende Geschäfte ausreichend dotiert sind. Es sind daher jeweils nur spezifische Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft erfasst. Die von

der Bankgesellschaft Berlin AG, der Landesbank Berlin und der Berlin Hyp bis zum 31. Dezember 2001 an die IBG/IBAG-Gruppe einschließlich der Objektgesellschaften ausgereichten bestimmte Kredite und Kreditzusagen werden vom Land Berlin garantiert. Durch die Kreditgarantie wird der Konzern Bankgesellschaft Berlin gegen das Kreditausfallrisiko bei den Gesellschaften der IBAG-Gruppe/IBG-Gruppe abgesichert. Soweit Eventualverbindlichkeiten und Haftungsverhältnisse sowie so genannte harte Patronatserklärungen und die Mithaftung als Gesellschafter aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft resultieren und nicht von der Erfüllungsübernahme gegenüber der LPFV erfasst, jedoch im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2001 ausgewiesen werden, stellt das Land Berlin die Konzerngesellschaften von einer tatsächlichen Inanspruchnahme frei.

Bewertung des Handelsbestands • Für den überwiegenden Teil unserer Handelsaktivitäten werden Geschäfte sowohl für die Risikosteuerung als auch für die Zwecke der handelsrechtlichen Rechnungslegung getrennt in der Form von Zins- und Aktienportfolios bzw. besonderen Bewertungseinheiten strukturiert und bewertet.

Bei den Zinsprodukten werden alle Produkte innerhalb einer Währung als Bewertungseinheit angesehen. Bei den Aktienprodukten erfolgt die Zusammenfassung je Gattung. Als eine Gattung werden auch marktgängige Indizes auf Aktienkörbe angesehen.

Es werden zunächst die Ergebnisse aus der Bewertung der einzelnen Produkte (Wertpapiere des Handelsbestands einschließlich derivativer Finanzinstrumente) zu Marktpreisen in den Portfolios miteinander verrechnet. Positive Bewertungsüberhänge werden bis maximal in Höhe der realisierten Verluste in der jeweiligen Gattung bzw. Währung in einem Portfolio durch Aufrechnung vereinnahmt. Ein danach verbleibender positiver Bewertungsüberhang wird gemäß dem Imparitätsprinzip nicht vereinnahmt. Soweit das Ergebnis aus der Bewertung negativ ist, wird hierfür eine Rückstellung gebildet.

Die Risiken aus den Portfolios unterliegen einem auf das jeweilige Portfolio zugeschnittenen Risikomanagement und Limitierungssystem. Die Portfolios werden im Rechnungswesen und in der Risikouberwachung eindeutig von anderen Geschäften abgegrenzt.

Soweit Handelsgeschäfte nicht einem Zins- oder dem Aktienportfolio zugeordnet sind, werden für Bewertungsverluste Rückstellungen gebildet. Bewertungsgewinne werden nicht vereinnahmt.

Währungsumrechnung • Der Jahres- und der Konzernabschluss wurden in Euro aufgestellt.

Die Umrechnung der auf ausländische Währung lautenden Vermögensgegenstände und Schulden sowie von schwebenden Geschäften erfolgt grundsätzlich zu den von der Europäischen Zentralbank zum Jahresende veröffentlichten Referenzkursen bzw. zu zeitgleich festgestellten externen Kursen für die Währungen, für die die EZB keine Referenzkurse ermittelt; Terminkurse wurden hieraus abgeleitet.

Hiervon ausgenommen sind die auf ausländische Währung lautenden Vermögensgegenstände, die dem Anlagevermögen zugeordnet und nicht in derselben Währung gedeckt sind; sie werden mit ihrem umgerechneten historischen Anschaffungskurs bilanziert (§ 340h Abs. 1 HGB).

Die Währungspositionen, die der zentralen Steuerung des Währungsrisikos zuzurechnen sind, unterliegen gemäß Definition einer besonderen Deckung; § 340h Abs. 2 HGB findet entsprechend Anwendung. Für negative Bewertungsergebnisse bei darüber hinaus bestehenden Währungspositionen (überwiegend Devisen-Optionsgeschäfte) werden Rückstellungen gebildet. Positive Ergebnisse und unrealisierte Gewinne aus offenen Positionen werden nicht vereinnahmt.

Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung der AG und des Konzerns

Bilanz

(1) Fristengliederung

in Mio. €	AG		Konzern	
	31.12.2001	31.12.2000	31.12.2001	31.12.2000
Forderungen an Kreditinstitute				
Andere Forderungen				
– bis drei Monate	12.615	7.772	8.352	7.739
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.604	2.567	3.165	3.381
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.504	1.735	9.099	9.479
– mehr als fünf Jahre	458	578	8.836	11.247
Insgesamt	16.181	12.652	29.452	31.846
Forderungen an Kunden				
– bis drei Monate	8.143	7.195	16.424	16.415
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	973	1.595	4.720	5.994
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	2.871	3.347	22.308	21.297
– mehr als fünf Jahre	7.274	6.658	55.853	59.562
davon mit unbestimmter Laufzeit	(1.736)	(1.750)	(4.203)	(4.066)
Insgesamt	19.261	18.795	99.305	103.268
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist				
– bis drei Monate	32.357	33.903	36.265	40.950
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	7.596	4.106	9.541	6.325
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	115	262	5.797	5.105
– mehr als fünf Jahre	291	586	7.817	9.702
Insgesamt	40.359	38.857	59.420	62.082
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten				
– bis drei Monate	9	12	49	104
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	1	1	50	56
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	60	74	226	255
– mehr als fünf Jahre	6	7	18	18
Insgesamt	76	94	343	433
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
Andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist				
– bis drei Monate	2.743	4.814	9.328	11.214
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	119	508	1.451	1.859
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	842	851	9.667	8.755
– mehr als fünf Jahre	922	244	18.007	19.384
Insgesamt	4.626	6.417	38.453	41.212
Verbriefte Verbindlichkeiten				
Andere verbrieftete Verbindlichkeiten				
– bis drei Monate	–	475	167	317
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	–	230	135	51
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	42	38	40	38
– mehr als fünf Jahre	45	21	24	21
Insgesamt	87	764	366	427

(2) Beträge, die im Folgejahr fällig werden

in Mio. €	AG		Konzern	
	31.12.2001	31.12.2000	31.12.2001	31.12.2000
Enthalten in Position:				
– Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3.553	3.004	3.871	4.413
– Verbriefte Verbindlichkeiten				
begebene Schuldverschreibungen	5.447	10.270	11.655	21.906

(3) Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

in Mio. €	AG		Konzern	
	31.12.2001	31.12.2000	31.12.2001	31.12.2000
Forderungen an Kreditinstitute	8.599	10.133	–	–
Forderungen an Kunden	1.901	484	1.082	921
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	6.013	5.718	–	–
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	355	158	–	–
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ¹⁾	19.173	20.941	–	–
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.287	195	361	344
Verbriefte Verbindlichkeiten	7.094	9.241	–	21
Nachrangige Verbindlichkeiten	2.506	2.517	–	–

1) davon Landesbank Berlin 2001: 16.864, 2000: 19.356

(4) Beziehungen zu Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

in Mio. €	AG		Konzern	
	31.12.2001	31.12.2000	31.12.2001	31.12.2000
Forderungen an Kreditinstitute	1	187	1.202	1.479
Forderungen an Kunden	110	96	358	344
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	538	498	551	498
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	–	–	2	4
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	121	123	888	853
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	39	32	61	55
Verbriefte Verbindlichkeiten	–	–	46	64

(5) Nachrangige Aktiva

in Mio. €	AG		Konzern	
	31.12.2001	31.12.2000	31.12.2001	31.12.2000
Forderungen an Kreditinstitute	128	105	144	116
Forderungen an Kunden	8	1	11	3
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	360	92	360	92
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	231	12	203	184

(6) Entwicklung des Anlagevermögens

(6.1) AG

in Mio. €	Finanzanlagen					Sachanlagen
	Forderungen ¹⁾	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen	
Buchwert zum 31.12.2000	4	711	997	140	2.092	92
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31.12.2000	7	711	1.002	149	2.489	213
Zugänge 2001	–	–	14	31	1.392	18
Abgänge 2001	–	154	4	28	351	53
Umbuchungen 2001	–	–	–	1	– 1	–
Effekte aus Wechselkursänderungen	–	1	–	–	–	–
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31.12.2001	7	558	1.012	153	3.529	178
Kumulierte Zuschreibungen	–	–	–	10	–	–
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2000	3	–	5	19	512 ²⁾	121
Zugänge 2001	4	12	24	4	358	11
Abgänge 2001	–	–	–	–	–	51
Umbuchungen 2001	–	–	–	–	–	–
Effekte aus Wechselkursänderungen	–	–	–	–	–	–
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2001	7	12	29	23	870	81
Buchwert zum 31.12.2001	–	546	983	140	2.659	97

1) Wandelgenussrechte aus Sanierungsmaßnahmen

2) Die kumulierten Abschreibungen beinhalten die im Vorjahr gebildete Vorsorge in Höhe von 100 Mio. €

Bei den Zugängen von Anteilen an verbundenen Unternehmen wirkten sich im Wesentlichen die Teilnahme an den Kapitalerhöhungen bei der Berlin Hannoverschen Hypothekenbank AG sowie der Bankgesellschaft Berlin (Ireland) plc, Dublin aus. Darüber hinaus wurde die IBAG Immobilien und Beteiligungen AG zurück-erworben. Im Zusammenhang mit dem Aufbau unseres Internetauftritts haben wir uns an der BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG beteiligt.

(6.2) Konzern

in Mio. €	Finanzanlagen						Sachanlagen	Immaterielle Anlagewerte
	Forderungen ¹⁾	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Beteiligungen	Anteile an assoziierten Unternehmen	Anteile an verbundenen Unternehmen		
Buchwert zum 31.12.2000	4	4.931	1.107	240	44	141	534	80
Anschaffungs-/ Herstellungskosten zum 31.12.2000	7	4.939	1.119	256	56	149	1.261	253
Zugänge 2001	-	2.355	22	238	28	310	281	51
Abgänge 2001	-	2.141	79	34	18	2	163	41
Umbuchungen 2001	-	-	-	-	-	-	151	- 151
Effekte aus Wechselkursänderungen	-	9	-	-	-	-	-	-
Anschaffungs-/ Herstellungskosten zum 31.12.2001	7	5.162	1.062	460	66	457	1.530	112
Kumulierte Zuschreibungen	-	9	-	10	21	-	-	-
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2000	3	9	12	26	30	8	727	173
Zugänge 2001	4	15	27	19	9	67	216	14
Abgänge 2001	-	6	-	-	-	-	136	3
Umbuchungen 2001	-	-	-	-	-	-	99	- 99
Effekte aus Wechselkursänderungen	-	-	-	-	-	-	-	-
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2001	7	18	39	45	39	75	906	85
Buchwert zum 31.12.2001	0	5.153	1.023	425	48	382	624	27

1) Wandelgenussrechte aus Sanierungsmaßnahmen

(7) Treuhandgeschäfte

in Mio. €	AG		Konzern	
	31.12.2001	31.12.2000	31.12.2001	31.12.2000
Forderungen an Kreditinstitute	–	–	4	–
Forderungen an Kunden	16	14	232	324
Sachanlagen	–	–	–	–
Sonstige Vermögensgegenstände	–	–	38	12
	16	14	274	336
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	16	14	34	36
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	–	–	198	300
Sonstige Verbindlichkeiten	–	–	42	–
	16	14	274	336

(8) Börsenfähigkeit/Börsennotierung

(8.1) AG

in Mio. €	börsenfähig		börsennotiert		nicht börsennotiert	
	31.12.01	31.12.00	31.12.01	31.12.00	31.12.01	31.12.00
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	29.742	28.352	26.648	23.391	3.094	4.961
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2.431	5.897	2.383	5.891	48	6
Beteiligungen	64	70	22	27	42	43
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.597	1.167	986	569	611	598
davon						
Berlin Hyp	730	313	730	313		
BG Intern. S.A. Lux.	246	246			246	246
BG Berlin (UK) plc	205	205			205	205
ALLBANK	175	175	175	175		
Zivnostenska banka	81	81	81	81		
Übrige	160	147			160	147

(8.2) Konzern

in Mio. €	börsenfähig		börsennotiert		nicht börsennotiert	
	31.12.01	31.12.00	31.12.01	31.12.00	31.12.01	31.12.00
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	40.184	39.377	35.654	32.292	4.530	7.085
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	3.672	7.332	2.087	5.796	1.585	1.536
Beteiligungen	64	81	22	37	42	44
Anteile an assoziierten Unternehmen	–	–	–	–	–	–

(9) Bestände in Fremdwahrung

in Mrd. €	AG		Konzern	
	31.12.2001	31.12.2000	31.12.2001	31.12.2000
Vermögensgegenstände	20,9	22,0	32,6	34,3
Verbindlichkeiten	20,3	23,7	30,5	36,3

(10) Im Rahmen des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) der zuständigen Notenbank für geldpolitische Instrumente als Sicherheit verpfändete Vermögensgegenstände

Die im Rahmen des ESZB für geldpolitische Instrumente an die LZB als Sicherheiten verpfändeten Vermögensgegenstände gliedern sich wie folgt:

in Mio. €	AG		Konzern	
	31.12.2001	31.12.2000	31.12.2001	31.12.2000
Wertpapiere	10.620	9.039	16.520	18.100
davon: Ausgleichsforderungen	324	2.063	415	5.627
Wirtschaftskredite	121	266	513	886
davon: Wechsel	3	32	4	32
Kreditforderungen	118	234	509	854
Gesamt	10.741	9.305	17.033	18.986

Zum Bilanzstichtag bestanden in der Bankgesellschaft AG folgende weitere Verpfändungen: Anleihen und Schuldverschreibungen in Höhe von nominal 133 Mio. € (i. V.: 13 Mio. € sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere im Marktwert von 725 Mio. €) wurden als Sicherheiten bei der EUREX Deutschland hinterlegt. Darüber hinaus dienen Anleihen und Schuldverschreibungen über nominal 568 (i. V.: 86) Mio. € sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere mit einem Marktwert von 378 (i. V.: 35) Mio. € als Sicherheiten, die die Bank im Zusammenhang mit Pensionsgeschäften und Wertpapierleihegeschäften als Sicherheiten gegeben hat.

In Pension gegeben wurden Anleihen und Schuldverschreibungen im Nominalwert von 14.838 (i. V.: 4.901) Mio. € im Konzern bzw. 12.445 (i. V.: 2.701) Mio. € in der AG sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere im Marktwert von 350 (i. V.: –) Mio. € im Konzern bzw. 350 (i. V.: –) Mio. € in der AG.

(11) Ausgleichsforderungen gegen die Öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch • In dieser Position werden sowohl in der AG als auch im Konzern angekaufte Ausgleichsforderungen in Form von Inhaberschuldverschreibungen ausgewiesen. Darüber hinaus befinden sich im Bestand der AG geliehene Wertpapiere in Höhe von 20 (i. V.: 25) Mio. €. Verliehen sind keine Wertpapiere.

Von den Ausgleichsforderungen sind 324 (i. V.: 2.063) Mio. € (AG) bzw. 415 (i. V.: 5.627) Mio. € (Konzern) im Rahmen des ESZB für geldpolitische Instrumente als Sicherheiten an die zuständigen Notenbanken verpfändet (vgl. (10)).

(12) Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagewerte • Von den Grundstücken und Gebäuden des Konzerns werden im Rahmen der eigenen Geschäftstätigkeiten Immobilien im Buchwert von 199 (i. V.: 235) Mio. € genutzt.

Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung sind in Höhe von 313 (i. V.: 243) Mio. € – AG: 97 (i. V.: 92) Mio. € – enthalten.

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet, vermindert – soweit es sich um abnutzbare Vermögensgegenstände handelt – um planmäßige lineare bzw. degressive Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer mit den steuerlich zulässigen Höchstwerten. Bei beweglichen Anlagegütern wird auf Zugänge in der ersten Jahreshälfte die volle, auf Zugänge in der zweiten Jahreshälfte die halbe Jahresabschreibung verrechnet.

Sachanlagen	Nutzungsdauer
Grundstücke und Gebäude	33 Jahre
Mietereinbauten	33 Jahre
Einrichtungsgegenstände	8–13 Jahre
Betriebsvorrichtungen	5–25 Jahre
Büromaschinen/EDV-Anlagen	3–8 Jahre
Fernsprechanlagen	10 Jahre
Kraftfahrzeuge	6 Jahre
Software	3 Jahre

Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Anschaffungsjahr voll abgeschrieben und im Anlagespiegel als Abgang gezeigt.

Die immateriellen Anlagegüter des Konzerns enthalten einen aktivischen Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung in Höhe von 14 (i. V.: 16) Mio. €. Aktivierte Firmenwerte werden entsprechend der gesetzlichen Vorschriften abgeschrieben.

(13) Sonstige Vermögensgegenstände

in Mio. €	AG		Konzern	
	31.12.2001	31.12.2000	31.12.2001	31.12.2000
Aktivposten aus Portfolios	2.108	1.855	2.108	1.855
Gewinnansprüche LBB	767	767	767	767
Forderungen an Finanzbehörden	215	225	401	431
Forderungen aus Termingeschäften und Swaps sowie Zinsabgrenzung aus Termingeschäften	309	198	828	765
Einzugspapiere	105	2.073	132	4.731
Übrige	688	331	2.147	1.647
Insgesamt	4.192	5.449	6.383	10.196

Die Aktivposten aus Portfolios umfassen Optionsrechte für im Kapitalmarktgeschäft gezahlte Prämien und Variation Margins sowie aktivierte Gewinnansprüche.

Bei den Gewinnansprüchen gegenüber der LBB handelt es sich um die 1998 durch die Bankgesellschaft Berlin AG vom Land Berlin erworbenen Ansprüche auf die restlichen 24,99 % des Ertrags und eines etwaigen Liquidationserlöses der Landesbank Berlin.

Mit dem rechtskräftigen Urteil des Finanzgerichts Berlin vom 13. Mai 1998 ist für die Jahre 1981 bis 1985 eine Teilorganschaft zwischen der Berliner Bank AG und der Braunschweig-Hannoverschen Hypothekenbank AG anerkannt worden. Die 1998 und 1999 gebildeten Gewerbesteuerrückstellungen konnte die Bankgesellschaft nunmehr wegen des abgeschlossenen Rechtsstreits nach Saldierung mit den bestehenden Gewerbesteuerpflichtungen in Höhe von 65 Mio. € erfolgswirksam auflösen.

(14) Aktive Rechnungsabgrenzungsposten • Im Konzern werden Unterschiedsbeträge zwischen dem Nennbetrag von Forderungen und deren Auszahlungsbetrag in Höhe von 364 (i. V.: 448) Mio. € ausgewiesen.

In der AG enthält diese Position vor allem Agien für übernommene Kundenforderungen (übernommene Konsortialanteile aus gemeinschaftlichen privaten Baufinanzierungen im Rahmen des so genannten Berliner Modells), geleistete Upfront-Zahlungen für Derivate, Disagien aus Inhaberschuldverschreibungen sowie Mietvorauszahlungen.

(15) Sonstige Verbindlichkeiten

in Mio. €	AG		Konzern	
	31.12.2001	31.12.2000	31.12.2001	31.12.2000
Passivposten aus Portfolios	1.655	1.878	1.655	1.878
Verbindlichkeiten gegenüber Finanzbehörden	19	14	52	55
Abgegrenzte Zinsen für nachrangige Verbindlichkeiten	48	80	79	82
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und sonstigen Leistungen	16	17	141	46
Verbindlichkeiten aus Termingeschäften und Swaps sowie Zinsabgrenzung aus Termingeschäften	343	171	812	446
Übrige	488	917	1.189	1.954
Insgesamt	2.569	3.077	3.928	4.461

Die Passivposten aus Portfolios beinhalten überwiegend aus dem Kapitalmarktgeschäft stammende Verbindlichkeiten aus erhaltenen Optionsprämien und Variation Margins.

(16) Passive Rechnungsabgrenzungsposten • Für den Konzern wurden Unterschiedsbeträge zwischen dem Nennbetrag von Forderungen und deren Auszahlungsbetrag in Höhe von 912 (i. V.: 1.023) Mio. € ausgewiesen.

In der AG beinhaltet diese Position überwiegend Unterschiedsbeträge zwischen dem Nennbetrag von Forderungen und deren Auszahlungsbetrag, Mietvorauszahlungen und abgegrenzte Zinsen und Gebühren.

(17) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen im Konzern • Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen im Konzern stiegen um 64 (i. V.: 7) Mio. € auf 635 (i. V.: 571) Mio. €.

(18) Andere Rückstellungen

in Mio. €	AG		Konzern	
	31.12.2001	31.12.2000	31.12.2001	31.12.2000
Rückstellungen für Portfolios, Wertpapier- und Devisengeschäfte	408	258	409	262
Rückstellungen für Risiken des Kreditgeschäfts einschließlich Länderrisiken	161	154	229	202
Rückstellungen für Kapitalmaßnahmen IBG	30	146	-	-
Rückstellungen für das Immobilienfondsgeschäft	-	116	-	249
Rückstellungen für Kapitalmaßnahmen IBAG	-	100	-	-
Rückstellungen im Personalbereich	58	77	136	169
Rückstellungen für Restrukturierungsmaßnahmen	232	150	506	206
IBG ¹⁾	-	-	75	10
LPFV ¹⁾	-	-	182	96
Übrige	101	43	497	451
Insgesamt	990	1.044	2.034	2.545

1) Die Rückstellungen im Personalbereich des IBG/LPFV sind in der entsprechenden Unterposition enthalten.

Die im Vorjahr gebildeten Rückstellungen für Kapitalmaßnahmen der IBG betrafen den nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag dieser Gesellschaft, den die Gesellschafter (BGB: 40%, LBB: 30%, Berlin Hyp: 30%) im Geschäftsjahr 2001 anteilig ausgeglichen haben. Darüber hinaus wurden 2000 durch die BGB und LBB für weitere Kapitalmaßnahmen Vorsorge in Höhe von 50 Mio. € getroffen. Hiervon sind im Geschäftsjahr 2001 25,9 Mio. € der IBG zugeführt worden. Die Berlin Hyp hat entsprechend ihres Anteils der IBG 11,1 Mio. € zur Verfügung gestellt. Die Rückstellungen für Kapitalmaßnahmen der IBAG in Höhe von 100 Mio. € betrafen die von der Bankgesellschaft zu erbringende Einlage und wurden mit Rückerwerb der Gesellschaft 2001 in Anspruch genommen. Die Rückstellung für das Immobilienfondsgeschäft konnte durch die Enthftung aufgelöst werden.

Die **Restrukturierungsrückstellungen im Konzern** entwickelten sich 2001 wie folgt:

in Mio. €	Stand 01.01. 2001	Ver- brauch	Um- buchung	Auf- lösung	Zu- führung	Stand 31.12. 2001
Personal	176	25	16	126	232	273
Flächen- management	30	9	-	2	176	195
Sachaufwand	0	-	-	0	38	38
Gesamt	206	34	16	128	446	506

Die im Vorjahr gebildeten Rückstellungen für einen Abbau von 1.600 Mitarbeiterkapazitäten wurden unter Berücksichtigung der Inanspruchnahmen aufgelöst. Dies erfolgte vor dem Hintergrund, dass ein umfassendes Restrukturierungskonzept für den Konzern entwickelt wurde. Das Konzept bezieht sich auf Personal, Flächenmanagement und Sachaufwand. Von dem ergebnisbelastenden Aufwand von 318 Mio. € entfallen auf die Bankgesellschaft, die LBB und die Berlin Hyp insgesamt 250 Mio. €, auf die IBAG 59 Mio. € und 9 Mio. € auf übrige Konzerngesellschaften.

(19) Nachrangige Verbindlichkeiten

(19.1) AG

	Währung	Nominalwerte in Mio. €		Zinssatz	Fälligkeit
(1)	DM	40	20	8,25 %	2002
(2)	DM	200*	102	7,40 %	2003
(3)	DM	100	51	7,00 %	2005
(4)	DM	300*	153	6,71 %	2006
(5)	JPY	10.000*	87	3,36 %	2007
(6)	DM	50*	26	6,06 %	2007
(7)	JPY	10.000*	87	3,32 %	2007
(8)	EUR	14*	14	Zerobond	2007
(9)	JPY	4.000*	35	2,80 %	2008
(10)	JPY	5.000*	43	2,30 %	2008
(11)	DM	10*	5	5,03 %	2008
(12)	DM	30*	15	5,33 %	2008
(13)	EUR	150*	150	3-Monats-Euribor + 35 BP	2009
(14)	EUR	10*	10	3-Monats-Euribor + 32 BP	2009
(15)	FRF	1.500*	229	5,75 %	2009
(16)	FRF	750*	114	5,75 %	2009
(17)	EUR	375*	375	4,75 %	2009
(18)	EUR	7*	7	Zerobond	2009
(19)	JPY	5.000*	43	3-Monats-JPY-Libor + 8 BP	2009
(20)	FRF	1.000*	152	5,375 %	2010
(21)	DM	250*	128	5,375 %	2010
(22)	USD	250*	284	7,125 %	2012
(23)	GBP	150*	247	8,000 %	2012
(24)	EUR	75*	75	mindestens 4,75 %	2019
(25)	JPY	15.000*	130	5,15 %	2027

Die mit (*) gekennzeichneten nachrangigen Verbindlichkeiten wurden bei verbundenen Unternehmen aufgenommen. Die nachrangigen Verbindlichkeiten (3), (4), (12) und (21) stammen aus der ehemaligen Berliner Bank AG. Von der nachrangigen Verbindlichkeit (3) befinden sich zum Bilanzstichtag 0,5 (i. V.: 0,5) Mio. € im eigenen Bestand. Die Mittelaufnahmen (15) und (16) zusammen sowie die nachrangigen Verbindlichkeiten (17) und (22) übersteigen jeweils 10% des gesamten Nachrangkapitals. Die nachrangigen Verbindlichkeiten (20) und (21) wurden 1999 redenominiert (152 bzw. 128 Mio. €). Der Zinssatz für die nachrangige Verbindlichkeit (24) wurde wie folgt vereinbart: 4,75 bis 31. März 2009, danach 4,75 + 81% der Differenz der am Zinstag gültigen 10-Jahres-Euro-Swap-Rate (Constant Maturity Swap) minus 4,75 %, jedoch mindestens 4,75 %.

Der Zinsaufwand für nachrangige Verbindlichkeiten 2001 in der AG beträgt 127 (i. V.: 136) Mio. €. Dieser Zinsaufwand setzt sich zusammen aus laufenden Zinsaufwendungen in Höhe von 146 (i. V.: 146) Mio. € und Erträgen aus Swap-Geschäften in Höhe von 19 (i. V.: 10) Mio. €.

Ansprüche von Gläubigern auf Rückzahlung dieser Verbindlichkeiten sind gegenüber anderen Gläubigern nachrangig. Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung kann nicht entstehen. Im Falle einer Liquidation dürfen sie erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden.

(19.2) Konzern

	Nominalwert in Mio. €	Emittent	Zinssatz
(1)	71	Bankgesellschaft Berlin AG	7,00 – 8,25 %
(2)	90	Landesbank Berlin – Girozentrale –	4,74 – 5,43 %
(3)	174	Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG	4,04 – 2,75 %
(4)	26	Allgemeine Privatkundenbank AG	4,34 – 8,70 %
(5)	2.652	BGB Finance (Ireland) plc	Zerobond – 8,00 %

Von den nachrangigen Verbindlichkeiten (5) wurden 1.016 (i. V.: 1.031) Mio. € in Fremdwährung aufgenommen.

Von den gesamten nachrangigen Verbindlichkeiten in Höhe von 3.013 (i. V.: 3.023) Mio. € – AG: 2.577 (i. V.: 2.588) Mio. € – entsprechen 2.984 (i. V.: 3.000) Mio. € – AG: 2.495 (i. V.: 2.568) Mio. € – den Anforderungen des Kreditwesengesetzes für die Anerkennung als haftendes Eigenkapital.

Der Zinsaufwand für nachrangige Verbindlichkeiten 2001 im Konzern beträgt 141 (i. V.: 150) Mio. €.

(20) Genussrechtskapital • In den Konzernabschluss einbezogene Gesellschaften haben Genussrechte in Höhe von 3 (i. V.: 31) Mio. € ausgegeben. Diese Genussrechte verbriefen ausschließlich Gläubigerrechte und erfüllen – wie im Vorjahr – nicht die Voraussetzungen für die Anerkennung als haftendes Eigenkapital nach den Vorschriften des Gesetzes über das Kreditwesen, da die Restlaufzeit zwei Jahre unterschreitet.

(21) Eigenkapital • Die auf der Hauptversammlung am 29. August 2001 beschlossene Kapitalerhöhung der Bankgesellschaft Berlin AG wurde am 4. Oktober 2001 ins Handelsregister eingetragen.

Das gezeichnete Kapital der Bankgesellschaft Berlin AG beträgt nach der Ausgabe von jungen Aktien 2.555 Mio. € und ist eingeteilt in 999.327.870 Stückaktien. In die Kapitalrücklage wurden 3 Mio. € eingestellt.

Die Hauptversammlung vom 29. August 2001 hat die Bankgesellschaft Berlin AG ermächtigt, bis zum 30. September 2002 zum Zwecke des Wertpapierhandels eigene Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG zu erwerben. Die Erwerbspreise dürfen den durchschnittlichen Einheitskurs der Aktien an den jeweils zehn vorangegangenen Börsentagen nicht um mehr als 10% über- bzw. unterschreiten. Der Handelsbestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien darf 5% des Grundkapitals der Bankgesellschaft Berlin AG am Ende jedes Tages nicht übersteigen.

Zum Jahresende befanden sich 27.090.540 (i. V.: 3.504.832) Stückaktien mit einem Buchwert von 70 (i. V.: 53) Mio. € für Handelszwecke im Bestand der Bank. Der Anteil am gezeichneten Kapital beträgt 2,711 (i. V.: 1,607) %. Der höchste Tagesbestand belief sich auf 27.090.540 Stück, das entspricht 2,711% des gezeichneten Kapitals.

Im gesamten Jahr wurden 23.640.778 Stück zum Durchschnittskurs von 3,93 € je Stück gekauft und 55.070 Stück zum durchschnittlichen Kurs von 10,92 € je Stück verkauft.

Darüber hinaus befinden sich 405.695 Stückaktien mit einem Buchwert von 1 Mio. € im Bestand der Bank. Diese wurden von Ende Mai bis Ende Juni 2001 gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 1 AktG zum Durchschnittskurs von 9,63 € über die Börse erworben. Dies erfolgte gesetzeskonform, um schweren Schaden von der Bank abzuwehren. Der Anteil am gezeichneten Kapital beträgt 0,041 %.

Gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 29. August 2001 besteht bis zum 30. September 2002 die Möglichkeit des Erwerbs von eigenen Aktien zu anderen Zwecken als dem Handel in eigenen Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG. Davon wurde im Berichtsjahr 2001 kein Gebrauch gemacht.

Im Kreditgeschäft waren am Jahresende 2001 gemäß § 71e AktG 2.337.585 (i. V.: 1.775.448) eigene Stückaktien als Pfand genommen; dies entsprach 0,23 (i. V.: 0,81) % des gezeichneten Kapitals.

Der Bilanzverlust für das Geschäftsjahr 2001 beträgt in der Bankgesellschaft Berlin AG 1.341 Mio. € unter Berücksichtigung eines Verlustvortrags aus dem Vorjahr in Höhe von 975 Mio. €.

Zum Konzern-Eigenkapital erläutern wir die Entwicklung der anderen Gewinnrücklagen:

in Mio. €	2001	2000
Stand 01.01.	156	330
Einstellung aus dem Jahresüberschuss	9	34
Entnahmen aus den anderen Gewinnrücklagen zwecks Einstellung in die Rücklage für eigene Anteile	- 18	- 53
Entnahmen aus den anderen Gewinnrücklagen zwecks Verlustausgleich (LBB)	0	- 154
Einstellungen/Entnahmen aus der Bewertung der assoziierten Unternehmen	2	6
Einstellungen/Entnahmen aus der Währungsumrechnung	10	6
Einstellungen/Entnahmen aus der Zwischenerfolgseliminierung und Schuldenkonsolidierung	959	6
Auswirkungen der Kapitalkonsolidierung	- 1.048	- 15
Eliminierung Ertrag aus Fusion BG/BB	0	- 4
Stand 31.12.	70	156

Angaben zu einzelnen GuV-Positionen

(22) Zinsüberschuss

in Mio. €	AG		Konzern	
	2001	2000	2001	2000
Zinserträge	3.765	3.499	10.228	10.539
aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	2.421	2.179	8.129	8.225
aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	1.344	1.320	2.099	2.314
Laufende Erträge	194	295	280	362
aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	144	237	275	353
aus Beteiligungen ¹⁾	14	12	3	7
aus verbundenen Unternehmen	36	46	2	2
Erträge aus Gewinngemeinschaften	45	4	7	7
Zinsaufwendungen	3.422	3.456	8.639	9.266
für Einlagen	2.608	2.656	6.073	6.115
für verbriefte Verbindlichkeiten	687	664	2.425	3.001
für nachrangige Verbindlichkeiten	127	136	141	150
Insgesamt	582	342	1.876	1.642

1) Im Konzernabschluss einschließlich assoziierter Unternehmen

(23) Provisionsüberschuss

in Mio. €	AG		Konzern	
	2001	2000	2001	2000
Wertpapier- und Emissionsgeschäft	62	83	130	184
Wertpapiere/Vermögensanlagen	57	70	122	167
Emissions- und Konsortialgeschäft	5	13	8	17
Zahlungsverkehr/Kontoführung	26	27	125	127
Kreditgeschäft	22	24	58	76
Kreditgeschäft	3	2	24	36
Avalprovisionen	11	14	22	28
Auslandsgeschäft	8	8	12	12
Kartengeschäft	34	32	47	44
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	-2	3	26	31
Sorten-/Devisengeschäft	2	2	5	5
Sonstige Dienstleistungen	-4	1	21	26
Insgesamt	142	169	386	462

Die Darstellung wurde der Zwischenberichterstattung angepasst und weiter untergliedert; die Vorjahreszahlen wurden angepasst.

(24) Nettoergebnis aus Finanzgeschäften • Das Nettoergebnis aus Finanzgeschäften im Konzern bzw. nach Geschäftsarten setzt sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	2001	2000
Nettoergebnis	- 106	139
darunter:		
Bankgesellschaft Berlin	- 105	158
Landesbank Berlin	- 5	1
Übrige Kreditinstitute	1	- 14
Konsolidierung	3	- 6

in Mio. €	2001	2000
Ergebnis aus zinsbezogenen Geschäften	- 42	- 54
Ergebnis aus aktienbezogenen Geschäften	58	147
Ergebnis aus sonstigen Handelsgeschäften	21	47
Handelsergebnis	37	140
Bewertung aus eigenen Aktien	- 143	- 1
Ergebnis gemäß Gewinn- und Verlustrechnung	- 106	139

(25) Risikovorsorge • Die Risikovorsorge setzt sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	AG		Konzern	
	2001	2000	2001	2000
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	227	284	738	1.537
Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve	44	26	25	27
Reserven gemäß § 340f HGB	-	- 242	2	- 366
Insgesamt	271	68	765	1.198

Die Risikovorsorge für das Kreditgeschäft in der AG hat sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €	Adressenrisiko								Länder- risiko Kredit- geschäft		Gesamt		davon GuV- wirksam	
	Direkt- abschrei- bungen		EWB ¹⁾		PWB ²⁾		Rück- stellungen Kredit- geschäft		2001	2000	2001	2000	2001	2000
	2001	2000	2001	2000	2001	2000	2001	2000						
Stand 01.01.			1.804	1.700	70	58	148	90	12	12	2.034	1.860		
Zuführungen			225	277	1	12	61	79	4	0	291	368	291	368
Inanspruchnahmen			247	126						0	247	126		
Auflösungen			76	85			10	8	0	0	86	93	86	93
Direktabschreibungen	26	14											26	14
Eingänge auf abge- schriebene Forderungen	4	5											4	5
Umbuchungen			5	24			- 5	- 13			0	11		
Wechselkursänderungen			10	14							10	14		
Stand 31.12.			1.721	1.804	71	70	194	148	16	12	2.002³⁾	2.034³⁾	227	284

- 1) Einzelwertberichtigung
2) Pauschalwertberichtigung
3) ohne Altkredite

Die Risikovorsorge für das Kreditgeschäft im Konzern hat sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €	Adressenrisiko								Länder- risiko Kredit- geschäft		Gesamt		davon GuV- wirksam	
	Direkt- abschrei- bungen		EWB ¹⁾		PWB ²⁾		Rück- stellungen Kredit- geschäft		2001	2000	2001	2000	2001	2000
	2001	2000	2001	2000	2001	2000	2001	2000						
Stand 01.01.			4.366	3.125	245	179	199	157	22	33	4.832	3.494		
Zuführungen			912	1.612	12	70	92	104	4	1	1.020	1.787	1.020	1.787
Inanspruchnahmen			389	236			3	9		13	392	258		
Auflösungen			273	226	12	5	23	22	3	1	311	254	311	254
Direktabschreibungen	38	29											38	29
Eingänge auf abge- schriebene Forderungen	9	25											9	25
Umbuchungen ³⁾			28	77	- 1	1	- 7	- 31	0	2	20	49		
Wechselkursänderungen			10	14	2						12	14		
Stand 31.12.			4.654	4.366	246	245	258	199	23	22	5.181	4.832	738	1.537

- 1) Einzelwertberichtigung
2) Pauschalwertberichtigung
3) Inkl. Bestandserhöhung durch Erweiterung des Konsolidierungskreises

Die Bemessung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird insbesondere durch Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Kreditausfälle, der Struktur und der Qualität der Kreditportfolios sowie gesamtwirtschaftlicher Einflussfaktoren bestimmt.

Für alle erkennbaren Risiken im in- und ausländischen Kreditgeschäft haben wir konzerneinheitlich Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen in Höhe der erwarteten Ausfälle gebildet. Einzelwertberichtigungen werden aufgelöst, sobald sich entweder der Wert der Forderung entsprechend erhöht, die Sicherheitenbewertung oder die Bonität des Kreditnehmers sich grundlegend und nachhaltig verbessert haben.

Die Berechnung der Pauschalwertberichtigung erfolgte in Anlehnung an die Empfehlung des Bankenfachausschusses des IDW „Zur Bildung von Pauschalwertberichtigungen für das latente Kreditrisiko im Jahresabschluss von Kreditinstituten“ (BFA 1/1990).

Für grenzüberschreitende Ausleihungen mit akutem Transferrisiko bilden wir nach konzerneinheitlichen Richtlinien Vorsorge durch Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen für Bürgschaftsverpflichtungen. Bei den Länderwertberichtigungen berücksichtigen wir das Risikoexposure, das die Summe der Bruttoexposure abzüglich der Forderungen aus kommerziellem Geschäft (< 1 Jahr Restlaufzeit) und alle Bank-zu-Bank-Finanzierungen (< 1,5 Jahre Restlaufzeit) ist. Uns zustehende, werthaltige Sicherheiten, die nicht vom Transferrisiko des entsprechenden Landes betroffen sind, vermindern dabei unser Risikoexposure. Der Kreis der Länder mit akutem Transferrisiko und die Höhe des entsprechenden Wertberichtigungssatzes wird der jeweiligen aktuellen Risikosituation angepasst.

Über die für das Kreditgeschäft gebildete Vorsorge für Länderrisiken hinaus bestehen keine weiteren Vorsorgen für Länderrisiken Wertpapiere (i. V.: 0 Mio. €).

Der Bestand der Kredit-Risikovorsorge entfällt auf:

in Mio. €	AG		Konzern	
	2001	2000	2001	2000
Forderungen an Kreditinstitute	90	103	114	132
Forderungen an Kunden	1.717	1.783	4.801	4.492
Rückstellungen	195	148	258	199
Sonstige Positionen	0	0	8	9
Insgesamt	2.002	2.034	5.181	4.832

(26) Geografische Aufteilung von Ertragspositionen • Die nachfolgende geografische Aufteilung der Ertragspositionen erfolgt nach dem Standort der den Ertrag erzielenden Einheit (Tochtergesellschaften, Niederlassungen, Filialen).

(26.1) AG

in Mio. €	Erträge aus dem Inland		Erträge aus dem Ausland		Erträge insgesamt	
	2001	2000	2001	2000	2001	2000
Zinserträge	2.197	1.958	1.568	1.542	3.765	3.500
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen	158	295	36	–	194	295
Provisionserträge	179	224	6	10	185	234
Nettoertrag aus Finanzgeschäften	–	158	–	–	–	158
Sonstige betriebliche Erträge	95	64	10	9	105	73

(26.2) Konzern

in Mio. €	Erträge aus dem Inland		Erträge aus dem Ausland		Erträge insgesamt	
	2001	2000	2001	2000	2001	2000
Zinserträge	7.742	8.059	2.486	2.480	10.228	10.539
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen	255	357	40	12	295	369
Provisionserträge	424	516	33	38	457	554
Nettoertrag aus Finanzgeschäften	–	153	–	– 14	–	139
Sonstige betriebliche Erträge	556	770	4	12	560	782

(27) Andere Verwaltungsaufwendungen im Konzern

in Mio. €	2001	2000
Gebäude- und Raumkosten	150	138
EDV	244	188
Werbung und Marketing	47	45
Beratungen, Prüfungen, Beiträge	113	66
Geschäftsbetriebskosten	84	74
Betriebs- u. Geschäftsausstattung	13	12
Personalabhängige Sachkosten	34	34
Umsatzsteuer auf Konzernleistungen	11	15
Insgesamt	696	572

Zur Erhöhung der Transparenz und der Vereinheitlichung der Systeme des ex- und internen Berichtswesens wurde im Rahmen der Einführung von SAP der Kostenartenkatalog umstrukturiert und feiner gegliedert. Die Struktur der obigen Tabelle folgt dem neuen Kostenartenkatalog; die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst.

**(28) Sonstige betriebliche Aufwendungen und Sonstige betriebliche Erträge
im Konzern**

in Mio. €	2001		2000	
	Sonstige betriebliche Aufwendungen	Sonstige betriebliche Erträge	Sonstige betriebliche Aufwendungen	Sonstige betriebliche Erträge
Kreditinstitute	240	251	78	214
IBG/IBAG/LPFV	609	495	585	601
Materialaufwand	244		301	
Abschreibungen	26		123	
Sonstige betriebliche Aufwendungen	237		161	
Risikoaufwendungen	102			
Umsatzerlöse		378		515
Bestandserhöhungen/ -minderungen		38		46
Sonstige betriebliche Erträge		79		40
Sonstige Unternehmen	3	572	1.002 ¹⁾	498
Konsolidierungen	- 106	- 758 ²⁾	- 128	- 531 ²⁾
Insgesamt	746	560	1.537	782

1) Davon 996 Mio. € LPFV

2) Leistungsumfang der Servicegesellschaften; dort Umsatztätigkeit

(29) Außerordentliche Aufwendungen und Außerordentliche Erträge • In der AG wurden, basierend auf dem neuen Restrukturierungskonzept, Rückstellungen in Höhe von 214 Mio. € zu Lasten der außerordentlichen Aufwendungen gebildet. Die aus dem vormaligen Restrukturierungskonzept gebildeten Rückstellungen wurden – unter Berücksichtigung der Inanspruchnahmen – in Höhe von 128 Mio. € erfolgswirksam aufgelöst. Nach Maßgabe der Abschirmung durch das Land Berlin konnte eine Sonderausschüttung der LPFV vereinnahmt werden. Gleichfalls konnten die im Vorjahr für das Immobiliendienstleistungsgeschäft gebildeten Rückstellungen aufgelöst werden.

Die AG hat der IBG – auf Grund der 1997 bestehenden Patronatsverpflichtung – für den zu erwartenden Aufwand aus einer das Geschäftsjahr 1997 betreffenden Betriebsprüfung einen einmaligen Zuschuss in Höhe von 10 Mio. € gewährt. Im Konzern wurden die entsprechenden Vorgänge eliminiert.

Die außerordentlichen Aufwendungen und Erträge im Konzern stellen sich wie folgt dar:

in Mio. €	2001		2000	
	Außerordentliche Aufwendungen	Außerordentliche Erträge	Außerordentliche Aufwendungen	Außerordentliche Erträge
Vorsorge für das Immobiliengeschäft	-		249	
Auflösung der Vorsorge für das Immobilienfondsgeschäft		249	-	-
Restrukturierungsvorsorge	463 ¹⁾	128	135	-
Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft	-		5	
Auflösung Rückstellung für Immobilienfonds (LPFV)		716		-
Sonstige	2			
Insgesamt	465¹⁾	1.093	389	-

1) Davon: 17 Mio. € bereits im Geschäftsjahr als laufender Aufwand erfasst

(30) Ertragsteuern im Konzern • Der Konzern Bankgesellschaft Berlin besteht grundsätzlich aus zwei steuerlichen Organkreisen sowie Unternehmen, die keinem dieser Organkreise angehören. Die Organträger, Bankgesellschaft Berlin AG und Landesbank Berlin, sind zu 75,01% über eine atypisch stille Beteiligung der Bankgesellschaft an der Landesbank miteinander verbunden.

Das steuerliche Einkommen der Landesbank Berlin wird zu 75,01% der Bankgesellschaft Berlin zugerechnet und von ihr versteuert, während der Gewerbeertrag in der Landesbank Berlin endgültig der Gewerbesteuer unterliegt. Unsere ausländischen Tochtergesellschaften und Niederlassungen werden in ihrem jeweiligen Sitzstaat besteuert; an die Bankgesellschaft Berlin AG fließende Dividenden bleiben hier im Wesentlichen steuerfrei.

Die Ertragsteuern im Konzern entwickelten sich wie folgt:

in Mio. €	2001	2000
Tatsächliche Steuern	55	76
Latente Steuern	- 2	4
Insgesamt	53	80

Die latenten Steuern ergeben sich als Saldo aus Zuführung und Auflösung von Steuerabgrenzungen, die aufgrund zeitlicher Unterschiede von handels- und steuerrechtlichem Ergebnis im Konzernabschluss vorzunehmen sind. In den Einzelabschlüssen sind keine Abgrenzungen für latente Steuern enthalten.

Die Überleitung vom rechnerischen zum ausgewiesenen Steueraufwand im Konzern wird wie folgt dargestellt:

in Mio. €	2001	2000
Ergebnis vor Ertragsteuern	- 59	- 1.569
Anzuwendender Satz ¹⁾	39%	52%
Rechnerischer Ertragsteueraufwand	0	0
Steuereffekte		
temporäre Unterschiede Handels- und Steuerbilanz	11	56
ausländische Einkünfte	47	27
unterschiedliche Rechtsnormen	0	0
nicht abziehbare Aufwendungen	0	0
sonstige Unterschiede	- 5	- 3
Ausgewiesene Ertragsteuern	53	80

1) Der als Grundlage für die Überleitungsrechnung verwendete Ertragsteuersatz setzt sich aus 17% Gewerbesteuer und dem in Deutschland geltenden Körperschaftsteuersatz von 25% zzgl. 5,5% Solidaritätszuschlag für thesaurierte Gewinne, bezogen auf das Ergebnis nach Gewerbesteuern zusammen

Die Steuereffekte aus temporären Unterschieden zwischen Handels- und Steuerbilanz ergeben sich ausschließlich aus phasenfremdem Steueraufwand. Die Auswirkungen aus ausländischen Einkünften resultieren aus dem Umstand, dass die inländischen Verluste nicht mit den positiven Ergebnissen der ausländischen Konzernunternehmen bzw. der ausländischen Niederlassungen ausgleichsfähig sind. Die sonstigen Unterschiede ergeben sich aus dem Steueraufwand der konsolidierungspflichtigen Inlands- und Auslandstochtergesellschaften abzüglich des zu konsolidierenden Steueraufwands.

(31) Steuerabgrenzungen im Konzern • Die im Vorjahr gem. § 306 HGB vorgenommene aktive Steuerabgrenzung ist entsprechend dem Grad der Erfolgsrealisierung im Konzernabschluss mit 5 (i. V.: 9) Mio. € verbraucht worden. Ferner wurden im Geschäftsjahr 2001 für weitere, aus der Eliminierung von Zwischenerfolgen resultierende zeitlich befristete Ergebnisunterschiede aktive Steuerabgrenzungen von 7 Mio. € vorgenommen. Der Gesamtbetrag von 22 (i. V.: 20) Mio. € wird in der Konzernbilanz unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen.

(32) Angaben zur Kapitalflussrechnung • Die Kapitalflussrechnung informiert über Stand und Entwicklung der Zahlungsmittel der Bank, getrennt nach den Bereichen operative Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit. Die Erstellung erfolgte nach dem Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 2 (DRS 2) ergänzt durch den bankspezifischen Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 2-10 (DRS 2-10).

Die Zuordnung der Zahlungsströme zur operativen Geschäftstätigkeit erfolgt in Anlehnung an die Abgrenzung des Betriebsergebnisses. Der Cash-Flow aus Investitionstätigkeit resultiert im Wesentlichen aus Ein- und Auszahlungen im Zusammenhang mit der Veräußerung oder dem Erwerb von Finanzanlagen bzw. Sachanlagen. In der Mittelveränderung aus der Finanzierungstätigkeit werden ausschließlich die Beziehungen zu den Eigenkapitalgebern berücksichtigt.

Der ausgewiesene Zahlungsmittelbestand umfasst die Bilanzpositionen Barreserve (1.361 Mio. €) sowie Schuldtitel öffentlicher Stellen, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind (92 Mio. €). Verfügungsbeschränkungen liegen nicht vor.

Die Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten beinhaltet Bewertungsergebnisse aus Handelsgeschäften, die Veränderungen bei den latenten Steuern, Abschreibungen und Veräußerungsergebnisse auf immaterielle Vermögenswerte sowie das Bewertungsergebnis aus assoziierten Unternehmen.

Zum Erwerb von Anteilen an im Geschäftsjahr 2001 vollkonsolidierten Unternehmen wurden 35 Mio. € aufgewandt. Dabei wurden Zahlungsmittel in Höhe von 51 Mio. € übernommen, so dass sich im Saldo ein Mittelzufluss in Höhe von 16 Mio. € ergab. Im Konzern wirkt sich dies durch die Fortschreibung der im Vorjahr vorgenommenen Eliminierung des Veräußerungsgewinns nur zu einem geringen Teil aus.

Durch diese Konsolidierungsmaßnahmen haben sich die Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten im Konzernabschluss wie folgt verändert:

	Zugänge Mio. €	Abgänge Mio. €
Aktiva		
Zahlungsmittelbestand	51	–
Forderungen an Kreditinstitute	260	–
Forderungen an Kunden	–	382
Wertpapiere	16	–
Andere operative Aktiva	867	–
Passiva		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	326	–
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	–	222
Verbriefte Verbindlichkeiten	–	–
Andere operative Passiva	660	–

Liquiditätsunwirksame Investitions- und Finanzierungstätigkeiten lagen nicht vor.

Kapitalflussrechnung der Bankgesellschaft Berlin – Konzern

in Mio. €	31.12.2001	31.12.2000
Jahresüberschuss	- 112	- 1.648
Im Jahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cash-Flow aus operativer Geschäftstätigkeit		
Abschreibungen, Wertberichtigungen, Zuschreibungen	1.070	1.081
Veränderungen der Rückstellungen	- 635	94
Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten	74	- 365
Ergebnis aus der Veräußerung von Anlagevermögen	0	- 5
Sonstige Anpassungen (per saldo)	- 2.724	- 1.931
Zwischensumme	- 2.327	- 2.774
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile „+“ = Mittelzufluss / „-“ = Mittelabfluss		
Forderungen an Kreditinstitute	4.585	- 742
an Kunden	3.195	- 2.102
Wertpapiere des Handels- und Liquiditätsbestands	3.615	- 8.188
Andere Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit	5.247	- 1.096
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	- 5.081	9.888
gegenüber Kunden	- 208	- 809
Verbriefte Verbindlichkeiten	- 10.696	984
Andere Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit	- 1.028	3.863
Erhaltene Zinsen und Dividenden	11.130	10.393
Gezahlte Zinsen	- 9.007	- 8.037
Außerordentliche Auszahlungen	- 34	- 43
Ertragsteuerzahlungen	136	13
Cash-Flow aus operativer Geschäftstätigkeit	- 473	1.350
Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	2.429	3.345
Sachanlagen	79	118
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	- 2.958	- 4.514
Sachanlagen	- 433	- 198
Effekte aus der Veränderung des Konsolidierungskreises		
Einzahlungen aus der Veräußerung von konsolidierten Unternehmen	0	35
Auszahlungen für den Erwerb von konsolidierten Unternehmen	- 35	- 15
Mittelveränderung aus sonstiger Investitionstätigkeit	17	- 22
Cash-Flow aus Investitionstätigkeit	- 901	- 1.251
Einzahlungen aus Kapitalerhöhungen ¹⁾	2.047	0
Dividendenzahlungen	0	- 131
Mittelveränderung aus sonstiger Finanzierungstätigkeit	- 59	- 19
Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit	1.988	- 150
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Vorperiode	840	889
Cash-Flow aus operativer Geschäftstätigkeit	- 473	1.350
Cash-Flow aus Investitionstätigkeit	- 901	- 1.251
Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit	1.988	- 150
Wechselkursbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	- 1	2
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Periode	1.453	840

1) Inklusive Anteile Dritter Berlin Hyp (47 Mio. €)

(33) Anteilige Ergebnisse der Geschäftssegmente im Konzern • Die Darstellung der Segmentergebnisse entspricht in Gliederung und inhaltlicher Darstellung dem Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 3 (DRS 3) zur Segmentberichterstattung sowie Nr. 3-10 (DRS 3-10) zur Segmentberichterstattung für Kreditinstitute.

Das Segmentvermögen beinhaltet die bilanziellen Aktiva des jeweiligen Segments (Netto). Bei den in der Summe der bankbetrieblichen Tätigkeit ausgewiesenen Segmenten sind dies im Wesentlichen die Forderungen an Kunden. Die Segmentverbindlichkeiten beinhalten analog die bilanziellen Passiva. Bei den in der Summe der bankbetrieblichen Tätigkeit ausgewiesenen Segmenten sind dies im Wesentlichen die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und die verbrieften Verbindlichkeiten.

Die Ermittlung des Zinsüberschusses je Geschäftssegment erfolgt auf der Grundlage der Marktzinsmethode. Dabei wird für jedes Produkt auf Einzelgeschäftsbasis ein Margenergebnis als Differenz zwischen dem Kundenzins und einem internen Verrechnungszins ermittelt. Alle weiteren Erträge und die Kreditrisikovorsorge werden über die Kundenverbindung den Geschäftssegmenten zugeordnet. Grundprinzip der Zurechnung des Verwaltungsaufwands auf die Geschäftssegmente ist die verursachungsgerechte Verrechnung. Im dezentralen Bereich erfolgt die Verrechnung gemäß des Vertriebsauftrags der Organisationseinheiten. Im zentralen Bereich erfolgt die Verrechnung anhand der Funktionen oder Tätigkeiten, die eine Organisationseinheit für ein Segment wahrnimmt.

Die Risikopositionen sind die Risikoaktiva und Marktrisiken gemäß Grundsatz I auf Ebene des jeweiligen Segments. Das allokierte Kapital ist ein intern betriebswirtschaftlich definiertes ökonomisches Kapital. Bezugsgrößen für seine Ermittlung sind die dem Segment zugeordneten Risikopositionen und die Verwaltungsaufwendungen des Segments. Als Risikopositionen zur Berechnung des allokierten Kapitals kommen ab 2001 Durchschnittswerte zum Ansatz, in der Segmenttabelle ausgewiesen sind Stichtagswerte. Die Vorjahreswerte des allokierten Kapitals wurden entsprechend angepasst. Die Rentabilität des allokierten Kapitals ergibt sich als Quotient aus Ergebnis vor Steuern pro Segment und dem zugeordneten ökonomischen Kapital. Die Cost-Income-Ratio ist der Quotient aus Verwaltungsaufwand und Summe der Erträge gemäß obiger GuV-Gliederung.

Als Mitarbeiterzahlen werden Mitarbeiterkapazitäten (ohne Auszubildende) per Stichtag ausgewiesen.

Das Kapitalmarktgeschäft des Konzerns bildet das originäre (Eigen-) Handelsgeschäft des Konzerns ab. Im Segment Zinsmanagement haben wir die Erträge aus dispositiven Maßnahmen und der Realisierung von Reserven separiert. Dort sind auch das Aktiv-/Passiv-Management-Ergebnis des Konzerns, die in den Corporate Centern anfallenden Zinskonditionenbeiträge (insbesondere aus der Anlage des Eigenkapitals) sowie Bewertungsergebnisse von Wertpapieren (inkl. eigener Aktien) enthalten.

Zum Zwecke der Überleitung von der Summe der bankbetrieblichen Tätigkeit auf das Konzernergebnis werden die Immobiliendienstleistungen, das Fördergeschäft und die Konsolidierung gesondert dargestellt.

Zur besseren Transparenz wird die Summe der kundenorientierten Geschäftssegmente gesondert ausgewiesen. Das Geschäftssegment Private Kunden entspricht inhaltlich der Summe der beiden im Vorjahr getrennt ausgewiesenen Segmente Privatkunden und Private Vermögensanlagen.

Auf die Darstellung einer sekundären Segmentstruktur wird aufgrund der regionalen Konzentration auf Berlin/Brandenburg verzichtet.

Anteilige Ergebnisse der Strategischen Geschäftsfelder im Konzern
IST/IST

	in Mio. €	Private Kunden ¹⁾	Firmen- kunden	Öffentliche Hand	Groß- kunden/ Ausland	Kapital- markt- geschäft
Zinsüberschuss	2001 2000	678 733	208 224	19 18	134 135	215 231
Provisionsüberschuss	2001 2000	264 311	44 44	1 1	17 16	21 32
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	2001 2000	5 10	- 2 - 1		3 1	30 133
Saldo der sonstigen Erträge/Aufwendungen	2001 2000	2 13		1	2 1	17 11
Summe Erträge	2001 2000	949 1.067	250 267	20 20	156 153	283 407
Personalaufwand	2001 2000	336 316	88 86	5 5	33 24	80 77
Andere Verwaltungsaufwendungen	2001 2000	573 508	78 82	6 5	38 51	112 91
Normalabschreibungen	2001 2000	17 11			1 1	3
Verwaltungsaufwand	2001 2000	926 835	166 168	11 10	72 76	195 168
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	2001 2000	23 232	84 99	9 10	84 77	88 239
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	2001 2000	79 118	70 199	- 3 4	78 40	2 10
Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve	2001 2000	- 12 - 1			1 2	41 36
Veränderung der § 340f-HGB-Reserve	2001 2000					
Risikovorsorge	2001 2000	67 117	70 199	- 3 4	79 42	43 46
Betriebsergebnis nach Risikovorsorge	2001 2000	- 44 115	14 - 100	12 6	5 35	45 193
Ergebnis aus Finanzanlagen	2001 2000	40 8			- 3 - 7	3 1
Saldo der übrigen Positionen	2001 2000	- 15 - 17		- 1	- 12	
Ergebnis vor Steuern	2001 2000	- 19 106	14 - 97	12 5	- 10 28	48 194
Segmentvermögen	2001 2000	12.181 13.886	7.795 8.165	10.969 11.555	10.811 11.015	109.721 125.554
Segmentverbindlichkeiten	2001 2000	22.257 22.062	3.340 3.363	1.073 1.119	2.244 2.162	135.363 153.692
Risikopositionen	2001 2000	9.293 9.732	6.385 7.154	1.465 1.434	9.997 10.993	27.646 29.145
Allokiertes Kapital ⁴⁾	2001 2000	1.541 1.445	598 623	110 100	742 622	2.164 1.764
Mitarbeiterkapazitäten (Stichtag)	2001 2000	6.258 6.104	1.297 1.366	63 74	314 302	510 558
Rentabilität des allokierten Kapitals (bezogen auf das Ergebnis vor Steuern)	2001 2000	- 1,2% 7,3%	2,3% - 15,6%	10,9% 5,0%	- 1,3% 4,5%	2,2% 11,0%
Cost-Income-Ratio	2001 2000	97,6% 78,3%	66,4% 62,9%	55,0% 50,0%	46,2% 49,7%	68,9% 41,3%

1) 2001 inkl. Mitarbeiterkapazitäten (MAK) des DirektBankService (322) und anteilig der BG Polska (46) und exkl. LBS (2000: 122 MAK)

2) 2001 exkl. 322 MAK des DirektBankService, die im Segment Private Kunden ausgewiesen werden

3) IBAG, IBG und LPFV: Die anderen Verwaltungsaufwendungen und die Normalabschreibungen werden in den sonstigen Aufwendungen bzw. im Saldo sonstige Erträge/Aufwendungen ausgewiesen

4) Konzern: durchschnittliches bilanzielles Eigenkapital

Immobilienfinanzierung	Summe kundenorientierte SGFs	Zinsmanagement	Corporate Center ²⁾	Summe bankgesch. Tätigkeit	Immobilien-Dienstleistungen ³⁾	Fördergeschäft	Konsolidierung	Konzern
357	1.611	221		1.832	12	156	- 124	1.876
374	1.715	- 62		1.653	1	157	- 169	1.642
17	364	- 11		353		33		386
33	437	- 10		427		35		462
	36	- 146		- 110			4	- 106
	143	2		145			- 6	139
11	32	- 27	562	567	- 124	- 51	- 589	- 197
4	30		598	628	16	2	- 1.401	- 755
385	2.043	37	562	2.642	- 112	138	- 709	1.959
411	2.325	- 70	598	2.853	17	194	- 1.576	1.488
60	602		244	846	89	52	- 3	984
58	566		269	835	86	54	- 2	973
52	859		362	1.221		37	- 562	696
46	783		305	1.088		31	- 547	572
3	24		117	141		14	- 7	148
2	14		104	118		10	1	129
115	1.485		723	2.208	89	103	- 572	1.828
106	1.363		678	2.041	86	95	- 548	1.674
270	558	37	- 161	434	- 201	35	- 137	131
305	962	- 70	- 80	812	- 69	99	- 1.028	- 186
473	699	9		708		28	2	738
1.106	1.477	- 8		1.469		68		1.537
- 9	21	22		43		- 5	- 13	25
- 13	24			24			3	27
		2		2				2
- 82	- 82	- 241		- 323		- 43		- 366
464	720	33		753		23	- 11	765
1.011	1.419	- 249		1.170		25	3	1.198
- 194	- 162	4	- 161	- 319	- 201	12	- 126	- 634
- 706	- 457	179	- 80	- 358	- 69	74	- 1.031	- 1.384
- 2	38	- 38			- 356		357	1
10	16	- 262		- 246	- 319		580	15
235	208	- 273	- 250	- 315	656		233	574
- 279	- 298	- 142		- 440	- 583	- 1	834	- 190
39	84	- 307	- 411	- 634	99	12	464	- 59
- 975	- 739	- 225	- 80	- 1.044	- 971	73	383	- 1.559
54.712	206.189	23.403		229.592	3.181	20.056	- 63.666	189.163
55.594	225.769	15.618		241.387	1.958	20.742	- 59.279	204.808
44.899	209.176	20.416		229.592	3.181	20.056	- 63.666	189.163
46.354	228.752	12.635		241.387	1.958	20.742	- 59.279	204.808
23.003	77.789	7.236		85.025		4.508		89.533
22.649	81.107	6.243		87.350		3.957		91.307
1.588	6.743	418	151	7.312	89	370	- 3.574	4.197
1.452	6.006	469	130	6.605	86	350	- 2.779	4.262
728	9.170		3.467	12.637	1.559	780		14.976
745	9.149		3.948	13.097	1.700	767		15.564
2,5%	1,2%			- 8,5%		3,2%		- 1,4%
- 67,1%	- 12,3%			- 15,8%		20,9%		- 36,6%
29,9%	72,7%			83,6%	- 79,5%	74,6%		93,3%
25,8%	58,6%			71,5%	505,9%	49,0%		112,5%

(34) Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen •

Die Bankgesellschaft Berlin AG trägt in Höhe ihrer (durchgerechneten) Beteiligungsquote bei ihren Tochterunternehmen i.S.v. § 290 Abs. 1 und 2 HGB, die in der Liste über den Anteilsbesitz gemäß § 313 Abs. 2 HGB entsprechend gekennzeichnet sind, von politischen Risiken abgesehen dafür Sorge, dass diese Gesellschaften ihre Verpflichtungen erfüllen können.

Nach der Detailvereinbarung mit dem Land Berlin (Einzelheiten s. Lagebericht) ist für die Verpflichtungen der daran beteiligten Gesellschaften des Konzerns Bankgesellschaft Berlin in einigen Fällen eine gesamtschuldnerische Haftung verschiedener Gesellschaften festgelegt worden. Die Haftungsverteilung im Innenverhältnis des Konzerns ist noch vorzunehmen. Die Detailvereinbarung enthält ferner Regelungen zu einem Besserungsschein, der als Teilgewinnabführungsvertrag mit einer Laufzeit von 15 Jahren ausgestaltet ist und sich an definierten Eigenkapitalquoten orientiert. Beginnend mit dem Geschäftsjahr 2002 bis zunächst einschließlich 2011 ist ein Festbetrag von jährlich 15 Mio. € an das Land Berlin zu zahlen. Über die konzerninterne Aufteilung dieser Kosten wird noch eine endgültige Regelung getroffen. Darüber hinaus bieten die Bankgesellschaft Berlin bzw., soweit die IBG betroffen ist, Bankgesellschaft Berlin, Landesbank Berlin und Berlin Hyp gemeinsam dem Land Berlin für eine Dauer von fünf Jahren ab dem Zeitpunkt der Unterzeichnung der Detailvereinbarung unwiderruflich an, die von ihnen jeweils gehaltenen Anteile an der IBAG und/oder IBG und/oder der LPFV an das Land zu dann festzulegenden Konditionen zu verkaufen und abzutreten.

In den Jahren 1994 bis 2000 haben Komplementäre verschiedener Immobilienfonds Freistellungserklärungen von der Landesbank Berlin erhalten. Der Inhalt und der Umfang dieser aufsichtsrechtlich als Garantiegeschäfte einzustufenden Freistellungserklärungen auf den Jahresabschluss 2001 sind im Risikobericht des Lageberichts ausführlich dargestellt.

Darüber hinaus hat die Landesbank Berlin im Jahre 1994 mit den persönlich haftenden Gesellschaftern der Weberbank Privatbankiers KGaA im Innenverhältnis eine Obergrenze für deren persönliche Haftung vereinbart. Nach dieser Erklärung soll die Landesbank Berlin im Innenverhältnis die Haftung oberhalb dieser Grenze übernehmen. Ausführlich wird der Sachverhalt im Lagebericht beschrieben.

Gemäß § 5 Abs. 10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds ist die Bankgesellschaft Berlin AG verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V. von etwaigen Verlusten freizustellen, die bei ihm durch Maßnahmen zugunsten von im Mehrheitsbesitz des Instituts stehenden Kreditinstituten anfallen.

Die Landesbank Berlin ist neben anderen Landesbanken und dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Gewährträger der DGZ-DekaBank Deutsche Kommunalbank. Wegen der Beteiligung an der Weberbank Privatbankiers KGaA wurde eine Freistellungserklärung gegenüber dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands deutscher Banken abgegeben. Gegenüber der Sicherungsreserve der Landesbanken bestehen für die Landesbank Berlin Nachschussverpflichtungen bis zur Höhe von 33 (i. V.: 32) Mio. €.

Die bankgenutzten Gebäude Alexanderplatz, Prinzregentenstraße und Hardenbergstraße (zentrale Gebäude) sowie Brunnenstraße (Dienstleistungszentrum) werden von geschlossenen Immobilienfonds gehalten, die von Konzernunternehmen an den Markt gebracht wurden. Für die Bankgesellschaft Berlin AG und andere Konzerngesellschaften ergeben sich aus diesen Objekten gegenwärtig Mietverpflichtungen von jährlich 64 Mio. €.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen aus Mietgarantien bestanden im Konzern zum 31. Dezember 2001 in Höhe von 12,1 (i. V.: 13,3) Mrd. €, davon innerhalb eines Jahres fällig: 0,5 (i. V.: 0,5) Mrd. €. Der Konzern ist hiervon auf Basis der Detailvereinbarung durch das Land Berlin überwiegend freigestellt.

Einzahlungsverpflichtungen aus noch nicht voll eingezahlten Anteilen bestehen bei einigen Gesellschaften in Höhe von 3,5 (i. V.: 5) Mio. €. Nachschusspflichten aus Beteiligungen bestehen in Höhe von 47 (i. V.: 54) Mio. €, davon aus der Beteiligung an der Liquiditätskonsortialbank in Höhe von 14 (i. V.: 13) Mio. €.

Bei 22 (i. V.: 22) geschlossenen Immobilienfonds haben sich Konzernunternehmen verpflichtet, auf Verlangen der Kommanditisten deren Fondsanteile zu erwerben. Die Verpflichtung gliedert sich wie folgt:

Unternehmen	ab Jahr	Volumen 2001 Mio. €	Volumen 2000 Mio. €
Bankgesellschaft Berlin AG	2019	83	83
Landesbank Berlin – Girozentrale –	2019	101	101
Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH	2008	88	15
Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH	2019	3.100	2.701
		3.372	2.900

(35) Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt • Im Jahresdurchschnitt waren im Konzern der Bankgesellschaft Berlin tätig:

	AG		Konzern	
	2001	2000	2001	2000
im Bankgeschäft				
Vollzeitbeschäftigte	3.496	3.624	12.367	12.874
Teilzeitkräfte	537	553	2.104	1.994
Auszubildende	140	156	474	620
	4.173	4.333	14.945	15.488
im Immobiliendienstleistungsgeschäft¹⁾				
Vollzeitbeschäftigte	–	–	1.598	1.519
Teilzeitkräfte	–	–	179	102
Auszubildende	–	–	54	55
	–	–	1.831	1.676
Gesamt	4.173	4.333	16.776	17.164

1) IBG, LPFV, IBAG (i. V.: nur IBG)

(36) Bezüge des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie diesem Personenkreis gewährte Kredite • An Vorstände und Aufsichtsorgane wurden folgende Bezüge gezahlt:

in TEUR	2001	2000
Gesamtbezüge des Vorstands	4.536	4.261
Gesamtbezüge des Aufsichtsrats	186	186
an frühere Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene gezahlt	3.259	3.175
für Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis zurückgestellt	37.405	36.885

Zum Bilanzstichtag stellte sich der Gesamtbetrag der gewährten Vorschüsse und Kredite sowie eingegangenen Haftungsverhältnisse wie folgt dar:

in TEUR	2001	2000
an Mitglieder des Vorstands	156	223
an Mitglieder des Aufsichtsrats	195	803

(37) Mandate in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien • Die Mandate von Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats der Bankgesellschaft Berlin AG in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien (§§ 285 Nr. 10, 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB) und von Mitarbeitern der Bankgesellschaft Berlin AG in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (§ 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB) sind in den Anlagen 3 bzw. 4 zum Anhang dargestellt.

(38) Angaben über derivative Geschäfte

(38.1) AG

Produktbereiche des derivativen Geschäfts per 31.12.2001

in Mio. €	Restlaufzeit			Nominal- betrag Summe	Wiederbe- schaffungs- kosten ¹⁾
	<= 1Jahr	bis 5 Jahre	> 5 Jahre		
Zinsbezogene Geschäfte	299.590	273.414	217.394	790.398	9.697
Börsengehandelte Produkte	4.499	0	171	4.670	0
Zinsfutures	4.499		171	4.670	
Zinsoptionen					
OTC-Produkte	295.091	273.414	217.223	785.728	9.697
Zinsswaps	242.317	195.859	130.318	568.494	8.129
FRAs	31.345	1.146		32.491	45
Swaptions		33.097	65.447	98.544	1.177
Zinsoptionen, Käufe					
Zinsoptionen, Verkäufe					
sonstige Zinskontrakte	21.429	43.312	21.458	86.199	346
Währungsbezogene Geschäfte	39.476	3.714	2.484	45.674	856
Börsengehandelte Produkte	0	0	0	0	0
Devisenfutures					
Devisenoptionen					
OTC-Produkte	39.476	3.714	2.484	45.674	856
Devisentermingeschäfte	33.753	806		34.559	602
Cross-Currency-Swaps	5.525	2.857	2.484	10.866	254
Devisenoptionen, Käufe	102	25		127	
Devisenoptionen, Verkäufe	96	26		122	
sonstige Devisenkontrakte					
Aktien-/Indexbezogene Geschäfte	4.823	614	118	5.555	72
Börsengehandelte Produkte	3.084	230	0	3.314	
Aktien-/Indexfutures	1.814			1.814	
Aktien-/Indexoptionen	1.270	230		1.500	
OTC-Produkte	1.739	384	118	2.241	72
Aktien-/Index-Swaps					
Aktien-/Indexoptionen, Käufe	371	181	108	660	72
Aktien-/Indexoptionen, Verkäufe	220	203	10	433	
sonst. preisrisikobehaftete Geschäfte	1.148			1.148	
Kreditderivate	518	5.473	2.739	8.730	63
Insgesamt	344.407	283.215	222.735	850.357	10.688

1) Synonym für Kontrahentenausfallrisiko

Das angegebene Kontrahentenausfallrisiko wird durch die Wiederbeschaffungskosten im Falle des Kontrahentenausfalls beziffert. Die Wiederbeschaffungswerte sind die Summe aller positiven Marktwerte der derivativen Geschäfte. Eine Aufrechnung mit negativen Marktwerten findet nicht statt.

Kontrahentenstruktur im derivativen Geschäft nach Kreditrisikoäquivalenten		
in Mio. €	31.12.2001	31.12.2000
OECD-Institute; andere Kreditinstitute (nur Ursprungslaufzeiten bis 1 Jahr)	916	1.315
Sonstige Unternehmen, Privatpersonen	403	378
Insgesamt	1.319	1.693

Die angegebenen Kreditrisikoäquivalente wurden nach der Marktbewertungsmethode ermittelt, wie sie im Grundsatz I des Bundesaufsichtsamts für das Kreditwesen vorgesehen ist. Die Kreditrisikoäquivalente werden nach dem Kontrahentenrisiko gewichtet aufgeführt. Hierbei ist das Kontrahentennetting berücksichtigt.

(38.2) Konzern

Produktbereiche des derivativen Geschäfts per 31.12.2001

in Mio. €	Restlaufzeit			Nominal- betrag Summe	Wiederbe- schaffungs- kosten ¹⁾
	<= 1Jahr	bis 5 Jahre	> 5 Jahre		
Zinsbezogene Geschäfte	308.566	286.380	228.662	823.608	9.854
Börsengehandelte Produkte	4.499	0	171	4.670	0
Zinsfutures	4.499		171	4.670	
Zinsoptionen					
OTC-Produkte	304.067	286.380	228.491	818.938	9.854
Zinsswaps	250.870	207.623	140.942	599.435	8.284
FRAs	31.459	1.146	0	32.605	45
Swaptions	77	33.813	65.542	99.432	1.177
Zinsoptionen, Käufe					
Zinsoptionen, Verkäufe					
Sonstige Zinskontrakte	21.661	43.798	22.007	87.466	348
Währungsbezogene Geschäfte	42.071	4.342	3.960	50.373	992
Börsengehandelte Produkte	0	0	0	0	0
Devisenfutures					
Devisenoptionen					
OTC-Produkte	42.071	4.342	3.960	50.373	992
Devisentermingeschäfte	35.150	806		35.956	614
Cross-Currency-Swaps	6.722	3.485	3.960	14.167	378
Devisenoptionen, Käufe	102	25		127	
Devisenoptionen, Verkäufe	97	26		123	
Sonstige Devisenkontrakte					
Aktien-/Indexbezogene Geschäfte	4.856	615	118	5.589	74
Börsengehandelte Produkte	3.117	230	0	3.347	2
Aktien-/Indexfutures	1.814			1.814	
Aktien-/Indexoptionen	1.302	230		1.532	2
OTC-Produkte	1.739	385	118	2.242	72
Aktien-/Index-Swaps					
Aktien-/Indexoptionen, Käufe	371	181	108	660	72
Aktien-/Indexoptionen, Verkäufe	220	204	10	434	
Sonst. preisrisikobehaftete Geschäfte	1.148			1.148	
Kreditderivate	518	5.473	2.739	8.730	63
Insgesamt	356.011	296.810	235.479	888.300	10.983

1) Synonym für Kontrahentenausfallrisiko

Kontrahentenstruktur im derivativen Geschäft nach Kreditrisikoäquivalenten

in Mio. €	31.12.2001	31.12.2000
OECD-Institute; andere Kreditinstitute (nur Ursprungslaufzeiten bis 1 Jahr)	1.089	1.548
Sonstige Unternehmen, Privatpersonen	403	364
Insgesamt	1.492	1.912

Die derivativen Geschäfte sind – insbesondere im währungs- und im aktien-/indexbezogenen Geschäft – im Wesentlichen dem Handelsbestand zuzuordnen. Sowohl Eigenhandelsstrategien als auch die unverändert große Nachfrage unserer Kunden nach strukturierten Finanzierungen prägen den Handel mit derivativen Geschäften. Dabei entfällt ein großer Anteil auch auf die Deckung der sich ergebenden Zins-, Währungs- und Marktpreisschwankungen. Darüber hinaus werden derivative Geschäfte auch im Aktiv-/Passiv-Management zur Steuerung der Zinsrisiken im Anlagebuch eingesetzt.

(39) Deckungsrechnung des Konzerns • Für die im Umlauf befindlichen Emissionen der Landesbank Berlin sowie der Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG werden jeweils getrennte Deckungsregister geführt.

Die Deckungsrechnung stellt sich im Einzelnen wie folgt dar:

Deckungsregister

in Mio. €	2001	2000
Pfandbriefe im Umlauf	16.287	17.160
Deckungswerte		
Hypothekendarlehen und andere Darlehen	17.801	18.302
Deckungsüberhang	1.514	1.142
Kommunalschuldverschreibungen		
Öffentliche Pfandbriefe im Umlauf	35.838	37.924
Gedekte Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf	-	-
Deckungswerte		
Wertpapiere von öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten	1.334	887
Kommunaldarlehen und andere Darlehen	36.516	39.912
Deckungsüberhang	2.012	2.875

(40) Einführung Euro-Bargeld • Die Bankgesellschaft hat im Wege der vorzeitigen Abgabe von der Deutschen Bundesbank Euro-Bargeld erhalten und davon vorab an Dritte weitergegeben:

in Mio. €	AG	Konzern
Gesamtbetrag des		
– vorab erhaltenen Euro-Bargelds	284	1.056
– vorab an Dritte weitergegebenen Euro-Bargelds	20	52
Bestand am 31.12.2001	264	1.005

Berlin, den 26. April 2002

Vorstand

Vetter

Demolière

Dr. Evers

Pawlowski

Piel

Verzeichnis des Anteilsbesitzes

(§§ 285 Nr. 11 und 11a, 313 Abs. 2, 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB)

Anlage 1 zum Anhang

Gesellschaft, Sitz	Patro- nats- erklä- rung	Anteile im Konzern- besitz insgesamt	Eigen- kapital in TEUR	Ergebnis in TEUR	vom 31.12.2001 abweichender Jahresabschluss
Bankgesellschaft Berlin Aktiengesellschaft, Berlin					
Konsolidierte Tochterunternehmen					
Allgemeine Privatkundenbank Aktiengesellschaft, Hannover	(P)	99,8	155.900	22	
ARWOBAU Apartment- und Wohnungsbaugesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin ^{1) 12)}		99,9	91.811	1.093	
BANKENSERVICE GmbH Ein Unternehmen der Bankgesellschaft Berlin, Berlin	(P)	100,0	2.045	0 ⁴⁾	
Bankgesellschaft Berlin (Ireland) plc, Dublin ²⁾	(P)	100,0	154.015	19.893	
Bankgesellschaft Berlin (Polska) S.A., Warschau	(P)	100,0	67.295	3.532	
Bankgesellschaft Berlin (UK) plc, London	(P)	100,0	211.307	6.284	
Bankgesellschaft Berlin International S.A., Luxemburg	(P)	100,0	202.455	13.102	
Bauprojekt- und Facilitymanagement GmbH der Unternehmensgruppe Bankgesellschaft Berlin, Berlin	(P)	100,0	28	1	
BAUTRAKO Bauträger- und Koordinierungsgesellschaft mbH, Lohfelden ^{1) 12)}		100,0	1.300	0 ⁴⁾	
Bavaria Objekt- und Baubetreuung GmbH, Nürnberg ^{1) 12)}		100,0	18.603	- 1.474 ⁴⁾	
Bavaria Projektentwicklung GmbH -Bau-, Sanierungs-, Stadtentwicklungsprojekte-, Nürnberg ^{1) 12)}		100,0	- 1.747	- 2.798	
BB-DATA Gesellschaft für Informations- und Kommunikationssysteme mbH, Berlin	(P)	100,0	3.068	0 ⁴⁾	
Berlin-Hannoversche Hypothekenbank Aktiengesellschaft, Berlin/Hannover	(P)	89,7	575.537	- 92.184	
BGB Finance (Ireland) plc, Dublin ²⁾	(P)	100,0	5.001	1.208	
BG-SYS Bankgesellschaft Berlin AG & Co. Systementwicklungsgesellschaft beschränkt haftende oHG, Berlin		90,0	151	12	
DirektBankService GmbH Unternehmensgruppe Bankgesellschaft Berlin (vormals BCS BankCard Service GmbH), Berlin ²⁾	(P)	100,0	103	0 ⁴⁾	
DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungs- gesellschaft mbH, Frankfurt am Main ^{1) 12)}		99,0	10.736	0 ⁴⁾	
GEWOS Institut für Stadt-, Regional- und Wohnforschung GmbH, Hamburg ^{1) 12)}		95,1	1.012	- 29	
IBAG Immobilien und Beteiligungen AG, Berlin ¹²⁾		100,0	135.018	0 ⁴⁾	
Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaft der IBAG-Gruppe mbH, Berlin, ^{1) 12)}		100,0	511	0 ⁴⁾	
Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH, Berlin ²⁾		100,0	5.138	246.158	
Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin	(P)	atyp. stille Beteiligung	2.281.820	25.095	
LBB Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH Bau- und Projektentwicklungen, Berlin ^{1) 12)}		100,0	5.113	0 ⁴⁾	
LBB Landesbank Berlin Finance Curaçao N.V., Curaçao ¹⁾	(P)	100,0	3.442	2.892	
LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs GmbH, Berlin		100,0	693.284	693.270	

Gesellschaft, Sitz	Patro- nats- erklä- rung	Anteile im Konzern- besitz insgesamt	Eigen- kapital in TEUR	Ergebnis in TEUR	vom 31.12.2001 abweichender Jahresabschluss
S.T.E.R.N. Gesellschaft der behutsamen Stadterneuerung mbH, Berlin ^{1) 12)}		100,0	1.120	0 ⁴⁾	
Weberbank Privatbankiers KGaA (vormals Weberbank Berliner Industriebank KGaA), Berlin ¹⁾	(P)	95,0	191.000	13.000	
Zivnostenská banka a.s., Prag	(P)	85,2	82.506	4.879	
Nicht konsolidierte Tochterunternehmen					
ABIS Altkreditberatungs- und Inkasso Service GmbH, Berlin ¹⁾	(P)	100,0	51	0	31.12.2000
ABT No. 2 Ltd., London ¹⁾	(P)	100,0	74	28	31.12.2000
ABT No. 3 Ltd., London ¹⁾	(P)	100,0	416	30	31.12.2000
ACEMEWS SERVICES Ltd., London ^{1) 7)}		100,0	0	0	31.12.2000
ARWOBAU Immobilien- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin ¹⁾		100,0	254	0 ⁴⁾	31.12.2000
Babefi-Holding GmbH, Berlin		100,0	73	48	31.12.2000
Bankenservice Gesellschaft für elektronische Dienstleistungen für Banken mbH, Frankfurt am Main ¹⁾		100,0	118	1	31.12.2000
Bau- und Projektentwicklungsgesellschaft mbH der Unternehmensgruppe Bankgesellschaft Berlin, Berlin, ¹⁾		100,0	- 146	- 336	31.12.2000
Bavaria Emden GmbH & Co. KG, Nürnberg ¹⁾		100,0	- 21	- 4	31.12.2000
Bavaria Emden Verwaltungs GmbH, Nürnberg ¹⁾		100,0	33	0	31.12.2000
Bavaria Immobilienconsult und Baurevision GmbH, Berlin ¹⁾		100,0	256	0 ⁴⁾	31.12.2000
Bavaria KLS Wohnbauten GmbH (vormals Thesaurus XV Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH), Berlin ¹⁾		65,0	- 647	- 668	31.12.2000
Bavaria Liegenschaftsmanagement GmbH, Berlin ¹⁾		100,0	34	9	31.12.2000
BB Aval Gesellschaft für Außenhandelsfinanzierungen mbH, Berlin	(P)	100,0	- 8.281	- 1.552	31.12.2000
BB Privat Immobilien GmbH, Berlin		100,0	1.956	0	31.12.2000
BB-DATA Multimedia GmbH, Berlin ¹⁾		100,0	289	114	31.12.2000
BB-Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin	(P)	100,0	51	0 ⁴⁾	31.12.2000
BB-Hausverwaltung GmbH, Berlin ¹⁾		100,0	26	0 ⁴⁾	
BB-Immobilien-Service GmbH, Berlin		100,0	300	0 ⁴⁾	31.12.2000
BB-Leasing GmbH, Berlin ²⁾	(P)	100,0	1.534	0 ^{4) 9)}	31.12.2000
BB-Lincoln Inc., Wilmington, Delaware ¹⁾		90,0	1	- 2	31.12.1997
BB-Miete GmbH, Berlin ¹⁾		100,0	51	0 ⁴⁾	
BCA Hotels GmbH, Berlin ¹⁾		100,0	1.255	358	31.12.2000
BEGOHA-Verwaltungsgemeinschaft GbR der Bankgesellschaft Berlin AG, der Metro Vermögensverwaltung GmbH & Co. KG und der Gothaer Lebensversicherung a.G., Berlin		65,3	366	- 76	
Berlin Capital Fund GmbH, Berlin ²⁾	(P)	100,0	52.120	0 ^{4) 9)}	31.12.2000
Berlin Hyp Grundstücksverwaltung GbR, Berlin ¹⁾	(P)	100,0	27.848	- 15.812	31.12.2000
Berlin Hyp Immobilien GmbH, Berlin ¹⁾	(P)	100,0	26	0 ⁴⁾	31.12.2000
Berlin Hyp Projekt GmbH, Berlin ¹⁾	(P)	100,0	250	0 ⁴⁾	31.12.2000
Berlin Seed Capital Fund GmbH, Berlin ¹⁾	(P)	100,0	5.113	0 ⁴⁾	31.12.2000

Gesellschaft, Sitz	Patro- nats- erklä- rung	Anteile im Konzern- besitz insgesamt	Eigen- kapital in TEUR	Ergebnis in TEUR	vom 31.12.2001 abweichender Jahresabschluss
BG Property (Dublin) Limited, Dublin ¹⁾		100,0	- 133	- 51	31.12.2000
BGB Reinsurance Ltd., Dublin		100,0	3.147	927	31.12.2000
BGB US Real Estate, Inc., Wilmington ¹⁾		100,0	101	125	31.12.2000
BILDUNGS-AKADEMIE DER BANKGESELLSCHAFT Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin		100,0	1.252	0 ⁴⁾	31.12.2000
BSI Immobilien-Beteiligung GmbH & Co. Objekt Wilmersdorf oHG, Pöcking ¹⁾	(P)	100,0	- 13.150	947	
BUVI Besitz- und Verwaltungsgesellschaft für Immobilien mbH, Berlin	(P)	100,0	26	0 ⁴⁾	
Certa Immobilienverwaltung und Handels- gesellschaft mbH, Berlin ¹⁾		62,6	14	- 2	31.12.2000
con Finanz GmbH Gesellschaft für Beratung und Vermittlung von Finanzdienstleistungen, Hannover ¹⁾		100,0	25	0	31.12.2000
Crown Court Furniture London Ltd., London ^{1) 7)}	(P)	100,0	13	157	
Crown Court Property London Ltd., London ^{1) 7)}	(P)	100,0	18.505	272	
DEFAS Beteiligungs GmbH & Co. Vermietungs-KG, München ¹⁾	(P)	100,0	- 2.992	42	
DELTA Aktiengesellschaft für Investitionen, Berlin ¹⁾		61,0	- 12.626	- 1.187	31.01.1999
Erste IBV Universal Immobilien AG, Ludwigsfelde ^{1) 10)}		100,0	8	- 37	31.08.2000
EuroSpeedway Lausitz Beteiligungs-GmbH, Klettwitz ¹⁾		100,0	¹³⁾	¹³⁾	
FdA Finanzberatungs-Service GmbH der Allbank, Hannover ¹⁾		100,0	51	0 ⁴⁾	
Fördergesellschaft der Weberbank gemeinnützige GmbH, Berlin ¹⁾		100,0	2.661	80	31.12.2000
GbR LandesBank Berlin Grundstücks-Gesellschaft mbH/Berlin Hyp Immobilien GmbH Leipzig, Berlin ¹⁾	(P)	100,0	1.023	0	31.12.2000
Gesellschaft für Immobilien und Beteiligungen der IBAG-Gruppe mbH, Potsdam ¹⁾		100,0	25	0	31.12.2000
Gesellschaft für Wohnungsbau Lübeck mbH, Lübeck ¹⁾		55,4	1.190	226	31.12.2000
Gewerbesiedlungs-Gesellschaft mbH, Berlin ¹⁾		94,9	112.725	- 23.993	31.12.2000
Grundstücksgesellschaft „Berlin“ mit beschränkter Haftung, Berlin	(P)	100,0	5.624	0 ⁴⁾	31.12.2000
Grundstücksgesellschaft „URSUS“ mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main ²⁾	(P)	100,0	722	0 ⁴⁾	
GWL Wohnungsbetreuungsgesellschaft mbH, Lübeck ¹⁾		100,0	26	0 ⁴⁾	31.12.2000
HaWe Immobilien GmbH, Berlin ¹⁾		100,0	32	8	31.12.2000
HaWe Immobilien GmbH & Co. Berlin Süd KG, Berlin ¹⁾		100,0	6.428	- 305	31.12.2000
HaWe Immobilien GmbH & Co. Holzhauser Straße KG, Berlin ¹⁾		100,0	3.362	369	31.12.2000
HaWe Immobilien GmbH & Co. Spreeschanze KG, Berlin ^{1) 10)}		100,0	3.643	- 99	31.12.2000
HaWe Immobilien GmbH & Co. Zitadellenweg KG, Berlin ^{1) 10)}		100,0	1.698	- 52	31.12.2000
HaWe Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin ¹⁾	(P)	100,0	6.160	5 ⁴⁾	31.12.2000
IBB Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin ¹⁾		100,0	12.539	2.166	31.12.2000
IBB-Holding für Immobilienbeteiligungen GmbH (vormals KNAPA Siebzigste Vermögensverwaltung und -beteiligungs GmbH), Berlin ^{1) 10) 11)}		100,0	15	- 10	31.12.2000

Gesellschaft, Sitz	Patro- nats- erklä- rung	Anteile im Konzern- besitz insgesamt	Eigen- kapital in TEUR	Ergebnis in TEUR	vom 31.12.2001 abweichender Jahresabschluss
IBB-Holding für Industriebeteiligungen GmbH (vormals KNAPA Vierundsechzigste Vermögensverwaltungs und -beteiligungs GmbH), Berlin ¹⁾ ¹⁰⁾ ¹¹⁾		100,0	6.669	- 3	31.12.2000
IBI Real Estate – Immobilien und Beteiligungen International GmbH, Berlin ¹⁾		100,0	25	³⁾	
IDBG-Immobilien Dienstleistungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin ¹⁾		100,0	486	- 11.618	31.12.2000
IDLG Immobiliendienstleistungen GmbH, Berlin ¹⁾		100,0	1.816	0 ⁴⁾	31.12.2000
Immobilien-gesellschaft Spreestadt-Wegelystraße mbH, Berlin ¹⁾		100,0	- 37.532	-3.737	31.12.2000
INKUR Verwaltung GmbH & Co. Vermietungs-oHG, München ¹⁾	(P)	100,0	- 3.025	103	
ipal Gesellschaft für Patentverwertung Berlin mbH, Berlin ¹⁾ ¹¹⁾		52,5	50	³⁾	
"KB Kyritz" Grundbesitz GmbH, Berlin ¹⁾		100,0	- 11	- 1	31.12.2000
KPM Königliche Porzellan-Manufaktur GmbH (vormals KNAPA Fünfundsechzigste Vermögensverwaltungs und -beteiligungs GmbH), Berlin ¹⁾ ¹⁰⁾		100,0	4.041	- 2.631	31.12.2000
Lausitzring Betriebs- und Managementgesellschaft mbH, Klettwitz ¹⁾		66,7	58	- 334	31.12.2000
Lausitzring Eurodrom Verwaltungs-GmbH, Klettwitz ¹⁾		60,0	19	- 2	31.12.2000
Lausitzring GmbH & Co. KG, Klettwitz ¹⁾		70,0	- 13.774	- 11.246	31.12.2000
LBB Bauprojektgesellschaft mbH, Berlin ¹⁾		100,0	511	0 ⁴⁾	31.12.2000
LBB Grundstücks-Gesellschaft mbH der Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin ¹⁾	(P)	100,0	256	0 ⁴⁾	31.12.2000
LBB Immobilien Handelsgesellschaft mbH, Berlin ¹⁾		62,5	- 468	- 227	31.12.2000
LBB Kommunalbaugesellschaft mbH, Potsdam ¹⁾		100,0	511	0 ⁴⁾	
LBB Kommunal-Betriebsführungsgesellschaft mbH, Potsdam ¹⁾		100,0	- 376	- 7	31.12.2000
LdA LEASING GMBH DER ALLBANK, Hannover ¹⁾	(P)	100,0	51	0 ⁴⁾	
LfA Leasing für Automobile GmbH, Hannover		100,0	26	0 ⁴⁾	
LHGS Grundstücksentwicklungs Beteiligungs GmbH, Berlin ¹⁾		100,0	-52	- 3	31.12.2000
LHGS Grundstücksentwicklungs GmbH & Co. KG Nennhauser Damm, Berlin, ¹⁾		100,0	1.767	- 41	31.12.2000
MARON Beteiligungs GmbH & Co. Vermietungs-KG, Pöcking, ¹⁾	(P)	99,0	- 84	11	31.12.2000
Nordversicherungsdienst Versicherungs- Vermittlungsgesellschaft mbH, Hannover ¹⁾		100,0	26	0 ⁴⁾	
public consult Gesellschaft für die Beratung der Öffentlichen Hand mbH, Berlin ¹⁾		100,0	- 39	- 286	31.12.2000
REBA Beteiligungs GmbH & Co. Projektentwicklungs KG, Berlin ¹⁾		100,0	- 76	- 384	31.12.2000
REBA Beteiligungs- und Projektentwicklungs GmbH, Berlin ¹⁾		100,0	48	31	31.12.2000
SOMAG Soziale Wohnheimmanagement und Betreuungsgesellschaft mbH, Berlin ¹⁾		100,0	224	839	31.12.2000

Gesellschaft, Sitz	Patro- nats- erklä- rung	Anteile im Konzern- besitz insgesamt	Eigen- kapital in TEUR	Ergebnis in TEUR	vom 31.12.2001 abweichender Jahresabschluss
Thesaurus I Immobilien Development GmbH, Berlin ¹⁾		100,0	755	4	31.12.2000
Thesaurus VI Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH, Nürnberg ¹⁾		100,0	20	- 2	31.12.2000
Thesaurus X Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH, Nürnberg ¹⁾		100,0	32	- 1	31.12.2000
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. Objekt Berlin Adlershof KG, Berlin ¹⁾		99,9	- 567	- 325	31.12.2000
Versicherungsservice GmbH Unternehmensgruppe Bankgesellschaft Berlin, Berlin ²⁾		100,0	1.761	547	31.12.2000
VOVI-Beteiligungs AG, Berlin		57,0	7.013	187	31.12.2000
Wilkendorf Bau- und Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Gielsdorf ¹⁾		100,0	84	- 84	31.12.2000
Wilkendorf Golf Betriebsgesellschaft mbH, Gielsdorf ¹⁾		100,0	212	- 988	31.12.2000
Wohnbau Tafelgelände Beteiligungs GmbH, Nürnberg ¹⁾		75,0	31	- 2	30.09.2000
Wohnbau Tafelgelände GmbH & Co. KG, Nürnberg ¹⁾		75,0	- 7.218	1.208	30.09.2000
Wotan Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH, Nürnberg ¹⁾		100,0	697	378	31.12.2000
ZAS Zentrum Alter Schlachthof Berlin Verwaltungs-GmbH, Berlin ¹⁾		100,0	27	2	31.12.2000
ZB-Asset Management, a.s., Prag ^{1) 6)}		100,0	600	58	31.12.2000
ZB-Trust, investicni spolecnost, a.s., Prag ^{1) 6)}		100,0	3.720	410	31.12.2000
Zivnostenská Finance B.V., Hoofddorp ¹⁾		100,0	5	- 6	31.12.2000
Assoziierte Unternehmen (§ 311/§ 312 HGB) – bewertet –					
Bankgesellschaft Berlin INVESTMENT GmbH, Berlin, ²⁾		50,0	14.577	4.197	31.12.2000
BB-ASSET MANAGEMENT Vermögensverwaltung GmbH, Berlin		50,0	873	98	31.12.2000
BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG (vormals Alkmene GmbH & Co. KG), Berlin ¹⁰⁾		50,0	18.277	- 1.736	30.06.2001
Certa Immobilienverwaltung und Handelsgesellschaft mbH & Co. Liegenschaften oHG, Berlin ¹⁾		62,5	- 31.402	- 1.243	31.12.2000
LHI Leasing GmbH, München ²⁾		50,0	45.493	13.470	31.12.2000
LHI Leasing GmbH & Co. Immobilien KG, München, ²⁾		45,0	982	32	31.12.2000
Assoziierte Unternehmen (§ 311/§ 312 HGB) - nicht bewertet -					
Alkmene Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin ¹⁰⁾		50,0	22	- 3	30.06.2001
BHS Berliner Hannoversche Software GmbH, Hannover		50,0	493	78	31.12.2000
CidSI Computer in die Schulen gemeinnützige Gesellschaft mbH (vormals BB-Jugend und Computer gemeinnützige Gesellschaft mbH im Konzern der Bankgesellschaft Berlin), Berlin		50,0	307	15	31.12.2000
Inteligo Financial Services S.A., Warschau ⁵⁾		49,0	- 358	- 1.829	31.12.2000
Wirtschaftsförderung Berlin GmbH, Berlin ^{1) 11)}		37,5	511	0	31.12.2000

Gesellschaft, Sitz	Patro- nats- erklä- rung	Anteile im Konzern- besitz insgesamt	Eigen- kapital in TEUR	Ergebnis in TEUR	vom 31.12.2001 abweichender Jahresabschluss
Sonstige Unternehmen von mindestens 20 v. H.					
Apollon Immobilien Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin ¹⁾		30,0	25	³⁾	
Atos Origin Processing Services GmbH, Frankfurt am Main ^{2) 10)}		25,1	6.625	485	31.12.2000
Aufbau- und Dienstleistungsgesellschaft mbH Objekt- und Baubetreuung Mecklenburg-Vorpommern, Stralsund ¹⁾		50,0	36	445	31.12.2000
B + S Card Service GmbH, Frankfurt am Main ²⁾		25,1	9.023	2.593	30.09.2001
BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin ²⁾		24,4	7.653	- 185	31.12.2000
BB-Rentaco-Immobilien GmbH i. L., Berlin ¹⁾		50,0	520	3	01.07.1999
„Billwerder Deich“ Grundstücks Verwaltungs GmbH, Berlin ¹⁾		50,0	28	1	31.12.1999
BLEG Berliner Landesentwicklungsgesellschaft mbH, Berlin ¹⁾		49,0	888	- 4.147	31.12.2000
Cesky Leasing s.r.o., Prag ^{1) 6)}		25,0	5.105	689	31.12.2000
CML Wohnbauten GmbH, Berlin ¹⁾		49,0	1.266	- 1.854	31.12.2000
ConCom Beteiligungs- und Management GmbH & Co. KG, Berlin ¹⁾		50,0	1.051	³⁾	
DEKAGRUND Grundstücksentwicklungs GmbH, Berlin ¹⁾		45,0	- 6.064	- 20	31.12.1999
dvg Hannover Datenverarbeitungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Hannover ²⁾		20,0	21.944	7.517	31.12.2000
Eurospeedway Lausitz Entwicklungs GmbH, Berlin ¹⁾		49,0	- 678	235	31.12.2000
FILMBOARD Berlin-Brandenburg GmbH, Potsdam ^{1) 11)}		50,0	51	0	31.12.2000
Filmkreditreuehand Gesellschaft mit beschränkter Haftung i. L., Berlin ²⁾		40,0	198	- 2	31.12.2000
Friedrichsfelder Viertel Bauprojekt GmbH, Berlin ¹⁾		47,6	4	1.983	31.12.1999
Gartenstadt Stahnsdorf GmbH & Co. Projektentwicklungs KG, Stahnsdorf ¹⁾		48,0	- 43.190	- 25.846	31.12.1999
Gartenstadt Stahnsdorf GmbH, Stahnsdorf ¹⁾		49,0	28	0	31.12.1998
GBG-Consulting für betriebliche Altersversorgung GmbH, Hamburg		25,0	- 201	0	30.06.2001
GEG Grundstücksentwicklungsgesellschaft Wasserstadt Berlin-Oberhavel mbH, Berlin ¹⁾		49,0	- 147	68	31.12.1999
Gegenbauer Gebäudemanagement GmbH, Birkenwerder ¹⁾		49,0	863	713	
Green Line Hotels GmbH, Berlin ¹⁾		40,0	50	³⁾	
Immobilien Beratungs- und Anlagen GmbH, Potsdam ¹⁾		49,2	87	80	31.12.2000
Immobilien Management s.r.o., Pilsen ¹⁾		49,0	¹³⁾	¹³⁾	
insel urlaub rügen Appartement-Vermietung GmbH, Binz ¹⁾		50,0	- 334	384	31.12.2000
InvestitionsBank des Landes Brandenburg, Potsdam ¹⁾		25,0	151.060	9.692	31.12.2000
JFVVG Sechsenddreißigste Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH, Berlin		40,0	25	³⁾	
KMB Bauträger GmbH, Hanau ¹⁾		50,0	26	0	31.12.2000
Kommunalconsult Gesellschaft für die Beratung der Öffentlichen Hand mbH, Berlin ¹⁾		50,0	1.023	0	31.12.1999
New Europe Insurance Ventures Limited Partnership, Edinburgh ^{1) 8)}		21,9	5.687	- 600	31.12.2000

Gesellschaft, Sitz	Patro- nats- erklä- rung	Anteile im Konzern- besitz insgesamt	Eigen- kapital in TEUR	Ergebnis in TEUR	vom 31.12.2001 abweichender Jahresabschluss
Nockher Bauträger GmbH, München ¹⁾		50,0	11	- 2	31.12.1999
NORD EK Norddeutsche Einkaufskoordination der Bankgesellschaft Berlin Aktiengesellschaft und der Norddeutsche Landesbank Girozentrale GbR, Berlin/Hannover		0,0	0	0	31.12.2000
PEB Capital B. V., Utrecht		42,4	28.133	- 495	31.12.2000
Planungsbüro Schmitz-Aachen GmbH, Aachen ¹⁾		50,0	508	439	31.12.2000
Projektentwicklungsgesellschaft Kassel Unterneustadt und Konversion in Kassel mbH, Kassel ¹⁾		33,3	- 1.813	- 1.850	31.12.2000
Spree-Kliniken GmbH, Berlin ¹⁾		25,0	30	- 22	
TCC Technologie-Coaching-Center GmbH, Berlin ^{1) 11)}		50,0	511	0	31.12.2000
Trigoba Immobilien Verwaltungs GmbH, Berlin ¹⁾		48,0	24	- 1	31.12.2000
Wasserstadt GmbH Treuhänderischer Entwicklungsträger des Landes Berlin, Berlin ¹⁾		49,5	141	2	31.12.2000
WEBA Beteiligungsgesellschaft mbH, Limburg		40,0	255	32	31.12.2000
Wohn- und Bürohaus an der Elbe Verwaltungs GmbH, Berlin ¹⁾		50,0	28	- 11	31.12.1999
Wohnbau- und Planungsgesellschaft Mahlow mbH, Mahlow ¹⁾		45,0	- 4.257	- 1.427	31.12.2000
Wohnpark Klosterhof GmbH, Köln ¹⁾		49,0	- 5.387	- 1.024	31.12.2000
ZAS Zentrum Alter Schlachthof Berlin GmbH & Co. KG, Berlin ¹⁾		49,0	199,0	- 10,0	31.12.2000
Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften (§ 285 Nr. 11, 4. Teilsatz HGB i.V.m. § 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB)					
CBB Holding AG, Köln		10,9			

1) Mittelbar gehalten

2) Einschließlich mittelbar gehaltener Anteile

3) Die Gesellschaft wurde 2001 gegründet.

4) Mit der Gesellschaft besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

5) EZB-Kurs vom 28.12.2001: 100 PLN = 28,60985 €

6) EZB-Kurs vom 28.12.2001: 100 CZK = 3,12872 €

7) EZB-Kurs vom 28.12.2001: 1 GBP = 1,64339 €

8) EZB-Kurs vom 28.12.2001: 1 USD = 1,13469 €

9) Ergebnisabführungsvertrag endete zum 31.12.2000

10) Rumpfgeschäftsjahr

11) Beteiligung der Investitionsbank Berlin – Anstalt der Landesbank Berlin – Girozentrale –

12) Die Gesellschaft wurde neu in den Konsolidierungskreis einbezogen.

13) Wert lag zum Zeitpunkt der Berichterstellung noch nicht vor.

(P) Für die Gesellschaft gilt die Patronatserklärung der Bankgesellschaft Berlin AG.

Anteilsbesitz des IBAG-Teilkonzerns

Anlage 1 a zum Anhang

Gesellschaft	Sitz	Kapital- anteile	Eigen- kapital	Ergebnis gem. vorliegendem Abschluss* in TEUR
		in %	in TEUR	
Verbundene Unternehmen (in den Konzernabschluss einbezogen)				
ARWOBAU Apartment- und Wohnungsbaugesellschaft mbH	Berlin	89,7	91.811,3	1.092,5 ¹⁾
Bautrako Bauträger- und Koordinierungsgesellschaft mbH	Lohfelden	89,8	1.300,2	- 9.415,5 ¹⁾³⁾
Bavaria Objekt- und Baubetreuung GmbH	Nürnberg	89,8	18.603,0	- 103.881,2 ³⁾
Bavaria Projektentwicklung GmbH -Bau-, Sanierungs-, Stadtentwicklungsprojekte	Nürnberg	89,8	- 1.747,4	- 2.797,8 ¹⁾
DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH	Frankfurt	89,8	10.735,9	908,9 ³⁾
GEWOS Institut für Stadt-, Regional- und Wohnforschung GmbH	Hamburg	85,4	1.011,9	- 28,5 ¹⁾
Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaft der IBAG-Gruppe mbH	Berlin	89,8	511,3	- 28.842,5 ³⁾
LBB Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH Bau- und Projektentwicklungen	Berlin	89,8	5.112,9	176,6 ³⁾
S.T.E.R.N. Gesellschaft der behutsamen Stadterneuerung mbH	Berlin	89,8	1.120,0	26,2 ¹⁾³⁾
Verzicht auf die Einbeziehung gemäß § 296 II HGB				
Erste IBV Universal Immobilien AG	Ludwigsfelde	91,1	8,1	- 36,9
Bavaria Emden GmbH & Co. KG	Nürnberg	89,8	0,0	3,6 ¹⁾
Bavaria Emden Verwaltungs-GmbH (Komplementär)	Nürnberg	89,8	32,8	0,1 ¹⁾
Bavaria KLS Wohnbauten GmbH	Berlin	58,4	- 646,7	- 668,5 ¹⁾
Bavaria Liegenschaftsmanagement GmbH	Berlin	89,8	33,8	8,6 ¹⁾⁴⁾
BGB US Real Estate Inc.	Wilmington	89,8	101,3	125,5 ¹⁾
FinTech Sechste Beteiligungs- und Management GmbH (zukünftig firmierend als IBI Real Estate – Immobilien und Beteiligungen International GmbH)	Berlin	100,0		¹⁾²⁾
Gesellschaft für Immobilien und Beteiligungen der IBAG-Gruppe mbH (GIB)	Berlin	100,0	25,0	0,0 ²⁾
KB Kyritz Grundbesitz GmbH	Berlin	89,8	25,6	- 0,5 ¹⁾
LHGS Grundstücksentwicklungs Beteiligungs GmbH (Komplementär)	Berlin	89,8	0,0	- 2,8 ¹⁾
LHGS Grundstücksentwicklungs GmbH & Co. Nennhauser Damm	Berlin	89,8	1.766,7	40,9 ¹⁾
public consult Gesellschaft für die Beratung der Öffentlichen Hand mbH	Berlin	89,8	- 38,6	- 286,2 ¹⁾
REBA Beteiligungs GmbH & Co. Projektentwicklungs KG	Berlin	89,8	- 76,1	- 384,5 ¹⁾
REBA Beteiligungs- und Projektentwicklungs GmbH (Komplementär)	Berlin	89,8	48,0	30,7 ¹⁾
Thesaurus I Immobilien Development GmbH	Berlin	89,8	755,4	4,2 ¹⁾
Thesaurus VI Vermögensverwaltungs GmbH	Nürnberg	89,8	20,0	- 1,7 ¹⁾
Thesaurus X Vermögensverwaltungs GmbH	Nürnberg	89,8	32,4	- 0,9 ¹⁾
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. Objekt Berlin Adlershof KG	Berlin	89,7	- 567,3	- 324,9 ¹⁾

Gesellschaft	Sitz	Kapital-	Eigen-	Ergebnis gem. vorliegendem Abschluss* in TEUR
		anteile in %	kapital in TEUR	
Wohnbau Tafelgelände Beteiligungs GmbH (Komplementär)	Nürnberg	67,4		1)
Wohnbau Tafelgelände GmbH & Co. KG	Nürnberg	67,4		1)
Wotan Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH	Nürnberg	89,8	696,6	377,7 ¹⁾
ZAS Zentrum Alter Schlachthof Berlin Verwaltungs GmbH (Komplementär)	Berlin	89,8	27,1	1,6 ¹⁾
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht				
Aufbau- und Dienstleistungsgesellschaft mbH Objekt- und Baubetreuung Mecklenburg-Vorpommern	Stralsund	44,90	35,9	444,7 ¹⁾
CML Wohnbauten GmbH	Berlin	44,00	1.882,2	- 406,7 ¹⁾
DEKAGRUND Grundstücksentwicklungs GmbH	Berlin	40,41	- 6.049,9	249,4 ¹⁾
Grundstücksgesellschaft Lunik-Berlin/ Pankow	Berlin	49,48	0,0	- 1.030,9 ¹⁾
Friedrichsfelder Viertel Bauprojekt GmbH	Berlin	42,74		1)
Theseus Immobilien Beteiligungs GmbH & Co. KG Friedrichsfelder Viertel KG	Berlin	42,70	50,4	399,6 ¹⁾
Gesellschaft für Wohnungsbau Lübeck mbH	Lübeck	49,72	1.189,8	226,0 ¹⁾²⁾
GWL Wohnungsbetreuungsgesellschaft mbH	Lübeck	49,72	25,6	- 89,0 ¹⁾²⁾
KMB Bauträger GmbH (Komplementär)	Hanau/ Main	44,90	25,9	0,3 ¹⁾
KMB Bauträger GmbH & Co. Francoisgärten KG	Hanau/ Main	44,90	430,3	1.574,4 ¹⁾
Nockher Bauträger GmbH & Co. Betriebs KG	München	44,90	- 27,0	- 7,4 ¹⁾⁴⁾
Planungsbüro Schmitz Aachen GmbH	Aachen	44,90	508,4	438,9 ¹⁾
Projektentwicklungsgesellschaft Kassel Unterneustadt und Konversion in Kassel mbH	Kassel	29,93	0,0	- 1.850,5 ¹⁾
Trigoba Immobilien Verwaltungs GmbH (Komplementär)	Berlin	43,10	23,9	- 1,1 ¹⁾
Trigoba Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Rathauspassagen Berlin-Steglitz KG	Berlin	44,45	661,6	- 192,4 ¹⁾⁴⁾
Wasserstadt GmbH Treuhänderischer Entwicklungsträger des Landes Berlin	Berlin	44,45	140,6	89,5 ¹⁾
Wohnpark Klosterhof GmbH	Köln	44,00	- 5.387,4	- 1.023,8 ¹⁾
ARGE Birkenstraße Schönwalde GmbH & Co. Entwicklungs- und Bauträger KG	Berlin	44,00	- 75,5	- 27,7 ¹⁾
Immobilien Management s.r.o.	Pilsen	44,00		1)4)
Nantes s.r.o.	Pilsen	44,90		1)4)
Kista Galleria AB (Komplementär)	Stockholm	44,90		1)
Kista Galleria KB	Stockholm	22,03		1)
Grand Marc Riverside LP	Wilmington	44,90	0,0	0,0 ¹⁾
Platte Street LP	Wilmington	44,90	0,0	0,0 ¹⁾
Firestone LP	Wilmington	44,90	- 858,1	- 477,7 ¹⁾
IBV Immobilienfonds International 1 USA, LLC (Komplementär)	Wilmington	89,80		1)
IBV-Immobilienfonds International 1 USA LP	Wilmington	<0,1	24.647,6	2.054,3 ¹⁾
BB-Lincoln, Inc. (Komplementär)	Wilmington	80,82		1)

Gesellschaft	Sitz	Kapital-	Eigen-	Ergebnis gem. vorliegendem Abschluss* in TEUR
		anteile in %	kapital in TEUR	
IBV Immobilienfonds International 2 USA, LLC (Komplementär)	Wilmington	89,80		1)
IBV-Immobilienfonds International 2 USA LP	Wilmington	<0,1		1)
Cupertino Property, LP	Wilmington	<0,1		1)
LBB Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH & Bau- und Projektentwicklungen & Co. Pablo-Picasso-Straße KG	Berlin	89,80	21,0	- 2.451,0 ¹⁾⁴⁾
ZAS Zentrum Alter Schlachthof Berlin GmbH & Co. KG	Berlin	44,00	199,3	- 9,5 ¹⁾
Projektgesellschaft Forum Neukölln GbR (mbH)	Berlin	35,92	- 3.791,8	- 1.593,2 ¹⁾
Athena Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG – Erster IBV-Universalfonds –	Berlin	88,90	- 33,8	- 83,8 ¹⁾
Prometheus Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG – Erster IBV-Immobilienfonds für Deutschland –	Berlin	5,39	60.776,4	491,6 ¹⁾
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. KG – Erste Beteiligungsgesellschaft des Ersten IBV- Immobilienfonds für Deutschland –	Berlin	10,46	78.114,1	2.635,7 ¹⁾
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. KG – Zweite Beteiligungsgesellschaft des Ersten IBV-Immobilienfonds für Deutschland –	Berlin	10,46	57.078,0	- 2.460,2 ¹⁾
Bavaria Immobilien Management GmbH & Co. KG – Dritte Beteiligungsgesellschaft des Ersten IBV-Immobilienfonds für Deutschland –	Berlin	5,07	7.571,2	363,4 ¹⁾
Okeanos Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG – Zweiter IBV-Immobilienfonds für Deutschland –	Berlin	5,39	32.944,5	- 94.330,6 ¹⁾
Theseus Immobilien Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG – Dritter IBV-Immobilienfonds für Deutschland	Berlin	4,56	56.210,2	42.060,3 ¹⁾
Apollon Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG – Vierter IBV – Immobilienfonds für Deutschland –	Berlin	44,45		1)
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. KG – Erster IBV-Immobilienfonds International –	Berlin	<0,1	111.084,7	- 11.309,1 ¹⁾⁵⁾
Theseus Immobilien Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG – Erste Beteiligungsgesellschaft des Ersten IBV-Immobilienfonds International –	Berlin	5,41	17.935,6	212,6 ¹⁾
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. KG – Zweiter IBV-Immobilienfonds International –	Berlin	<0,1	- 2.619,8	- 2.577,9 ¹⁾
Gaia Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG – Erste Beteiligungsgesellschaft des Zweiten IBV-Immobilienfonds International –	Berlin	5,43	- 99,6	- 844,6 ¹⁾
Gaia Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG – Dritter IBV-Immobilienfonds International –	Berlin	44,00		1)
Athena Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG – Erste Beteiligungsgesellschaft des Dritten IBV-Immobilienfonds International –	Berlin	46,75		1)
Athena Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG – Zweite Beteiligungsgesellschaft des Dritten IBV-Immobilienfonds International –	Berlin	46,75		1)
Athena Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG – Vierter IBV-Immobilienfonds International –	Berlin	44,00	- 3.217,7	- 3.261,0 ¹⁾
Bavaria Immobilien Projektsteuerungs GmbH & Co. KG – Bavaria Ertragsfonds 2	Berlin	5,39	20.495,3	483,4 ¹⁾

Gesellschaft	Sitz	Kapital-	Eigen-	Ergebnis gem. vorliegendem Abschluss* in TEUR
		anteile in %	kapital in TEUR	
Athena Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG Beteiligungsgesellschaft UK Eins	Berlin	44,00	47,0	- 2,0 ¹⁾
Bavaria Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG – LBB Fonds International I Holland –	Berlin	0,13	12.935,7	689,4 ¹⁾⁵⁾
Bavaria Immobilien Management GmbH & Co. KG – BB Fonds International Zwei Holland –	Berlin	< 0,1	23.270,3	1.542,3 ¹⁾⁵⁾
Bavaria Immobilien Projektsteuerungs GmbH & Co. KG – BB Fonds International Drei Holland –	Berlin	89,69		1)
Odin Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG – BB Fonds International Vier Holland –	Berlin	91,12	- 51,9	- 51,9 ¹⁾
Bavaria Immobilien Trading GmbH & Co. KG – BB Fonds International I – United Kingdom	Berlin	5,41	65.726,8	- 9.764,3 ¹⁾⁵⁾
Athena GmbH & Co. Objekt Bietigheim-Bissingen KG	Berlin	44,00	25,4	- 0,2 ¹⁾
Athena GmbH & Co. Objekt Henstedt-Ulzburg KG	Berlin	44,00	23.604,9	- 1.010,8 ¹⁾
Athena Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG Objekt Lörrach Baseler Straße KG	Berlin	44,00	19,0	6,5 ¹⁾
Athena Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG Objekt München-Dornach KG	Berlin	5,43	8.268,9	1.231,1 ¹⁾
Athena Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG Objekt Gießen, Flutgraben KG	Berlin	44,00	- 87,0	138,2 ¹⁾
Athena Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt EKZ Bochum, Alleestraße KG	Berlin	41,36		1)
Bavaria Immobilien Management GmbH & Co. KG – Immobilienfonds Zwei –	Berlin	42,21		1)
Bavaria Immobilien Management GmbH & Co. Objekt Berlin-Nikolassee Schopenhauerstraße 53/55 KG	Berlin	44,00	40,9	- 10,2 ¹⁾
Bavaria Immobilien Management GmbH & Co. Objekt Jahrhunderthalle Frankfurt/Main KG	Berlin	44,90	50,0	0,0 ¹⁾
Bavaria Immobilien Management GmbH & Co. Objekt Basel, Dorint-Hotel KG	Berlin	44,00	13,0	- 29,5 ¹⁾
Bavaria Immobilien Management GmbH & Co. Objekt Wien, Lassallestraße KG	Berlin	<0,1		1)
Bavaria Immobilien Management GmbH & Co. – Objekt Eberbach KG –	Berlin	8,98	24,1	- 0,7 ¹⁾
Bavaria Immobilien Projektsteuerungs GmbH & Co. Objekt Berlin Mitte Leipziger Str. KG	Berlin	43,10		1)
BIV Bingartes GmbH & Co. KG	Bad Hersfeld	5,07	34.566,7	- 727,9 ¹⁾
Gaia Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Bautzener Gesundbrunnen KG	Berlin	44,00		1)
Gaia GmbH & Co. KG Objekt Chemnitz KG	Berlin	44,00	- 322,6	- 1.360,5 ¹⁾
Gaia Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG Objekt London St. Mark's House KG	Berlin	44,00		1)
Gaia GmbH & Co. KG Objekt „Altes Hallenbad Heidelberg“ KG	Berlin	44,00	25,1	- 0,4 ¹⁾
Gaia Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG Objekt Göteborg KG, Schweden	Berlin	<0,1	4.532,7	- 850,3 ¹⁾
Grundstücksentwicklungsgesellschaft Sülte GmbH & Co. KG	Berlin	4,29		1)
Nemesis Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Hamburg-Schenefeld KG	Berlin	5,39		1)

Gesellschaft	Sitz	Kapital-	Eigen-	Ergebnis gem. vorliegendem Abschluss* in TEUR
		anteile in %	kapital in TEUR	
Odin Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Frankfurt, Niddastraße KG	Berlin	51,18	50,0	0,0 ¹⁾
Odysseus Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG – Immobilienfonds gamma –	Berlin	43,10	23,0	– 1,5 ¹⁾
Okeanos Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Berlin-Friedrichshain Pufendorfstraße KG	Berlin	42,21	25,0	– 1,0 ¹⁾
Okeanos Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Kassel Erste Immobilien KG	Berlin	44,00	32,6	– 18,5 ¹⁾
Okeanos GmbH & Co. Objekt Dietzenbach KG	Berlin	42,21		¹⁾
Okeanos Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Fürth "Am Klavierlein" KG	Berlin	22,45	51,0	– 0,2 ¹⁾
Okeanos Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Autohof Thiendorf KG	Berlin	44,00	25,5	– 0,1 ¹⁾
Okeanos Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Erfurt, Martinsgasse KG	Berlin	42,21	25,4	– 0,2 ¹⁾
Okeanos Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Berlin, Eldenaer Straße KG	Berlin	42,21	13,0	– 173,6 ¹⁾
Okeanos Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Mainz-Pflegeheim KG	Berlin	43,64	24,8	– 0,2 ¹⁾
Okeanos Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Schweinfurt-Pflegeheim KG	Berlin	43,64	25,0	0,0 ¹⁾
Okeanos Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Lübeck-Kino KG	Berlin	43,64	25,0	0,0 ¹⁾
Okeanos Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt München, Bayerstraße KG	Berlin	43,10	50,0	– 0,1 ¹⁾
Okeanos Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Mannheim-Neckerau, Rhenaniastraße KG	Berlin	43,10	50,0	– 0,1 ¹⁾
Okeanos Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Quartier McNair, Nahversorgungszentrum KG	Berlin	43,10	49,8	– 0,2 ¹⁾
Okeanos Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Bürogebäude Berlin-Steglitz, Quartier McNair KG	Berlin	44,00		¹⁾
Okeanos Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Hannover, Spielhagenstraße KG	Berlin	43,10	50,0	0,0 ¹⁾
Okeanos Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Lüneburg-Kaltenmoor KG	Berlin	42,21	– 420,0	– 470,0 ¹⁾
Pluton Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Berlin Prenzlauer Berg KG	Berlin	43,10		¹⁾
Pluton Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Erlangen, Werner-von-Siemens-Str. KG	Berlin	43,10	0,0	– 742,9 ¹⁾
Pluton Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekte Freising, Leipzig-Gohlis und Schönau KG	Berlin	43,10	– 695,6	– 94,2 ¹⁾
Pluton Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekte Groß-Zimmern und Wiesbaden, Narzissenweg KG	Berlin	43,10	487,3	1.218,4 ¹⁾
Pluton Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Lörrach Baseler Straße KG	Berlin	44,00	70,6	19,5 ¹⁾⁴⁾
Prometheus Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Paris-Roissy, Dorint-Hotel KG	Berlin	45,80	50,0	0,0 ¹⁾⁴⁾

Gesellschaft	Sitz	Kapital-	Eigen-	Ergebnis gem. vorliegendem Abschluss* in TEUR
		anteile in %	kapital in TEUR	
Prometheus Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Berlin-Steglitz McNair KG	Berlin	44,00	- 16.305,9	- 13.497,0 ¹⁾
Prometheus Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Cottbus, Töpferstraße 2 KG	Berlin	44,00	- 54,8	- 78,2 ¹⁾
Prometheus Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Kassel-Wilhelmshöhe, Baunsbergstraße KG	Berlin	43,10	- 196,0	- 147,9 ¹⁾
Prometheus Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Leonberg, Neue Ramtelstraße KG	Berlin	44,00	1.298,5	313,8 ¹⁾
Prometheus Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Berlin Landsberger Tor KG	Berlin	43,10	- 21,0	6,3 ¹⁾
Prometheus Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Wolfsburg KG	Berlin	46,75	22.262,8	330,0 ¹⁾
Prometheus Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Zweite Landsberger Tor KG	Berlin	43,10	- 246,0	- 17,6 ¹⁾
Theseus Immobilien Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Kaiserslautern Mercado Einkaufszentrum KG	Berlin	4,29		1)
Theseus Immobilien Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Mannheim-Neckarau KG	Berlin	46,75	16.163,4	- 33,4 ¹⁾
Theseus Immobilien Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Nürnberg, Bamberger Straße KG	Berlin	5,41	4.213,8	- 833,8 ¹⁾
Theseus Immobilien Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Röthenbach Speckschlag KG	Berlin	44,00	22,7	- 1,6 ¹⁾
Theseus Immobilien Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Neustadt (Hessen), Marburger Str. KG	Berlin	44,00	33,9	- 17,2 ¹⁾⁴⁾
Theseus Immobilien Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Barsinghausen KG	Berlin	43,10	- 61,8	- 68,5 ¹⁾
Theseus Immobilien Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Alte Messe Leipzig Halle Elf KG	Berlin	58,37	46,4	- 3,9 ¹⁾
Theseus Immobilien Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Alte Messe Leipzig Halle Zwölf KG	Berlin	58,37	49,0	- 1,5 ¹⁾
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. Objekt Französisch-Buchholz KG	Berlin	43,96	- 967,6	- 585,0 ¹⁾
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. Objekt Leipziger Straße KG	Berlin	43,06		1)
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. Objekt Duisburg-Hamborn KG	Berlin	43,10	3,7	0,5 ¹⁾
GbR KPM-Gelände Berlin-Tiergarten	Berlin	38,64	0,0	0,0 ¹⁾
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. KPM-Gelände Berlin Bauteil Eins KG	Berlin	44,00	- 213,4	- 125,2 ¹⁾
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. KPM-Gelände Berlin Bauteil Zwei KG	Berlin	44,00	- 136,0	- 88,4 ¹⁾
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. KPM-Gelände Berlin Bauteil Drei KG	Berlin	44,00	- 284,8	- 159,4 ¹⁾
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. KPM-Gelände Berlin Bauteil Vier KG	Berlin	44,00	- 205,6	- 121,4 ¹⁾
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. KPM-Gelände Berlin Bauteil Fünf KG	Berlin	44,00	- 165,6	- 102,7 ¹⁾
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. KPM-Gelände Berlin Bauteil Sechs KG	Berlin	44,00	- 33,1	- 39,6 ¹⁾

Gesellschaft	Sitz	Kapital-	Eigen-	Ergebnis gem. vorliegendem Abschluss* in TEUR
		anteile in %	kapital in TEUR	
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. KPM-Gelände Berlin Bauteil Sieben KG	Berlin	44,00	- 188,9	- 113,6 ¹⁾
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. Objekt Kohlrabizirkus Leipzig Mitte KG	Berlin	88,00	23,9	- 0,8 ¹⁾
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. Objekt Zentrum Schöneweide KG	Berlin	43,10	46,4	20,7 ¹⁾
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. Objekt Schenefeld KG	Berlin	5,07		¹⁾
Thesaurus GmbH & Co. Erste Immobilien KG	Berlin	44,00	12,5	- 19,9 ¹⁾
Thesaurus GmbH & Co. Zweite Immobilien KG	Berlin	5,39	204,7	- 17.385,0 ¹⁾
Thesaurus GmbH & Co. Dritte Immobilien KG	Berlin	44,00		¹⁾
Thesaurus GmbH & Co. Vierte Immobilien KG	Berlin	4,56	16.183,6	- 27.032,6 ¹⁾
Thesaurus GmbH & Co. Fünfte Immobilien KG	Berlin	10,46	49.905,4	- 257,4 ¹⁾
Thesaurus GmbH & Co. Sechste Immobilien KG	Berlin	44,00		¹⁾
Thesaurus GmbH & Co. Siebte Immobilien KG	Berlin	44,00		¹⁾
Thesaurus GmbH & Co. Zehnte Immobilien KG	Berlin	44,00	44,7	- 6,5 ¹⁾
Thesaurus GmbH & Co. Elfte Immobilien KG	Berlin	44,00	34,7	- 4,0 ¹⁾
Thesaurus GmbH & Co. Sechzehnte Immobilien KG	Berlin	44,00	8,8	- 41,2 ¹⁾
Thesaurus GmbH & Co. Siebzehnte Immobilien KG	Berlin	44,00		¹⁾
Thesaurus GmbH & Co. Achtzehnte Immobilien KG	Berlin	44,00	- 460,2	- 510,2 ¹⁾
Thesaurus GmbH & Co. Neunzehnte Immobilien KG	Berlin	44,00		¹⁾
Thesaurus GmbH & Co. Zwanzigste Immobilien KG	Berlin	44,00	- 176,6	- 226,6 ¹⁾
Thesaurus GmbH & Co. Einundzwanzigste Immobilien KG	Berlin	44,00	49,9	- 0,1 ¹⁾
Thesaurus GmbH & Co. Zweiundzwanzigste Immobilien KG	Berlin	44,00	45,4	- 4,6 ¹⁾
Thesaurus GmbH & Co. Dreiundzwanzigste Immobilien KG	Berlin	44,00	45,4	- 4,6 ¹⁾
Thesaurus GmbH & Co. Vierundzwanzigste Immobilien KG	Berlin	44,00	49,9	- 0,1 ¹⁾
Thesaurus GmbH & Co. Fünfundzwanzigste Immobilien KG	Berlin	44,00	50,0	0,0 ¹⁾
Thesaurus GmbH & Co. Sechsendzwanzigste Immobilien KG	Berlin	43,10	483,5	- 25,9 ¹⁾⁴⁾
Thesaurus GmbH & Co. Siebenundzwanzigste Immobilien KG	Berlin	43,10	7,1	- 42,9 ¹⁾
Thesaurus GmbH & Co. Achtundzwanzigste Immobilien KG	Berlin	43,10	49,7	- 0,3 ¹⁾
Thesaurus GmbH & Co. Neunundzwanzigste Immobilien KG	Berlin	43,10	41,4	- 8,6 ¹⁾
Thesaurus GmbH & Co. Dreißigste Immobilien KG	Berlin	43,10	47,5	- 2,5 ¹⁾
Thesaurus GmbH & Co. Einunddreißigste Immobilien KG	Berlin	43,10	- 476,1	- 526,1 ¹⁾
Thesaurus GmbH & Co. Zweiunddreißigste Immobilien KG	Berlin	43,10	49,8	- 0,2 ¹⁾⁴⁾
Thesaurus GmbH & Co. Dreiunddreißigste Immobilien KG	Berlin	44,00		¹⁾
Thesaurus GmbH & Co. Vierunddreißigste Immobilien KG	Berlin	43,10	- 1.638,3	- 1.688,3 ¹⁾
Thesaurus GmbH & Co. Fünfunddreißigste Immobilien KG	Berlin	43,10	49,9	0,0 ¹⁾
Thesaurus GmbH & Co. Sechsenddreißigste Immobilien KG	Berlin	89,70	- 169,6	- 219,6 ¹⁾
Thesaurus GmbH & Co. Siebenunddreißigste Immobilien KG	Berlin	10,46	63,0	- 113,0 ¹⁾

Gesellschaft	Sitz	Kapital-	Eigen-	Ergebnis gem. vorliegendem Abschluss* in TEUR
		anteile in %	kapital in TEUR	
Thesaurus GmbH & Co. Achtunddreißigste Immobilien KG	Berlin	44,00		1)
Thesaurus GmbH & Co. Neununddreißigste Immobilien KG	Berlin	44,00	49,9	- 0,1 ¹⁾
Thesaurus GmbH & Co. Vierzigste Immobilien KG	Berlin	44,00	- 395,8	- 478,9 ¹⁾
Thesaurus GmbH & Co. Einundvierzigste Immobilien KG	Berlin	44,00	50,0	0,0 ¹⁾
Thesaurus GmbH & Co. Zweiundvierzigste Immobilien KG	Berlin	44,00	50,0	0,0 ¹⁾
Thesaurus GmbH & Co. Dreiundvierzigste Immobilien KG	Berlin	44,00		1)
Thesaurus GmbH & Co. Vierundvierzigste Immobilien KG	Berlin	44,00	46,1	- 3,9 ¹⁾
Thesaurus GmbH & Co. Fünfundvierzigste Immobilien KG	Berlin	44,00	49,8	- 0,2 ¹⁾
Thesaurus GmbH & Co. Sechsendvierzigste Immobilien KG	Berlin	44,00	50,0	0,0 ¹⁾
Thesaurus GmbH & Co. Siebenundvierzigste Immobilien KG	Berlin	44,00	50,0	0,0 ¹⁾
Thesaurus GmbH & Co. Achtundvierzigste Immobilien KG	Berlin	44,00	46,8	- 3,2 ¹⁾
Thesaurus GmbH & Co. Neunundvierzigste Immobilien KG	Berlin	44,00	48,0	- 2,0 ¹⁾
Thesaurus GmbH & Co. Fünzigste Immobilien KG	Berlin	44,00	50,0	0,0 ¹⁾
Thesaurus GmbH & Co. Einundfünfzigste Immobilien KG	Berlin	44,00	50,0	0,0 ¹⁾
Thesaurus GmbH & Co. Zweiundfünfzigste Immobilien KG	Berlin	44,00	50,0	0,0 ¹⁾
Thesaurus GmbH & Co. Dreiundfünfzigste Immobilien KG	Berlin	44,00	50,0	0,0 ¹⁾
Thesaurus GmbH & Co. Vierundfünfzigste Immobilien KG	Berlin	44,00	50,0	0,0 ¹⁾
Thesaurus GmbH & Co. Fünfundfünfzigste Immobilien KG	Berlin	44,00	50,0	0,0 ¹⁾
Thesaurus GmbH & Co. Sechsendfünfzigste Immobilien KG	Berlin	44,00	50,0	0,0 ¹⁾
Thesaurus GmbH & Co. Siebenundfünfzigste Immobilien KG	Berlin	44,00	50,0	0,0 ¹⁾
Thesaurus GmbH & Co. Achtundfünfzigste Immobilien KG	Berlin	44,00	50,0	0,0 ¹⁾
Thesaurus GmbH & Co. Neunundfünfzigste Immobilien KG	Berlin	44,00	50,0	0,0 ¹⁾
Thesaurus GmbH & Co. Sechzigste Immobilien KG	Berlin	44,00	49,5	- 0,5 ¹⁾
Thesaurus GmbH & Co. Sechsendsechzigste Immobilien KG	Berlin	44,00		1) ²⁾
Thesaurus GmbH & Co. Siebenundsechzigste Immobilien KG	Berlin	44,00		1) ²⁾
Thesaurus GmbH & Co. Achtundsechzigste Immobilien KG	Berlin	44,00		1) ²⁾
Thesaurus GmbH & Co. Neunundsechzigste Immobilien KG	Berlin	44,00		1) ²⁾
Thesaurus GmbH & Co. Siebzigste Immobilien KG	Berlin	44,00		1) ²⁾
ConCom Beteiligungs- und Management GmbH & Co. KG	Berlin	44,90		1) ²⁾
FinTech Vierte Beteiligungs- und Management GmbH	Berlin	44,90		1) ²⁾
FinTech Fünfte Beteiligungs- und Management GmbH (künftig firmierend als Apollon Immobilien Verwaltungs GmbH)	Berlin	61,12		1) ²⁾
FinTech Siebte Beteiligungs- und Management GmbH (zukünftig firmierend als Morpheus Immobilien Verwaltungs GmbH)	Berlin	4,56		1) ²⁾
FinTech Achte Beteiligungs- und Management GmbH	Berlin	44,90		1) ²⁾
FinTech Neunte Beteiligungs- und Management GmbH	Berlin	44,90		1) ²⁾
FinTech Zehnte Beteiligungs- und Management GmbH	Berlin	44,90		1) ²⁾

Gesellschaft	Sitz	Kapital-	Eigen-	Ergebnis gem. vorliegendem Abschluss* in TEUR
		anteile in %	kapital in TEUR	
FinTech Elfte Beteiligungs- und Management GmbH	Berlin	44,90		1)2)
FinTech Zwölfte Beteiligungs- und Management GmbH	Berlin	44,90		1)2)
FinTech Dreizehnte Beteiligungs- und Management GmbH	Berlin	44,90		1)2)
FinTech Vierzehnte Beteiligungs- und Management GmbH	Berlin	44,90		1)2)
FinTech Fünfzehnte Beteiligungs- und Management GmbH	Berlin	44,90		1)2)
FinTech Sechzehnte Beteiligungs- und Management GmbH	Berlin	44,90		1)2)
FinTech Siebzehnte Beteiligungs- und Management GmbH	Berlin	44,90		1)2)
FinTech Achtzehnte Beteiligungs- und Management GmbH	Berlin	44,90		1)2)
FinTech Neunzehnte Beteiligungs- und Management GmbH	Berlin	44,90		1)2)
FinTech Zwanzigste Beteiligungs- und Management GmbH	Berlin	44,90		1)2)
FinTech Einundzwanzigste Beteiligungs- und Management GmbH	Berlin	44,90		1)2)
FinTech Zweiundzwanzigste Beteiligungs- und Management GmbH	Berlin	44,90		1)2)
FinTech Dreiundzwanzigste Beteiligungs- und Management GmbH	Berlin	44,90		1)2)

1) Mittelbare Beteiligung

2) Gründung/Beitritt 2001

3) Mit der Gesellschaft besteht ein Ergebnisübernahmevertrag.

4) Verkauf geplant/wird aufgelöst

5) Lt. Jahresabschluss 2000

alle weiteren Angaben lt. Handelsregister bzw. Buchhaltung IBV

* Ergebnis vor Ergebnisabführung

Verzeichnis der Gesellschaften mit Ergebnisabführungsverträgen
im Konzern Bankgesellschaft Berlin AG

Anlage 2 zum Anhang

Gesellschaft	Organträger	Ergebnis vor Ergebnis- abführung in TEUR ²⁾	vom 31.12.2001 abweichender Jahresabschluss
ARWOBAU Immobilien- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin	ARWOBAU Apartment- und Wohnungsbau-Gesellschaft mit beschränkter Haftung	0	31.12.2000
BANKENSERVICE GmbH Ein Unternehmen der Bankgesellschaft Berlin, Berlin ¹⁾	Bankgesellschaft Berlin AG	30	
BAUTRAKO Bauträger- und Koordinierungsgesellschaft mbH, Lohfelden	Bavaria Objekt- und Baubetreuung GmbH	- 9.415	
Bavaria Immobilienconsult und Baurevision GmbH, Berlin	Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH	- 602	31.12.2000
Bavaria Objekt- und Baubetreuung GmbH, Nürnberg	IBAG Immobilien und Beteiligungen AG	- 113.297	
BB-DATA Gesellschaft für Informations- und Kommunikationssysteme mbH, Berlin	Bankgesellschaft Berlin AG	3.955	
BB-Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin	Bankgesellschaft Berlin AG	- 5.056	31.12.2000
BB-Hausverwaltung GmbH i. L., Berlin	Grundstücksgesellschaft „Berlin“ mit beschränkter Haftung	1.073	
BB-Immobilien-Service GmbH, Berlin	Bankgesellschaft Berlin AG	- 14.221	31.12.2000
BB-Miete GmbH, Berlin	BB-Leasing GmbH	4.198	
Berlin Hyp Immobilien GmbH, Berlin	Berlin-Hannoversche Hypothekbank Aktiengesellschaft	- 7.758	31.12.2000
Berlin Hyp Projekt GmbH, Berlin	Berlin-Hannoversche Hypothekbank Aktiengesellschaft	- 92	31.12.2000
Berlin Seed Capital Fund GmbH, Berlin	Berlin Capital Fund GmbH	9.407	31.12.2000
BILDUNGS-AKADEMIE DER BANKGESELLSCHAFT Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin	Bankgesellschaft Berlin AG	9	31.12.2000
BUVI Besitz- und Verwaltungsgesellschaft für Immobilien mbH, Berlin	Bankgesellschaft Berlin AG	- 735	
DirektBankService GmbH Unternehmensgruppe Bankgesellschaft Berlin, Berlin	Bankgesellschaft Berlin AG	0	
DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	IBAG Immobilien und Beteiligungen AG	909	
FdA Finanzberatungs-Service GmbH der Allbank, Hannover	Allgemeine Privatkundenbank Aktiengesellschaft	- 1.061	
Grundstücksgesellschaft „Berlin“ mit beschränkter Haftung, Berlin	Bankgesellschaft Berlin AG	2.725	31.12.2000
Grundstücksgesellschaft "URSUS" mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main	Grundstücksgesellschaft „Berlin“ mit beschränkter Haftung	355	
GWL Wohnungsbetreuungsgesellschaft mbH, Lübeck	Gesellschaft für Wohnungsbau Lübeck mbH	- 176	31.12.2000
HaWe Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin	Weberbank Privatbankiers KGaA (vormals Weberbank Berliner Industriebank KGaA)	- 371	
IBAG Immobilien und Beteiligungen AG, Berlin	Bankgesellschaft Berlin AG	- 217.377	

Gesellschaft	Organträger	Ergebnis vor Ergebnisabführung in TEUR²⁾	vom 31.12.2001 abweichender Jahresabschluss
IDLG Immobiliendienstleistungen GmbH, Berlin	Landesbank Berlin – Girozentrale –	– 38.591	31.12.2000
Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaft der IBAG-Gruppe mbH, Berlin	IBAG Immobilien und Beteiligungen AG	– 28.842	
LBB Bauprojektgesellschaft mbH, Berlin	Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH	– 11.611	31.12.2000
LBB Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH Bau- und Projektentwicklungen, Berlin	IBAG Immobilien und Beteiligungen AG	203	
LBB Grundstücks-Gesellschaft mbH der Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin	Landesbank Berlin – Girozentrale –	– 8.430	31.12.2000
LBB Kommunalbaugesellschaft mbH, Potsdam	Landesbank Berlin – Girozentrale –	216	
LdA LEASING GMBH DER ALLBANK, Hannover	Allgemeine Privatkundenbank Aktiengesellschaft	1	
LfA Leasing für Automobile GmbH, Hannover	Bankgesellschaft Berlin AG	3.473	
Nordversicherungsdienst Versicherungs-Vermittlungsgesellschaft mbH, Hannover	Allgemeine Privatkundenbank Aktiengesellschaft	1	
S.T.E.R.N. Gesellschaft der behutsamen Stadterneuerung mbH, Berlin	LBB Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH Bau- und Projektentwicklungen	26	

1) Ergebnisabführungsvertrag endete zum 31.12.2001.

2) ohne Vorzeichen = Gewinnabführung an Organträger
– = Verlustübernahme durch Organträger

Verzeichnis gemäß § 285 Nr. 10 HGB zum Stichtag 31.12.2001

bzw. Datum des Ausscheidens

Anlage 3 zum Anhang

- a) Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten gemäß § 100 AktG
- a*) Mitgliedschaft in Konzerngesellschaften gemäß § 100 AktG
- b) Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
- *) Arbeitnehmervertreter

Aufsichtsrat

Prof. Dr. Dieter Feddersen

Vorsitzender

(bis 31. Dezember 2001)

Rechtsanwalt in Sozietät

White & Case, Feddersen,

Frankfurt/Main

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Drägerwerk AG, Lübeck

Deutsche Beteiligungsgesellschaft AG,
Frankfurt/Main

SAI Automotive AG, Frankfurt/Main¹⁾

Tarkett Sommer AG, Frankenthal

Mitglied des Aufsichtsrats der
FERI AG, Bad Homburg

- b) Vorsitzender des Verwaltungsrats der
Gesellschaft für Industriebeteiligungen
Dr. Joachim Schmidt AG & Co. Holding-
Kommanditgesellschaft, Berlin

Karl Munte Bauunternehmung
GmbH & Co. KG, Braunschweig

Ernst-Otto Sandvoß

Vorsitzender seit 14. Februar 2002

(Mitglied seit 4. Juli 2001)

Vorsitzender des Vorstands i. R. der

DGZ-DekaBank Deutsche

Kommunalbank, Frankfurt/Main²⁾

Helmut Tesch *)

Stellv. Vorsitzender

Vorsitzender des Gesamtpersonalrats

und des Personalrats der

Landesbank Berlin – Girozentrale –,

Berlin

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
DAWAG Deutsche Angestellten
Wohnungsbau-AG, Hamburg

- b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
WEV Waren Einkaufs- und Vertriebs-
Gesellschaft mbH, Hamburg

Mitglied des Aufsichtsrats der
Landesbank Berlin – Girozentrale –,
Berlin

VvdDAG GmbH Vermögensverwaltung
der Deutschen Angestellten-
Gewerkschaft, Hamburg

DAG-TVG GmbH Treuhandverwaltung
von Gewerkschaftsvermögen, Hamburg

Dr. h.c. Manfred Bodin

Vorsitzender des Vorstands der
Norddeutsche Landesbank
Girozentrale, Hannover

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
Berlin-Hannoversche Hypothekbank
AG, Hannover-Berlin

Nordland Papier AG, Doerpen

CeWe Color Holding AG,
Oldenburg

Continental AG, Hannover

Dragoco Gerberding & Co. AG,
Holzminden

MHB Mittelständische Handelsbank AG,
Frankfurt/Main

- b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
LHI Leasing GmbH, München

NORD CON Asset Management
Holding GmbH, Berlin

Mitglied des Aufsichtsrats der
Bremer Landesbank Kreditanstalt
Oldenburg – Girozentrale –,
Bremen

LBS Norddeutsche Landesbauspar-
kasse Berlin-Hannover, Hannover/Berlin

Provinzial Lebensversicherung
Hannover, Hannover

Vorsitzender des Verwaltungsrats der
Nord/LB Luxembourg S.A., Luxemburg

Mitglied des Verwaltungsrats der
DGZ-DekaBank Deutsche
Kommunalbank, Frankfurt/Main

Skandifinanz AG, Zürich

Wolfgang Branoner

(bis 20. Juni 2001)

Senator für Wirtschaft und Technologie,
Berlin

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
Berlinwasser Holding AG, Berlin
- b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Berliner Hafen- und Lagerhaus-Betriebe
(BEHALA), Berlin

Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR),
Berlin

Berliner Verkehrsbetriebe (BVG), Berlin

Berliner Wasser-Betriebe (BWB), Berlin

Wirtschaftsförderung Berlin GmbH,
Berlin

Berlin Tourismus Marketing GmbH,
Berlin

Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der

Landesbank Berlin – Girozentrale –,
Berlin

WISTA-Management GmbH (Wissen-
schafts- und Wirtschaftsstandort Berlin-
Adlershof), Berlin

TSB Technologiestiftung
Innovationsagentur Berlin GmbH, Berlin

Mitglied des Aufsichtsrats der

The New German Länder Industrial
Investment Council GmbH, Berlin

Stellv. Vorsitzender des Verwaltungsrats
der

Feuersozietät Berlin Brandenburg, Berlin

Öffentliche Lebensversicherung Berlin
Brandenburg, Berlin

Dagmar Brose *)

Mitglied des Betriebsrats der
Bankgesellschaft Berlin AG, Berlin

Thomas Dobkowitz

(seit 4. Juli 2001)

Unternehmensberater

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
ADSIS Software AG Enterprise
Management Solutions, Berlin

*) Arbeitnehmervertreter

1) Das Mandat fällt unter die Übergangsregelung des § 12 EGAktG.

2) Nachrichtlich: Seit 13. Dezember 2001 Mitglied, seit 28. Februar 2002 Vorsitzender des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin

Dr.-Ing. E.h. Heinz Dürr

(bis 1. Juli 2001)
Geschäftsführer der Heinz Dürr GmbH,
Berlin

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Dürr AG, Stuttgart
Krone GmbH, Berlin

Mitglied des Aufsichtsrats der
Benteler AG, Paderborn
Dussmann AG & Co. KGaA, Berlin
Stinnes AG, Mülheim/Ruhr
- b) Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Österreichische Bundesbahnen –
Sonderrechtsträger gemäß
Bundesbahngesetz 1992 –, Wien

Stiftungskommissar der
Carl-Zeiss-Stiftung, Heidenheim
a.d. Brenz und Jena

Stellv. Vorsitzender des Verwaltungsrats
der
Alp Transit Gotthard AG, Bern

Mitglied des Verwaltungsrats der
Landesbank Baden-Württemberg,
Stuttgart

Hartmut Friedrich *)

Stellv. Landesverbandsleiter der ver.di
Landesbezirk Berlin-Brandenburg

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
Herlitz PBS-AG, Berlin
Berliner Gaswerke (GASAG)-AG, Berlin
Berlinwasser Holding AG, Berlin

Carmen Hümpel *)

Gesamtbetriebsratsvorsitzende der
ALLBANK Allgemeine
Privatkundenbank AG, Hannover

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
ALLBANK Allgemeine
Privatkundenbank AG, Hannover

Christiane Krajewski

(seit 19. Juni 2001)³⁾
Senatorin für Finanzen, Berlin

- b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Berliner Verkehrsbetriebe (BVG), Berlin
Liegenchaftsfonds Berlin
Verwaltungsgesellschaft mbH

Stellv. Vorsitzende des Aufsichtsrats der
Landesbank Berlin – Girozentrale –,
Berlin

Mitglied des Aufsichtsrats der
NET-GE Kliniken für Berlin GmbH, Berlin

Mitglied des Verwaltungsrats der
Feuersozietät Berlin Brandenburg, Berlin
Kreditanstalt für Wiederaufbau,
Frankfurt/Main
Öffentliche Lebensversicherung
Berlin-Brandenburg, Berlin

Ernst-Otto Kock *)

(bis 31. März 2001)
Gewerkschaftssekretär ÖTV Berlin,
Berlin

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
Bewag AG, Berlin

Peter Kurth

(bis 16. Juni 2001)
Senator für Finanzen, Berlin

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
Messe Berlin GmbH, Berlin
NET-GE Kliniken für Berlin GmbH, Berlin
- b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Liegenchaftsfonds Berlin Verwaltungs-
gesellschaft mbH, Berlin

Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin

Mitglied des Verwaltungsrats der
Feuersozietät Berlin Brandenburg, Berlin
Öffentliche Lebensversicherung Berlin
Brandenburg, Berlin

Dr. Klaus Murmann

Chairman der Sauer Danfoss Inc.,
Ames, Iowa (Neumünster)

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Sauer-Danfoss Inc., Ames/Neumünster
PARION Finanzholding AG, Köln

Mitglied des Aufsichtsrats der
E.ON Energie AG, München
- b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
PSVaG Pensions-Sicherungs-
Verein, Köln
Gothaer Versicherungsbank VVaG, Köln

Mitglied des Aufsichtsrats der
Maschinenbau-Konzern GKN plc,
London

Verwaltungsrat
Gerling-Konzern Allgemeine
Versicherungs-Aktiengesellschaft, Köln

Beirat
Accumulatorenwerk Hoppecke Carl
Zoellner GmbH & Co. KG, Brilon
Institut der Deutschen Wirtschaft, Köln

Dr. Wolfgang Peiner

(bis 31. Oktober 2001)
Vorsitzender der Vorstände der
Parion OHG, Köln, und der
Parion Finanzholding AG, Berlin

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Aachener Bausparkasse AG, Aachen
Mitglied des Aufsichtsrats der
Roland Rechtsschutz-
Versicherungs-AG, Köln
Deutsche Lufthansa AG, Frankfurt/Main
- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
EurAPCo, Zürich
Mitglied des Verwaltungsrats der
Karl Munte Bauunternehmung
GmbH & Co. KG, Braunschweig
Kühne & Nagel International AG,
Schindellegi

Director (non-executive) der
Friends Providence plc., Dorking

3) Nachrichtlich: Im Aufsichtsrat bis 23. Januar 2002

Bernd Reinhard *)

Betriebsratsvorsitzender der Berliner Bank Niederlassung der Bankgesellschaft Berlin AG, Berlin

Andreas Rohde *)

Haushandwerker bei der Bankgesellschaft Berlin AG, Berlin

Dr. Dieter Schadt

(bis 27. Juni 2001)

Vorsitzender des Vorstands der Franz Haniel & Cie. GmbH, Duisburg

a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der

TAKKT AG, Stuttgart

Mitglied des Aufsichtsrats der

Delton AG, Bad Homburg

EXXON Mobil GmbH, Hamburg

GEHE AG, Stuttgart

RWE Umwelt AG, Essen

b) Mitglied des Aufsichtsrats der

Herba AG, Wien

OCP S.A., St. Quen

Hans Christian Seidel *)

Direktor der Landesbank Berlin

– Girozentrale –, Berlin

Erwin Staudt 4)

Vorsitzender der Geschäftsführung der IBM Deutschland GmbH, Berlin

a) Mitglied des Aufsichtsrats der

Krone GmbH, Berlin

a*) Vorsitzender des Aufsichtsrats der

IBM Deutschland Entwicklungs GmbH, Böblingen

IBM Deutschland Speichersysteme GmbH, Mainz

Dr. Heinz-Gerd Stein

Mitglied des Vorstands der ThyssenKrupp AG, Düsseldorf

a) Mitglied des Aufsichtsrats der

AXA Colonia Versicherung AG, Köln

Dürr AG, Stuttgart

Gerling Konzern Spezial-Kreditversicherungs-AG, Köln

Wilo-Salmson AG, Dortmund

a*) Vorsitzender des Aufsichtsrats der

Thyssen Stahl AG, Duisburg

Mitglied des Aufsichtsrats der

Eisen- und Hüttenwerke AG, Köln

ThyssenKrupp Technologies AG, Essen

ThyssenKrupp Materials AG, Düsseldorf

ThyssenKrupp Steel AG, Duisburg

b) Mitglied des Aufsichtsrats der

Evangelisches und Johanniter Klinikum Duisburg/Dinslaken/Oberhausen gem. GmbH, Duisburg

Institut für Management und Technologie IMT Berlin GmbH, Berlin

Thumann & Heitkamp Verwaltungs-GmbH, Düsseldorf

ThyssenKrupp Information Services GmbH, Düsseldorf

Vorsitzender des Beirats der

Kunststoffwerk Philippine GmbH & Co. KG, Lahnstein a. Rhein

Saarpor Klaus Eckhardt GmbH Neunkirchen Kunststoffe KG, Neunkirchen/Saar

Mitglied des Beirats der

Hülskens Holding GmbH & Co., Wesel

Mitglied des Board of Directors der

The Budd Company, Troy/Michigan

Thyssen Elevator Holding Corp., Dover/Delaware

Peter Strieder

(seit 22. Juni 2001)

Senator für Stadtentwicklung, Berlin

b) Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der

Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin

Mitglied des Aufsichtsrats der

Wista-Management GmbH, Berlin

Technologiestiftung Berlin, Berlin

BBB Management GmbH Campus Berlin-Buch, Berlin

Joachim Tonndorf *)

Fachbereichsleiter Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

a) Mitglied des Aufsichtsrats der

Deutsche Beamten-Versicherung AG, Wiesbaden

b) Mitglied des Aufsichtsrats der

Berliner Volksbank eG, Berlin

Frank Wolf *)

(seit 17. April 2001)

Fachsekretär Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

b) Mitglied des Aufsichtsrats der

Berliner Volksbank eG., Berlin

Bärbel Wulff *)

Stellv. Vorsitzende des Gesamtpersonalrats und des Personalrats der Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin

b) Mitglied des Aufsichtsrats der

Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin

4) Nachrichtlich: Im Aufsichtsrat bis 10. Januar 2002

Seit dem Bilanzstichtag eingetretene Veränderungen:

Dem Aufsichtsrat der Bankgesellschaft Berlin AG gehören seit dem 4. Februar 2002 beziehungsweise seit dem 28. März 2002 folgende weitere Mitglieder mit folgenden aktuellen Mandaten an:

Dr. Thilo Sarrazin

(seit 4. Februar 2002)

Senator für Finanzen, Berlin

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
Vivantes – Netzwerk für Gesundheit
GmbH, Berlin
- b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Berliner Verkehrsbetriebe (BVG), Berlin

- Stellv. Vorsitzender des
Aufsichtsrats der
Landesbank Berlin – Girozentrale –,
Berlin
- Mitglied des Verwaltungsrats der
Feuersozietät Berlin Brandenburg, Berlin
- Kreditanstalt für Wiederaufbau, Berlin
- Öffentliche Lebensversicherung Berlin
Brandenburg, Berlin

Dr. Michael Endres

(seit 28. März 2002)

Ehem. Mitglied des Vorstands der
Deutsche Bank AG, Frankfurt/Main

Vorsitzender des Vorstands der
Gemeinnützige Hertie-Stiftung,
Frankfurt/Main

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Deutz AG, Köln
- Lucent Technologies Network Systems
GmbH, Nürnberg
- Mitglied des Aufsichtsrats der
ARCOR Verwaltungs-AG, Eschborn
- Heidelberger Druckmaschinen AG,
Heidelberg
- b) Mitglied des Unternehmensrats der
Schott Glas, Mainz

Dr. Thomas Guth

(seit 28. März 2002)

Vorstand der Gesellschaft für Industrie-
beteiligungen Dr. Schmidt AG & Co.

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
R-Biopharm AG, Darmstadt
- Mitglied des Aufsichtsrats der
Berliner Kindl Brauerei AG, Berlin
- a*) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Comline Computer + Software-
lösungen AG, Hamburg
- Norddeutsche Mischwerke GmbH,
Berlin
- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
Preusse Bauholding GmbH & Co. KG,
Hamburg
- Wirtschaftsförderung Berlin GmbH,
Berlin

Bernd Wrede

(seit 28. März 2002)

Ehem. Vorsitzender des Vorstands der
Hapag-Lloyd AG

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
Bertelsmann AG, Gütersloh
- Deutsche Hyp Deutsche
Hypothekenbank Frankfurt-Hamburg
AG, Frankfurt/Main
- ERGO Versicherungsgruppe AG,
Düsseldorf
- Goldschmidt AG, Essen
- b) Mitglied des Verwaltungsrats der
Kühne & Nagel International AG,
Schindellegi

Mandate nach § 285 Nr. 10 HGB und § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB
zum Stichtag 31.12.2001 bzw. Datum des Ausscheidens

Anlage 3 zum Anhang

- a) Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten gemäß § 100 AktG
a*) Mitgliedschaft in Konzerngesellschaften gemäß § 100 AktG
◊ auch nach § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB anzugebende Mandate in großen Kapitalgesellschaften
b) Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen

Vorstand

Dr. Wolfgang Rupf

Vorsitzender und
Mitglied des Vorstands
bis 30. November 2001

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
CeWe Color Holding AG, Oldenburg ◊
Hornbach Baumarkt AG, Bornheim ◊
Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Hornbach Holding AG, Bornheim ◊
Mitglied des Aufsichtsrats der
Berlinwasser Holding AG, Berlin ◊
Messe Berlin GmbH, Berlin ◊
a)* Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Berlin-Hannoversche Hypothekenbank
AG, Berlin/Hannover ◊
b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Immobilien- und Baumanagement der
Bankgesellschaft Berlin GmbH, Berlin
Landesbank Berlin – Girozentrale –,
Berlin
Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Bau Holding Strabag Aktiengesellschaft,
A-Spittal a.d.Drau
Mitglied des Aufsichtsrats der
Partner für Berlin Gesellschaft für
Hauptstadt-Marketing mbH, Berlin
PEIKER acoustic GmbH & Co. KG,
Friedrichsdorf
Mitglied des Verwaltungsrats der
Gesellschaft für Industriebeteiligungen
Dr. Joachim Schmidt AG & Co.
Holding KG, Berlin
Mitglied des Investitionsausschusses
der
PEB Capital B.V., NL-Utrecht

Hans-Jörg Vetter

Mitglied und stellv. Vorsitzender des
Vorstands seit 1. November 2001

Vorsitzender des Vorstands
seit 1. Dezember 2001

Vorsitzender des Vorstands der
Landesbank Berlin – Girozentrale –,
Berlin
seit 28. Februar 2002

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Fay Management Holding AG,
Mannheim
Mitglied des Aufsichtsrats der
Interseroh AG, Köln ◊

Serge Demolière

Mitglied des Vorstands
seit 1. November 2001

Mitglied des Board of Directors der
Bankgesellschaft Berlin (UK) plc.,
London seit 13. Dezember 2001

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
RTS Realtime Systems AG,
Frankfurt/Main
b) Mitglied des Aufsichtsrats der
Bankgesellschaft Berlin INVESTMENT
GmbH, Berlin
Bankgesellschaft Berlin (Ireland) plc.,
Dublin
France Growth Fund, Inc., New York
Mitglied des Verwaltungsrats der
Bankgesellschaft Berlin International
S.A., Luxemburg

Dr. Johannes Evers

Mitglied des Vorstands der
Landesbank Berlin – Girozentrale –,
Berlin

- a)* Vorsitzender des Aufsichtsrats der
ALLBANK Allgemeine Privatkundenbank
Aktiengesellschaft, Hannover ◊
b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Bankgesellschaft Berlin (Polska) S.A.,
Warschau

Cids! Computer in die Schulen
gemeinnützige Gesellschaft, Berlin

Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Atos Origin Processing Services GmbH,
Frankfurt/Main

Mitglied des Aufsichtsrats der
B + S Card Service GmbH,
Frankfurt/Main

Inteligo Financial Services S.A.,
Warschau

LBS Norddeutsche
Landesbausparkasse Berlin- Hannover,
Berlin/Hannover

Wasserstadt GmbH Treuhänderische
Entwicklungsträger des Landes Berlin,
Berlin

Vorsitzender des Verwaltungsrats der
Visa Deutschland e.V., Frankfurt/Main

Mitglied des Board of Directors
(non-executive) der
INOVANT, San Francisco

Visa International Service Association,
San Francisco

Visa EU, London

Dr. Thomas Kurze

Mitglied des Vorstands
bis 30. November 2001

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Honeywell Bremsbelag GmbH, Glinde ◊
Tempelhofer Feld AG, Berlin ◊

Mitglied des Aufsichtsrats der
dvg Hannover Datenverarbeitungs-
gesellschaft mbH, Hannover ◊
Honeywell Deutschland GmbH,
Raunheim

Honeywell Specialty Chemicals Seelze
GmbH, Seelze ◊

- a)* Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
ALLBANK Allgemeine Privatkundenbank
Aktiengesellschaft, Hannover ◊
Weberbank Privatbankiers KGaA,
Berlin ◊
Mitglied des Aufsichtsrats der
Berlin-Hannoversche Hypothekenbank
AG, Berlin/Hannover ◊

b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Zivnostenska banka a.s., Prag

Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
B + S Card Service GmbH,
Frankfurt/Main

Mitglied des Aufsichtsrats der
Bankgesellschaft Berlin INVESTMENT
GmbH, Berlin

Deka Investment Management GmbH
(DIM), Frankfurt/Main

Immobilien- und Baumanagement der
Bankgesellschaft Berlin GmbH, Berlin

Institut für Management und Technologie
IMT Berlin GmbH, Berlin

LBS Norddeutsche
Landesbausparkasse Berlin-Hannover,
Berlin/Hannover

Mitglied des Verwaltungsrats der
Bankgesellschaft Berlin International
S.A., Luxemburg

DKLB Deutsche Klassenlotterie Berlin,
Berlin

VISA Deutschland e.V., Frankfurt/Main

Hans Leukers

Mitglied des Vorstands
bis 31. Dezember 2001

Mitglied des Vorstands der
Landesbank Berlin – Girozentrale –,
Berlin, bis 31. Dezember 2001

Chairman of the Board of Directors der
Bankgesellschaft Berlin (UK) plc.,
London ¹⁾

a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Berliner Börse AG, Berlin

b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Bankgesellschaft Berlin INVESTMENT
GmbH, Berlin

LBB Landesbank Berlin Finance
Curaçao N. V., Curaçao

Mitglied des Aufsichtsrats der
Deutsche Sparkassen Leasing
AG & Co. KG, Bad Homburg v.d.H.

Deka International (Ireland) Ltd., Dublin

Chairman of the Board of Directors
(non-executive) der
Bankgesellschaft Berlin (Ireland) plc.,
Dublin

BGB Finance (Ireland) plc., Dublin

Vorsitzender des Verwaltungsrats der
Bankgesellschaft Berlin International
S.A., Luxemburg

Mitglied des Verwaltungsrats der
InvestitionsBank des Landes
Brandenburg, Potsdam

Norbert Pawlowski

Vorsitzender des Vorstands der
Landesbank Berlin – Girozentrale –,
Berlin
seit 28. März 2001 bis 28. Februar 2002

Seit 28. Februar 2002 Mitglied des
Vorstands der Landesbank Berlin
– Girozentrale –, Berlin

Mitglied des Board of Directors
(executive member) der Bankgesell-
schaft Berlin (UK) plc., London

a)* Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Weberbank Privatbankiers KGaA,
Berlin ◊

Mitglied des Aufsichtsrats der
Berlin-Hannoversche Hypothekbank
AG, Berlin/Hannover ◊

b) Mitglied des Aufsichtsrats der
Bankgesellschaft Berlin INVESTMENT
GmbH, Berlin

Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR),
Berlin

Berliner Wasserbetriebe (BWB), Berlin

Immobilien- und Baumanagement der
Bankgesellschaft Berlin GmbH, Berlin

Mitglied des Board of Directors
(non-executive) der
Bankgesellschaft Berlin (Ireland) plc,
Dublin

Mitglied des Verwaltungsrats der
Bankgesellschaft Berlin International
S.A., Luxemburg

DGZ•DekaBank
Deutsche Kommunalbank,
Frankfurt/Main

Hubert Piel

Mitglied des Vorstands der
Landesbank Berlin – Girozentrale –,
Berlin, seit 1. Juni 2001

a) Mitglied des Aufsichtsrats der
dvg Hannover Datenverarbeitungs-
gesellschaft mbH, Hannover ◊

a)* Vorsitzender des Aufsichtsrats der
BANKENSERVICE GmbH –
Ein Unternehmen der Bankgesellschaft
Berlin, Berlin ◊

Mitglied des Aufsichtsrats der
ALLBANK Allgemeine Privatkundenbank
Aktiengesellschaft, Hannover ◊

Berlin-Hannoversche Hypothekbank
AG, Berlin/Hannover ◊

b) Mitglied des Aufsichtsrats der
Atos Origin Processing Services GmbH,
Frankfurt/Main

Bankgesellschaft Berlin (Polska) S.A.,
Warschau

BLEG Berliner Landesentwicklung-
gesellschaft mbH, Berlin

BLEG Berliner Landesentwicklung-
Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin

Dr. Lothar Wackerbeck

Mitglied des Vorstands
bis 30. November 2001

Mitglied des Board of Directors
(executive member) der
Bankgesellschaft Berlin (UK) plc.,
London ²⁾

a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Wall AG, Berlin ◊

Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Gothaer Credit Versicherung AG, Köln ◊

Mitglied des Aufsichtsrats der
Specker Bauten AG, Berlin

b) Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Bankgesellschaft Berlin (Polska) S.A.,
Warschau

LHI Leasing GmbH, München

Mitglied des Aufsichtsrats der

AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH,
Frankfurt/ Main

BVG Berliner Verkehrsbetriebe – Anstalt
des öffentlichen Rechts –, Berlin

Mitglied des Verwaltungsrats der
Bankgesellschaft Berlin International
S.A., Luxemburg

Vorsitzender des Beirats der
Knipping Holding GmbH,
Gummersbach

Mitglied des Beirats der

Köppern Vermögensverwaltung GmbH,
Hattingen

Maschinenfabrik Köppern
GmbH & Co. KG, Hattingen

1) Nachrichtlich: Bis 12. März 2002

2) Nachrichtlich: Bis 1. Januar 2002

Verzeichnis gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB zum Stichtag 31.12.2001

Anlage 4 zum Anhang

Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien, die von Mitarbeitern wahrgenommen werden

Dr. Matthias Bergmann

Mitglied des Aufsichtsrats der
Bankgesellschaft Berlin (Polska), S.A.

Dr. Matthias von Bismarck-Osten

Mitglied des Aufsichtsrats der
Bankgesellschaft Berlin (Polska), S.A.

Arnold Butzer

Mitglied des Aufsichtsrats der
IBAG Immobilien und Beteiligungen
Aktiengesellschaft, Berlin

Dariusch Ghassemi-Moghadam

Mitglied des Aufsichtsrats der
Berlin-Hannoversche
Hypothekenbank AG

Mitglied des Aufsichtsrats der
IBAG Immobilien und Beteiligungen
Aktiengesellschaft, Berlin

Dr. Bertin Pietsch

Mitglied des Aufsichtsrats der
H5B5 Media AG

Wolfgang Radszuweit

Mitglied des Aufsichtsrats der
Vectron Systems AG, Münster

Mitglied des Aufsichtsrats der
Proalpha Software AG, Kaiserslautern

Gerhard Roller

Mitglied des Aufsichtsrats der
Bankgesellschaft Berlin (Polska), S.A.

Heinz-Günter Scheer

Mitglied des Aufsichtsrats der
Allgemeine Privatkundenbank
Aktiengesellschaft, Hannover

Hadi Saidi

Member of the Board of Directors
BGB Finance (Ireland) plc., Dublin

1. Bankgesellschaft Berlin AG

Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Bankgesellschaft Berlin Aktiengesellschaft, Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2001 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Regelungen in der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach §317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Gesellschaft und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

Pflichtgemäß weisen wir darauf hin, dass die in diesem Jahresabschluss berücksichtigten Sanierungsmaßnahmen des Landes Berlin (Kapitalerhöhung vom 29. August 2001; Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin AG von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft gemäß Detailvereinbarung vom 16. April 2002) nur Bestand haben, wenn sie von der Europäischen Kommission als Umstrukturierungsbeihilfe genehmigt werden, und dass der Bestand der Gesellschaft gefährdet ist, wenn die Genehmigung nicht wie beantragt erteilt wird (siehe Abschnitt „5.6.6 Rechtsrisiken“ des Lageberichts).

Berlin, den 26. April 2001

PwC Deutsche Revision

Aktiengesellschaft

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Eckes)

Wirtschaftsprüfer

(ppa. Palm)

Wirtschaftsprüfer

2. Bankgesellschaft Berlin Konzern

Wir haben den von der Bankgesellschaft Berlin Aktiengesellschaft, Berlin, aufgestellten Konzernabschluss und den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2001 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach §317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Konzerns und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

Pflichtgemäß weisen wir darauf hin, dass die in diesem Konzernabschluss berücksichtigten Sanierungsmaßnahmen des Landes Berlin (Kapitalerhöhung vom 29. August 2001; Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin AG von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft durch Detailvereinbarung vom 16. April 2002) nur Bestand haben, wenn sie von der Europäischen Kommission als Umstrukturierungsbeihilfe genehmigt werden, und dass der Bestand des Mutterunternehmens und wesentlicher Tochterunternehmen gefährdet ist, wenn die Genehmigung nicht wie beantragt erteilt wird (siehe Abschnitt „5.6.6 Rechtsrisiken“ des Lageberichts).

Berlin, den 26. April 2001

PwC Deutsche Revision

Aktiengesellschaft

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Eckes)

Wirtschaftsprüfer

(ppa. Palm)

Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat sich im Geschäftsjahr 2001 in 14 Plenumsitzungen, an denen teilweise auch Vertreter des Bundesaufsichtsamts für das Kreditwesen teilgenommen haben, und mittels schriftlicher Berichte eingehend über die aktuelle Situation der Bank sowie über die den Konzern betreffenden Fragen von grundsätzlicher Bedeutung unterrichten lassen.

Dabei hat er sich zeitnah und intensiv mit der Lage und der Geschäftsentwicklung der Bankgesellschaft Berlin AG sowie des Konzerns Bankgesellschaft befasst und sich von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung überzeugt soweit er keine Sonderprüfungsaufträge erteilt hat.

Der Aufsichtsrat hat sich vom Vorstand regelmäßig über die beabsichtigte Geschäftspolitik und die Unternehmensplanung, insbesondere die Finanz-, Investitions- und Personalplanung informieren lassen.

Darüber hinaus wurden Einzelfragen von wesentlicher Bedeutung in Arbeitsgesprächen zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden und dem Vorsitzenden des Vorstands erörtert.

Im gesamten Geschäftsjahr 2001 befasste sich der Aufsichtsrat ausführlich mit der aktuellen Risikosituation sowie den Ergebnissen der Sonderprüfungen, dem sich hieraus ergebende zusätzliche Risikovorsorgebedarf sowie daraus resultierenden Maßnahmen.

Wie bereits dem Geschäftsbericht des Vorjahres zu entnehmen war, hat sich der Aufsichtsrat dabei intensiv mit den neuen Erkenntnissen und notwendigen Schlussfolgerungen hinsichtlich des Verkaufs der IBG beschäftigt. Im Juli 2001 wurde die Transaktion zum 2. Januar 2001 rückabgewickelt mit dem Ergebnis, dass die Bankgesellschaft Berlin AG die ehemaligen IBG-/IBAG-Gesellschaften unter dem Dach der IBAG zurück erwarb.

Die vom Aufsichtsrat initiierte Sonderprüfung hinsichtlich des Ablaufs der Transaktion und bezüglich der Prüfung etwaiger zum Schadensersatz verpflichtender Handlungen im Zusammenhang mit der IBG/IBAG-Transaktion ergab, dass alle erforderlichen Genehmigungen erteilt und Entscheidungen von den zuständigen Gremien ordnungsgemäß getroffen wurden.

Aufgrund der in diesem Zusammenhang ebenfalls veranlassten Sonderprüfung bei der Berlin Hyp bezüglich der Ordnungsmäßigkeit der Bearbeitung des Immobiliengeschäfts sind für die Berlin Hyp entsprechende Konzepte entworfen und geeignete Vorkehrungen getroffen worden.

Im Zusammenhang mit bereits vorliegenden Erkenntnissen und auf Basis von noch aus Sonderprüfungsaufträgen zu erwartenden Ergebnissen beauftragte der Aufsichtsrat im Juni 2001 eine renommierte Anwaltskanzlei mit der Ermittlung, Verfolgung und konsequenten Durchsetzung von Regressansprüchen gegen Organmitglieder.

Nachdem der Senat von Berlin als Mehrheitsaktionär bereits im Vorfeld der Hauptversammlung gegenüber dem Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen verbindlich erklärt hatte, neues Kapital in ausreichender Höhe zur Verfügung zu stellen, ist in der Hauptversammlung am 29. August 2001 die Erhöhung des Grundkapitals in Höhe von bis zu 2 Mrd. € beschlossen worden.

Daneben standen grundlegende Beschlüsse zur Fortführung der strategischen Neuausrichtung des Konzerns und die Umsetzung weiterer Maßnahmen zur Kostensenkung im Mittelpunkt der Arbeit des Aufsichtsrats.

Nachdem ihm bereits im Sommer der Zwischenstand zum Restrukturierungskonzept für den Konzern präsentiert wurde, das in den folgenden Monaten fortentwickelt wurde, hat der Aufsichtsrat im November einer weitreichenden Ergänzung des Sanierungs- und Neuordnungskonzepts zugestimmt. Wesentlicher Bestandteil dieses Restrukturierungskonzepts ist die vollständige Freistellung der Bank von den Risiken des Immobiliendienstleistungsgeschäfts (IBG/IBAG) durch mit dem Land Berlin zu treffende EU-konforme Vereinbarungen.

Ein weiterer zentraler Punkt ist die konsequente Redimensionierung der Geschäftstätigkeit und Anpassung der Kapazitäten des Bankbetriebs entsprechend den Fähigkeiten und der Infrastruktur einer Regionalbank. Dazu gehören die Konzentration auf zwei Marken im Retailgeschäft mit Überprüfung der Standorte sowie die Fokussierung auf einige ertragsstarke Produktsegmente im Wholesale- und Immobiliengeschäft, woraus eine erhebliche Verkleinerung der Service- und Stabsbereiche resultiert, mit dem Ziel der Erwirtschaftung nachhaltiger stabiler Erträge in definierten strategischen Geschäftsfeldern.

Im Dezember konnten hierzu zwei grundlegende Vereinbarungen zur Sanierung auf den Weg gebracht werden: Nachdem der Senat von Berlin am 17. Dezember 2001 die mit dem Großaktionär ausgearbeitete Regelung zur Absicherung des Bankgesellschafts-Konzerns von den Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft des Konzerns durch das Land Berlin grundsätzlich bestätigt hatte, hat der Aufsichtsrat den bevorstehenden Abschluss der Grundsatzvereinbarung einstimmig zustimmend zur Kenntnis genommen. Außerdem hat der Vorstand den Aufsichtsrat ausführlich über den Abschluss der Rahmenvereinbarung zur Realisierung personalwirtschaftlicher Maßnahmen im Rahmen des Restrukturierungskonzepts informiert und die wesentlichen Eckpunkte erläutert.

Vor Einreichen des Restrukturierungskonzepts bei der EU-Kommission in Brüssel Ende Januar 2002 wurde der Aufsichtsrat über den aktuellen Sachstand zum Projekt Restrukturierung einschließlich EU-Notifizierung informiert.

Weiter berichtete der Vorstand auf Wunsch des Aufsichtsrats über die im 1. Quartal dieses Jahres entwickelte neue Strategie zum Kapitalmarktgeschäft, die vom Aufsichtsrat zustimmend zur Kenntnis genommen wurde.

Am 9. April 2002 hat das Abgeordnetenhaus von Berlin der Detailvereinbarung über die Absicherung der wesentlichen Risiken des Immobiliendienstleistungsgeschäfts zugestimmt. Als Teil des Umstrukturierungsprogramms der Bankgesellschaft Berlin steht die Risikoabsicherung unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch die EU-Kommission im Rahmen der Notifizierung als Umstrukturierungsbeihilfe.

Mit der Verabschiedung der Absicherungsvereinbarung war die Voraussetzung zur Unterzeichnung der Vereinbarung der Bank mit den Arbeitnehmervertretungen sowie der Gewerkschaft ver.di im Konzern Bankgesellschaft Berlin zur dauerhaften Senkung der Personalkosten erfüllt, die am 10. April 2002 erfolgte.

Der Aufsichtsrat hat sich auch im vergangenen Geschäftsjahr eingehend mit der Segmentberichterstattung im Konzern befasst, und er ließ sich regelmäßig über Fragen des Risikocontrolling und über die Risikosituation der Bankgesellschaft informieren.

Die zur Übernahme spezieller Kontrollaufgaben sowie zur generellen Unterstützung der Arbeit des Plenums gebildeten Ausschüsse des Aufsichtsrats kamen im Berichtsjahr verstärkt zusammen:

Der Arbeitsausschuss trat zur Vorbereitung der Beschlussfassungen im Plenum, insbesondere zur intensiven Vorberaterung des Jahresabschlusses, zur vertieften Behandlung von besonderen Problemkreisen und strategischen Fragen sowie zur Regelung von Vorstandsangelegenheiten im vergangenen Jahr 20-mal zusammen.

Der Kreditausschuss hat in insgesamt 13 Sitzungen mit dem Vorstand die Grundsätze der Geschäftspolitik im Kreditgeschäft des Konzerns unter dem Gesichtspunkt der Bonitätsrisiken beraten. Entsprechend der Geschäftsordnung ließen sich die Mitglieder des Kreditausschusses die nach der Kompetenzregelung zustimmungspflichtigen Kreditengagements zur Genehmigung vorlegen, zum Teil erfolgte die Beschlussfassung im Umlaufverfahren. Insbesondere wurden im Kreditausschuss auch die Kredit- und Marktrisiken diskutiert sowie die Struktur des Konzernkreditportefeuilles und das Risikomanagement des Konzerns eingehend beraten. Der Kreditausschuss begleitete dabei intensiv die Weiterentwicklung der Risikokontrollinstrumente.

Sowohl für den bestehenden „Weisungsausschuss“ (Ausschuss gemäß §11 Abs. 3 des zwischen der Bankgesellschaft Berlin und der Landesbank Berlin abgeschlossenen Vertrags über eine Stille Gesellschaft und zur Begründung einer einheitlichen Leitung) als auch für den gesetzlich zu bildenden „Vermittlungsausschuss gemäß §27 Abs. 3 Mitbestimmungsgesetz 1976“ gab es wie in den Vorjahren im Berichtsjahr keine Veranlassung, zusammenzutreten.

Die PwC Deutsche Revision Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, prüfte den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2001 sowie den Lagebericht und den Konzernabschluss und versah die Abschlüsse mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk. Der Jahresabschluss, der Lagebericht und der Bericht des Abschlussprüfers wurden dem Aufsichtsrat zur Prüfung vorgelegt.

Die Wirtschaftsprüfer haben auch im Jahr 2002 sowohl an der Sitzung des Arbeitsausschusses, in der die Jahresabschlussunterlagen und die Prüfungsergebnisse eingehend geprüft und erörtert wurden, als auch an der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats teilgenommen und in diesen Gremien über die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfung berichtet und Fragen der Mitglieder des Aufsichtsrats beantwortet. Der Konzernabschluss, der Konzernlagebericht sowie der Bericht des Konzernabschlussprüfers lagen dem Aufsichtsrat zur Prüfung vor.

Vor dem Hintergrund der erhöhten Anforderungen des KonTraG hinsichtlich der Überwachungspflichten des Aufsichtsrats, aber auch aufgrund der besonderen Situation der Bankgesellschaft Berlin AG haben Arbeitsausschuss und Aufsichtsrat wie schon in den beiden Vorjahren für die Prüfung des Jahresabschlusses der AG und des Konzerns einen fachkundigen externen Bilanz- und Controlling-Fachmann zur Unterstützung hinzugezogen.

Bei der Prüfung des Jahresabschlusses hat der Aufsichtsrat insbesondere die Angemessenheit des Risikomanagementsystems der Bank und des Konzerns, das Kreditgeschäft, die Handelsgeschäfte und die Einhaltung der MaH geprüft, sich mit der Risikolage und -abschirmung im Immobiliendienstleistungsgeschäft sowie mit der Tätigkeit der Konzernrevision (Einhaltung der MaR) befasst und sich hierzu eingehend durch die Wirtschaftsprüfer unterrichten lassen.

Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2001 wurde vom Aufsichtsrat in seiner Sitzung vom 17. Mai 2002 gebilligt, der damit gemäß § 172 Abs. 1 Satz 1 AktG festgestellt ist.

Der Aufsichtsrat hat außerdem eine Prüfung des Berichts des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen für das Geschäftsjahr 2001 vorgenommen. Diese und auch die Prüfung durch den Abschlussprüfer haben keinen Anlass zu Beanstandungen gegeben.

Der Bericht des Abschlussprüfers hierzu enthält folgenden Bestätigungsvermerk:

„Nach unserer pflichtgemäßen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war,
3. bei den im Bericht aufgeführten Maßnahmen keine Umstände für eine wesentlich andere Beurteilung als die durch den Vorstand sprechen.“

Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfungen erhebt der Aufsichtsrat keine Einwendungen gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Berichts über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen für das Geschäftsjahr 2001.

Wie dem vorangegangenen Bericht des Aufsichtsrats teilweise bereits zu entnehmen war, haben sich im Geschäftsjahr 2001 wesentliche personelle Veränderungen im Aufsichtsrat ergeben:

Der ehemalige Senator für Finanzen, Herr Peter Kurth, der dem Aufsichtsrat der Bankgesellschaft seit dem 17. Februar 2000 als Vertreter des Landes Berlin angehörte, hat sein Mandat im Aufsichtsrat nach Beendigung seines Senatorenamtes mit Schreiben vom 16. Juni 2001 mit sofortiger Wirkung niedergelegt. An seiner Stelle wurde seine Nachfolgerin im Amt, Frau Christiane Krajewski, vom Land Berlin gemäß § 8 der Satzung der Bankgesellschaft am 19. Juni 2001 in den Aufsichtsrat der Bank entsandt.

Anstelle des ehemaligen Senators für Wirtschaft und Technologie, Herrn Wolfgang Branoner, der nach der Beendigung seines Amtes zum 20. Juni 2001 aus dem Aufsichtsrat der Bank ausschied, ist Herr Peter Strieder, Senator für Stadtentwicklung, vom Land Berlin als weiterer Vertreter entsandt worden und gehört dem Aufsichtsrat seit dem 22. Juni 2001 an.

Zuvor war Herr Ernst-Otto Kock, Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat der Bank, nach fast siebenjähriger Zugehörigkeit aufgrund der Übernahme einer anderen hauptberuflichen Aufgabe zum 31. März 2001 von seinem Aufsichtsratsmandat zurückgetreten. Seit seiner gerichtlichen Bestellung am 17. April 2001 ist Herr Frank Wolf, der von den Arbeitnehmern bereits im Mai 1999 zum Ersatzmitglied gewählt worden war, Mitglied des Aufsichtsrats.

In Abstimmung mit dem Großaktionär haben die Herren Dr. Dieter Schadt und Dr.-Ing. E.h. Heinz Dürr ihre Mandate zum 27. Juni 2001 beziehungsweise zum 1. Juli 2001 niedergelegt. An ihre Stelle sind die Herren Ernst-Otto Sandvoß, ehemaliger Vorsitzender des Vorstands der DGZ·Deka-Bank, und Thomas Dobkowitz, Unternehmensberater, mit Beschluss des Amtsgerichts vom 4. Juli 2001 zu Mitgliedern des Aufsichtsrats bestellt worden.

Zum 31. Oktober 2001 hat Herr Dr. Wolfgang Peiner, der dem Gremium bereits seit dem 22. Juli 1994 angehörte, sein Mandat im Aufsichtsrat der Bank niedergelegt, da er aus dem Parion Konzern ausgeschieden ist.

Herr Prof. Dr. Dieter Feddersen, der in der Hauptversammlung am 26. Mai 1999 in den Aufsichtsrat und in der anschließenden konstituierenden Aufsichtsratssitzung zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats gewählt wurde, ist zum 31. Dezember 2001 von seinem Amt zurückgetreten. An seiner Stelle wurde Herr Ernst-Otto Sandvoß vom Aufsichtsrat am 14. Februar 2002 zum Aufsichtsratsvorsitzenden der Bankgesellschaft Berlin AG gewählt.

Herr Erwin Staudt, der dem Aufsichtsrat ebenfalls seit dem 26. Mai 1999 angehörte, hat sein Amt zum 10. Januar 2002 niedergelegt.

Frau Christiane Krajewski, bis zum 17. Januar 2002 Senatorin für Finanzen, ist am 23. Januar 2002 aus dem Aufsichtsrat der Bankgesellschaft ausgeschieden. Am 4. Februar 2002 ist an ihrer Stelle vom Land Berlin der neue Senator für Finanzen, Herr Dr. Thilo Sarrazin, in den Aufsichtsrat entsandt worden.

Mit Beschluss des Amtsgerichts Charlottenburg sind die Herren Dr. Michael Endres, Dr. Thomas Guth und Bernd Wrede mit Wirkung vom 28. März 2002 zu Mitgliedern des Aufsichtsrats bestellt worden.

Der Aufsichtsrat hat die Herren Serge Demolière und Hans-Jörg Vetter jeweils mit Wirkung vom 1. November 2001 zu ordentlichen Vorstandsmitgliedern der Bankgesellschaft bestellt. Herrn Vetter, der gleichzeitig zum stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstands berufen wurde, ist das Ressort Immobilien sowie Immobiliendienstleistungen überantwortet worden. Herr Demolière hat als Nachfolger von Herrn Leukers die Zuständigkeit für den Bereich Kapitalmarktgeschäft übernommen.

Nach dem Ausscheiden der Herren Dr. Thomas Kurze und Dr. Lothar Wackerbeck und des bisherigen Vorstandsvorsitzenden, Herrn Dr. Wolfgang Rupf, am 30. November 2001 aus dem Vorstand der Bankgesellschaft hat der Aufsichtsrat Herrn Vetter mit Wirkung vom 1. Dezember 2001 zum neuen Vorsitzenden des Vorstands bestellt.

Zum 31. Dezember 2001 ist Herr Hans Leukers nach langjähriger Tätigkeit aus dem Vorstand der Bankgesellschaft Berlin AG ausgeschieden und in den Ruhestand getreten. Seit 1994 hatte er im Rahmen seiner Ressortverantwortung das Kapitalmarktgeschäft in Berlin und London geleitet.

Der Aufsichtsrat dankt den ausgeschiedenen Aufsichtsratsmitgliedern, dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Konzerns für ihre tatkräftige Unterstützung und dafür, dass sie auch in schwierigen Zeiten mit hohem Einsatz und Engagement die besonderen Herausforderungen des vergangenen Jahres meisterten und einen wesentlichen Beitrag für die Zukunft des Konzerns Bankgesellschaft leisteten.

Berlin, im Mai 2002

Der Aufsichtsrat

Ernst-Otto Sandvoß

Vorsitzender

Organe der Bankgesellschaft Berlin AG

Aufsichtsrat

Ernst-Otto Sandvoß

Vorsitzender seit 14. Februar 2002
(Mitglied seit 4. Juli 2001)

Vorsitzender des Vorstands der
DGZ·DekaBank Deutsche Kommunalbank i. R.

Helmut Tesch *)

Stellv. Vorsitzender

Vorsitzender des Gesamtpersonalrats
und des Personalrats der
Landesbank Berlin – Girozentrale –

Dr. h.c. Manfred Bodin

Vorsitzender des Vorstands der
Norddeutsche Landesbank Girozentrale

Dagmar Brose *)

Mitglied des Betriebsrats der
Bankgesellschaft Berlin AG

Thomas Dobkowitz

(seit 4. Juli 2001)

Unternehmensberater

Dr. Michael Endres

(seit 28. März 2002)

Mitglied des Vorstands der
Deutsche Bank AG i.R.

Hartmut Friedrich *)

Stellv. Landesbezirksleiter der ver.di
Landesbezirk Berlin-Brandenburg

Dr. Thomas Guth

(seit 28. März 2002)

Vorstand der Gesellschaft für
Industriebeteiligungen Dr. Schmidt AG & Co.

Carmen Hümpel *)

Gesamtbetriebsratsvorsitzende der
Allgemeine Privatkundenbank AG

Dr. Klaus Murmann

Chairman der Sauer-Danfoss Inc.

Bernd Reinhard *)

Betriebsratsvorsitzender der Berliner Bank
Niederlassung der Bankgesellschaft Berlin AG

Andreas Rohde *)

Haushandwerker bei der
Bankgesellschaft Berlin AG

Dr. Thilo Sarrazin

(seit 4. Februar 2002)

Senator für Finanzen

Hans Christian Seidel *)

Direktor der
Landesbank Berlin – Girozentrale –
Filialdirektion 1

Dr. Heinz-Gerd Stein

Mitglied des Vorstands der
ThyssenKrupp AG

Peter Strieder

(seit 22. Juni 2001)

Senator für Stadtentwicklung

Vorstand

Joachim Tonndorf *)

Fachbereichsleiter Finanzdienstleistungen der
ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

Frank Wolf *)

(seit 17. April 2001)

Fachsekretär Finanzdienstleistungen der
ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

Bernd Wrede

(seit 28. März 2002)

Ehem. Vorsitzender des Vorstands der
Hapag-Lloyd AG

Bärbel Wulff *)

Stellv. Vorsitzende des Gesamtpersonalrats
und des Personalrats der
Landesbank Berlin – Girozentrale –

Hans-Jörg Vetter

Vorsitzender

Immobilien und Immobiliendienstleistungen
Konzernentwicklung und Zentralsekretariat
Konzern Personal
Recht im Konzern
Konzernrevision
Unternehmenskommunikation

Serge Demolière

Kapitalmarktgeschäft

Dr. Johannes Evers

Private Kunden
Firmenkunden
Großkunden/Ausland

Norbert Pawlowski

Aktiv-/Passiv-Management
Finanzen
Controlling
Risk and Performance
für das Kapitalmarktgeschäft
Kreditrisiko- und Portfoliosteuerung
Konzernrisiko-Evidenz
Compliance

Hubert Piel

Organisation Informationstechnologie
Operations

*) Arbeitnehmersvertreter

Konzernbanken und ausgewählte Beteiligungen des Konzerns

Kreditinstitute

Allgemeine Privatkundenbank Aktiengesellschaft

Buchholzer Straße 98
30655 Hannover
Tel.: (05 11) 646 50
Fax: (05 11) 646 52 33
Internet: www.allbank.de

Bankgesellschaft Berlin International S.A.

30, Boulevard Royal
L-2449 Luxemburg
Luxemburg
Tel.: (+352) 477 81
Fax: (+352) 477 829 99
Internet: www.bankgesellschaft.lu

BANKGESELLSCHAFT BERLIN INVESTMENT GmbH

Kurfürstendamm 201
10719 Berlin
Tel.: (030) 245 645 00
Fax: (030) 245 646 00
Internet: www.bb-invest.de

Bankgesellschaft Berlin (Ireland) plc

No. 5 George's Dock
I.F.S.C. Dublin 1
Irland
Tel.: (+353 1) 819 44 00
Fax: (+353 1) 819 44 99

Vorstand:

Emanuel H. Brinkhaus

(Sprecher)

Dr. Matthias Bergmann

(seit 9.4.2002)

Jens-Peter Knoblauch

(bis 9.4.2002)

Geschäftsführung:

Horst-Dieter Hochstetter

(Sprecher und Administrateur-Délégué)

Uwe Jungerwirth

Geschäftsführung:

Günter Laubner

Hans-Werner Wilms

Board of Directors:

David Allen

Serge Demolière

Heinz D. Gottschalk

Hans Leukers

(bis 11.3.2002)

Norbert Pawlowski

Gerald Scanlan

Dr. Noel Whelan

Bankgesellschaft Berlin (UK) plc

1 Crown Court, Cheapside
GB-London EC2V 6LR
Großbritannien
Tel.: (+44 171) 572 62 00
Fax: (+44 171) 572 62 99

Board of Directors:

Serge Demolière
Hans Leukers
(Chairman, bis 12.3.2002)
Frank-Michael Boenke
(Joint Managing Director)
Hans Keller
Norbert Pawlowski
Gerhard Richter
(Joint Managing Director, bis 8.5.2002)
Carlos Santistivan
Zoe Shaw
(Joint Managing Director, seit 8.5.2002)
Dr. Lothar Wackerbeck
(bis 1.1.2002)
Malcolm Winston

**Bankgesellschaft Berlin
(Polska) S.A.**

Al. Jana Pawla II Nr. 15
PL- 00-828 Warschau
Polen
Tel.: (+48 22) 697 72 00
Fax: (+48 22) 697 72 05

Vorstand:

Tomasz Taraba
(Vorsitzender, bis 8.4.2002)
Michal Jonczynski
Andrzej Klesyk
Jaroslaw Konieczka

**Berlin-Hannoversche
Hypothekenbank AG**

- Berlin Hyp -
Budapester Straße 1
10787 Berlin
Tel.: (030) 259 990
Fax: (030) 259 991 31

Vorstand:

Jan Bettink
(Sprecher, seit 1.4.2002)
Horst Behren
(seit 1.3.2002)
Heinz Dieter Gottschalk
Dr. Dirk Hoffmann

Landschaftstraße 8
30159 Hannover
Tel.: (05 11) 301 10
Fax: (05 11) 301 13 84
Internet: www.BerlinHyp.de

Landesbank Berlin – Girozentrale –

Bundesallee 171

10715 Berlin

Tel.: (030) 869 801

Fax: (030) 869 830 74

Internet: www.berliner-sparkasse.de

Vorstand:

Hans-Jörg Vetter

(Vorsitzender, seit 28.2.2002)

Dr. Johannes Evers

Hans Jürgen Kulartz

Bernd-Peter Morgenroth

(bis 19.3.2002)

Norbert Pawlowski

Hubert Piel

Weberbank Privatbankiers KGaA

Hohenzollerndamm 134

14199 Berlin

Tel.: (030) 897 980

Fax: (030) 897 980 0

Internet: www.weberbank.de

Persönlich haftende Gesellschafter:

Dr. Christian Grün

(Sprecher)

Dr. Andreas Bödecker

Cornelius Koch

Michael Graf Strasoldo

Zivnostenská banka a.s.

Na Prikope 20

11380 Prag 1

Tschechische Republik

Tel.: (+42 224) 121 111

Fax: (+42 224) 125 555

Internet: www.ziba.cz

Vorstand:

Josef Pitra

(Vice-Chairman)

Ales Barabas

Thomas Bürkle

Martin Kryl

Tomas Zraly

Finanz-
dienstleistungs-
institute

BB-ASSET MANAGEMENT**Vermögensverwaltung GmbH**

Kurfürstendamm 201

10719 Berlin

Tel.: (030) 245 645 00

Fax: (030) 245 645 88

Geschäftsführung:

Hans-Werner Wilms

Berlin Capital Fund GmbH

Hauptstraße 65
12159 Berlin
Tel.: (030) 859 54 30
Fax: (030) 859 543 20
Internet: www.berlin-capitalfund.de

Geschäftsführung:

Markus Müller von Blumencron
Wolfgang Radszuweit

BGB Finance (Ireland) plc

No. 5 George's Dock
I.F.S.C. Dublin 1
Irland
Tel.: (+353 1) 819 44 00
Fax: (+353 1) 819 44 99

Board of Directors:

David Allen
Hans Leukers
Martin Müller
Hadi Saidi
Carlos Santistevan

LfA Leasing für Automobile GmbH

Buchholzer Straße 98
30655 Hannover
Tel.: (05 11) 646 55 25
Fax: (05 11) 646 54 97

Geschäftsführung:

Wolfgang Luda
Jan Welsch

LHI Leasing GmbH

Bahnhofplatz 1
80355 München
Tel.: (089) 512 00
Fax: (089) 512 020 00
Internet: www.LHI.de

Geschäftsführung:

Ralf Kirberg
Helmut Philipp
Oliver Porr

**BankenService GmbH
Unternehmensgruppe
Landesbank Berlin
(vormals BANKENSERVICE
GmbH Ein Unternehmen der
Bankgesellschaft Berlin)**
Brunnenstraße 111
13355 Berlin
Tel.: (030) 245 538 82
Fax: (030) 245 546 70

Geschäftsführung:
Stefan Haemmerling

**Bauprojekt- und Facility-
management GmbH der
Unternehmensgruppe
Bankgesellschaft Berlin**
Brunnenstraße 111
13355 Berlin
Tel.: (030) 245 514 00
Fax: (030) 245 514 02

Geschäftsführung:
Joachim Antczack
(seit 29.1.2002)
Stefan Haemmerling
(seit 29.1.2002)
Dr. Heinz Neubauer
(seit 25.1.2002)

**BerlinOnline Stadtportal
GmbH & Co. KG**
Karl-Liebknecht-Straße 29
10178 Berlin
Tel.: (030) 232 755 30
Fax: (030) 232 755 96
Internet: www.berlinonline.de

Geschäftsführung:
Als Geschäftsführer der BerlinOnline
Stadtportalbeteiligungsgesellschaft mbH:
Dr. Jörg Klein
Oliver Prothmann

**BG-SYS Bankgesellschaft Berlin
AG & Co. Systementwicklungsge-
sellschaft beschränkt haftende oHG**
Brunnenstraße 111
13355 Berlin
Tel.: (030) 245 569 05
Fax: (030) 245 566 11

Generalbevollmächtigte:
Stefan Träger
Dr. Peter-Michael Weber

**BILDUNGSKADEMIE DER
BANKGESELLSCHAFT Gesellschaft
mit beschränkter Haftung**
Wilmerdorfer Straße 138–140
10585 Berlin
Tel.: (030) 245 584 00
Fax: (030) 245 584 09
Internet: www.bildungsakademie.de

Geschäftsführung:
Horst Eimer

**IBAG Immobilien- und
Beteiligungen AG**
Kurfürstendamm 207/208
10719 Berlin
Tel.: (030) 224 99-0
Fax: (030) 224 99-645
Internet: www.ibag-berlin.com

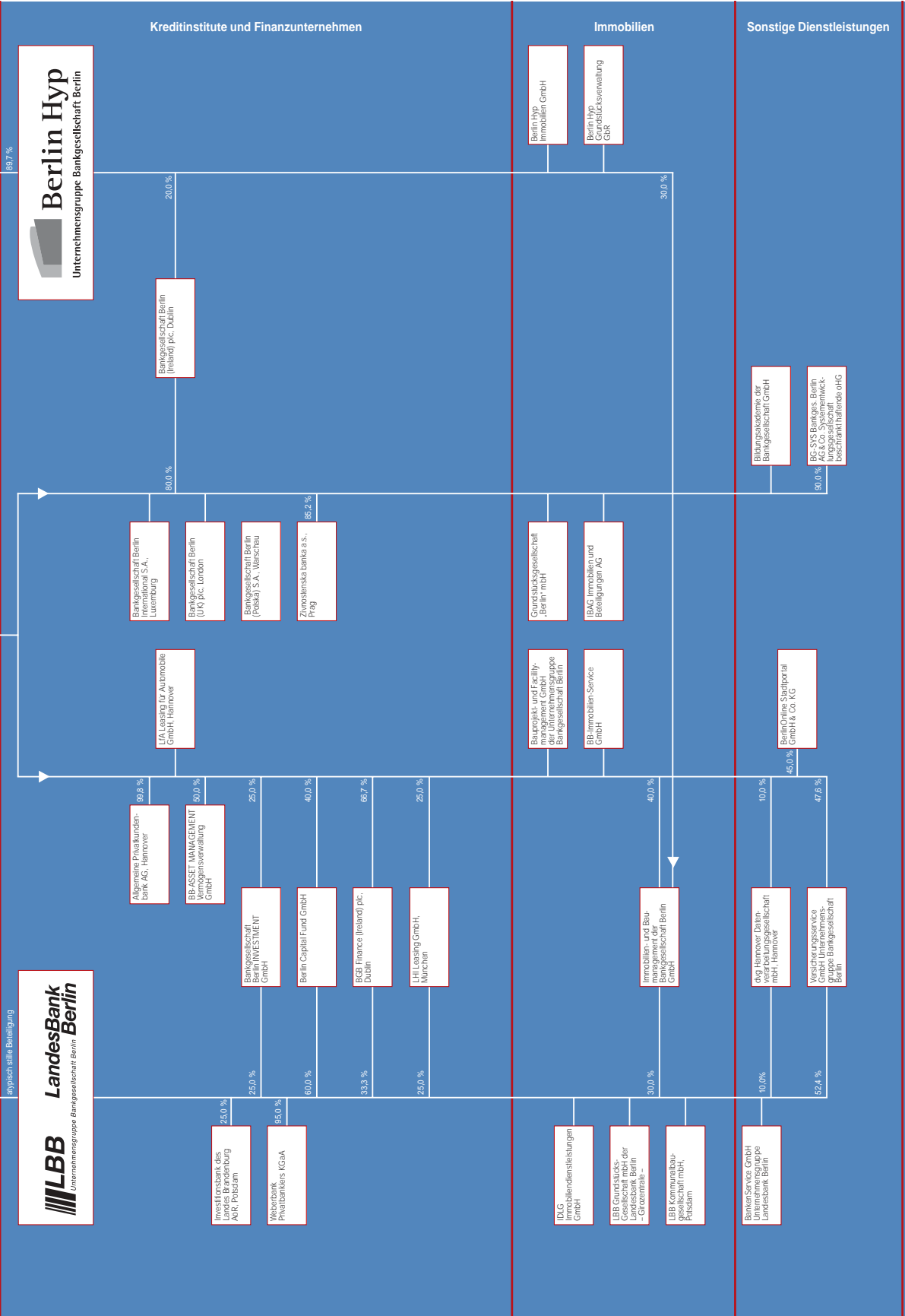
Geschäftsführung:
Reinhard Gennies
(Vorsitzender)
Klaus Hansen
Wolfgang Pritzsche
Friedhelm Schaperjahn
(bis 28.1.2002)

**Immobilien- und Baumanagement
der Bankgesellschaft Berlin GmbH**
Berliner Straße 44
10713 Berlin
Tel.: (030) 864 72 00
Fax: (030) 864 72 98

Geschäftsführung:
Dr. Matthias von Bismarck-Osten
Wilhelm Schmalfuß
(bis 25.1.2002)

**Versicherungsservice GmbH
Unternehmensgruppe
Bankgesellschaft Berlin**
Wexstraße 1
10825 Berlin
Tel.: (030) 310 932 75
Fax: (030) 310 933 88

Geschäftsführung:
Dirk Bachnick
Detlef Bienkowski



Abgibt sind die wesentlichen Beteiligungen im Konzern Bankgesellschaft Berlin. Beteiligungen ohne Prozentangaben entsprechen einer Kapitalanteilsquote von 100%. Sitz Berlin, wenn nicht anders angegeben.

Stand: Mai 2022

Impressum

Herausgeber
Bankgesellschaft Berlin AG
Investor Relations
Alexanderplatz 2
10178 Berlin

Gestaltung und Produktion
Charles Barker GmbH,
Frankfurt am Main

Fotografie
Sabine Wenzel, Berlin

Fotodesign
Adjouri, Berlin

Druck
Druckerei Hachenburg GmbH, Hachenburg

Bankgesellschaft Berlin AG

Alexanderplatz 2

D-10178 Berlin

Postfach 110801

D-10838 Berlin

Telefon: (030) 245 500

Telefax: (030) 245 509

**Für Anfragen stehen wir unseren
Aktionären gerne zur Verfügung:**

Investor Relations

Tel: (030) 245 663 89

Fax: (030) 245 663 93

Internet:

www.bankgesellschaft.de

E-Mail: IR@bankgesellschaft.de



**BANK
GESELLSCHAFT
BERLIN**